

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 2/2023



Angehörigenarbeit

4 – 43

**Empfehlungen zur
Untersuchungshaft**
45

Kooperativer Föderalismus
48



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ

Stabwechsel in der Redaktion:
Nicola Gattlen und Kaspar Meuli
(sitzend von links) folgen auf
Folco Galli (links); Ronald Gramigna,
Herausgeber (rechts)



Gut sieben Jahre ist es her, dass ich an dieser Stelle Folco Galli, damals noch Informationschef des Bundesamtes für Justiz, als neuen Chefredaktor des damaligen «info bulletin» begrüßen durfte. Nun ist es leider Zeit, Abschied zu nehmen und kurz einen Blick zurückzuwerfen. Folco Galli hat zunächst während dreier Jahre diese Tätigkeit neben seiner Funktion als Informationschef ausgeübt, die letzten vier Jahre dann – nach seiner Pensionierung – ausschliesslich als Chefredaktor. Es ist insbesondere sein Verdienst, dass unser mittlerweile #prison-info heissendes Magazin nicht nur einen Namenswechsel, sondern auch einen grossen Qualitätsschub erfahren hat, sowohl inhaltlich wie auch visuell. Folco Galli ist es gelungen, ein jederzeit spannendes Produkt zu lancieren und dies, was keine Selbstverständlichkeit ist, bei gleichbleibender hoher Qualität.

Folco Galli hat sich aber nicht nur vom Schreibtisch aus für den Justizvollzug und die Jugendhilfe interessiert, sondern hat sich immer wieder vor Ort bei seinen vielen Besuchen in Gefängnissen, Anstalten etc. persönlich ein Bild machen können und in Gesprächen mit Gefangenen und dem Personal wertvolle Kenntnisse gewonnen, die dann auch in unser Magazin Eingang gefunden haben. Als ehemaliger Informationschef brachte er zudem das nötige Gespür mit, wenn die Dinge politisch brisant wurden... Ich danke ihm für seine hochkompetente und wertvolle Arbeit, wünsche ihm alles Gute – und freue mich, dass er als freier Mitarbeiter noch den einen oder anderen Artikel für unser Magazin schreiben wird!

Neu begrüßen darf ich zwei Nachfolger, die als Co-Chefredakteure das Zepter übernehmen: Kaspar Meuli und Nicola Gattlen. Beide bringen einen grossen und bunten Strauss reichhaltiger Erfahrungen mit sich. Darunter bei NZZ, NZZ am Sonntag, Tages-Anzeiger, Handelszeitung, Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Energie etc. Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit und wünsche den Beiden einen guten Start!

Ronald Gramigna, Herausgeber #prison-info

Online-Version:



Inhalt

Fokus: Angehörigenarbeit

Der Kontakt zum inhaftierten Elternteil ist für die betroffenen Kinder wichtig, um Kontinuität und Normalität in der Beziehung zu erleben. Allerdings ist laut einer Untersuchung der ZHAW die Pflege dieses Kontakts oft schwierig. Ihre Empfehlungen haben Bewegung in die Angehörigenarbeit gebracht.

- 4 Den Kontakt der Kinder zu ihrem inhaftierten Elternteil erleichtern und fördern
- 9 «Ich wünsche mir so was wie ein Hotel»
- 12 «Ich war von heute auf morgen auf mich alleine gestellt»
- 15 «Papa ist im Gefängnis, aber man soll es nicht sagen»
- 20 Das Trennungstrauma lindern und die Wiedereingliederung unterstützen
- 23 Die Perspektive der Angehörigen konstant einbeziehen
- 27 Existenzsicherung und emotionale Entlastung
- 30 Auch Behörden schenken der Angehörigenarbeit mehr Beachtung
- 32 Väterkurse: Eine stabile Beziehung zu den Kindern aufbauen
- 35 Familienkonferenzen: Einen Raum für den Dialog schaffen
- 38 Familienkontakt trotz Untersuchungshaft
- 42 Austausch und Meinungsbildung zur Angehörigenarbeit
- 44 Fünf Fragen an Hakim Mokhtar
- 45 Ein differenziertes Haftregime soll schrittweise Öffnungen ermöglichen
- 48 Die interkantonale Zusammenarbeit stärken
- 50 Mehr Einweisungen, rückläufige Dauer der Massnahmen

Die digitalen Fähigkeiten fördern

Das SKJV hat in der Bildung im Strafvollzug (BiSt) sowie in der Grundausbildung der angehenden Fachleute Justizvollzug flächendeckend Tablets eingeführt. Damit setzt es den mit dem Projekt NewLearning eingeschlagenen Weg konsequent fort.

- 52 Ein kräftiger Digitalisierungsschub in der Bildung
- 55 Potenzial und Risiken der Privatisierung
- 57 Kurzinformationen
- 59 Veranstaltung
- 60 Carte blanche: Die Menschenwürde wahren



Foto: Peter Schulthess



Foto: Peter Schulthess

Den Kontakt der Kinder zu ihrem inhaftierten Elternteil erleichtern und fördern

Interview mit Patrik Manzoni über die umfangreiche Untersuchung der ZHAW



Patrik Manzoni ist Professor am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Der Kontakt zum inhaftierten Elternteil ist für die betroffenen Kinder wichtig, um Kontinuität und Normalität in der Beziehung zu erleben. Allerdings ist die Pflege dieses Kontakts oft schwierig, wie eine umfangreiche Untersuchung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) aufgezeigt hat. Ihr Schlussbericht enthält eine Reihe von Empfehlungen, um den Kontakt zu erleichtern und zu fördern. Sie sind nach Einschätzung des Projektleiters Patrik Manzoni auf fruchtbaren Boden gefallen.

#prison-info: Wie wirkt sich die Inhaftierung eines Elternteils auf die Kinder aus?

Patrik Manzoni: Schon die Verhaftung – in den allermeisten Fällen des Vaters – ist ein Schock für die Kinder, vor allem wenn sie in ihrer Gegenwart erfolgt. Sie leiden sehr unter der Trennung und machen sich grosse Sorgen, manchmal auch weil sie falsche Vorstellungen vom Gefängnisalltag haben. Sie stellen sich etwa vor, dass ihr Vater in einer kleinen Zelle mit einer Pritsche bei Wasser und Brot darben muss. Zudem spüren sie, wie die Mutter unter den einschneidenden emotionalen, sozialen und finanziellen Folgen der Inhaftierung leidet. Und wenn sie wissen, wo ihr Vater ist, müssen sie sich überlegen, ob sie in der Schule und im Freundeskreis die Wahrheit sagen sollen. Denn sie könnten deswegen ausgeschlossen oder gehänselt werden.

Wieviele Kinder leben in der Schweiz getrennt von einem inhaftierten Elternteil?

Diese Daten werden in der Schweiz bisher nicht erhoben. Wir wissen aber, dass laut ausländischen Studien rund ein Drittel der inhaftierten Personen Kinder haben und dass in der Schweiz zurzeit über 6000 Personen inhaftiert sind. So können wir grob schätzen, dass in der Schweiz einige Tausend Kinder getrennt von einem inhaftierten Elternteil leben dürften.

Ihr Schlussbericht empfiehlt, die Datenlage zu verbessern. Welchen Mehrwert bringt eine Statistik?

Eine Statistik schafft Klarheit, wieviele Kinder betroffen sind. Sie schafft damit auch ein Bewusstsein

für diese Problematik und trägt zur Sensibilisierung der Gesellschaft bei. Je nach Ausführlichkeit der erhobenen Daten kann eine Statistik überdies als Grundlage dienen, um Massnahmen zur Verbesserung der Situation der betroffenen Kinder zu ergreifen.

Wendet sich mit der Entlassung des inhaftierten Elternteils alles zum Guten oder sind die Kinder durch die Inhaftierung für das Leben geprägt?

Das hängt von vielen Faktoren ab. Die Forschung zeigt, dass diese Kinder ein höheres Risiko aufweisen, später negative Entwicklungen zu durchlaufen. Das können schlechtere Schulleistungen sein, aber auch psychische Probleme, Sucht oder kriminelles Verhalten. Allerdings ist es schwierig, solches Verhalten einzig auf die Inhaftierung zurückzuführen, da die betroffenen Familien oftmals bereits vor der Inhaftierung stärker belastet waren. Zudem reagieren nicht alle Kinder gleich auf Belastungen, die einen sind resilienter als andere. Auf alle Fälle ist es wichtig, dass bei intakten Familiensituationen der inhaftierte Elternteil weiterhin seine elterliche Rolle wahrnehmen und am Alltag des Kindes teilnehmen kann. Aber auch bei schwierigen Familiensituationen sollte zumindest das Kind auf seinen Wunsch hin das Recht auf Kontakt zum inhaftierten Elternteil wahrnehmen können.

Inwieweit können die ausländischen Forschungsergebnisse auf die Schweiz übertragen werden? Inwiefern besteht in der Schweiz Forschungsbedarf?

«Es ist wichtig, dass bei intakten Familiensituationen der inhaftierte Elternteil weiterhin seine elterliche Rolle wahrnehmen und am Alltag des Kindes teilnehmen kann.»



Zu den Kontaktmöglichkeiten gehören insbesondere Besuche sowie Telefongespräche und Videotelefonie (Bild: JVA Grosshof), wobei es deutliche Unterschiede bezüglich der Häufigkeit und Dauer gibt.

Foto: Peter Schulthess, 2023

«Die allermeisten Justizvollzugsanstalten stehen den Kontakten zwischen den Inhaftierten und ihren Kindern positiv gegenüber.»

Es handelt sich mehrheitlich um Forschungsergebnisse aus den USA und Grossbritannien, die namentlich wegen der Unterschiede im Justizvollzug nur mit grosser Vorsicht auf die Schweiz übertragbar sind. Es besteht daher in der Schweiz klar ein Bedarf an einschlägiger Forschung. Es geht insbesondere darum, die längerfristigen Auswirkungen einer Inhaftierung differenziert zu untersuchen, zum Beispiel ob die Inhaftierung des Vaters oder der Mutter schlimmer ist, welche Rolle das Alter der Kinder spielt oder welchen Einfluss die Dauer der Freiheitsstrafe hat. Ferner muss evaluiert werden, wie sich die Aufrechterhaltung des Kontaktes während der Inhaftierung auswirkt.

Welche Kontakte sind zwischen Inhaftierten und ihren Kindern möglich?

Die Kontaktmöglichkeiten hängen namentlich von der Art der Inhaftierung und den Regelungen in der jeweiligen Anstalt ab. In der Untersuchungshaft ist der Kontakt zwischen Inhaftierten und ihren Kindern stark eingeschränkt, während im Normalvollzug viel mehr Kontakte möglich sind. Dazu gehören insbesondere Besuche und Telefongespräche, wobei es deutliche Unterschiede bezüglich der Häufigkeit und Dauer gibt. Zudem können die Inhaftierten unbeschränkt Briefe und Pakete empfangen und schicken. Die Videotelefonie hat während der Pandemie einen Schub erfahren, ist aber teilweise wieder abgeschafft worden. Einzelne Anstalten bieten überdies ein Familienzimmer an, in dem die ganze Familie für mehrere Stunden Zeit zusammen verbringen kann.

Gibt es spezifische Angebote für Kinder?

In der Westschweiz organisiert die Stiftung Relais Enfants Parents Romands (REPR) in mehreren Justizvollzugsanstalten Eltern-Kind-Nachmittage, sog. Ateliers Créatifs. Im Kanton Tessin bietet die Anlaufstelle Pollicino ähnliche Treffen an. In der Deutschschweiz fehlen hingegen solche Angebote. Oft gibt es in den Justizvollzugsanstalten nur eine kleine Kinderecke mit abgenutztem Spielzeug. Immerhin bestehen in einigen wenigen Anstalten Vätergruppen. Es ist zwar kein spezifisches Angebot für Kinder, aber dennoch für sie bedeutsam. Denn in diesen Gruppen tauschen sich die Inhaftierten aus, wie sie ihre Vaterschaft leben können.

Wie wirken sich nach Einschätzung der Justizvollzugsanstalten die Kontakte zwischen den Inhaftierten und ihren Kindern aus?

Die allermeisten Justizvollzugsanstalten stehen diesen Kontakten positiv gegenüber. Nach ihrer Einschätzung können sich gute Familienbeziehungen positiv auf die Inhaftierten und den Vollzugsalltag auswirken. Sie sind sich bewusst, dass eine intakte Familie eine wichtige Ressource für eine erfolgreiche Resozialisierung darstellt. Die Kinder stehen aber nicht im Fokus der Anstalten, die keine spezifischen Ressourcen für die Angehörigenarbeit haben und die Pflege des Eltern-Kind-Kontaktes nicht als Teil ihres Auftrages ansehen. Zudem hat die Sicherheit immer Vorrang vor der Angehörigenarbeit. So ist zum Beispiel ein Urlaub bei Hinweisen auf eine mögliche Rückfallgefahr ausgeschlossen.



Den Angehörigen sollte in der ganzen Deutschschweiz eine Anlaufstelle nach dem Vorbild von REPR zur Verfügung stehen. Foto: REPR-Chalet vor dem Gefängnis Champ Dollon (Peter Schulthess, 2023)

Welche Aufgaben haben die Justizvollzugsbehörden?

Die kantonalen Justizvollzugsbehörden sind zuständig für die Platzierung der Inhaftierten und achten dabei – im Rahmen der verfügbaren Plätze – darauf, dass die Distanz zwischen dem Wohnort der Angehörigen und der Justizvollzugsanstalt nicht zu gross ist. Sie legen zudem die Vorgaben für die Kontaktmöglichkeiten fest und erteilen die Bewilligungen für Urlaube, teilweise auch für Besuche. Je nach Fall sind die Kompetenzen zwischen Ämtern und Anstalten unterschiedlich geregelt. Die Anstalten setzen diese Vorgaben jedenfalls auf unterschiedliche Weise um. Es scheint mehr an ihnen zu liegen, ob die Bedürfnisse der Kinder besonders berücksichtigt werden. Wenn immer möglich versuchen die Behörden, die Kinderinteressen zu berücksichtigen, also zum Beispiel einem inhaftierten Vater einen Urlaub für die Teilnahme an einem Kindergeburtstag oder an einer Abschlussfeier der Schule zu bewilligen. Manche Behörden anerkennen aber auch, dass diesbezüglich Nachbesserungsbedarf besteht.

Welche weiteren Behörden sind involviert?

Bei der Verhaftung zieht die Polizei spezialisierte Fachdienste bei, wenn Kinder anwesend sind. Während der Untersuchungshaft bewilligt die Staatsanwaltschaft die Kontakte mit den Angehörigen. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) beauftragen Mitarbeitende von Sozialdiensten als Beistände, die Gespräche mit den Kindern und beiden Elternteilen führen und die Besuche in den Justizvollzugsanstalten begleiten. Die KESB werden überdies aktiv, wenn Kinder nach einer Verhaftung oder beim Antritt einer Freiheitsstrafe fremdplatziert werden müssen, weil der nicht-inhaftierte Elternteil die Kinderbetreuung nicht wahrnehmen kann oder der inhaftierte Elternteil alleinerziehend ist.

Welche Rolle spielen Organisationen bei der Ermöglichung und Gestaltung von Kontakten?

Eine wichtige Rolle spielen die bereits erwähnten privaten Organisationen: in der Westschweiz die Stiftung REPR und im Tessin der Verein Pollicino. Sie unterhalten vor verschiedenen Justizvollzugsanstalten Anlaufstellen für die Beratung und den Austausch unter den Angehörigen, führen Eltern-Kind-Nachmittage durch und bieten Fahrdienste an. REPR leistet überdies in Schulen Sensibilisierungsarbeit. In der Deutschschweiz gibt es hingegen nur vereinzelte Angebote, insbesondere der Heilsarmee, des Vereins Team72, des Forensischen Instituts Ostschweiz (forio) und des Vereins Perspektive als Informationsplattform für Angehörige.



Wo sieht Ihr Schlussbericht Handlungsbedarf?

Das Bewusstsein für diese Problematik ist noch nicht genügend entwickelt. So könnten zum Beispiel Weisungen oder Checklisten erarbeitet werden, damit die verantwortlichen Akteure wissen, worauf sie zu achten haben, wenn bei einer Inhaftierung Kinder betroffen sind. Zudem empfehlen wir, die Weiterbildung für Fachpersonen auszubauen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden zu verbessern.

Wie wichtig sind den Kindern die Kontakte mit dem inhaftierten Elternteil und wie erleben sie diese Kontakte?

Den meisten Kindern sind diese Kontakte sehr wichtig, nur in wenigen Ausnahmefällen wollen sie die Kontakte nicht aufrechterhalten. Allerdings erleben sie die Besuche in den Anstalten ambivalent: Einerseits freuen sie sich über das Wiedersehen, anderer-

Lange Anfahrtswege zu den Anstalten (Bild: JVA Bostadel) erschweren die Kontakte zum inhaftierten Elternteil. Foto: Peter Schulthess, 2016

«Die Kinder wünschen sich mehr Flexibilität, namentlich was die Häufigkeit der Besuche und der Besuchszeiten betrifft, sowie mehr Mitbestimmung.»

«Ich bin zuversichtlich, dass zumindest unsere wichtigsten Empfehlungen umgesetzt werden.»

seits verspüren sie ein gewisses Unbehagen, machen sich Sorgen oder langweilen sich, wenn die Besuchsräume nicht kindergerecht eingerichtet sind.

Welche Hürden erschweren die Kontakte zum inhaftierten Elternteil?

Je nach Wohnort der Angehörigen sind die Anfahrtswege zur Anstalt lang. Die Eingangskontrollen werden oft als langwierig und teilweise als unwürdig erlebt. Als Hürden erweisen sich auch die Kosten und die Zeitbeschränkungen für Telefonate.

Welche Wünsche haben die Kinder in Bezug auf die Gestaltung der Kontakte?

Die Kinder wünschen sich mehr Flexibilität, namentlich was die Häufigkeit der Besuche und der Besuchszeiten betrifft, sowie mehr Mitbestimmung. So möchten sie etwa auch allein mit ihrem Vater sein können und nicht die ganze Zeit im Besuchsräum verbringen müssen. Und sie wünschen sich mehr Privatsphäre.

Wie erlebt der inhaftierte Elternteil seine Situation?

Der inhaftierte Elternteil, meistens der Vater, erlebt seine Situation unterschiedlich. Die Inhaftierung wird allgemein als Belastung empfunden, da die Distanz die Aufrechterhaltung der Beziehung zur Partnerin und der Kinder erschwert und Kontakte oberflächlicher werden. Die Inhaftierung kann jedoch auch Verbesserungen zur Folge haben: Man lernt die Beziehung schätzen und rückt näher zusammen. Der Vater kann auch weiterhin eine gute, durch gegenseitige Anteilnahme geprägte Beziehung zu den Kindern pflegen. Allerdings leiden beide Seiten unter der Trennung und vermissen einander. Es gibt aber auch schwierige Eltern-Kind-Beziehungen, gerade wenn die inhaftierte Person in keinem guten Verhältnis zum anderen Elternteil steht.

Und wie erlebt der andere Elternteil seine Situation?

Der andere Elternteil, meistens die Mutter, empfindet Wut und auch Trauer. Sie fühlt sich mit den Kindern allein gelassen und muss plötzlich allein den Alltag bewältigen. Sie macht sich Sorgen um den Partner und die Kinder. Hinzu kommen finanzielle Sorgen und die Angst vor einer Stigmatisierung. Sie lebt zunehmend in «zwei Welten», und sie leidet darunter, dass es keine gemeinsamen Erlebnisse mehr als Familie gibt.

Sie haben bereits einige Empfehlungen Ihres Schlussberichts erwähnt. Wie können die weiteren Empfehlungen kurz zusammengefasst werden?

Wichtig ist eine umfassende Sensibilisierung der Gesellschaft, vor allem auch an Schulen, um eine Stig-

matisierung der betroffenen Kinder zu verhindern. Die involvierten Behörden sollten konsequent die Kinderperspektive berücksichtigen und entsprechende Konzepte entwerfen. Die Justizvollzugsanstalten sollten familienfreundliche Kontaktmöglichkeiten schaffen, wozu namentlich Eltern-Kind-Nachmittage, Familienzimmer, kindergerechte Zugänge und Besuchsräume gehören. Dazu sind mehr personelle Ressourcen nötig. Ferner sollte den Angehörigen in der ganzen Deutschschweiz eine Anlaufstelle nach dem Vorbild von REPR zur Verfügung stehen. Und schliesslich ist die Vernetzung aller Akteure zwecks Erfahrungs- und Wissensaustausch wichtig.

Wie gross ist die Chance, dass diese Empfehlungen nicht totor Buchstabe bleiben, sondern umgesetzt werden?

Ich bin zuversichtlich, dass zumindest unsere wichtigsten Empfehlungen umgesetzt werden, denn in den letzten Jahren hat sich eine starke Dynamik entwickelt. So hat etwa das Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung im Kanton Zürich eine Fachstelle geschaffen, die etwa Mindeststandards für die Angehörigenarbeit definiert hat. Und im Rahmen des Modellversuchs «Ressourcenorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft» wird zurzeit in den Kantonen Zürich und Bern unter anderem der Einbezug von Angehörigen als ressourcenerhaltende Intervention getestet. Ferner hat das Bundesamt für Justiz (BJ) einen Bericht mit Inputs für die Umsetzung unserer Empfehlungen erarbeitet, der von den relevanten kantonalen Konferenzen positiv aufgenommen worden ist. Und schliesslich will das BJ im kommenden Frühling mit einem interdisziplinären Austausch den Anstoss für die Schaffung eines nationalen Netzwerkes für die Angehörigenarbeit geben.

Die Fragen stellte Folco Galli.

Link

Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat unter Beizug der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL) im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BJ) die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil in der Schweiz untersucht. Der von Patrik Manzoni, Dirk Baier, Samuel Keller, Maria Kamenowski, Nina Ruchti, Julia Rohrbach und Daniel Lambelet verfasste Schlussbericht ist auf der Website des Bundesamtes für Justiz (www.bj.admin.ch) sowie der digitalcollection der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (<https://digitalcollection.zhaw.ch/>) abrufbar.

«Ich wünsche mir so was wie ein Hotel»

Betroffene Kinder und Jugendliche kommen zu Wort

Die Stiftung Relais Enfants Parents Romands (REPR) arbeitet nach dem Motto «Nothing about me without me». Bei unserer täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, deren Eltern eine Haftstrafe verbüssen, begegnen wir jedes Jahr mehr als 350 Kindern.

Das REPR-Team

Im Laufe unserer Arbeit in der Westschweiz haben wir einige Aussagen zusammengetragen, die mitunter zum Nachdenken anregen und die wir hier ungefiltert wiedergeben. Für kleinere Kinder ist es manchmal einfacher, ihre Gefühle mit Zeichnungen auszudrücken. Deshalb bilden wir hier einige ab, zusammen mit den Kommentaren des betreffenden Kindes.

Deine Mutter/dein Vater ist im Gefängnis. Was ist für dich deshalb in deinem Alltag besonders schwierig?
«Dass er nicht rauskommt, und dass er mir fehlt.»

Leny, 6 Jahre

«Es ist schwer, dass mein Papa im Gefängnis ist. Dass mein Papa im Gefängnis ist, zu wissen, dass es viele schlimme Dinge gab.» Ana, 5 Jahre

Und was könnte dein Freund, deine Nachbarin oder auch die Lehrperson tun, um diese Situation zu verbessern?

«Ich weiss es nicht.» Leny, 6 Jahre

«Ich möchte gerne, dass auch andere wissen, dass mein Papa im Gefängnis ist, damit es nicht nur die Familie weiss.» Ana, 5 Jahre

«Ich möchte gerne, dass die Lehrerin versteht, warum ich manchmal am Mittwochmorgen nicht da bin. Es ist nicht, weil ich keine Proben schreiben will, sondern weil das Gefängnis meines Vaters sehr weit weg ist. Um rechtzeitig dort zu sein, muss ich mit meiner Mutter um 10 Uhr von zu Hause los.» Guillaume, 11 Jahre

Wenn du deinen Papa/deine Mama besuchst, was ist dann besonders schön?

«Wenn wir miteinander spielen und malen.» Elio, 4 Jahre

«Mit ihm zusammen zu sein und dass es ihm gut geht.» Ana, 5 Jahre

Und was ist wirklich schlimm?

«Dass wir nicht lange bleiben.»

«Ich würde ihn gerne mitnehmen, wenn wir gehen. Es ist total schlecht, dass wir ihn dort lassen.»

«Was ich während der Besuche nicht mag, ist, dass ich nicht mit ihm kuscheln kann, wenn ich will.» Gabin, 13 Jahre

Woran denkst du abends beim Einschlafen?

«An Papa, der bald aus dem Gefängnis kommt.»

«Dass mein Papa am nächsten Tag rauskäme.» Ana, 5 Jahre

Wie läuft das so vor einem Besuch?

«Also, ich bin ein bisschen gestresst, während ich hinfahre. Ich freue mich darauf, aber ich bin auch ein kleines bisschen traurig. Ich habe viele Gefühle auf einmal. Ich mag es, wenn mich jemand begleitet, der Bescheid weiss, und ich bin im Auto ganz kribbelig, dort anzukommen.»

Vergeht die Zeit dabei eher langsam oder schnell?

«Die Zeit? So lala. Es ist gut, dass mich jemand begleitet.»

Was sollte getan oder geändert werden, damit Besuche bei deinem Vater/deiner Mutter für dich einfacher werden? Wenn du dem Direktor/der Direktorin des Gefängnisses einen Rat geben könntest, wie er/sie die Besuche bei deiner Mutter/deinem Vater verbessern könnte, was würdest du ihm/ihr sagen?

«Nun, ich würde mir wünschen, dass es so was wie ein spezielles Hotel gibt, damit mein Bruder, meine Schwester und ich bei Mama übernachten können. Dann müssten wir sie nicht immer allein im Gefängnis lassen.» Lana, 4 Jahre

«Ich möchte gerne, dass auch andere wissen, dass mein Papa im Gefängnis ist, damit es nicht nur die Familie weiss.»



Zeichnung von Lana

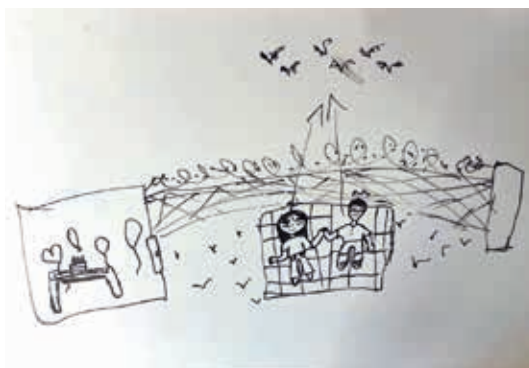
«Oh ja, ein Hotel mit einem Schwimmbad, wo ich Mama zeigen kann, dass Grossvati mir das Schwimmen beigebracht hat, ganz ohne Schwimmflügel! Aber ein 5-Sterne-Hotel!!» Dylan, 6 Jahre



Zeichnung von Dylan

«Also ich wünsche mir, dass wir alle zusammen meinen zehnten Geburtstag feiern.»

«Also ich wünsche mir, dass wir alle zusammen meinen zehnten Geburtstag feiern. Denn nächste Woche werde ich 10 Jahre alt. Aber wir werden Papa im Gefängnis besuchen. Er darf nicht nach Hause kommen. Wir essen aber Kuchen, und es gibt Luftballons und Musik. Sonia und Sarah [REPR-Animatorinnen] haben gesagt, dass wir vielleicht keine echten Kerzen aufstellen dürfen. Das ist schade. Aber es ist das erste Mal, dass es Kuchen gibt. Es sollte immer Kuchen geben, wenn man Geburtstag hat, meinst du nicht?» Lea, 9 Jahre (fast 10)



Zeichnung von Lea

«Ich werde den Direktor bitten, dass mein Papa zu meiner Tanzaufführung kommen darf. Er wird nicht da sein. Ich würde auch gerne mit Papa auf den Spielplatz gehen, können wir einen im Gefängnis aufstellen?» Giovanna, 7 Jahre



Zeichnung von Giovanna (die Tanzaufführung rechts und der Spielplatz links)

«Ich schreibe dem Direktor, er soll mich mit Papa Auto fahren lassen. Er fährt schnell und es ist so cool. Ich würde auch gerne mit Papa Fussball spielen.» Timéo, 7 Jahre



Zeichnung von Timéo

«Was ich sonst tun würde, wäre, einen Zug hinstellen, mit dem die Polizei Mama von Frankreich in die Schweiz bringt, damit sie in der Schweiz ins Gefängnis kommt. So wäre ich mit den anderen Kindern von REPR zusammen.» Lenny, 6 Jahre



Zeichnung von Lenny (Seine Mutter ist zurzeit in Frankreich in Haft, er lebt in der Westschweiz.)

«Wenn es ginge, wenn es möglich wäre, könnte der Direktor ja erlauben, dass ich das Zimmer besuche, in dem Mama schläft. Ich könnte auch sehen, wo sie arbeitet, wo sie turnt, was sie isst und wo sie meine Zeichnungen aufbewahrt.» Bastien, 5 Jahre



Bastien's Nachbildung des Gefängnisses mit den Kindern, der Mama im Gefängnis, den Vollzugsbeamten und den REPR-Teammitgliedern.

Anregungen und Verbesserungsvorschläge

Und hier noch ein paar Anregungen und Verbesserungsvorschläge aus einer Diskussionsrunde mit acht Kindern und Jugendlichen im Alter von 7 bis 14 Jahren (Jeanne, Léandre, Kevin, Acelia, Maurice und Raphaël). «Dass wir während des Besuchs Kekse essen dürfen. Dass manchmal Papa und manchmal ich welche mitbringen.»

«Ich würde gerne mit ihm im Hof spazieren gehen.»

«Dass mein Papa tolle Spiele mitbringen kann.»

«Ich würde gerne Eistee trinken.»

«Ich möchte mit ihm telefonieren können, wann ich will und wann er will. Er ruft jeweils abends an, wenn wir essen. Ich muss dann in mein Zimmer, weil ich nicht im Wohnzimmer bleiben darf, weil wir zu laut sind. Nun ich möchte, dass ich mit meinem Handy telefonieren darf oder dass er auf mein Handy anruft.»

«Auch ich möchte, dass er auf mein Handy anruft und dass ich ihm Nachrichten schicken und kleine Geheimnisse anvertrauen kann.»

«Es wäre schön, wenn wir malen oder zeichnen könnten.»

«Ich würde sagen, dass es im Wartezimmer etwas schneller gehen sollte.»

«Ich stelle die Frage: Wie sieht es drinnen aus? Ich frage meine Empfangsmutter, aber sie sagt, sie wisse es nicht. Ich würde gerne wissen, wie es im Hof ist, wo sie schlafen, wo sie wohnen. Ich habe Papa schon gefragt, ob es einen Fernseher gibt.»

«Ich würde gerne mal reinschauen. Es wäre cool, wenn wir uns ansehen könnten, wo er schläft.»

«Ich würde gerne Sport machen, wie Fussball spielen, springen, skaten.»

«Wenn ich Gesellschaftsspiele, die ich zu Hause habe, wie Jungle Speed oder Master Mind, mitnehmen dürfte, wäre das schön.»

«Es wäre schön, wenn ich Bücher von zu Hause oder aus der Bibliothek nehmen und sie Papa zeigen dürfte, ihm erzählen könnte, worum es geht, und mit ihm lesen oder ihm vorlesen könnte.»

«Dem Direktor würde ich sagen, dass ich meine Hausaufgaben zeigen möchte, die Arbeitsblätter der Schule kopieren und die Kopien Papa geben möchte. Ich könnte ihm Kopien von meinem Referat über Igel schicken, so lernt er.»

«Ich hätte mir gewünscht, dass wir mit REPR in den Besuchsraum gehen, wo es Kochplatten und einen Fernseher gibt (Familienbesuchszimmer).»

«Dass wir ihm Geschenke machen dürfen und er uns auch Geschenke machen darf. Ich habe eine Kette ausgesucht für ihn, aber ich habe sie ihm nicht geben dürfen. Vielleicht wenn er rauskommt.»

«Ich wünsche mir, dass ich ihm meine Bastelarbeiten geben darf, zum Beispiel das Blatt mit den Bäumen und den Kastanien, das wir mit der Lehrerin gemacht haben.»

«Ich hätte es gerne gehabt, wenn er in Sitten wäre, weil es in Sitten ein Gefängnis gibt, und Sitten ist weniger weit weg von zuhause. Dann müsste ich nicht so lange fahren, um ihn zu besuchen.»

«Ich würde den Direktor bitten, mir zu erlauben, dass ich mit meinem Papa kochen darf und wir danach fernsehen.»

«Ich möchte, dass Mama an Weihnachten und an Geburtstagen bei mir übernachten darf.»

«Manchmal wünsche ich mir, dass die Wärter netter zu uns sind, wenn wir kommen.» «Nein, ich möchte, dass sie vor allem zu meinem Papa netter sind.»

«Ich würde gerne mit Papa die Blumen giessen [die sie vor der Strafanstalt La Brenaz sieht].»

«Ich würde einem anderen Teenager, dessen Eltern gerade im Gefängnis sind, viel Glück wünschen.»

«Ich würde sagen: Es wird schon gehen! Es ist leichter, wenn du andere Menschen um Dich hast.»

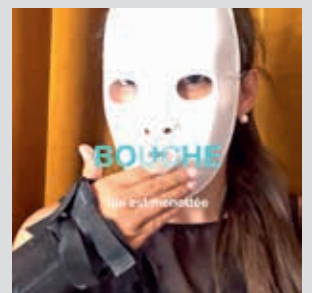
Vergessen wir nie: Das Urteil richtet sich nicht gegen die Kinder, doch die Strafe trifft auch sie. Geben wir den Kindern von inhaftierten Personen eine Stimme,

«Wenn es ginge, wenn es möglich wäre, könnte der Direktor ja erlauben, dass ich das Zimmer besuche, in dem Mama schläft.»

«Ich möchte, dass er auf mein Handy anruft und dass ich ihm Nachrichten schicken und kleine Geheimnisse anvertrauen kann.»

Link

Das REPR-Team hat Jugendlichen mit einem inhaftierten Elternteil eine Stimme gegeben. Daraus entstanden ein Rap und der Videoclip «c'est ma bouche qui est menottée» [Meine Stimme ist in Handschellen], der über den QR-Code abrufbar ist.



«Ich war von heute auf morgen auf mich alleine gestellt»

Wie eine alleinerziehende Mutter ihr Leben ohne ihren inhaftierten Partner meistert

Mit der Inhaftierung eines Elternteils ändert sich das Leben für die Familie grundlegend. Eine junge Mutter erzählt, welche enormen Herausforderungen sie auf einen Schlag – weitgehend ohne Unterstützung – bewältigen muss.

«Wegen einer Dummheit fängt alles wieder von vorne an und alles bleibt in der Schwebe.»

Die Verhaftung erfolgte zehn Tage nach einer wüsten Schlägerei und doch völlig überraschend eines Morgens um 6 Uhr. Sie jagte der jungen Mutter Valerie (Name von der Redaktion geändert), die damals mit dem zweiten Kind schwanger war, einen heftigen Schrecken ein. «Sechs Polizisten klopfen an die Türe und stürmten dann in die Wohnung hinein. Sie weckten meinen Partner, gaben ihm fünf Minuten Zeit, um sich anzuziehen und sich zu verabschieden, und führten ihn dann in Handschellen ab.» Die Polizisten durchsuchten die ganze Wohnung nach Drogen und Waffen, nahmen dabei aber Rücksicht auf die schlafende Tochter. Sie fragten Valerie zudem stundenlang über kleinste Details aus.

Auslöser der Verhaftung ihres bereits einschlägig vorbestraften Partners war eine Schlägerei, die eine schwere Körperverletzung zur Folge hatte – eine unbeabsichtigte, wie Valerie beteuert. Ein schwer betrunkenen Gegner sei unglücklich gestürzt und habe sich dabei ein Loch im Trommelfell zugezogen. Und ohne diese Tat kleinreden zu wollen, ergänzt sie: Die Kindheit ihres vor 30 Jahren mit seiner Familie in die Schweiz eingewanderten Partners sei von Gewalt geprägt gewesen. Er sei geschlagen worden, habe die Schwester im Krieg und den Bruder bei einem Autounfall verloren.

Eine längere Ungewissheit ausgelöst

Die Verhaftung habe eine längere Ungewissheit ausgelöst. Zunächst hätten alle mit drei Monaten Untersuchungshaft gerechnet, die aber schlussendlich fast sechs Monate dauerte. «Aufgrund eines Gutachtens, das eine stationäre Massnahme nach Artikel 59 Strafgesetzbuch empfahl, trat mein Partner schliesslich in den vorzeitigen Massnahmenvollzug», sagt Valerie, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen der

letzten Jahre auf dem Gebiet der Strafverfolgung und des Justizvollzugs ein umfangreiches Wissen angeeignet hat. Anderthalb Jahre später ordnete allerdings das Gericht keine stationäre Massnahme an, sondern sprach eine Freiheitsstrafe von knapp fünf Jahren sowie eine Landesverweisung von fünf Jahren aus.

«Alles fängt wieder von vorne an»

Ihr Partner hätte im Herbst des nächsten Jahres entlassen werden sollen, doch «wegen einer Dummheit fängt alles wieder von vorne an und alles bleibt in der Schwebe». Ihr Partner habe sich im geschlossenen Strafvollzug gut verhalten, sich dann aber nach der Versetzung in den offenen Strafvollzug ein Handy besorgt – nur um länger mit der Familie telefonieren und Fotos austauschen zu können, versichert sie. Sie unterstreicht, dass die Auswertung des Handys keine Hinweise auf strafbares Verhalten ergeben habe. Dennoch werde zurzeit ein neues Gutachten erstellt, und das Gericht werde frühestens im nächsten Sommer wieder neu über den Fall entscheiden.

Unterschiedliche Kontaktmöglichkeiten

Kontakte mit ihrem Partner waren zu Beginn der Inhaftierung wegen der Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie schwierig. Erst als er in den offenen Vollzug gekommen sei, wurden Besuche ohne Trennscheiben möglich. Wie oft man telefonieren könne, hänge von der Anstalt ab. In der einen Anstalt habe er täglich telefonieren können und das meiste Geld dafür ausgegeben, während er zurzeit nur 40 Minuten in der Woche telefonieren könne. Dies sei einfach zu wenig.

Auch die Eintrittskontrollen unterscheiden sich je nach Anstalt. Das Sicherheitspersonal er-

lebt Valerie mehrheitlich als übermässig streng und wenig einfühlsam. So gebe es zum Beispiel oft Probleme, wenn sie gewisse Spielzeuge oder Wasser für ihre Kinder mitnehmen will. Im Besuchsraum führen sie und ihr Partner – unabhängig davon, ob es sich um einen Einzelraum oder um einen grossen Raum handelt – eher oberflächliche Unterhaltungen über ihr jeweiliges Alltagsleben. Die Kinder sollen im Mittelpunkt des Besuchs stehen. «Zudem haben wir keine gemeinsamen Erlebnisse mehr, worüber wir uns vertieft austauschen könnten; jeder führt seit der Inhaftierung sein eigenes Leben.»

Teil der Familie

Ihr Partner hat zu Beginn keine Beziehung zu den beiden gemeinsamen Kindern gehabt und nur Fotos von ihnen gesehen. Erst im offenen Vollzug hat er allmählich eine Beziehung zu ihnen aufbauen können. Während der Besuche kann er sie in den Arm nehmen und mit ihnen spielen. Er sieht sich als Teil der Familie und wird von den Kindern auch so wahrgenommen. «Sie wissen, dass er ihr Papi ist und reden viel mit ihm. Sie wissen aber nicht, weshalb er in der Anstalt ist und haben noch nicht nach dem Grund gefragt. Sie kennen es nicht anders.» Noch weiss Valerie nicht, wie sie ihren Kindern künftig erklären soll, weshalb Papi nicht am ersten Kindergarten- oder Schultag dabei sein wird.

Valerie ist die Hauptbezugsperson und hat eine entsprechend enge und intensive Beziehung zu ihren Kindern. Da der Sohn auf den Vater fixiert ist, fehlt ihm eine männliche Bezugsperson – ein Mangel, den glücklicherweise der Grossvater teilweise wettmachen kann. Sie ist auch für die weitere Unterstützung ihrer Eltern dankbar, in deren Nähe sie umgezogen ist.

Ein einschneidendes Ereignis

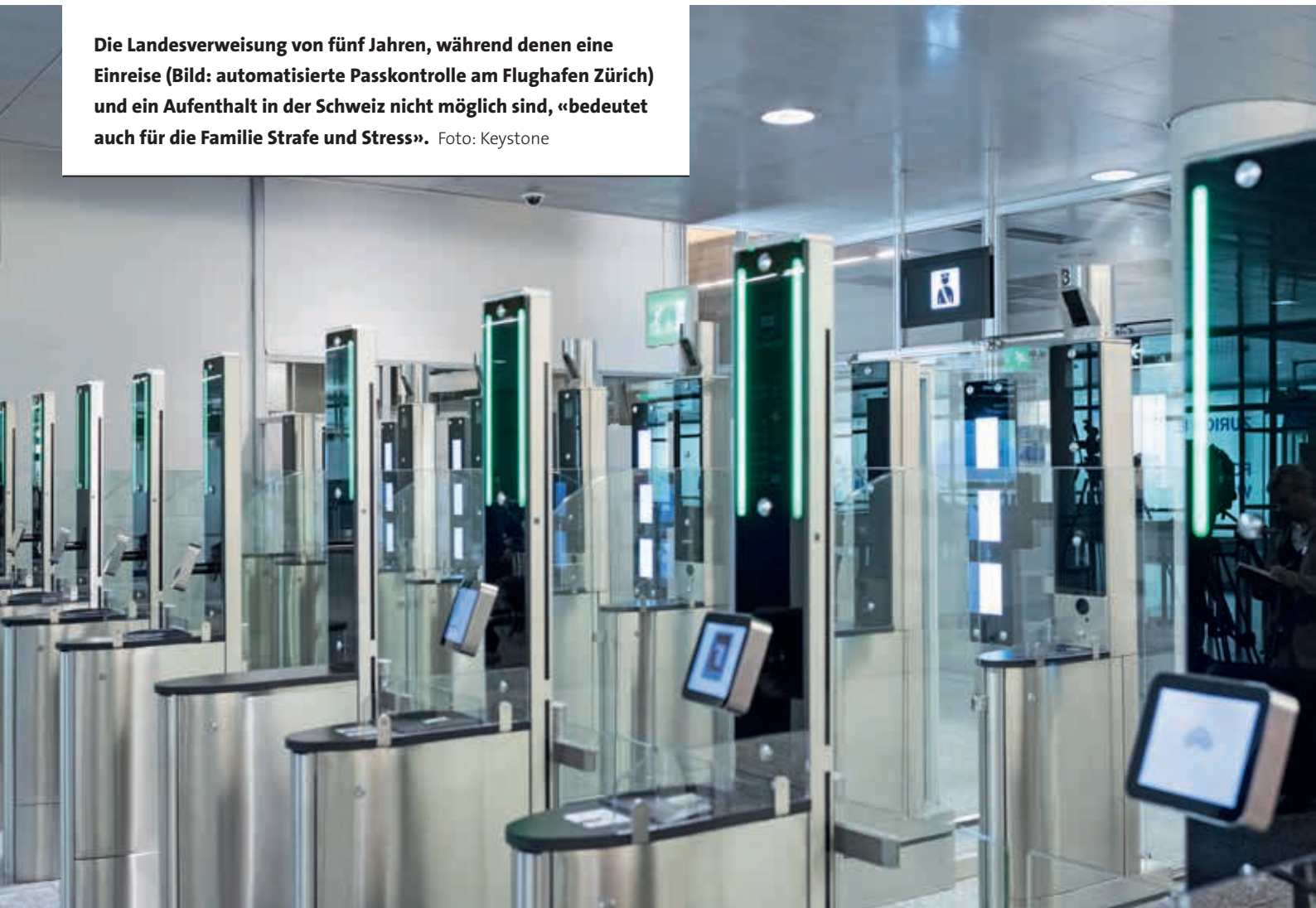
Die Verhaftung war nicht nur für ihren Partner, sondern auch für Valerie ein einschneidendes Ereignis: «Ich war von heute auf morgen auf mich alleine gestellt». Sie ist froh, dass sie nach dem Grundsatz erzogen worden ist, dass eine Frau selber ihr Geld verdienen können muss. Sie ist fast voll berufstätig, und ihre Arbeit ist nicht nur finanzielle Lebensgrundlage, sondern bietet ihr auch Erfüllung und eine willkommene Ablenkung. Dennoch bekam sie rasch die finanziellen Folgen der Inhaftierung zu spüren. Sie erhält keine Alimente, verdient aber zu viel, um Sozialhilfe beziehen zu können. Sie bekommt einzig Betreuungsgutscheine für die Kita. Deshalb musste sie sich an die veränderte finanzielle Lage anpassen, das heisst namentlich in eine kleinere Wohnung ziehen.

Um den Alltag alleine bewältigen zu können, muss Valerie zudem rigoros Prioritäten setzen, die anfallende Arbeit gut planen und in ihrer Freizeit den Haushalt und den «ganzen aufwendigen Papierkram» erledigen – auch für ihren Partner, wofür sie immer wieder Bestätigungen von den Behörden einholen muss. Dennoch kommt die junge, energische Frau, die mit beiden Füßen im Leben steht, auch ohne Unterstützung durch ihren Partner mit der grossen Belastung klar.

Viele Kolleginnen und Kollegen verloren

Schwerwiegend sind auch die sozialen Folgen der Inhaftierung. «Seit mein Partner im Freiheitsentzug ist, gilt er als gefährlicher Krimineller.» Sie habe sehr viele Kolleginnen und Kollegen verloren, stellt sie ernüchtert fest. Aufgrund dieser Erfahrung weiss sie, dass es besser ist, nicht offen über ihre Situation zu sprechen. Wenn sie auf ihr Privatleben angespro-

Die Landesverweisung von fünf Jahren, während denen eine Einreise (Bild: automatisierte Passkontrolle am Flughafen Zürich) und ein Aufenthalt in der Schweiz nicht möglich sind, «bedeutet auch für die Familie Strafe und Stress». Foto: Keystone



«Die Landesverweisung bedeutet auch für die Familie Strafe und Stress.»

chen wird, antwortet sie ausweichend. Selbst ihr Arbeitgeber kennt ihre Situation nicht. «Ich führe ein Doppelleben: Nach aussen ist alles schön und gut, doch mein Tag ist völlig durchgetaktet. Tagsüber muss ich zahlreiche Termine wahrnehmen und abends erwartet mich der Stress wegen der vielen Erledigungen.»

Keine Unterstützung und Hilfe

Sie habe zahlreiche Organisationen angeschrieben, die sich für die Kinderrechte stark machen – namentlich für das Recht, regelmässig persönliche Beziehungen und Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen –, sei aber von keiner unterstützt worden. Nicht weitergeholfen hätten ihr auch die Kontakte mit den zuständigen Behörden: «In ihrem Fokus steht der Straftäter, nicht die Familie». Als Zumutung empfindet Valerie den Ratschlag, nach der Entlassung mit ihrem Part-

ner in sein Herkunftsland zu ziehen. Die Landesverweisung macht ihr denn auch am meisten zu schaffen. «Sie bedeutet auch für die Familie Strafe und Stress», aber von wenigen Ausnahmen abgesehen interessiert sich niemand dafür, was die Kinder durchmachen müssen. «Dabei wollen sie doch nur einen Vater haben», betont Valerie, die gefasst wirkt, aber deren leicht bebende Stimme in solchen Momenten verrät, wie nahe ihr dies alles geht. (gal)

«Papa ist im Gefängnis, aber man soll es nicht sagen»

REPR unterstützt das Kind in seinem Alltag und betreut es bei Besuchen bei seinem inhaftierten Elternteil

Die Inhaftierung eines Vaters oder einer Mutter bricht die Eltern-Kind-Beziehung sofort ab und beeinträchtigt den Alltag des Kindes nachhaltig. Die Stiftung Relais Enfants Parents Romands REPR setzt sich dafür ein, dass die Rechte des Kindes in Einrichtungen, in denen Eltern inhaftiert sind, respektiert werden. In der Westschweiz existieren zwar bewährte Praktiken, dennoch gibt es weiterhin viel zu tun.

Wie der Bundesrat in einer Medienmitteilung vom Juni 2023 zum Schlussbericht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) selbst einräumte, fand «die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil (...) lange Zeit wenig Beachtung.» Er hebt jedoch die Initiativen von privaten Organisationen hervor, die in der lateinischen Schweiz tätig sind. Für die Westschweiz begrüsst er die Arbeit der Stiftung REPR, die Angehörige von Personen im Freiheitsentzug unterstützt, insbesondere Kinder mit einem Elternteil (oder sogar beiden Eltern) in Haft. Die Stiftung begann ihre Tätigkeit vor fast 30 Jahren in Genf unter dem Namen Carrefour Prison und dehnte später unter dem Namen Relais Enfants Parents Romands ihre Angebote auf die gesamte Westschweiz aus. REPR unterstützt das Kind in seinem Alltag und betreut es im Rahmen von Besuchen bei seinem inhaftierten Elternteil. Interview mit Viviane Schekter, Geschäftsführerin von REPR.

#prison-info: Bei einer Inhaftierung verschwindet ein Familienmitglied. Wie wird das Kind darüber informiert, dass sein Papa bzw. seine Mama im Gefängnis ist?

Viviane Schekter: Verschiedene Optionen kommen in Frage. Es gibt zum Beispiel die Option zu lügen. Der Elternteil, bei dem das Kind untergebracht ist, redet sich ein, dass die Situation nur vorübergehend ist. Er sagt dann zum Kind: «Mama schläft heute nicht zu Hause, sie kommt morgen heim». Dann wird die Lüge neu formuliert: «Sie kommt nächste Woche nach Hause», «sie wird bald nach Hause kommen ...». Es gibt auch die Option des

Tabus, das heisst «Wir reden nicht darüber!». Der Elternteil, bei dem das Kind untergebracht ist, weigert sich, das Thema anzusprechen. Im übrigen Familienkreis darf niemand dieses Thema ansprechen. Aus der Sicht des Kindes ist sein Papa oder seine Mama aus seinem Leben verschwunden – das Kind wird von einer grossen Sorge geplagt, aber es darf nicht darüber sprechen.

Lüge oder Schweigen – ist das glaubwürdig?

Kinder lassen sich oftmals nicht täuschen. Ich hatte ein fünfjähriges Mädchen gefragt, ob sie wisse, wo ihr Papa sei. Sie hatte mir geantwortet: «Papa ist im Gefängnis, aber man soll es nicht sagen».

Was tut ein Kind, dem die Realität vorenthalten oder verdreht wird?

Es stellt sich Fragen und konstruiert Antworten. Wenn man ihm sagt, dass sein Papa in den Ferien ist, und es merkt, dass der Koffer noch zu Hause ist, versteht es, dass man ihm etwas Schlimmes verheimlicht. Es wird sich dann fragen: «Hat Papa mich verlassen? Ist er wegen mir weggegangen? Ist Papa tot?». Was sich Kinder vorstellen, ist manchmal schlimmer als die Realität. In ihren Köpfen treffen diese Fragen auf Emotionen. In ihren Köpfen geht es drunter und drüber!

Welche Fragen stellt sich ein Kind, das weiss, dass der abwesende Elternteil im Gefängnis sitzt?

In der Anfangsphase stellt es sich vor allem grundlegende Fragen wie: «Schläft mein Papa auf einem richtigen Bett oder auf dem Boden? Ist er aus einem Blechnapf? Hat er dort mit bösen

«Aus der Sicht des Kindes ist sein Papa oder seine Mama aus seinem Leben verschwunden; das Kind wird von einer grossen Sorge geplagt, aber es darf nicht darüber sprechen.»



«Das Leben im Geheimen ist ein Leiden.»
Zeichnung: Patrick Tondeux

Menschen zu tun?». Und vor allem fragt es sich selbst: «Wann kommt mein Papa nach Hause?». Später folgen die existenzielleren Fragen: «Wenn mein Vater ein ‹Monster› ist, bin ich dann ein ‹Halbmonster›? Wenn meine Mutter kriminell ist, werde ich dann auch kriminell sein?». Es gibt auch Fragen in Bezug auf den straffälligen Elternteil: «Hat er an mich gedacht, als er das getan hat?». Dann gibt es noch die gesellschaftsbezogenen Fragen: «Sie haben mir meinen Papa weggenommen, weil Sie ihn bestrafen wollen. Und was ist mit mir? Weshalb bestrafen Sie mich ebenfalls? Wer denkt an mich?».

Die Inhaftierung eines Elternteils kommt für die betroffene Familie einem ‹Tsunami› gleich. Welche Folgen hat dies für das Kind?

Die Inhaftierung einer Person wirkt sich auf die Ehepartnerin oder den Ehepartner und ihre bzw. seine Kinder vor allem auf drei Ebenen aus: der psychologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene. Auf der psychologischen Ebene befinden sich die Familienmitglieder in einem Schockzustand. Sie sind niedergeschlagen, sie leiden, sie machen sich Sorgen und fühlen sich manchmal verlassen. Sie können auch Phasen der Wut erleben. Für manche Familien ist es auch eine Erleichterung, eine Angehörige oder einen Angehörigen im Gefängnis zu wissen – ich denke dabei vor allem an Situationen, in denen es um innerfamiliäre Gewalt geht.

Auf der wirtschaftlichen Ebene ändert sich die Situation rasch. Ein Lohn verschwindet. Für sämtliche Belange, insbesondere für die Freizeitgestaltung, ist weniger Geld vorhanden. Das bedeutet: kein Kino, kein Restaurant, keine Markenkleidung. Der Elternteil, bei dem das Kind untergebracht ist, muss eine Arbeit finden oder seine Arbeitszeit erhöhen. Dies verkürzt entsprechend die mit dem Kind verbrachte Zeit. Man muss Betreuungssysteme für die Kinder finden. Oft ist ein Umzug in eine billigere Wohnung unumgänglich. Die Familie wird womöglich in eine prekäre Lage geraten, an die sie nicht gewöhnt war.

Und auf sozialer Ebene kommt es zur Ausgrenzung. Die ‹gewählte Isolation› ist eher bei Erwachsenen anzutreffen. Die betroffene Person beschliesst, niemanden mehr zu sehen – entweder,

weil sie nicht weiss, was sie sagen soll, oder, weil sie weiss, was sie sagen soll, aber ihr Geheimnis nicht preisgeben will. Es kann auch sein, dass sie nicht auf andere zugeht, um sich selbst davor zu schützen, lügen zu müssen. Die ‹erlittene Isolation› ist das Schicksal eines Kindes, das absichtlich beiseitegeschoben wird. Beispielsweise wird es nicht zu Geburtstagsfeiern eingeladen, ‹weil man ein Kind, dessen Vater im Gefängnis sitzt, nicht einlädt›. Umgekehrt werden seine Einladungen abgelehnt. Die Freunde kommen nicht mehr zu ihm nach Hause, weil die Eltern ihr Kind nicht zu einer Familie gehen lassen, in der die Mutter mit Drogen gehandelt hat: ‹Schliesslich sitzt diese Frau im Gefängnis!›. Wissen Sie, es macht nie einen guten Eindruck, zur Familie einer inhaftierten Person zu gehören.

Diese Kinder sind in gewisser Weise dazu verurteilt, ihre Situation zu verschweigen. Das ist hart, nicht wahr?

Das Leben im Geheimen ist tatsächlich ein Leiden. Jedes Kind hat ein ‹innerstes Ich›, und das ist auch gut so. Hier ist jedoch nicht mehr von einem ‹innersten Ich› die Rede. Wir sprechen von einer Vielzahl an Facetten, und das ist nicht gut. Das Kind verliert sich darin und fühlt sich sehr einsam.

Um dem Kind zu helfen, muss man versuchen, es zu verstehen, namentlich indem man ihm Fragen stellt. Allerdings muss man die richtigen Fragen stellen, nicht wahr?

Auf jeden Fall. Ein zehnjähriges Kind lebte bei seiner Grossmutter. Sein Papa konnte sich nicht um das Kind kümmern und seine Mama war im Gefängnis. Als ich das Mädchen fragte, wie es ihr gehe, antwortete sie: ‹Mir geht es gut›. Im Übrigen schien es ihr gut zu gehen. Im Rahmen unseres Gesprächs fragte ich sie, ob sie mir etwas über ihre beste Freundin erzählen könne. Sie antwortete mir: ‹Ich habe keine beste Freundin, weil ich überhaupt keine Freundin habe›. Keine Freundinnen zu haben, garantierte, dass sie ihnen nicht von der eigenen Familie erzählen musste, dass sie ihnen nicht die Wahrheit oder Lügen erzählen musste. Es schien ihr auf den ersten Blick gut zu gehen. In Wirklichkeit ging es dem kleinen Mädchen aber überhaupt nicht gut.

«Die Inhaftierung einer Person wirkt sich auf die Ehepartnerin oder den Ehepartner und ihre bzw. seine Kinder vor allem auf drei Ebenen aus: die psychologische, die wirtschaftliche und die soziale Ebene.»

Die verschiedenen Begleit- und Unterstützungsprogramme der Stiftung REPR richten sich an den Elternteil, bei dem das Kind untergebracht ist, an die erweiterte Familie, an den inhaftierten Elternteil oder an die Fachleute in der Strafverfolgung und im Justizvollzug. Das Programm «Kinder im Fokus» (frz. «Focus enfants») richtet sich vor allem an das Kind. Mit welchem Ziel?

«Kinder im Fokus» unterstützt das Kind bei der Beziehung zu seinem inhaftierten Elternteil. Die REPR-Teams unterstützen das Kind mit Gesprächen, E-Mails oder auch Telefonaten. Sie helfen ihm, mit seinen Emotionen umzugehen und den Ereignissen einen Sinn zu geben. Sie thematisieren auch die Schuldfrage, denn viele Kinder denken, dass «alles» ihre Schuld sei. REPR betreut diese Kinder, um sie zu verstehen, ihnen Sicherheit zu geben und ihr Potenzial zu entwickeln. Sie haben viele Ressourcen, aber man muss für jedes einzelne Kind herausfinden, welche mobilisiert werden können, um ihm den Blick nach vorne zu ermöglichen.

Nach vorne zu blicken, bedeutet unter anderem, die Beziehung zum inhaftierten Elternteil aufrechtzuerhalten. Dies ist allerdings kompliziert. Weshalb?

Besuche in der Haft sollten unserer Meinung nach nur dann und nur insoweit stattfinden, als dies dem Kindeswohl dient. Auf der einen Waagschale befinden sich die Rechte des Kindes, auf der anderen die Sicherheitsbedürfnisse. Die Entscheidung, auf welche Seite sich die Waage neigen soll, ist eine gesellschaftliche Entscheidung. Und die Waage neigt sich sehr stark auf die Seite der Sicherheit.

Die Kontaktaufnahme erfolgt unter anderem durch Briefpost und Telefonanrufe. Sind dies geeignete Mittel?

Eindeutig nicht! Im Jahr 2023 entspricht die Briefpost nicht der Kommunikationsform des Kindes. Dieses lebt nämlich im Augenblick, im kurzlebigen sowie im reaktiven Moment. Briefe schreiben? Das spricht das Kind nicht an. Beim telefonischen Kontakt ist zu beachten, dass der Anruf immer von dem inhaftierten Elternteil kommt. Das Kind weiss nicht, wann der inhaftierte Elternteil anrufen wird. Wenn der Anruf zudem zu einer Zeit erfolgt, in der das Kind, insbesondere das Kleinkind, auf eine andere Aktivität konzentriert ist, wird es nicht empfänglich sein. Was diesen Kindern schmerzlich fehlt, sind Möglichkeiten, mit ihrem Elternteil im Gefängnis zu einem Zeitpunkt in Kontakt zu treten, den sie selbst wählen.

Wie sieht es mit neuen Technologien aus?

Die Phase der Covid-Pandemie hat der Digitalisierung in den Westschweizer Haftanstalten zum Durchbruch verholfen – wir begrüssen dies. Die Familie und die oder der inhaftierte Angehörige standen über Zoom oder Skype in Kontakt. Diese Methoden blieben jedoch nicht überall oder nur in sehr beschränktem Mass bestehen. Nur für Familien im Ausland zum Beispiel. Man befindet sich aber auf einem guten Weg – die Gefängnisse arbeiten daran, diese Kommunikationsmittel zu institutionalisieren. Eine Videokonferenz sollte jedoch niemals einen herkömmlichen Besuch im Besuchszimmer ersetzen!

Und wie genau läuft der Besuch ab?

Es gibt nicht nur eine Antwort, da die Situation in den Haftanstalten in der Westschweiz unterschiedlich ist. Im Allgemeinen können REPR-Freiwillige das Kind und seine Familie aber schon bei der Ankunft vor dem Gefängnis in Empfang nehmen. Ob Wohnwagen, Mobilheim oder Container, REPR verfügt vor zwölf Gefängnissen in der Westschweiz über Empfangsstellen. Innerhalb der Haftanstalt muss das Kind in Begleitung eines Erwachsenen die Sicherheitskontrollen und Schleusen passieren. Das dauert eine Weile, normalerweise 20 Minuten. Anschliessend betritt es einen Raum, der als Besuchszimmer dient. Erst danach gesellt sich der inhaftierte Angehörige zu seinem Besuch. Sie sitzen alle zusammen um einen Tisch herum oder sind – in seltenen Fällen – durch eine Glasscheibe getrennt.

Wie können die Bedürfnisse und Rechte von Kindern berücksichtigt werden?

In einem Gefängnis gibt es viele Bereiche, wo man – wenn man kleiner als 1,20 Meter ist – die Gesichter der anderen Personen nicht sehen kann. Die Mitarbeitenden am Empfang stehen nämlich an grossen Schaltern hinter Glasscheiben. Es genügt, eine Trittstufe aufzustellen, auf die das Kind steigen kann, damit es auf der richtigen Höhe ist, um die Gesichter der Mitarbeitenden zu sehen, Hallo zu sagen und seinerseits gegrüsst zu werden. Es ist alles eine Frage der Sozialkompetenz und des angemessenen Tons. Um in den Schleusen auf Kinderhöhe zu sein, müssen sich die Mitarbeitenden des Sicherheitsdienstes nur bücken, das Kind freundlich bitten, die Gegenstände aus seinen Taschen herauszuholen, und ihm erklären, warum das Plüschtier für die Dauer des Besuchs im Spind bleiben muss. Die Achtung des Kindes und seiner Rechte bedeutet nicht die Abschaffung von Sicherheitsmassnahmen. Man

«Im Jahr 2023 entspricht die Briefpost nicht der Kommunikationsform des Kindes. Dieses lebt nämlich im Augenblick, im kurzlebigen sowie im reaktiven Moment.»

muss dem Kind lediglich die Achtung entgegenbringen, die ihm zusteht. Das Kind, das seinen inhaftierten Elternteil besucht, ist kein Kind, das bestraft werden muss!

Die Eltern-Kind-Beziehung sollte bereits beim Bau einer Haftanstalt berücksichtigt werden. Was sollte dabei berücksichtigt werden?

Die Räumlichkeiten müssen einen kindgerechten Empfang ermöglichen. Der Empfangsbereich und die Schleusen müssen angepasst sein, manchmal reicht eine simple Trittstufe. An Warte- und Treffpunkten sollten ein Wickeltisch sowie solide und gut erhaltene Spiele zur Verfügung stehen. Das Gefängnis soll nicht in einen Vergnügungspark verwandelt werden. Die Einrichtungen müssen angemessen, sauber und solide sein. Wenn das Kind mit schmutzigen und hässlichen Dingen konfrontiert wird, dann nimmt es die Botschaft wahr: «Du Häftlingskind, du verdienst nicht mehr als schmutziges und hässliches Spielzeug».

Und wie sollte der Ort aussehen, wo der Besuch stattfindet?

Es sollten kindgerechte Möbel – Tische, Sitzgelegenheiten – sowie Spiele in gutem Zustand angeboten werden. Wenn das Kind eine einstündige Anreise hinter sich hat, zwanzig Minuten in den Schleusen verbracht hat und sich dann eine Stunde lang mit einem Puzzle mit fehlenden Teilen beschäftigen muss, glauben Sie, dass die Situation gut ausgehen wird?

Um gewissermassen die Elternschaft zu ermöglichen, bietet REPR die REPR-Besuche an. Wie ist das zu verstehen?

Wenn das REPR-Team feststellt, dass es im besten Interesse eines Kindes ist, seinen inhaftierten Elternteil zu besuchen, wird dieses Kind in einen REPR-Besuch integriert. Die Einrichtungen in den Kantonen Waadt, Freiburg und Genf ermöglichen es uns, diesen Besuch in ihren Räumlichkeiten zu organisieren. So trifft sich einmal im Monat eine Gruppe von Kindern mit einer Gruppe von inhaftierten Eltern. Das von REPR-Fachleuten begleitete Treffen findet im Besuchszimmer statt, das aber eigens dafür eingerichtet ist. Es steht jedem Kind frei, Ball zu spielen, Lärm zu machen oder Musik zu hören. Es gibt einen echten Körperkontakt zwischen den inhaftierten Eltern und der Kindergruppe. Während des gesamten Besuchs wird von den Fachleuten eine Beratung angeboten. Zudem werden die Kinder vor und nach ihrem Besuch begleitet.

Warum wurde die Gruppenform gewählt?

Die Gruppe ist ein sehr wichtiger Raum für Kinder. Das Treffen mit anderen Kindern, die sich in der gleichen Situation befinden, wirkt der Stigmatisierung entgegen, unter der sie oft leiden. Unter den Jugendlichen entstehen starke Freundschaften. Ausserdem verliert der inhaftierte Elternteil den Bezug zur Elternschaft. Manchmal weiss er nicht mehr, wie er seine Elternrolle wahrnehmen kann. In diesen Momenten des Austauschs kann er sich vom Verhalten eines anderen inspirieren lassen. Er kann zum Beispiel beobachten, wie ein Vater die Wogen glättet, wenn die Spannung zwischen Kindern steigt. Die elterlichen Kompetenzen verteilen sich in der Gruppe, natürlich unter Anleitung der REPR-Fachleute, die sich – ich wiederhole es – vor, während und nach dem Besuch um das Wohlergehen des Kindes kümmern.

Sollte man ein Kind dazu zwingen, Kontakt zu seinem Elternteil zu haben, obwohl das Kind dies nicht wünscht?

Wir erzwingen keine Besuche und haben glücklicherweise weder die Macht noch die Befugnis dazu. Wir müssen zum einen feststellen, welche Hürden das Kind daran hindern, seinen Elternteil zu sehen, und zum anderen, welche Ressourcen ihm zur Verfügung stehen, damit es ihn gegebenenfalls sehen kann. Das Kind darf nicht allein entscheiden – das wäre eine viel zu grosse Verantwortung. Unsere Entscheidungen richten sich jedoch immer nach dem Kindeswohl. Und wenn dieses Wohl es gebietet, dass es seinen inhaftierten Elternteil sieht, werden wir dafür sorgen, dass dies möglich ist. Manchmal ist es für das Kind besser, den Elternteil in einer unüblichen Situation zu sehen – d.h. im Gefängnis – und ihm die Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, damit es sich in dieser Situation wohl fühlt, als so zu tun, als ob der inhaftierte Elternteil nicht mehr existieren würde. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass man den inhaftierten Elternteil aus dem Leben des Kindes streichen kann. Es handelt sich um sein Elternteil in diesem Leben, und man muss dem Kind helfen, mit diesem Elternteil so umzugehen wie er ist.

Die Fragen stellte Patricia Meylan.

«Das Treffen mit anderen Kindern, die sich in der gleichen Situation befinden, wirkt der Stigmatisierung entgegen, unter der sie oft leiden.»

Das Trennungstrauma lindern und die Wiedereingliederung unterstützen

Pollicino ist «ein ausgezeichnetes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und dem privaten Sektor»

Es ist kein Märchen, obwohl die Initiative, die der Synergie zwischen privaten und öffentlichen Akteuren entsprungen ist, nach der kleinen Hauptfigur des berühmten Märchens von Charles Perrault «Der kleine Däumling» (auf Italienisch «Pollicino») benannt wurde. Nein, Pollicino ist im Kanton Tessin eine Realität, eine wichtige und schöne Realität.

Andrea Manna

«Wenn es dem inhaftierten Elternteil beim Treffen mit dem Kind gelingt, ihm spontan den Grund für seine Inhaftierung zu erklären ..., vollzieht er bereits einen ersten wichtigen Schritt zur Übernahme der Verantwortung für seine Straftat.»

«Das Projekt, das von L'Oasi, einem Verein für Prävention und Selbstständigkeit in der frühen Kindheit, in Zusammenarbeit mit unserem Amt für Bewährungshilfe entwickelt und umgesetzt wurde, ist im Jahr 1995 entstanden. Es ermöglicht den Eltern, die eine Freiheitsstrafe verbüssen oder sich in Untersuchungshaft befinden, sich mit ihren Kindern zu treffen und den Kontakt mit ihrer Familie aufrechtzuerhalten. Diese Beziehung spielt eine zentrale Rolle bei der Wiedereingliederung des Vaters oder der Mutter», betont Frida Andreotti, Leiterin der Justizabteilung des kantonalen Departements der Institutionen.

Ein Ort der Begegnung und des Gesprächs

Wie muss man sich Pollicino konkret vorstellen? «Es ist ein Raum der Einrichtungen des Freiheitsentzugs, und zwar in der Strafanstalt La Stampa in Lugano, der wie ein Kinderzimmer eingerichtet ist», erklärt Frida Andreotti. «Dieser Ort innerhalb der Mauern erlaubt es Müttern und/oder Vätern, die sich im Strafvollzug oder in Untersuchungshaft befinden, sich mit ihren kleinen oder schon etwas älteren Kindern zu treffen und sich mit ihnen auszutauschen. Auf diese Weise kann die Beziehung aufrechterhalten bleiben. Wir wollen kurzum vermeiden, dass die Inhaftierung eines Elternteils die familiären Bande beeinträchtigt oder gar zerreisst, da dies die Wiedereingliederung des Elternteils nach seiner Entlassung erschweren könnte. Die Treffen», führt die Leiterin der Justizabteilung weiter aus, «erfolgen stets in Anwesenheit von zwei Begleitpersonen von L'Oasi und finden in der Regel am Mittwochnachmittag, am Wochenende oder an sonstigen schulfreien Tagen statt.»

Und sie fügt hinzu: «Am Projekt sind Fachleute aus dem Bereich der Sozialwissenschaften beteiligt. Das Betreuungsteam verfügt also über eine psychologische, psychotherapeutische, psychoanalytische und/oder pädagogische Ausbildung», erklärt Frida Andreotti. «In anderen Kantonen, insbesondere in der Westschweiz, existieren ähnliche Angebote, die jedoch auf Freiwilligenarbeit basieren. Pollicino ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und dem privaten Sektor.» Im vorliegenden Fall zwischen dem Amt für Bewährungshilfe, das Personen im Strafvollzug auf ihrem Weg der Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützt, und dem Verein für Prävention und Selbstständigkeit in der frühen Kindheit

Besorgte Fragen

«Das Projekt kümmert sich um die Kinder, im Zentrum stehen jedoch die inhaftierten Eltern», präzisiert Andreotti. «Man versetze sich in die Lage des Vaters oder der Mutter, der oder die sich fragt: «Wie erkläre ich meinen Kindern meine Situation? Wird mir das gelingen? Welche Worte soll ich wählen, damit sie nicht noch mehr leiden? Was soll ich sagen? Wann und wie soll ich es ihnen sagen?» Das sind häufig die ersten Fragen, die sich ein Vater oder eine Mutter nach der Inhaftierung stellt.

Auch in dieser Phase erweist sich die Unterstützung durch die Begleitpersonen als äusserst wertvoll. Wenn es dem inhaftierten Elternteil beim Treffen mit dem Kind gelingt, ihm spontan den Grund für seine Inhaftierung zu erklären oder seine Fragen zu beantworten, vollzieht er bereits einen ersten wichtigen

Schritt zur Übernahme der Verantwortung für seine Straftat, die ihn hinter Gitter gebracht hat. Diese Bewusstwerdung ermöglicht es ihm, die Beziehung zu seiner Familie zu wahren oder wiederherzustellen. Diese wiederum erleichtert der Mutter oder dem Vater die Resozialisierung erheblich.»

Die Ziele des Projekts Pollicino werden in einem Flyer des Departements der Institutionen und dem Verein für Prävention und Selbstständigkeit in der frühen Kindheit wie folgt zusammengefasst: «Den Kontakt zwischen dem Kind und den Eltern aufrechterhalten, obwohl sich ein Elternteil oder beide im Gefängnis befinden; den inhaftierten Elternteil bei der Wahrnehmung und Aufrechterhaltung seiner Elternrolle dem Kind gegenüber unterstützen; die Kontakte und Treffen zwischen dem Kind, dem inhaftierten Elternteil und der Familie erleichtern; das Kind unterstützen, damit es die Gründe versteht, weshalb die Familie gegen seinen Willen getrennt wurde; den inhaftierten (und den nicht inhaftierten) Elternteil

dabei unterstützen, dem Kind die ihm aufgezwungene Trennung und deren Bedeutung zu erklären; die Folgen und das Unbehagen vermeiden, die beim Kind auftreten können und die seine psychische und affektive Entwicklung sowie seine Bindungsfähigkeit beeinträchtigen, wenn das Kind gegen seinen Willen von den Eltern getrennt wird.»

Draussen und drinnen

«Pollicino ist innerhalb und ausserhalb des Gefängnisses tätig», erläutern das Departement der Institutionen und L'Oasi im Flyer. «Pollicino organisiert Vorbereitungsgespräche mit dem Kind und seinen Betreuungspersonen; ermöglicht Treffen zwischen den Eltern und den Kindern sowohl in den geschlossenen als auch in den offenen Abteilungen der kantonalen Einrichtungen des Freiheitsentzugs (Lugano-Cadro), um die «Wiederherstellung» der familiären Bande mit dem inhaftierten Familienmitglied zu begünstigen; bereitet das Kind auf die Gefängnisbesuche vor und

«Pollicino ist innerhalb und ausserhalb des Gefängnisses tätig.»



Dank Pollicino können sich inhaftierte Personen mit ihren Kindern treffen und den Kontakt mit ihrer Familie aufrechterhalten.

Foto: Peter Schulthess, 2018

«Es handelt sich um ein vielschichtiges Projekt, worin bei Bedarf mehrere vor Ort tätige Stellen involviert sind. Ein Projekt, das auch besonderen Konstellationen Rechnung trägt.»

begleitet es vor und während der Treffen. Dabei stehen das Kind und seine Aussagen im Mittelpunkt, um sicherzustellen, dass diese gehört und verarbeitet werden, um das Kind und die übrigen Familienmitglieder von allem «Unausgesprochenen» (Verschwiegenen) im Zusammenhang mit der Inhaftierung eines oder beider Elternteile zu «befreien».

Weiter führt der Flyer aus: «Pollicino fördert und unterstützt bei Bedarf Begegnungen mit dem Kind, weiteren Familienmitgliedern, der Gastfamilie, der Pflegefamilie oder sonstigen Strukturen, von denen es infolge der Inhaftierung des Elternteils oder der Eltern aufgenommen wurde; ermöglicht Müttern oder Vätern, die Hafturlaub bekommen, das auf Verfügung der zuständigen Behörde fremdplatzierte Kind zu besuchen oder das Besuchsrecht bzw. die Besuchspflicht in Begleitung einer Fachperson von Pollicino wahrzunehmen; fördert die Zusammenarbeit mit anderen lokalen Kindes- und Familienschutzstellen und -behörden, wobei den Rechten des Kindes sowie den Rechten und Pflichten der Eltern besondere Beachtung geschenkt wird.»

Ein Netzwerk

Es handelt sich um ein vielschichtiges Projekt, worin bei Bedarf mehrere vor Ort tätige Stellen involviert sind. Ein Projekt, das auch besonderen Konstellationen Rechnung trägt. Wenn zum Beispiel im Tessin keine Familienangehörigen leben, die sich während des Freiheitsentzugs um das Kind kümmern können. «In solchen Fällen», erklärt Frida Andreotti, «entscheidet die örtliche KESB über die Platzierung des oder der Kinder. Es kann durchaus vorkommen, dass eine verhaftete und zu einer Freiheitsstrafe verurteilte junge Mutter in der Schweiz keinen Partner, Ehemann oder Familienangehörige hat, denen sie ihr Kleinkind anvertrauen könnte. Bis zum vollendeten dritten Lebensjahr dürfen die Kinder bei ihren Müttern bleiben, danach müssen sie jedoch ausserhalb des Gefängnisses leben, und zwar bei Familienangehörigen, Pflegeeltern oder in Einrichtungen für Minderjährige wie zum Beispiel die Casa di Pictor in Mendrisio. Pollicino sowie die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen die Kontakte sicher, um die Beziehung zwischen dem Kind und der inhaftierten Mutter aufrechtzuerhalten», führt die Leiterin der Justizabteilung weiter aus. «Wenn dies gewünscht und als notwendig erachtet wird, finden die Treffen

in Begleitung von Pollicino statt, wobei die Mutter in ihrer Elternrolle unterstützt wird.»

Wiedereröffnung der Frauenabteilung

Im vergangenen Juni hat sich der Grosse Rat mit der Genehmigung des vom Departement der Institutionen beantragten Kredits für die Wiedereröffnung einer Frauenabteilung in der Strafanstalt La Stampa ausgesprochen, die im Jahr 2006 wegen Unterbelegung geschlossen worden war. Die Abteilung wird über elf Zellenplätze (darunter eine Zelle für Mutter und Kind), einen Spazierhof sowie Arbeitsräume verfügen. Die Wiederinbetriebnahme der Frauenabteilung erweist sich als notwendig aufgrund der zunehmenden Anzahl Frauen, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden. Zurzeit verbüssen Frauen kurze Freiheitsstrafen im Gefängnis La Farera, wo sie dem Regime der Untersuchungshaft und den damit einhergehenden Einschränkungen unterstehen. Die zu langen Freiheitsstrafen verurteilten Frauen werden heute in Einrichtungen nördlich des Gotthards und somit weit weg von ihrem Umfeld und ihren Familien untergebracht.

Das Budget beläuft sich auf rund drei Millionen Franken, wovon 1,2 Millionen auf die Einrichtung der Frauenabteilung und den Umbau von Räumen der Strafanstalt für ältere Gefangene und Gefangene mit Behinderungen entfallen. Die restlichen 1,8 Millionen decken die (jährlichen) Kosten des für den Betrieb der Abteilung erforderlichen Aufsichts-, Verwaltungs- und medizinischen Personals. Die Arbeiten werden voraussichtlich zwanzig Monate dauern.

Straffrei leben

Kommen wir zum Projekt Pollicino zurück, das seit 28 Jahren besteht. «Eine bis jetzt zweifelsfrei positive Erfahrung, was auch die Zürcher Fachhochschule ZHAW bestätigt hat», betont Frida Andreotti. «Dank Pollicino den Kontakt mit den eigenen Kindern aufrechtzuerhalten, ist wirklich wichtig. Die Familienbande können auch das Rückfallrisiko erheblich senken. So wird in den Vollzugsplänen der Familie des Inhaftierten eine zentrale Rolle bei der Resozialisierung zugeschrieben. Pollicino leistet daher einen Beitrag zur Erreichung des in Artikel 75 des Schweizerischen Strafgesetzbuches festgelegten Ziels, wonach «der Strafvollzug das soziale Verhalten des Gefangenen zu fördern [hat], insbesondere die Fähigkeit, straffrei zu leben».

Die Perspektive der Angehörigen konstant einbeziehen

Ein Verein setzt sich für die Förderung und Professionalisierung der Angehörigenarbeit ein

Angehörige einer inhaftierten Person haben Anspruch auf die Fortsetzung des Familienlebens unter eingeschränkten Bedingungen und Kinder haben Anspruch auf Wahrung des Kindeswohls. Wo diese Interessen berührt sein könnten, hat sie der Justizvollzug bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Der Paradigmenwechsel zum konstanten Einbezug der Angehörigenperspektive ist noch lange nicht überall vollzogen.

Dominik Lehner

2018 hat der Europarat die Empfehlung betreffend Kinder inhaftierter Eltern (siehe #prison-info 1/2018) erlassen. Im gleichen Jahr wurde der gemeinnützige Verein «Perspektive Angehörige und Justizvollzug» gegründet, um gestützt auf diese Empfehlung die Angehörigenarbeit zu fördern und zu professionalisieren (siehe #prison-info 2/2020). Im Juni 2023 erschien die erste schweizerische Studie zur Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil und zeigte erstmals wissenschaftlich auf, wie schwer Familien von einer Inhaftierung eines Angehörigen betroffen sind. Schliesslich wurde im Juni 2023 der vielbeachtete Film «Mitgefangen» von Annina Furrer im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt. Angehörigenarbeit im Justizvollzug findet Beachtung. Doch noch immer werden die Auswirkungen der Inhaftierung einer Person auf deren Familienangehörige zu sehr als unvermeidbarer Kollateralschaden betrachtet. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, die Situation der Angehörigen zu verbessern.

Recht auf ein Familienleben

Das Recht auf ein Familienleben geniesst hohen völkerrechtlichen und verfassungsmässigen, grundrechtlichen Schutz. Als Beispiel genannt sei der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der in Art. 10 festhält: «Die Vertragsstaaten erkennen an, dass die Familie als die natürliche Kernzelle der Gesellschaft grösstmöglichen Schutz und Beistand geniessen soll, insbesondere im Hinblick auf ihre Gründung und solange sie für die Betreuung und Erziehung unterhaltsberechtigter Kinder verantwortlich ist. [...]» Was aber geschieht konkret, wenn ein junger Fa-

milienvater inhaftiert wird? Hat er auch dann noch Anspruch auf den grösstmöglichen Schutz, weiter mit seiner Familie zusammen zu sein und für sie zu sorgen? Natürlich nicht, sein Anspruch wird eingeschränkt. Das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB) regelt die Verhängung und den Vollzug von Strafen und Massnahmen und bildet die gesetzliche Grundlage für den Grundrechtseingriff gegenüber Straftätern und Straftäterinnen. (Eine entsprechende Bedeutung hat die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) für die Untersuchungs- und Sicherheitshaft). Weitere Voraussetzungen für einen Grundrechtseingriff bilden das Vorliegen eines öffentlichen Interesses und die Einhaltung der Verhältnismässigkeit.

«Unschuldig» und dennoch «mit-betroffen»

Der Eingriff in die Grundrechte der Familienangehörigen einer inhaftierten Person unterliegt genau denselben Voraussetzungen. Auch sie haben das Recht auf Schutz des Familienlebens. In dieses Recht wird massiv eingegriffen, obschon sie selbst ja keine Straftat begangen haben. Sie sind also von Rechts wegen «unschuldig», und dennoch «mit-betroffen» – durch Einkommensverlust für die Familie, Verlust einer wichtigen Bezugsperson und vermeintliche oder tatsächliche Stigmatisierung. Das Leid von Angehörigen wurde lange Zeit in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen – daher bezeichnet sie die Literatur als vergessene Opfer des Justizvollzugs. Ihre Not wurde der Verantwortung des Straftäters zugeschoben, der halt auch die Konsequenzen für seine Familienangehörigen vorher hätte bedenken sollen; eine zweifellos unbefriedigende Argumentation.



Dominik Lehner, Präsident der Koncordatlichen Fachkommission der Nordwest- und Inner-schweiz zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern, ist Präsident des Vereins «Perspektive Angehörige und Justizvollzug».

Die negativen Folgen mildern

Nach der sogenannten Sonderopfertheorie – einem gleichheitsrechtlich orientierten dogmatischen Grundsatz, der für die Entschädigungsrechtsprechung bei Enteignungen entwickelt wurde – liegt ein Sonderopfer vor, wenn eine hoheitliche Massnahme einen Einzelnen oder eine Gruppe im Vergleich zu anderen besonders trifft. Den Staat trifft dann die Verantwortung, die so entstehende Ungleichheit auszugleichen. Nun kann es natürlich nicht sein, dass der Straftäter mit der Begehung einer Straftat eine Kausalkette auslöst, die zu einer finanziellen Entschädigung seiner Familienangehörigen führt, weil er als Person nun quasi der Familie «enteignet» wird. Wohl aber ist zu erwarten, dass die übrigen aus der Strafverbüßung entstehenden negativen Folgen, insbesondere die Deprivation, welche die Familienangehörigen erfahren, berücksichtigt und wo möglich, gemildert werden.

Das StGB gibt dem Gefangenen zwar ein bundesgesetzlich verankertes Recht, Besuche zu empfangen und mit Personen ausserhalb der Anstalt Kontakt zu pflegen (Art. 84 StGB). Das «Wie?» und das «Wo?» bleiben jedoch ebenso wie das «Wie oft?» und das «Wie lange?» der Praxis und gegebenenfalls der Rechtsprechung überlassen. Man mag sich fragen, weshalb die Rechte der mitbetroffenen Familienangehörigen nicht normativ geregelt wurden. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass über lange Zeit in erster Linie die Verhängung der Strafe selbst und weniger die Person des Straftäters und daher erst recht nicht dessen Familie im Fokus des Justizvollzugs standen. Im Mittelalter war umgekehrt das Institut der Sippenhaft noch verbreitet, wonach die ganze Sippe für Straftaten ihrer Mitglieder einzustehen hatte. Sich also heute den Sorgen und Nöten von Familienangehörigen eines Straftäters oder einer Straftäterin im positiven Sinne anzunehmen,

Die Institutionen des Justizvollzugs sollten Kontakte zwischen inhaftierten Personen und ihren Angehörigen nicht bloss ermöglichen, sondern wo immer möglich proaktiv fördern. Foto: Mehrzweckhalle der JVA Witzwil, die unter anderem auch für den Empfang von Besuchen dient (Foto: Peter Schulthess, 2016)



ist keineswegs selbstverständlich – und vergleichbar mit der Entwicklung der Opferhilfe, die vor dem Inkrafttreten des Opferhilfegesetzes im Jahr 1993 nicht als Staatsaufgabe betrachtet wurde.

Von der umfassenden Erhebung der Familiensituation jeder inhaftierten Person unmittelbar bei Eintritt in den Justizvollzug und deren Berücksichtigung bei allen späteren Entscheiden ist man in der Schweiz meist noch ziemlich weit entfernt. In einigen Schweizer Justizvollzugsanstalten gibt es spezielle Eltern/Kind-Programme und in mehreren Anstalten werden oder wurden inzwischen die Besuchsräume kindgerechter ausgestaltet. Bezüglich freundlicherer farblicher Gestaltung und Kinderspielmöglichkeiten ist Bewegung aufgekommen und es ist diesbezüglich sogar ein gewisser «Benchmark» unter den Justizvollzugsanstalten auszumachen. Immerhin lassen sich die Kosten für solche Anpassungen, die oft als täterfreundlich und Kuscheljustiz verunglimpft werden, heute auf allgemein anerkannte Grundlagen wie die UNO-Kinderrechtskonvention, die Bangkok-Rules und die Empfehlung des Europarats betreffend Kinder inhaftierter Eltern stützen. Gute Beispiele für Familienfreundlichkeit liefern im Übrigen Vorbilder aus dem skandinavischen Justizvollzug, wo der Berücksichtigung der Kinder inhaftierter Personen schon viel früher Aufmerksamkeit geschenkt wurde als bei uns.

Internetplattform soll Hürden abbauen

Für die deutsche Schweiz besteht – anders als für die Romandie – noch keine zentrale Internetplattform für Angehörige, wo Ortsangaben, Besuchzeiten, Angebote des öffentlichen Verkehrs etc. für die Institutionen des Justizvollzugs schnell und einfach an einem Ort in Erfahrung gebracht werden können. Schon die Beschaffung der für einen Besuch notwendigen Informationen kann sich für die Familie einer inhaftierten Person als Hürde erweisen. Die betroffenen Angehörigen bilden nämlich eine verstreute heterogene und stets neu zusammengesetzte Gruppe, die aus Scham nicht die Öffentlichkeit sucht. Daher entstehen nur selten Selbsthilfegruppen. Unterstützung kommt – wenn überhaupt – von karitativer Seite (Heilsarmee, Kirchen etc.). «Perspektive Angehörige und Justizvollzug» hat sich nach dem Vorbild des «Guide des Prisons» der Stiftung «Relais Enfant Parents Romands» (REPR) deshalb der Aufgabe angenommen, für die ganze Schweiz eine entsprechende Informationsplattform zu schaffen. Inzwischen liegt intern eine Probeversion vor. Finanzielle Unterstützung seitens der öffentlichen Hand gibt es dafür nicht.

Viel Respekt und guten Willen

«Perspektive Angehörige und Justizvollzug» hat 2022 im Auftrag der Strafanstalt Saxerriet gestützt



auf die Empfehlung des Europarates die Qualität der Angehörigenarbeit im Vollzug erhoben. Der Verein stellte insgesamt ein positives Bild mit viel Respekt und guten Willen fest. Besonders erfreulich ist die Durchführung des anstaltseigenen Vater-Kind-Programms. Weiterentwicklungsbedarf besteht aus Sicht des Vereins im Bereich Erleichterung und Förderung der Kontaktpflege zwischen den Angehörigen und den inhaftierten Personen (z.B. Ermöglichung von Besuchen unter freiem Himmel für Kinder und Familien sowie Ausbau von digitalen Kommunikationsmöglichkeiten). Auch die proaktive Förderung von Verantwortungsübernahme der Insassen gegenüber ihren Familien wird vermisst. Begrüsst wird die Tatsache, dass die Strafanstalt Saxerriet die Rückmeldungen aufnimmt und dabei ist, ein Konzept für Angehörigenarbeit auszuarbeiten. Ein nächster Angehörigenarbeits-Audit im Auftrag einer geschlossenen Strafanstalt steht unmittelbar bevor.

Wie die Anfänge der Bewährungshilfe

Der neue und bisher einzige umfassende Bericht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zur Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil stellt fest, dass die Sensibilisierung der Akteure für das Thema in den letzten Jahren zugenommen hat. Der Bericht deckt allerdings auch Schwachstellen und Handlungsbedarf auf. Weiter stellt er fest, dass die Förderung der Beziehungs-

Angehörigenarbeit konkret: «Tim und das Geheimnis der blauen Pfote» ist ein Buch für Kinder mit einem inhaftierten Elternteil. Es hilft Eltern und Fachpersonen, mit betroffenen Kindern über ihre Gefühle und Sorgen zu sprechen. Anhand der Erfahrungen von Tim beim Besuch seines Vaters im Gefängnis können Besuche mit betroffenen Kindern vor- und nachbereitet werden. Angehörige können das Kinderbuch kostenlos bestellen bei: info@angehoerigenarbeit.ch.

«Schon die Beschaffung der für einen Besuch notwendigen Informationen kann sich für die Familie einer inhaftierten Person als Hürde erweisen.»



Der Verein «Perspektive» erarbeitet zurzeit nach dem Vorbild des «Guide des Prisons» der Stiftung «Relais Enfant Parents Romands» (REPR) eine Informationsplattform für die ganze Schweiz.

pflege von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil bisher weitgehend von privaten Initiativen abhängig ist. Dass die «Bewirtschaftung» des Themas stark der Initiative von privaten Organisationen überlassen wird, erinnert an die Entstehungsgeschichte der Bewährungshilfe. Sie entstand Mitte des 19. Jahrhunderts (St.Gallen 1838, Aargau 1868) aus privater Initiative als Hilfe für bedingt entlassene Straftäter und wurde erst Mitte des 20. Jahrhunderts vermehrt als staatliche Aufgabe der Resozialisierung wahrgenommen und demzufolge sukzessive in staatliche Hände übertragen. Heute ist die staatliche Bewährungshilfe nicht mehr wegzudenken – ein Hoffnungsschimmer für die Angehörigenarbeit!

Den gesetzlichen Auftrag umsetzen

Spätestens aufgrund der neuen Untersuchungsergebnisse ist klar, dass eine angemessene Angehö-

rigenarbeit im Justizvollzug nicht im Sinne von «nice to have» zu verstehen ist, sondern als gesetzlicher Auftrag zwingend in die Praxis umzusetzen ist. Innerhalb des Justizvollzugs zieht denn auch kaum jemand in Zweifel, dass der Einbezug der betroffenen Familien nicht bloss einseitig zu deren Gunsten wirkt, sondern in der Regel in hohem Ausmass zu einer wirkungsvollen nachhaltigen Täterarbeit beizutragen vermag – eine Win-Win-Situation. Der Straftäter bleibt auch während des Justizvollzugs soweit wie möglich Teil seines angestammten sozialen Kollektivs.

Den Menschen in seinem Umfeld wahrnehmen

Angezeigt ist ein systemischer Ansatz, der den Menschen in Wechselwirkung mit seinem sozialen Umfeld wahrnimmt. Der Justizvollzug greift in das Familienleben ein. Es sind daher die Voraussetzungen für den Grundrechtseingriff gegenüber den Familienangehörigen einer inhaftierten Person zu prüfen. Aus der Verhältnismässigkeitsprüfung folgt die Verpflichtung, das mildeste geeignete Mittel zu wählen. Es ist ferner zu prüfen, ob ein alternativer Vollzug – Halbgefangenschaft oder Electronic Monitoring – unter Fortsetzung des Familienlebens geeignet ist, den Zweck der Strafe zu erfüllen.

Wo dies nicht möglich ist, sind die Institutionen des Justizvollzugs aufgefordert, den negativen Folgen der Inhaftierung für die Familienangehörigen im Rahmen ihres Auftrags wirkungsvoll entgegen zu treten, indem sie Kontakte nicht bloss ermöglichen, sondern wo immer möglich proaktiv fördern. Angehörige von inhaftierten Menschen haben Anspruch auf Wahrung ihrer Interessen und gleichzeitig bildet Angehörigenarbeit einen unverzichtbaren Teil der (Re)-Sozialisierung, mit welcher die eingewiesene Person ihre Verantwortung gegenüber den Angehörigen und insbesondere gegenüber den eigenen Kindern nicht erst nach der Entlassung, sondern schon während der Strafverbüßung so weit wie möglich wahrnimmt.

Links

Weitere Informationen über die Arbeit mit Angehörigen von straffälligen Personen sind auf der Website des Vereins «Perspektive Angehörige und Justizvollzug» (www.angehoerigenarbeit.ch) abrufbar.

Die Empfehlung des Europarats zu Kindern inhaftierter Eltern ist auf der Website des Europarates (www.coe.int) abrufbar.

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (0.103.1) ist in der Systematischen Sammlung (www.admin.ch) abrufbar.

Die Bangkok-Rules sind auf der Website der UNO (www.unodc.org) abrufbar.

Die Nelson-Mandela-Regeln («Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen») sind auf der Website der UNO (www.un.org) abrufbar. Das UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (0.107) ist in der Systematischen Sammlung (www.admin.ch) abrufbar.

Existenzsicherung und emotionale Entlastung

Die Deutschschweiz muss bei der Angehörigenarbeit aufholen

Allzu lange war die Beziehung der Inhaftierten zu ihren Angehörigen im Schweizer Justizvollzug kein grosses Thema. Darunter zu leiden hatten vor allem die Kinder der Inhaftierten, denn sie werden gewissermassen mitbestraft. Dass die Angehörigenarbeit nun Fahrt aufgenommen hat, ist vor allem privaten Akteuren zu verdanken.

Kaspar Meuli

Sitzen Vater oder Mutter in Haft, ist dies für die Angehörigen eine grosse Belastung. Insbesondere auf die Entwicklung der Kinder kann eine längere Abwesenheit eines Elternteils erhebliche Auswirkungen haben. Deshalb verpflichtet die UNO-Kinderrechtskonvention ihre Vertragsstaaten, die Beziehungspflege von Kindern zu einem inhaftierten Elternteil zu fördern. Der Schweizer Justizvollzug war in dieser Hinsicht lange nicht eben ein Musterschüler. In einem Bericht von 2015 hat der UNO-Kinderrechtsausschuss festgehalten, dass in der Schweiz nicht genügend Informationen zur Thematik vorliegen.

«Die Förderung der Beziehungspflege von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil ist weitgehend von privaten Initiativen abhängig», heisst es denn auch in einer Medienmitteilung des Bundesamts für Justiz im Juli dieses Jahres. Darin wurde eine aktuelle Studie zur Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil vorgestellt (siehe Interview Seite 4). In der Westschweiz, so die Medienmitteilung weiter, biete die Stiftung «Relais Enfants Parents Romands» (REPR) ein flächendeckendes Unterstützungsangebot für Angehörige von Inhaftierten und deren Kindern an (siehe Artikel Seite 15). Und im Tessin ermögliche die Anlaufstelle Pollicino innerhalb der Strafvollzugsanstalt La Stampa den Angehörigen und dem inhaftierten Elternteil einen Ort zum Austausch (siehe Artikel Seite 20). In der Deutschschweiz hingegen fehlten vergleichbare Angebote.

Tatsächlich ist das Angebot für Angehörige in der deutschen Schweiz je nach Region sehr unterschiedlich, doch wie die folgende Übersicht zeigt, sind auch hier diverse Organisationen aktiv.

Verständnis finden, Mut gewinnen

Die jüngste Anlaufstelle ist die Fachstelle «Extramural», die im Frühling 2023 als Pilotprojekt der Reformierten und der Katholischen Kirche des Kantons Zürich ins Leben gerufen wurde. Angestossen haben das Projekt Gefängnisseelsorger, die in ihrer Arbeit immer wieder erlebten, wie stark das Thema Angehörige alle Inhaftierten beschäftigt und welche wichtige Rolle der Kontakt zu ihnen bei der Wiedereingliederung spielt. Die Leiterin der neuen Fachstelle, Ivana Mehr, umschreibt das Angebot so: «Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Angehörigen. Hier können sie Verständnis finden, Mut gewinnen, Gleichgesinnte treffen und Unterstützung erhalten.» Während die Inhaftierten eng im Regelwerk des Justizsystems eingebunden seien, blieben die Angehörigen «draussen» (extramural) und mit ihren emotionalen, sozialen und finanziellen Sorgen und Nöten oftmals allein. Hier will die Fachstelle Abhilfe schaffen – neben individueller Beratung auch mit einem Gruppenchat und Gesprächsgruppen.

Ein Akteur in der Angehörigenarbeit ist auch team72, das in Zürich seit 1972 in der Resozialisierung von Haft- und Straftatlassenen tätig ist. 2022 hat der Verein zusätzlich eine Infostelle geschaffen, die niederschwellige telefonische, persönliche oder Mail-Beratung und Krisenintervention für Angehörige von Inhaftierten anbietet. team72 berät zu folgenden Fragen:

- Wie kontaktiere ich die inhaftierte Person?
- Was erzähle ich meinen Kindern, Verwandten, Nachbarn, dem Arbeitgeber?
- Mit wem kann ich offen und ehrlich über meine Situation sprechen?
- Wie bezahle ich jetzt die Rechnungen?
- Wie überbrücke ich finanzielle Engpässe?
- Wie organisiere ich neu die Kinderbetreuung?

«Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Angehörigen. Hier können sie Verständnis finden, Mut gewinnen, Gleichgesinnte treffen und Unterstützung erhalten.»

Mitbestraft und stigmatisiert

«Angehört» nennt sich die seit 2016 bestehende Beratungsstelle für Angehörige von Inhaftierten der Heilsarmee in Bern. Ihr Kredo: Beraten, unterstützen und begleiten. «Angehörige von Inhaftierten erleben oft eine Mitbestrafung und Stigmatisierung», sagt Renate Grossenbacher, die Leiterin der Beratungsstelle. «Ich setze mich dafür ein, dass

sie eine Stimme bekommen, ihre Rechte kennen und diese einfordern können.» Das Angebot von «Angehört» umfasst Beratung per E-Mail, SMS, WhatsApp, Telefon oder im persönlichen Gespräch. In einem Online-Forum können sich Angehörige von Eingewiesenen austauschen. Zudem bietet «Angehört» einen Fahrdienst zur abgelegenen JVA Thorberg, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr



Während die Inhaftierten eng im Regelwerk des Justizsystems eingebunden sind, bleiben die Angehörigen «draussen» (extramural) und mit ihren emotionalen, sozialen und finanziellen Sorgen und Nöten oftmals allein. Foto: Peter Schulthess, 2016

schlecht erreichbar ist, was Besuche für viele Angehörige erschwert.

Auf die Frage, von wem «Angehört» besonders genutzt werde, sagt Renate Grossenbacher: «Es sind vorwiegend Frauen deren Partner in Untersuchungshaft sitzen, die sich bei mir melden.» In der letzten Zeit häuften sich aber auch Anfragen von Müttern mit einem erwachsenen Sohn in U-Haft. Noch wüssten allzu viele Angehörige nicht, so Grossenbacher, an wen sie sich mit ihren Sorgen wenden können. «Es ist meines Erachtens zwingend, dass in der Deutschschweiz eine zentrale Anlaufstelle für Angehörige geschaffen wird.» Mit der Stiftung Relais Enfants Parents Romands funktioniere dies in der französischen Schweiz bereits sehr gut.

Für eine gute Angehörigenarbeit braucht es aus Sicht der «Angehört»-Leiterin nicht zuletzt geschultes Fachpersonal in den Justizvollzugseinrichtungen: «Ist eine Fachperson sowohl mit den Umständen des Eingewiesenen wie mit denen seiner Angehörigen vertraut, kann auch eine Resozialisierung besser gelingen.» Ein Vorbild ist für Renate Grossenbacher die Angehörigenarbeit in vielen Staaten Nordeuropas. «Da gehören kindsgerecht ausgestattete Familienzimmer zur Tagesordnung. Es gibt auf dem JVA-Gelände oft auch Chalets, wo sich der Eingewiesene mit seiner Familie über ein Wochenende aufhalten kann. Und bei einer Inhaftierung werden die Angehörigen automatisch von einer Fachstelle aufgesucht.»

Schuld- und Schamgefühle

Das unabhängige Forensische Institut Ostschweiz (forio) in Frauenfeld bietet eine umfassende Palette von Dienstleistungen an, unter anderem auch Beratungen für Angehörige straffällig gewordener Menschen. Diese stehen laut forio «unter aussergewöhnlichen emotionalen und sozialen Belastungen. Sie erleben verschiedenste Einschränkungen wie soziale Isolation und mangelnde Unterstützung und Erschöpfung. Sie bleiben zurück,

mit allen Sorgen, Ängsten und allen Schuld- und Schamgefühlen und wissen oft nicht, wie es für ihre Angehörigen und sie selbst weitergehen soll und kann.»

Auch [humanrights.ch](https://www.humanrights.ch), eine Organisation, die sich dafür einsetzt, dass die Menschenrechte in der Schweiz durchgesetzt werden, betreibt seit 2017 eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen im Freiheitsentzug und ihre Angehörigen. Zudem äussert sich [humanrights.ch](https://www.humanrights.ch) auch in Fachartikeln zur Angehörigenarbeit. Zum Beispiel mit einem Kommentar zum kürzlich erschienen Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil in der Schweiz. Mit diesem Bericht, so die Menschenrechtsorganisation, würden verschiedene Missstände in der Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil «zum ersten Mal von offizieller Seite her anerkannt».

Im Jahr 1975 gründeten engagierte Juristinnen und Juristen den Verein «Neustart», ihre Absicht war es, straffälligen Menschen in der Region Basel kostenlose Rechtsberatung anzubieten. Seit einigen Jahren hat «Neustart» sein Angebot erweitert und bietet heute «Beratung für Straffällige und Angehörige» an. Die Erweiterung entspricht offenbar einem Bedürfnis. 2022 kam jede sechste Beratungsanfrage von einer Person aus dem persönlichen Umfeld von Straffälligen, Tendenz steigend. Im Jahresbericht 2022 des Vereins heisst es zum neuen Angebot: «Nebst emotionaler Entlastung geht es am häufigsten um das Erläutern von Verfahrensabläufen und das Vermitteln von Anlaufstellen zur Existenzsicherung.» Die Beratung trägt Früchte. Im Jahresbericht von «Neustart» schildert Bruno Schwer, der Geschäftsleiter, einen realen Fall mit verändertem Namen: «Nach drei Monaten Beratung wusste Frau Paklic, dass sie in der Wohnung bleiben kann. Sie hat ein existenzsicherndes Einkommen und sie sieht ihren inhaftierten Mann regelmässig. Der Sohn hat die Matura bestanden und kann ungehindert seine berufliche Zukunft angehen.» (mek)

«Angehörige straffällig gewordener Menschen stehen unter aussergewöhnlichen emotionalen und sozialen Belastungen.»

Links

Fachstelle «Extramural» der Reformierten und der Katholischen Kirche des Kantons Zürich: www.extramural.ch
 Infostelle des Vereins team72: www.team72.ch (mit Dokumentation zu den reso-Tagungen für die Resozialisierung straffälliger Personen)
 Beratungsstelle «Angehört» der Heilsarmee: www.heilsarmee.ch/angebot/angehoert

Beratungsstelle des Instituts forio: www.forio.ch/behandlungen/beratung-fuer-angehoerige
 Beratungsstelle der Organisation humanrights.ch: <https://www.humanrights.ch/de/beratungsstelle-freiheitsentzug/>
 Beratungsstelle des Vereins «Neustart»: www.neustart.ch

Auch Behörden schenken der Angehörigenarbeit mehr Beachtung

Funktionierende Beziehungen erleichtern Wiedereingliederung

Lange Zeit war die Angehörigenarbeit vor allem ein Engagement privater Organisationen, nun aber ergreifen vermehrt auch Justizvollzugsbehörden die Initiative. Besonders in der Deutschschweiz gibt es grossen Nachholbedarf.

Wie stark das Thema im Justizvollzug an Bedeutung gewonnen hat, lässt sich zum Beispiel am Programm der diesjährigen Tagung zur Resozialisierung straffälliger Personen reso23 ablesen. An der Veranstaltung mit über 180 Teilnehmenden war der Kontakt der Inhaftierten zu ihrem Umfeld gleich in mehreren Vorträgen ein Thema. Die Podiumsdiskussion am Schluss der Tagung war ganz den Angeboten in der Angehörigenarbeit gewidmet – insbesondere dem Nachholbedarf, den es in dieser Hinsicht in der Deutschschweiz gibt.

Bei Initiativen in der behördlichen Angehörigenarbeit macht unter anderem der Kanton Zürich von sich reden, wo das Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) das Thema zu einem seiner Schwerpunkte gemacht hat. Aber auch in kleineren Kantonen tut sich einiges.

Kontakt zu den Angehörigen aufnehmen

St. Gallen hat diesen Frühling neue Angehörigen-Programme eingeführt, «um die Re-Integration von straffällig gewordenen Menschen in die Gesellschaft zu stärken und zu erleichtern», wie das Amt für Justizvollzug mitteilte. Neu gibt es in allen Einrichtungen besondere Räume für Kontakte mit der Familie, und die Besuchszeiten wurden ausgeweitet. Ein vor einigen Jahren gestartetes Vater-Kind-Projekt wurde vom Pilotprojekt in ein festes Angebot überführt: In der Strafanstalt Saxerriet können inhaftierte Väter an Sonntagen kleine Unternehmungen mit ihren Kindern bestreiten und dadurch ein Stück Normalität und Familienleben im Justizvollzugsalltag erleben.

In einem neuen St. Galler Pilotprojekt in Kooperation mit der Beratungsstelle für Familien werden Angehörige direkt nach der Inhaftierung eines Familienmitglieds kontaktiert und beraten. Die Universität St. Gallen wird dieses Projekt wis-

senchaftlich begleiten, um herauszufinden, wie sich das Beratungsangebot auf die Situation der Angehörigen auswirkt.

Auch die Justizvollzugsanstalt Solothurn hat schrittweise neue Massstäbe gesetzt. Sie hat vor fünf Jahren regelmässige Vater-Kind-Anlässe eingeführt und jüngst ihr Angebot mit dem Väterkurs entscheidend ausgeweitet. Dieser Kurs soll den inhaftierten Vätern das Rüstzeug geben, damit sie eine stabile Beziehung mit ihren Kindern aufbauen können (siehe Artikel Seite 32).

Jeder Fall ist einzigartig

Kaum ein anderer Deutschschweizer Kanton ist in der Angehörigenarbeit wohl so aktiv wie Zürich. «Wenn ein Familienmitglied ins Gefängnis kommt, betrifft das auch seine Angehörigen», heisst es dazu auf der Webseite des JuWe. «Die familiären Bande können ausserdem einen grossen Anteil daran haben, dass eine straffällige Person sich wieder in die Gesellschaft integrieren kann. Der Kanton arbeitet deshalb daran, die Kontaktbedingungen für Angehörige zu verbessern.» Allerdings, so gibt Nadine Lumme, Projektleiterin Kommunikation im JuWe, zu bedenken: «Jeder Fall ist einzigartig und muss vor Ort beurteilt werden.» Bei jungen inhaftierten Personen bedeute Kontakt zu Angehörigen etwas anderes als bei inhaftierten Personen mit Kindern. Nochmals anders sei ein solcher Kontakt bei Personen zu bewerten, die sich wegen Verdachts auf häusliche Gewalt in Untersuchungshaft befänden. «Die einzelnen Institutionen des JuWe», so Lumme, «erarbeiten deshalb individuell passende Angebote und Lösungen.»

Schulung im Umgang mit Kindern

Ein Ziel des JuWe ist, Besuche kinderfreundlich zu gestalten. Aus diesem Grund haben zum Beispiel

«Die familiären Bande können einen grossen Anteil daran haben, dass eine straffällige Person sich wieder in die Gesellschaft integrieren kann.»

alle Untersuchungsgefängnisse ihre Besuchszeiten erweitert. So sollen Besuche für Angehörige einfacher werden – etwa am Wochenende oder am Mittwochnachmittag. Zudem haben gleich mehrere Institutionen ihre Besuchszimmer neu gestaltet, inklusive Spielzeug, bunter Tapete und Schaukel, damit sich Kinder beim Besuch wohler fühlen. Zudem hat das Kinderhilfswerk Save the Children für das JuWe Schulungen entwickelt, um die Mitarbeitenden gut auf Besuche von Kindern vorzubereiten. Die erste solche interne Weiterbildung ist im April 2024 geplant. Vermittelt werden sollen dabei unter anderem Inhalte wie: Kinderfreundliche Kontaktaufnahme, kinderfreundliche Räumlichkeiten und Infrastruktur oder niederschwellige Aktivitäten zur Förderung der Eltern-Kind-Beziehung – etwa bei Trennscheiben-Besuchen.

Ein weiteres Anliegen ist, junge Männer in ihrer Rolle als Vater zu stärken. So etwa im Massnahmenzentrum Uitikon, wo junge inhaftierte Personen im Alter von 16 bis 30 Jahren leben, wovon einige bereits Väter sind. Ende 2021 wurde in Uitikon deshalb eine Vätergruppe lanciert, in welcher sich die jungen Männer mit ihrer Rolle als Vater auseinandergesetzt haben. Eine weitere Gruppe für inhaftierte Väter gibt es in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies.

Im Jahresbericht 2022 des JuWe heisst es zusammenfassend: «Unsere Haltung ist klar: Die Angehörigenarbeit soll mehr Beachtung erhalten. Ziel ist es, dass Angehörige in Zukunft im Therapie- und Vollzugsprogramm automatisch mitgedacht werden. Einerseits, um sie durch die Inhaftierung eines Familienmitglieds nicht mitzubestrafen, sondern sie in ihren Bedürfnissen und Anliegen ernst zu nehmen. Andererseits, um sie, wenn möglich und sinnvoll, verstärkt in den Prozess der Wiedereingliederung einzubinden.»

Die Angehörigenarbeit professionalisieren

«Der Kanton Bern anerkennt die Dringlichkeit der Thematik», erklärt Olivier Aebischer, der Leiter Kommunikation des Amtes für Justizvollzug. Deshalb treibe gegenwärtig eine interne Arbeitsgruppe die Professionalisierung der Angehörigenarbeit im Justizvollzug voran. Diese Arbeitsgruppe – bestehend aus Fachpersonen der verschiedenen Vollzugseinrichtungen und der Bewährungs- und Vollzugsdienste – hat unter anderem Standards zur Angehörigenarbeit für den bernischen Justizvollzug definiert. Zum Beispiel: «Die Interessen und Rechte von Angehörigen, die Familiensituation und Kinderperspektive werden in allen Phasen des Justizvollzugs berücksichtigt.» Und: «Die Normalisierung der persönlichen Kontakte wird durch Schaffung und



Förderung von Kontaktmöglichkeiten gefördert.» Oder: «Die Zusammenarbeit mit extramuralen Stellen, welche sich für Angehörige von inhaftierten Personen engagieren, wird gefördert.»

Die von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Standards und die daraus abgeleiteten Massnahmen sollen ab Mitte 2024 umgesetzt werden. Doch, so stellt Olivier Aebischer klar, die Umsetzung ist nicht in allen Institutionen gleich möglich, da sich diese je nach Auftrag, Haftregime sowie personellen und baulichen Ressourcen unterscheiden.

Massgeschneiderte Lösungen

Bei allen Anstrengungen, die zurzeit in der Deutschschweiz laufen, in der Angehörigenarbeit ein flächendeckendes Angebot aufzubauen, scheint also auch klar, dass es oft massgeschneiderte Lösungen braucht. Sei es in Bezug auf die Verhältnisse vor Ort in den einzelnen Vollzugsanstalten, vor allem aber mit Blick auf die Bedürfnisse der Inhaftierten und ihrer Angehörigen. Auf der Webseite des JuWe heisst es dazu: «Sind beispielsweise Vater-Kind-Gruppen für alle Betroffenen gut – oder in Einzelfällen – sogar schädlich? Oft sind Familienmitglieder nämlich gleichzeitig auch Opfer, so etwa in zwei Dritteln aller Fälle, in denen die Täter wegen Gewalt- und Sexualdelikten einsitzen. Man muss sich daher bei jedem Fall die Frage stellen, für wen der Kontakt gut ist; nur für den Inhaftierten oder auch für seine Familie.» (mek)

Mehrere Zürcher Institutionen haben ihre Besuchszimmer neu gestaltet, damit sich die Kinder wohler fühlen. Foto: Besuchszimmer im Gefängnis Päfikon (JuWe)

«Die Interessen und Rechte von Angehörigen, die Familiensituation und Kinderperspektive werden in allen Phasen des Justizvollzugs berücksichtigt.»

Eine stabile Beziehung zu den Kindern aufbauen

Die Väterkurse in der JVA Solothurn sind sehr beliebt

Was schenke ich meinem Kind zum Geburtstag? Wie erkläre ich ihm, warum ich im Gefängnis bin? In Väterkursen lernen die Insassen der JVA Solothurn, wie sie die Beziehung zu ihren Kindern festigen können. Neben dem Väterkurs gibt es in der Anstalt ein eigens für Kinder eingerichtetes Besuchszimmer und alle zwei Monate findet ein Väter-Kind-Vormittag statt. Mit ihrem Einsatz für die Kinder der Insassen leistet die JVA Solothurn Pionierarbeit in der Deutschschweiz.

Reto Liniger

Unauffällig liegt die Justizvollzugsanstalt (JVA) Solothurn hinter einer Lärmschutzwand an der Autobahn in Deitingen – mit ihrem Einsatz für die Kinder der Insassen erlangt die Haftanstalt aber überregionale Bedeutung. «Ja», sagt Christiane Kamradt, «wir sind tatsächlich gut am Ball.» Seit vier Jahren arbeitet Kamradt (50) als Lehrperson für Bildung im Strafvollzug. Dies tut sie in einem Schulungsraum: darin steht ein Flip Chart, es gibt Tische und Stühle, Bücher liegen auf und Computer stehen an der Fensterfront. Kamradt lernt mit den Insassen englische Verben, sie liest mit ihnen Zeitungsartikel und manchmal sogar Goethe. Seit drei Monaten hat Kamradt eine zusätzliche Rolle: als eine von zwei Kinderverantwortlichen. Zwar arbeitet sie in dieser Funktion wiederum mit den Insassen, jedoch nicht zum Wohl deren Bildung, sondern zum Wohl deren Kinder. Und damit leistet die JVA Solothurn Pionierarbeit oder ist eben «gut am Ball», wie es Kamradt ausdrückt.

Justizvollzugseinrichtungen – insbesondere in der Deutschschweiz – legen ihren Fokus bislang weitgehend auf die Insassen (in Solothurn sind dies nur Männer); es dominieren Überlegungen zur Sicherheit oder Fluchtgefahr. Mit diesem Fokus geht allerdings jemand vergessen, dem gemäss einer internationalen Konvention besonderer Schutz zukommen sollte: die Kinder der Insassen. Die 1997 von der Schweiz unterzeichnete UNO-Kinderrechtskonvention verpflichtet ihre Vertragsstaaten, dass bei allen Entscheiden, die sich auf das Kind auswirken, das Wohl des Kindes Vorrang hat. Denn längst ist sich die Wissenschaft einig: Die Folgen einer Haftstrafe belasten nicht nur die Insassen, sondern spüren auch die Ange-

hörigen – insbesondere die Kinder. Plötzlich ist der Papa einfach weg. Die unschuldigen Kinder werden so ebenfalls zu Opfern: Abnehmende Schulleistungen, Depressionen, Suchtverhalten oder körperliche Erkrankungen sind mögliche Folgen. Trotz dieser verheerenden Konsequenzen spielen im Justizvollzug die Kinder kaum eine Rolle. Zu diesem Schluss kommen die aktuellen Berichte der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und des Bundesamtes für Justiz, zu diesem Schluss kam aber auch der UNO-Kinderrechtsausschuss bereits im Jahre 2015.

Das Fundament ist der Väterkurs

Seit einigen Jahren setzt die JVA Solothurn in dieser Hinsicht neue Massstäbe. «Das Kind hat ein Recht auf eine Beziehung mit dem Vater – auch wenn er in Haft sitzt», sagt Christiane Kamradt, «diese Beziehung wollen wir ermöglichen und stärken.» Besuchen Kinder ihren inhaftierten Vater, tun sie dies in Solothurn in einem eigens dafür eingerichteten Zimmer – ausgestattet mit farbigen Tapeten, Spielzeugen und Tischen zum Zeichnen. Alle zwei Monate findet zudem in der Turnhalle ein Vater-Kind-Anlass statt, da können die Familien gemeinsam frühstücken, spielen und basteln – wobei der Anlass länger als die übliche Besuchszeit von 90 Minuten dauern darf. Das Fundament der Angehörigenarbeit ist aber der Väterkurs. Der Kurs soll den Vätern das Rüstzeug geben, damit sie eine stabile Beziehung zu ihren Kindern aufbauen können. Viele Väter seien mit ihrer Rolle als Vater überfordert, sagt Kamradt. «Ihnen wollen wir helfen.» Ganz nach dem Motto: Was dem Vater hilft, hilft schlussendlich dem Kind.

«Das Kind hat ein Recht auf eine Beziehung mit dem Vater – auch wenn er in Haft sitzt; diese Beziehung wollen wir ermöglichen und stärken.»



In der JVA Solothurn können die Kinder ihren inhaftierten Vater in einem eigens dafür eingerichteten Zimmer mit farbigen Tapeten, Spielzeugen und Tischen zum Zeichnen besuchen.

Foto: JVA Solothurn

«Dem Kind muss erklärt werden, dass der Papa da ist und es ihm den Umständen entsprechend gut geht – das ist für beide Seiten wichtig.»

«Wir wollen, dass die Väter im Kurs Raum finden, um über ihre Gefühle und ihre Situation nachzudenken.»

Kreativität, Mut und kleine Schritte

Ein Konzept, wie man mit den Kindern der Insassen umzugehen hat, bestand in Solothurn jedoch nicht. Pioniertaten und Innovationen werden nie auf dem Reissbrett entworfen, sie entstehen durch Kreativität, Mut und in kleinen Schritten. Die Idee hatte ein Wohngruppenleiter aus dem Bereich Massnahmenvollzug. «Sein Ziel war es, die Bedingungen für Besuche der Kinder von inhaftierten Vätern zu verbessern», erzählt Charles Jakober, Direktor der JVA Solothurn. Die Idee stiess auf offene Ohren, sie «wurde von der Geschäftsleitung und mir von Beginn an unterstützt.»

In kleinen Schritten wurde das Engagement für die Kinder der Insassen entwickelt: In der ersten Phase ab dem Jahre 2018 wurde alle drei Monate ein Vater-Kind Vormittag in der Turnhalle organisiert. Während der Pandemie gab es einen Besuchstopp; nach der Pandemie sei allerdings eine grosse Aufbruchstimmung spürbar gewesen, sagt Jakober. «Alle wollten ihre Angehörigen wieder sehen, diesen Schwung wollten wir nutzen.» Und so wurde ab dem Frühjahr 2022 tapeziert, gestrichen und Möbel für die jungen Gäste angeschafft: Die zwei Besuchszimmer für Kinder wurden eingerichtet. Dafür hätten sich viele Mitarbeitenden mit Rat und Tat eingebracht. Es sei ihr Ziel gewesen, den Kindern für die schwierigen Treffen mit ihren Vätern eine freundliche Umgebung zu bieten.

Wie erkläre ich dem Kind, wo ich bin?

Damit die Treffen mit den Kindern überhaupt reibungslos funktionieren, wurde ein weiteres Angebot geschaffen: die Väterkurse. Sie bilden das Fundament der Beziehungspflege zwischen den Vätern im Gefängnis und ihren Kindern; die Idee war, die Insassen in Kursen bestmöglich auf die Treffen mit ihren Kindern vorzubereiten. Das war ein kluger Schachzug – und er stiess sofort auf grossen Zuspruch bei den Insassen. Zwar finden die Kurse abends statt und sind freiwillig, trotzdem seien die Väter in den allermeisten Fällen dankbar für das Angebot und nehmen gerne teil, sagt die Kinderverantwortliche Christiane Kamradt, die mit ihrem Kollegen die Kurse leitet.

In den sieben Modulen des Kurses stehen konkrete Fragen im Zentrum: Was spiele ich mit dem Kind, wenn es mich besucht? Wie begrüsse ich mein Kind? Oder wie erkläre ich meinem Kind, wo ich mich befinde? Dafür werden im Kurs altersgerechte Kinderbücher genutzt: In einem Buch für 3- bis 7-jährige Kinder hat der Papa eben den Nussvorrat der Nachbarin gestohlen und muss dafür eine Strafe verbüssen. Das Kind lerne so, warum der Papa nicht zuhause, sondern im Gefängnis lebt, sagt Kamradt.

«Es geht dem Kind besser, wenn es die Wahrheit kennt.» In den Gedanken der Kinder liegt der Papa irgendwo auf einer Holzbank bei Wasser und Brot – diese Unsicherheit belastet. «Dem Kind muss erklärt werden, dass der Papa da ist und es ihm den Umständen entsprechend gut geht – das ist für beide Seiten wichtig.»

Kamradt und ihr Kollege helfen den Insassen im Kurs aber auch beim Schreiben von Briefen an ihre Kinder. Sie lesen mit den Insassen Gute-Nacht-Geschichten, sprechen diese auf Tonträger und verschicken sie; oder sie basteln Geschenke. So hat Herr Z. (30) ein Kissen mit einem Foto bedruckt und will es demnächst der Tochter an einem Besuchstag schenken. Herr M. (35) hat seinen drei Kindern je einen Brief geschrieben. Zudem habe er sich Gedanken darüber gemacht, was er ihnen schenken könnte. Schlussendlich habe er den Töchtern Schminke gekauft und die Geschenke auch gleich selbst verpackt. «Wenn ich meinen Töchtern eine Freude machen kann, habe ich ebenfalls ein gutes Gefühl.»

Sie wissen schon, wer ihr Papi ist

Natürlich steht für Christiane Kamradt das Kind im Zentrum. «Je besser es aber dem Vater geht, desto besser geht es dem Kind.» Daher hat der Erfahrungsaustausch zwischen den Insassen einen hohen Stellenwert. «Wir wollen, dass die Väter im Kurs Raum finden, um über ihre Gefühle und ihre Situation nachzudenken.» Herr F. (30) hat zwei Kinder (4 Monate und 2,5 Jahre), da er aber seit drei Jahren im Gefängnis sitzt, hat er weder die Geburt noch die ersten Jahre mit ihnen erleben dürfen. Seine Kinder würden seinen Schwiegervater als Papi bezeichnen, sagt F. Seine Kinder wüssten aber schon, wer ihr Papi sei, fügt er an. Der Kurs helfe ihm seine Situation zu verdauen. «Vielleicht hilft er mir auch, einen intensiveren Kontakt mit meinen Kindern aufzubauen.»

Die JVA Solothurn ist mit ihrem Einsatz für die Kinder von Insassen «gut am Ball», wie es Christiane Kamradt diagnostiziert. Ebenfalls Charles Jakober, der Direktor, zieht eine positive Bilanz: «Unsere kindergerechten Besuchszimmer, die Vater-Kind-Vormittage und auch der Väterkurs werden gerne genutzt und wir erhalten dazu ein ausgezeichnetes Feedback», sagt Jakober. Tatsächlich sind vom positiven Effekt der Angebote nicht nur der Direktor und die Kinderverantwortliche überzeugt. «Leider ist der Väterkurs schon zu Ende», hat ein Insasse an den Flip-Chart im Schulungsraum als Rückmeldung zum Kurs geschrieben. «Wir haben viel gelernt.» Ein anderer Insasse schreibt: «Ich würde mir wünschen, dass ich weiter in den Kurs kommen darf, der Kurs hat mir Rückhalt gegeben, da ich erst gerade jetzt wieder Kontakt zu meiner Tochter aufgenommen habe.»

Einen Raum für den Dialog schaffen

Im Kanton Neuenburg werden Familienkonferenzen im Freiheitsentzug durchgeführt

Im Rahmen des Programms «Dialog mit Angehörigen» organisieren das Schweizer Forum für Restaurative Justiz (Swiss RJ Forum) und das Amt für Justizvollzug des Kantons Neuenburg (Service pénitentiaire, SPNE) Familienkonferenzen im Freiheitsentzug. Diese Treffen ermöglichen es den inhaftierten Personen und ihren Angehörigen, sich auszusprechen, ihre Beziehungen wiederherzustellen, wenn möglich den durch die Straftat verursachten Schaden wiedergutzumachen und gemeinsam die Zukunft anzugehen.

Das Programm «Dialog mit Angehörigen», das seit dem Frühjahr 2022 in der Justizvollzugsanstalt Bellevue in Gorgier NE durchgeführt wird, orientiert sich an einer ähnlichen, in den USA entwickelten Initiative. Deren Auswirkungen auf das Wohlbefinden und den Ausstieg aus der Kriminalität von inhaftierten Personen sind wissenschaftlich nachgewiesen worden, schreiben Aurélie Stoll, Claudia Campistol und Claudia Christen-Schneider in einem Artikel in der Zeitschrift «Jusletter». Diese Initiative trage namentlich dazu bei, die Isolation zu begrenzen, schädliche Gefühle zu lindern, optimistischer in die Zukunft zu blicken und eine bessere Selbstwahrnehmung zu fördern.

Die restaurative Justiz umfasst gemäss der einschlägigen Empfehlung des Europarates «alle Verfahren, die es den Personen, die durch eine Straftat geschädigt worden sind, und den Verantwortlichen dieses Schadens ermöglichen, sich in freier Zustimmung und mit Hilfe einer fachkundigen und unparteiischen Drittperson (Vermittler) aktiv an der Beilegung der durch die Straftat entstandenen Schwierigkeiten zu beteiligen». Familienkonferenzen sind eines von verschiedenen Verfahren der restaurativen Justiz, die alle auf Werten wie Respekt, Würde, Solidarität, Gerechtigkeit und Wahrheit gründen. Sie gehen davon aus, dass auch die Angehörigen von inhaftierten Personen unter den Folgen der Straftaten und der strafrechtlichen Sanktionen – insbesondere des Freiheitsentzugs – leiden, führen die Autorinnen aus. Nicht selten werden sie wegen der materiellen, sozialen und emotionalen Folgen der Inhaftierung als «vergessene Opfer» bezeichnet.

Auf die Bedürfnisse eingehen

In der Haft sind die Kontakte und Begegnungen mit der Aussenwelt beschränkt. Die kurzen Besuchs-

zeiten garantieren keine Privatsphäre und lassen keine tiefgründigen Gespräche zu. Als Raum für den Dialog ermöglichen Familienkonferenzen den Betroffenen, auf einige ihrer Bedürfnisse einzugehen, halten die Autorinnen fest. Für die Familien sind sie eine besondere und seltene Gelegenheit, ihre inhaftierten Angehörigen zu treffen und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Sie können Fragen stellen und dank einigen Antworten nach vorne schauen. Auch die inhaftierten Personen können in diesen Momenten des Austauschs ihre Erfahrungen und ihre Wahrnehmung der Situation teilen. «Dank geteilten Sorgen und manchmal ausgesprochenen Entschuldigungen verleihen Familienkonferenzen einen Schwung, um gemeinsam in die Zukunft zu blicken», betonen die Autorinnen. Diese Beziehungsdynamiken seien im Hinblick auf die Stabilisierung der Situation nach der Entlassung und den Ausstieg aus der Kriminalität von entscheidender Bedeutung.

Vorbereitungskreise

Das Programm «Dialog mit Angehörigen» beginnt mit einer Informationsveranstaltung, zu der alle inhaftierten Personen einer Justizvollzugsanstalt eingeladen werden, und verläuft in vier Phasen. In der ersten Phase treffen sich die maximal sechs Teilnehmer zu drei Vorbereitungskreisen, um sich gegenseitig kennenzulernen, um die Werte festzulegen, nach denen sich ihre Diskussionen richten sollen, sowie um ihre Erwartungen und Motivationen, aber auch ihre Fragen und Bedenken auszutauschen. Zudem setzen sie sich intensiv damit auseinander, wie sich ihre Straftat und die Vollstreckung der Sanktion auf sie selbst, ihre Opfer, ihre Angehörigen und die Gesellschaft auswirken. Ferner denken sie darüber nach, welche Bedürfnisse und

«Familienkonferenzen verleihen einen Schwung, um gemeinsam in die Zukunft zu blicken.»

Erwartungen ihre Angehörigen haben könnten, wie sie den verursachten Schaden beheben und gute Beziehungen wiederherstellen könnten und wie eine Familienkonferenz ablaufen könnte.

Einzelgespräche

Falls die Teilnehmer nach den Vorbereitungskreisen an einem Dialog mit ihren Angehörigen interessiert sind, treffen sich die Vermittlerinnen und Vermittler in einer zweiten Phase einzeln mit jeder inhaftierten Person und mit jedem eingeladenen Angehörigen. Diese Einzelgespräche dienen dazu, alle Beteiligten

auf den gleichen Informationsstand über das Programm zu bringen und sich zu vergewissern, dass sie an einer Familienkonferenz teilnehmen wollen. Falls dies zutrifft, werden die Treffen entsprechend den Bedürfnissen, Wünschen und Befürchtungen aller Beteiligten konkret organisiert.

Familienkreise und Folgetreffen

In der dritten Phase der sogenannten Familienkreise findet die eigentliche Familienkonferenz statt. Diese Treffen zwischen der inhaftierten Person und ihren Angehörigen werden immer von zwei Vermittlerinnen

Seit dem Frühjahr 2022 wird in der JVA Bellevue in Gorgier NE das Programm «Dialog mit Angehörigen» durchgeführt.
Foto: Peter Schulthess, 2017



oder Vermittlern begleitet. In der vierten Phase wird einige Monate später eine weitere Familienkonferenz organisiert, an der die gemachten Erfahrungen besprochen sowie eine Bilanz über den zurückgelegten und den noch zu bewältigenden Weg gezogen werden.

Drei Wege der Teilnahme

Das Programm «Dialog mit Angehörigen» ist flexibel und muss sich immer wieder an die Bedürfnisse der inhaftierten Personen sowie ihrer Angehörigen anpassen können. Die Autorinnen haben die ersten Erfahrungen gestützt auf die Methode der teilneh-

menden Beobachtung festgehalten und unterscheiden drei Wege der Teilnahme. Der erste Weg besteht darin, dass die inhaftierte Person an den Vorbereitungskreisen teilnimmt ohne nach deren Abschluss in irgendeiner Form an ihre Angehörigen zu gelangen. Auf dem zweiten Weg nimmt die inhaftierte Person an den Vorbereitungskreisen sowie an den Einzelgesprächen teil. Sie stellt dann allerdings mit Unterstützung der Vermittlerinnen und Vermittler fest, dass die Organisation einer Familienkonferenz zu diesem Zeitpunkt nicht angebracht wäre. Und zwar weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, dass die Parteien diesen Raum des Dialogs auf sichere und nicht nachteilige Weise nutzen können. Auf dem dritten Weg wird das ganze Programm bis zu den Familienkreisen und Folgetreffen durchlaufen.

Alle Phasen sind wichtig

Die Analyse dieser Wege zeigt laut den Autorinnen, dass «das Interesse an einem restaurativen Programm und das damit verbundene Engagement bereits auf eine Veränderung der Haltung und Einstellung aller Beteiligten hinweisen». Man nehme unerschwerlich wahr, dass man sich selbst ein wenig verändern muss, um eine Veränderung bei anderen zu bewirken und damit eine Veränderung der Beziehungen ins Auge zu fassen. Die Teilnahme an den Vorbereitungskreisen unterstreiche das Bedürfnis der inhaftierten Personen, sich in einem geschützten, vertraulichen und sicheren Raum über ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen auszutauschen. Die Teilnahme an den Einzelgesprächen zeuge vom konkreten Willen zu einem Austausch. Die Familienkreise und Folgetreffen seien, so die Autorinnen, weniger der Zweck des Programms als das Ergebnis der restaurativen Verfahren, die in den zwei vorhergehenden Phasen in Gang gesetzt worden sind und die gleiche Aufmerksamkeit verdienen.

Ein besonderes Anliegen ist den Autorinnen schliesslich, dass die Werte und Grundsätze der restaurativen Verfahren in der Strafverfolgung und im Justizvollzug anerkannt und unterstützt werden. Ein angemessenes Verständnis des restaurativen Ansatzes und seiner Ziele erscheint ihnen als eine Voraussetzung für seine reibungslose Umsetzung und für die Optimierung seines potenziellen Beitrags. (gal)

«Das Programm ist flexibel und muss sich immer wieder an die Bedürfnisse der inhaftierten Personen sowie ihrer Angehörigen anpassen können.»



Link

Auréli Stoll / Claudia Campistol / Claudia Christen-Schneider: «Dialoguer avec ses proches » en détention, in : Jusletter, 4 septembre 2023.
<https://jusletter.weblaw.ch/juslissues/2023/1165.html>

Familienkontakt trotz Untersuchungshaft

Durch den Einbezug der Angehörigen sollen Ressourcen erhalten bleiben

Im Rahmen eines Modellversuchs wollen die Kantone Zürich und Bern die Untersuchungshaft humaner gestalten. Ein Augenmerk gilt dabei insbesondere der Angehörigenarbeit: Die Familie ist eine wichtige Ressource des Inhaftierten, die erhalten bleiben soll, um seine Wiedereingliederung nach der Entlassung zu erleichtern.

Christine Brand

Ein Freitagstag im Mai 2023. Alles scheint wie immer an diesem sommerlich warmen Morgen, als Martin B. (Name von der Redaktion geändert) in Biel im Büro sitzt und seiner Arbeit nachgeht. Doch plötzlich öffnet sich die Tür – und von einer Sekunde auf die andere ist nichts mehr, wie es war. Die Polizisten, die unangemeldet an seinem Arbeitsplatz erschienen sind, nehmen Martin B. vorläufig fest. Sie beschlagnahmen sein Handy und seinen Computer und bringen ihn ins Regionalgefängnis Biel. Nach seiner vorläufigen Festnahme bleiben den Ermittlern 48 Stunden, um den Tatverdacht zu erhärten oder zu entkräften. Je nach Resultat wird die Verfahrensleitung beim Zwangsmassnahmengericht Untersuchungshaft beantragen; dieses muss wiederum innerhalb von 48 Stunden über den Antrag entscheiden.

Untersuchungshaft wird in der Regel dann angeordnet, wenn ein dringender Tatverdacht vorliegt und befürchtet wird, dass der Verdächtige fliehen könnte, dass er sich mit anderen Personen absprechen oder Beweismittel manipulieren würde, dass eine Rückfall- oder Ausführungsgefahr besteht, also, dass er ein geplantes Delikt begehen könnte. Ist einer dieser Punkte erfüllt, wird der Verdächtige in Untersuchungshaft versetzt, wobei nach wie vor die Unschuldsvermutung gilt. Bei Martin B. kommt es nicht so weit: Am nächsten Morgen – keine 24 Stunden nach seiner Festnahme und noch bevor über eine allfällige Untersuchungshaft entschieden wurde – liegt er tot in seiner Zelle. Er hat sich das Leben genommen. Martin B. hinterlässt mehrere Kinder.

Mit der Situation überfordert

Es passiert selten, aber es passiert immer wieder, dass sich jemand nach seiner Verhaftung das Le-

ben nimmt, weil er mit der Situation überfordert ist. Obwohl die Behörden auf den sogenannten Haftchock sensibilisiert sind, können Suizide hinter Gittern nicht immer verhindert werden. «Der Haftchock ist eine Reaktion einer inhaftierten Person, wenn sie realisiert, dass ihr auf einen Schlag die Hände gebunden sind und dass sie jegliche Autonomie und Handlungsfreiheit verloren hat – während sich die Welt da draussen weiterdreht», erklärt Stefan Tobler, Leiter Projekte der Untersuchungsgefängnisse Zürich. Das gesamte Leben scheint über dem Betroffenen einzustürzen: Wie soll er es der Frau sagen? Wie macht man den Kindern klar, dass der Vater im Gefängnis sitzt? Wer zahlt jetzt die offenen Rechnungen? Wird man den Job verlieren, die Wohnung? Was passiert mit der Familie? «Manche Inhaftierte reagieren suizidal oder psychotisch, andere kriegen Panikattacken und Angststörungen, Schwindel oder andere körperliche Symptome», erzählt Stefan Tobler.

Eine Verhaftung und die anschliessende Untersuchungshaft sind für die Betroffenen – ob zu Recht oder zu Unrecht verdächtig – einschneidend und teils traumatisierend. Obwohl ihre Schuld noch nicht bewiesen ist und demnach die Unschuldsvermutung gilt, sind sie gleich mit der strengsten Haftform konfrontiert: In der Untersuchungshaft herrschen aus ermittlungstaktischen oder aus Sicherheitsgründen äusserst restriktive Bedingungen, weil nichts die Ermittlungen gefährden soll – so strikte Bedingungen, dass die Schweiz seit einigen Jahren aus menschen- und grundrechtlicher Sicht dafür kritisiert wird, unter anderem von der Anti-Folter-Kommission. Nicht nur die Inhaftierten selbst, auch ihr soziales Umfeld und insbesondere ihre Familien sind davon massiv betroffen. Der Kon-



Stefan Tobler: «Das gesamte Leben scheint über dem Betroffenen einzustürzen.»

takt mit dem Inhaftierten bricht vorübergehend vollumfänglich ab.

Schädliche Auswirkungen verhindern

«Ich nenne die Untersuchungshaft stets Unsicherheitshaft; es sind keine Termine bekannt, die beschuldigte Person hat keine Ahnung, wie es weitergeht», sagt Katrin Röhm, die Leiterin des Sozialdienstes der Untersuchungsgefängnisse Zürich. «Einerseits sollte man der Unschuldsvermutung Rechnung tragen, da es noch kein Urteil gibt, gleichzeitig ist der Betroffene mit der restriktivsten Haft konfrontiert.» Aus diesem Grund findet im Kanton Zürich wie auch im Kanton Bern derzeit ein Umdenken statt. In einem wissenschaftlich abgestützten Modellversuch wollen die Untersuchungsgefängnisse der beiden Kantone herausfinden, wie die Ressourcen der inhaftierten Personen besser geschützt und schädliche Auswirkungen der Haft möglichst verhindert werden können – für den Inhaftierten, aber auch für seine Angehörigen.

Erste Verbesserungen

«Einige Verbesserungen konnten wir im Kanton Zürich bereits vor dem Versuch umsetzen», sagt Katrin Röhm. «Früher durften sich die inhaftierten Personen in der Untersuchungshaft nur eine Stunde pro Tag ausserhalb ihrer Zelle bewegen – heute sind es bis zu acht Stunden.» Der Gruppenvollzug ermögliche den Inhaftierten, den Alltag im Gefängnis freier zu gestalten, die meisten könnten auch an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. «Zudem haben wir die Besuchszeiten für Personen in Untersuchungshaft ausgeweitet; früher waren Besuche nur tagsüber möglich, neu auch abends und an Wochenenden.» Das sei insbesondere für den Kontakterhalt mit Angehörigen wichtig. Gleichzeitig wurden in den Zürcher Untersuchungsgefängnissen kinderfreundlich gestaltete Räume geschaffen, um Familienbesuche zu vereinfachen. Besuch ist allerdings nur dann erlaubt, wenn die Verfahrensleitung diesen bewilligt, räumt Katrin Röhm ein. «Wir haben schon erlebt, dass es sehr lange gedauert hat, bis der erste Familienbesuch erlaubt wurde – manchmal

hatte sich der Insasse da bereits von den Kindern entfremdet.»

Ressourcen erhalten

Oft verunmöglichen die restriktiven Kontakt- und Besuchsbedingungen der Untersuchungshaft, dass Inhaftierte und Angehörige die Familienbeziehungen «so normal wie möglich» pflegen können, wie dies die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze fordern. Das belastet insbesondere Paar- und Eltern-Kind-Beziehungen, die daran zerbrechen können. Dabei wäre die Familie eine der wichtigsten Ressourcen, die einem Inhaftierten die Wiedereingliederung nach seiner Entlassung erleichtern könnte. Während im Strafvollzug – also in der Haft nach der Verurteilung – die Wiedereingliederung der Insassen in die Gesellschaft ein wichtiges Thema ist, hatte sie in der Untersuchungshaft bis anhin kein Gewicht. Doch das soll sich mit Hilfe des Modellversuchs nun ändern. «Die Haft ist ein einschneidendes Erlebnis, sie verursacht viele soziale Schäden», betont Katrin Röhm. «Wenn bereits während der restriktiven Untersuchungshaft alle noch vorhandenen Ressourcen vernichtet werden, ist es sehr schwierig, diese während des Strafvollzugs wieder herzustellen.»

Gemäss Stefan Tobler wird die Hälfte der verhafteten Personen nach sechs bis sieben Wochen wieder entlassen, nach drei Monaten sind 70 Prozent wieder draussen. «Doch in dieser Zeit kann bereits sehr viel kaputt gehen – hier müssen wir ansetzen und schauen, wie die Kontaktpflege zum sozialen Umfeld erhalten bleiben kann», sagt Tobler. Besonders wichtige Beziehungen zur Aussenwelt sind jene zur Lebenspartnerin und zu den Kindern – vorausgesetzt, der Inhaftierte wird nicht wegen Verdachts auf häusliche Gewalt festgenommen.

Proaktive Hilfe

Falls das Delikt nichts mit der eigenen Familie zu tun hat, wird der Inhaftierte im Rahmen des Modellversuchs neu proaktiv vom Sozialdienst angesprochen; er muss nicht mehr wie bis anhin selbst um Hilfe nachfragen. «Wir bieten den Teilnehmern der Versuchsgruppe am dritten Tag in Untersuchungshaft



Katrin Röhm: «Ich nenne die Untersuchungshaft stets Unsicherheitshaft.»

«Einerseits sollte man der Unschuldsvermutung Rechnung tragen, da es noch kein Urteil gibt, gleichzeitig ist der Betroffene mit der restriktivsten Haft konfrontiert.»



In den Zürcher Untersuchungsgefängnissen sind die Besuchszeiten ausgeweitet und kinderfreundlich gestaltete Räume geschaffen worden.

Foto: Gefängnis Dielsdorf (Peter Schulthess, 2022)

ein Lebensbereichgespräch an: Der Sozialdienst klärt ab, ob und welche Angehörige der Betroffene hat, ob er Kinder hat, wie es mit der Arbeitsstelle und wie die Wohnsituation aussieht», erläutert Stefan Tobler. «Wir schauen gemeinsam an, welche Ressourcen durch seine Verhaftung gefährdet sind, und wo die Risiken liegen, sie zu verlieren.» Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, ob er den Job behalten könnte, oder wer die Miete bezahlt. «Manchmal kommt jemand nach zwei Monaten aus der Untersuchungshaft und steht ohne Dach über dem Kopf da – was womöglich hätte verhindert werden können, wenn jemand mit dem Vermieter gesprochen hätte», nennt Tobler ein Beispiel.

Gleichzeitig ist im Rahmen des Modellversuchs geplant, dass das Gefängnispersonal eine spezielle Zusatzausbildung betreffend Angehörigenarbeit erhält. Denn selbst, wenn die Verfahrensleitung den Familienbesuch bewilligt, kommt er nicht immer zustande. «Es gibt Väter, die sich vor ihren Kindern schämen, weil sie im Gefängnis sitzen, und sie deshalb nicht empfangen wollen – obwohl sie ihre Kinder gerne sehen würden.» Darum sollen die Betroffenen mit einem konkreten Coaching darauf vorbereitet werden, wie sie das Gespräch mit den Angehörigen führen und wie sie ihr Kind im Gefängnis empfangen können. «Ziel ist, dass die Erstbegegnung zwischen Kind und Elternteil im Gefängnis eine gute ist – für beide Seiten», sagt Stefan Tobler.

Strategien zur Stress- und Problembewältigung ...

Ferner wird den Inhaftierten, die in das Versuchsprogramm aufgenommen werden, ein Prison Stress Management, kurz PRISMA, angeboten, das sich auf ein Programm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stützt. «Es handelt sich dabei um eine niederschwellige Intervention zur Stressregulation», erklärt Stefan Tobler. «Die Inhaftierten lernen in vier Sitzungen à 60 Minuten verschiedene Strategien zur Stress- und Problembewältigung.» Zunächst geht es um verschiedene Übungen wie beispielsweise um eine Atemtechnik, mit welcher der stressfördernde Cortisolspiegel gesenkt werden kann. In einem zweiten Schritt lernen die Insassen, zwischen kontrollierbaren und nicht kontrollierbaren Problemen zu unterscheiden und letztere in kontrollierbare umzuwandeln. «Der Haftschock selbst lässt sich

dadurch zwar nicht vermeiden», sagt Stefan Tobler. «Das Programm soll aber eine Hilfe zur Selbsthilfe im Umgang mit dem Haftschock und gefängnisbedingtem Stress sein.»

... und ein besseres Übergangsmanagement

Als weitere Intervention wird im Rahmen der Studie ein besseres Übergangsmanagement getestet – der Übergang von der Untersuchungshaft in die Freiheit oder in den Strafvollzug soll enger begleitet werden. Ob und wie gut PRISMA und die anderen proaktiven Interventionen wirken, weiss man heute noch nicht. «Unsere Hypothese ist, dass sie einen positiven Einfluss auf die Gesundheit des Insassen haben – mental, psychisch und somatisch –, und dass wichtige Ressourcen erhalten bleiben», erklärt Tobler. «Im Rahmen der Studie werden wir wissenschaftlich untersuchen, ob dem wirklich so ist.» Der Modellversuch dauert vorerst drei Jahre. Während dieser Zeit werden in den Gefängnissen Daten gesammelt, die dann von der ETH und der Universität Zürich ausgewertet werden.

Vieles hängt von der Verfahrensleitung ab

Trotz aller Bemühungen, die Untersuchungshaft humaner zu gestalten und wichtige Ressourcen der Inhaftierten zu erhalten, relativiert Katrin Röhm den Handlungsspielraum der Sozialen Dienste der Untersuchungsgefängnisse. Zum einen könnten sie nicht die gesamte Angehörigenarbeit tragen, die auch ausserhalb der Gefängnisse wichtig wäre; sie wünschte sich explizite Anlaufstellen, an die sich die Angehörigen mit ihren Fragen wenden könnten. Zum anderen wird auch in Zukunft Vieles von der Verfahrensleitung abhängig sein – insbesondere auch die Besuchspraxis. «Es ist mir bewusst, dass während der Untersuchungshaft sensible Abklärungen stattfinden», sagt Katrin Röhm. «Trotzdem wünsche ich mir von den Verfahrensleitungen ein gewisses Entgegenkommen im Hinblick auf die Kontaktaufnahme und Beziehungspflege mit den Kindern, wo dies möglich ist.» Oft würden Besuchswünsche mit der Begründung «Kollisionsgefahr» strikt abgelehnt – ihrer Meinung nach manchmal allzu strikt, gerade wenn es dabei um kleine Kinder gehe. Katrin Röhm: «Ich hoffe künftig auf etwas mehr Verständnis für Kinderbedürfnisse und Kinderrechte.»

«Unsere Hypothese ist, dass die proaktiven Interventionen einen positiven Einfluss auf die Gesundheit des Insassen haben – mental, psychisch und somatisch.»

«Ich hoffe künftig auf etwas mehr Verständnis für Kinderbedürfnisse und Kinderrechte.»

Austausch und Meinungsbildung zur Angehörigenarbeit

Die Schlüsselrolle der sozialen Beziehungen wird zunehmend erkannt

Die Untersuchung und die Empfehlungen der ZHAW haben Bewegung in die Angehörigenarbeit gebracht. Die KKLJV hat namentlich die Meinungsbildung zur Frage in Gang gesetzt, in welchen Bereichen sich der Justizvollzug engagieren soll. Das SKJV hat das diesjährige Forum Justizvollzug den sozialen Beziehungen gewidmet und das BJ will mit einem interdisziplinären Austausch den Anstoss für die Schaffung eines nationalen Netzwerkes für die Angehörigenarbeit geben.

Verschiedene Akteure seien das Thema Angehörigenarbeit bereits auf einer übergeordneten Ebene angegangen, hebt der am 2. Juni 2023 veröffentlichte Bericht des EJPD positiv hervor. Zu diesen Akteuren zählen laut Bericht insbesondere die Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug (KKLJV) und einzelne Kantone. Die KKLJV sei in der Gruppe vertreten gewesen, welche die Empfehlungen der

Untersuchung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Frühling 2022 besprochen habe, erklärt deren Geschäftsführerin Katja Schnyder-Walser. Seither habe sich der Vorstand KKLJV mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Meilenstein bezeichnet Katja Schnyder-Walser die Plenarversammlung im März 2023: «Die KKLJV hat festgehalten, dass die Angehörigenarbeit zu den

Die Kinder haben das Bedürfnis zu wissen, wie ihr inhaftierter Elternteil untergebracht ist und wo er arbeitet. Die KKLJV wollte durch ihre Umfrage deshalb auch in Erfahrung bringen, inwieweit die Kantone die Kontaktmöglichkeiten durch den Besuch der Zelle oder des Arbeitsplatzes fördern.

Foto: Zelle in der JVA Bostadel
(Peter Schulthess, 2016)



Themen des Justizvollzugs gehört und dass dazu auf gesamtschweizerischer Ebene eine Meinungsbildung erfolgen soll». Denn gemäss den im Strafgesetzbuch verankerten Vollzugsgrundsätzen sei der Justizvollzug unter anderem verpflichtet, den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenzuwirken.

Umfrage zur Angehörigenarbeit

Noch zu klären ist, in welcher Form die KKLJV das Thema auf gesamtschweizerischer Ebene behandeln wird. In einem ersten Schritt führte die KKLJV im Herbst eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durch, um einen Überblick über den Stand der Angehörigenarbeit in den einzelnen Kantonen zu gewinnen. (Die Ergebnisse der Umfrage lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.) Die KKLJV wollte namentlich wissen:

- In welchen Justizvollzugsbehörden oder Justizvollzugseinrichtungen bestehen Arbeitsgruppen, die sich mit der Angehörigenarbeit befassen?
- Wie werden die Kontakte von Kindern und Jugendlichen mit ihrem inhaftierten Elternteil unterstützt? Zu denken ist dabei etwa an die Vätergruppen in der JVA Solothurn und im Massnahmenzentrum Uitikon, das Vater-Kind-Projekt in der Strafanstalt Saxerriet oder mit das Väter-Coaching JVA Pöschwies.
- Wo werden Mitarbeitende für die Rechte der Angehörigen sensibilisiert, wie dies zum Beispiel die Kantone Zürich und Bern durch die Festlegung von Standards getan haben?
- Wo werden Daten über Angehörige erhoben (z.B. Wohnort, Kontaktwunsch)?
- Inwieweit fördern die Kantone die Kontaktmöglichkeiten durch familiengerechte Besuchsräume, Eltern-Kind-Nachmittage, Besuch von Zellen oder Arbeitsplatz, Besuchszeiten ausserhalb der Schul- und Bürozeiten und Videotelefonie?
- Inwiefern arbeiten die Kantone mit Dritten wie zum Beispiel der Stiftung Relais Enfants Parents Romands (REPR) zusammen oder delegieren Aufgaben an Dritte?
- Inwiefern besteht eine Zusammenarbeit und ein interdisziplinärer Austausch der kantonalen Justizvollzugsbehörden mit der Polizei, den Staatsanwaltschaften, den Gerichten, den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und anderen Behörden?

Die Ergebnisse der Umfrage werden als Grundlage für die Diskussion dienen, in welchen Bereichen sich die KKLJV auf schweizerweiter Ebene engagieren soll. Zugleich wird der Überblick über die Angehörigenarbeit die Justizvollzugsbehörden und Justizvollzugseinrichtungen gegenseitig inspirieren, ist Katja Schnyder-Walser überzeugt. Schliesslich wird die Umfrage aufzeigen, inwiefern die Kantone auf die

Unterstützung durch die KKLJV oder andere Fachorganisationen angewiesen sind.

Weiter prüft die KKLJV aufgrund der Empfehlungen betreffend Berücksichtigung der Familiensituation und Kinderperspektive, welche Leitfäden und Konzepte bei den verschiedenen Instanzen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Vollzugsbehörden usw.) bereits bestehen und inwieweit diese weiterentwickelt, harmonisiert oder regional angepasst werden können. Ferner analysiert die KKLJV die Empfehlungen betreffend Förderung von kindergerechten Kontaktmöglichkeiten und Harmonisierung von Regelungen und wird gestützt darauf einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen ausarbeiten.

Die Angehörigen einbeziehen

Als initiativen Akteur erwähnt der Bericht des EJPD auch das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV), das am diesjährigen Forum Justizvollzug die Schlüsselrolle der sozialen Beziehungen thematisiert hat. «Wir müssen den Gesamtkontext im Auge haben», betont Direktor Patrick Cotti. «Der Justizvollzug muss – wie dies etwa in der Psychiatrie schon lange üblich ist – auch die Angehörigen in seine Arbeit soweit wie immer möglich einbeziehen.» Die Beziehungen zu den Angehörigen spielten eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Wiedereingliederung der inhaftierten Menschen in die Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der regen Teilnahme am Forum Justizvollzug ist Patrick Cotti überzeugt, dass sich die Kantone in diese Richtung bewegen.

Vernetzung und Austausch

Die Besprechung der Empfehlungen der ZHAW im Rahmen eines interdisziplinären Workshops im Frühjahr 2022 wurde von den Fachleuten aus den Bereichen Strafverfolgung, Justizvollzug, Kinderschutz und den Vertretern privater Vereinigungen als besonders wertvoll empfunden. Das Bundesamt für Justiz (BJ) will deshalb am 1. März 2024 mit einem interdisziplinären Austausch in Bern den Anstoss für die Schaffung eines nationalen Netzwerkes für die Angehörigenarbeit geben. Um die Interdisziplinarität gewährleisten zu können, musste wegen verschiedener Terminkollisionen der ursprünglich bereits diesen Herbst vorgesehene Austausch verschoben werden.

Das künftige Netzwerk soll dazu beitragen, die verschiedenen Initiativen zu verknüpfen, Doppelspurigkeiten zu verhindern, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren zu fördern sowie Rollen und Zuständigkeiten zu klären. Die KKLJV prüft, wie der Austausch institutionalisiert werden kann, insbesondere wer für die Einberufung der weiteren Treffen sowie für deren Vor- und Nachbereitung zuständig sein wird. (gal)

«Die KKLJV hat festgehalten, dass die Angehörigenarbeit zu den Themen des Justizvollzugs gehört.»

«Der Überblick über die Angehörigenarbeit wird die Justizvollzugsbehörden und Justizvollzugseinrichtungen gegenseitig inspirieren.»

Fünf Fragen an Hakim Mokhtar

«Wir müssen die Betreuung von morgen vorwegnehmen, wobei die Wiedereingliederung noch wichtiger sein wird als heute»

Seit dem 1. Mai 2023 ist Hakim Mokhtar der neue Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon. Der 38jährige ist mit der Genfer Gefängniswelt bestens vertraut. Zuvor war er stellvertretender Direktor der Strafanstalt La Brenaz.



#prison-info: Die Leitung des Gefängnisses Champ-Dollon ist eine grosse Herausforderung. Der ehemalige Staatsrat Mauro Poggia sprach sogar von einem «Wagnis». Was hat Sie dazu bewogen, sich für diesen Posten zu bewerben?

Hakim Mokhtar: Eine gewagte Herausforderung, das stimmt – man denke nur an das Führungskarussell in letzter Zeit –, aber unbestreitbar eine spannende! Die Gelegenheit, aktiv zur Verbesserung der Betreuung im Justizvollzug beizutragen, bietet sich nur selten. Es wäre undenkbar, mich nicht voll und ganz dafür einzusetzen, gerade in einer so renommierten Anstalt wie Champ-Dollon. Dank der Unterstützung der 350 kompetenten und professionellen Mitarbeitenden fühle ich mich in meiner Entscheidung voll auf bestätigt.

Sie werden als «strikt, aber auch respektvoll und mit einem offenen Ohr für Ihre Mitarbeitenden» bezeichnet. Fassen diese Worte Ihren Führungsstil gut zusammen?

Auf jeden Fall. Mein Managementansatz ist geerdet, ich spreche Klartext und habe hohe Zielerwartungen, was manchmal als «strikt» wahrgenommen wird. Mir ist es wichtig, sämtliche Mitarbeitenden respekt- und würdevoll zu behandeln, d.h. ihre Fähigkeiten, Ideen und Beiträge anzuerkennen und ihre Meinung zu hören. Ich bin auch offen für Feedbacks und Vorschläge. Denn ich bin überzeugt, damit mehr Respekt zu schaffen, was wiederum ein effizienteres und harmonischeres Arbeitsumfeld fördert.

Wie gestalten Sie den Umgang mit den inhaftierten Personen?

Sie sprechen einen entscheidenden Punkt an, sowohl in Bezug auf den Prozess der Wiedereingliederung als auch in Bezug auf die effiziente Leitung einer Justizvollzugseinrichtung! Ich bemühe mich um einen ausgewogenen Ansatz, indem ich die Bedürfnisse, die Rechte, aber auch die Pflichten jeder inhaftierten Person berücksichtige. Meine Philosophie beruht auf mehreren Grundprinzipien, nämlich Achtung der Menschenwürde, transparente Kommunikation und faire Behandlung. Ich lege auch grossen Wert auf das Erlernen verantwortungsvollen und selbstständigen Handelns, selbstverständlich im Rahmen der geltenden Sicherheitserfordernisse.

Welche Massnahmen konnten Sie seit Ihrem Amtsantritt umsetzen und welche weiteren planen Sie?

Ich habe als Erstes Gespräche mit den Mitarbeitenden geführt, um ihre Bedürfnisse zu verstehen. Dabei konnte ich erkennen, wie engagiert und motiviert sie arbeiten! Auf dieser Grundlage haben wir die von meinem Vorgänger im November 2022 eingeleitete Reform fortgesetzt. Konkret haben wir die gemeinsamen Mahlzeiten auf den Etagen wieder eingeführt und zusätzliche Telefonzellen für die verurteilten Häftlinge eingerichtet. Auch haben wir die Untersuchungshaft besser vom Strafvollzug abgegrenzt. Für die Zukunft streben wir schwergewichtig die operative Ausbildung der Mitarbeitenden und eine verbesserte Betreuung vulnerabler

Personen an. Gleichzeitig soll die interdisziplinäre Zusammenarbeit verstärkt werden. Dies alles vor dem Hintergrund der Umsetzung der Justizvollzugsplanung...

Wie fühlt es sich an, Reformen in einem Gefängnis durchzuführen, das mittelfristig abgerissen wird?

Eine gute Frage. Es geht nicht um eine Gefängnisreform, sondern um die Neuausrichtung der Untersuchungshaft. Meines Erachtens braucht es dazu kontinuierliche und zukunftsgerichtete Überlegungen, die nicht mit einer einzelnen Person oder Anstalt in Verbindung gebracht werden sollten. Wir müssen die Betreuung von morgen vorwegnehmen, wobei die Wiedereingliederung noch wichtiger sein wird als heute. Für die meisten Menschen kann die Inhaftierung nämlich eine traumatische Erfahrung sein. Es liegt in unserer Verantwortung, die Auswirkungen der Haft zu lindern, ohne die Untersuchungshaft in ihren Grundzügen auszuhebeln. Nun ist das Gefängnis Champ-Dollon, das nach dem Standard der 70er-Jahre erbaut wurde, nicht mehr zeitgemäss. Und erst recht nicht zukunftsgerichtet!

Ein differenziertes Haftregime soll schrittweise Öffnungen ermöglichen

Die KKJPD hat Empfehlungen zur Untersuchungs- und Sicherheitshaft verabschiedet

Die KKJPD will mit Empfehlungen zur Untersuchungs- und Sicherheitshaft einen zwischen den Kantonen harmonisierten Haftvollzug unter Beachtung der grund- und menschenrechtlichen Vorgaben unterstützen und fördern. Namentlich soll ein differenziertes Haftregime entsprechend dem Stand der Strafuntersuchung schrittweise Öffnungen ermöglichen.

Der Vollzug der Untersuchungs- und Sicherheitshaft in der Schweiz ist in der Vergangenheit wiederholt kritisiert worden. Diese Kritik betraf namentlich die regelmässige Unterbringung in Einzelhaft und die langen Zelleneinschlusszeiten, das strikte Verbot von sozialen Kontakten mit anderen Inhaftierten und der Aussenwelt, den Mangel an Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten

Die Empfehlungen sollen den Kantonen insbesondere bei der Planung und Realisierung von Umbau- oder Neubauprojekten als Orientierungshilfe dienen.

Foto: Bau des Zentralgefängnisses Lenzburg (Peter Schulthess, 2012)



sowie die teilweise deutlichen Unterschiede im Vollzug zwischen den Kantonen. Als Reaktion auf diese Kritik liess die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) die aufgeworfenen Probleme eingehend untersuchen und von einer aus Vertretern der Praxis zusammengesetzten Arbeitsgruppe Empfehlungen ausarbeiten.

Die am 17. November 2023 von der KKJPD verabschiedeten Empfehlungen enthalten Rahmenbedingungen für einen grund- und menschenrechtskonformen Vollzug der Untersuchungshaft (die Sicherheitshaft ist jeweils mitgemeint). Zudem legen sie Standards fest, um die inhaftierten Personen bestmöglich vor den schädlichen sozialen und psychischen Auswirkungen dieser besonders harten Form des Freiheitsentzugs zu schützen. Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Empfehlungen sind laut KKJPD, «dass einerseits eine ausreichende Anzahl Haftplätze sowie andererseits das für die Betreuung und Überwachung der inhaftierten Personen notwendige Personal zur Verfügung stehen». Konkret ist ein Verhältnis der Anzahl Mitarbeitenden zur Anzahl Inhaftierten von 1 zu 2,3 anzustreben. Die Empfehlungen sollen den Kantonen insbesondere bei der Planung und Realisierung von Umbau- oder Neubauprojekten als Orientierungshilfe dienen. In bestehenden Anstalten können sie richtungsweisend für die zukünftige Weiterentwicklung des Haftregimes sein.

Differenziertes Haftregime

«Die Untersuchungshaft ist so offen wie möglich und so geschlossen wie nötig auszugestalten. Weder darf die Strafverfolgung erschwert oder gar verunmöglicht werden, noch darf stärker als unbedingt nötig in die Grundrechte der betroffenen Personen eingegriffen werden», heisst es in den Empfehlungen. Als zweckmässig erachtet die KKJPD ein differenziertes Haftregime, das sich je nach Phase des Haftvollzugs unterscheidet.

Eintrittsregime U-Haft (Phase 1): Nach Anordnung der Untersuchungshaft tritt die Person in die Haftanstalt ein. In dieser Eintrittsphase befindet sich die Person in Einzelhaft und wird mit den Regeln und Abläufen der Haftanstalt vertraut gemacht. Zudem wird abgeklärt, ob eine Selbst- oder Fremdgefährdung besteht und ob die Per-

son gruppentauglich ist. Je nach Ergebnis dieser Abklärung sowie in Fällen von Verdunkelungsgefahr kann ein restriktives Haftregime gerechtfertigt sein und von einem Gruppenvollzug abgesehen werden. Auch die Aussenkontakte können eingeschränkt bleiben. In der Regel sollte die Eintrittsphase jedoch nicht länger als 30 Tage dauern.

Standardregime U-Haft (Phase 2): Im Standardregime mit längeren Zellenöffnungszeiten ermöglicht die Leitung der Haftanstalt der inhaftierten Person den Gruppenvollzug, sofern die Verfahrensleitung wegen Verdunkelungsgefahr nicht weiterhin Einschränkungen der Kontakte zu Mitinhaftierten oder im Verkehr mit der Aussenwelt anordnet. Die übrigen Haftgründe (Fluchtgefahr, Wiederholungsgefahr und Ausführungsgefahr) erfordern in der Regel keine Einschränkungen durch die Verfahrensleitung. Für die Sicherheit und einen geordneten Betrieb ist die Anstaltsleitung zuständig und verantwortlich. Sie ordnet die dafür allenfalls notwendigen Einschränkungen an.

Haftregime mit zusätzlichen Öffnungen (Phase 3): Sobald es der Stand der Strafuntersuchung zulässt, soll die inhaftierte Person in ein Haftregime mit zusätzlichen Öffnungen innerhalb der Haftanstalt wechseln können. Damit ist ein Wechsel der Abteilung oder der Anstalt verbunden. In dieser Phase erfolgt die Haft im Gruppenvollzug und soziale Aussenkontakte dürfen im Rahmen der Gefängnisordnung gepflegt werden. Die Anstaltsleitung ordnet Einschränkungen nur noch an, wenn sie für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt (z.B. bei Gruppenuntauglichkeit oder drohendem oder gewalttätigem Verhalten) notwendig erscheinen.

Grundprinzipien

Die Empfehlungen basieren auf einer Reihe von Grundprinzipien. Insbesondere soll die inhaftierte Person entsprechend ihrer Menschenwürde und der für sie geltenden Unschuldsvermutung behandelt werden. Sie darf ferner in ihrer persönlichen Freiheit nicht stärker eingeschränkt werden, als es der Haftzweck sowie das Zusammenleben in der Einrichtung erfordern. Der Haftvollzug soll schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenwirken und so gestaltet werden, dass die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der inhaftierten Person soweit als

möglich erhalten bleiben. Die Haftanstalten, die Verfahrensleitungen sowie die medizinischen und sozialen Dienste sollen eng zusammenarbeiten, um ein bestmögliches Übergangsmanagement zwischen den drei Haftphasen sowie von der Untersuchungshaft in den Straf- bzw. Massnahmenvollzug oder in die Freiheit zu gewährleisten.

Eintritt und Unterbringung

Bei der Aufnahme in die Haftanstalt soll die inhaftierte Person sobald als möglich in einem Eintrittsgespräch über den Haftalltag und ihre Rechte und Pflichten in der Untersuchungshaft orientiert werden. Für die Information über das Gerichtsverfahren und Beschwerdemöglichkeiten ist die Verfahrensleitung zuständig. Zudem sollte das medizinische Fachpersonal innerhalb der ersten 24 Stunden eine strukturierte Eintrittsbefragung zum Gesundheitszustand der inhaftierten Person durchführen.

Inhaftierte Personen sollten nach Möglichkeit in Einzelzellen untergebracht werden. Bei einem Neu- oder Ausbau sollten Einzelbettzellen als Standard vorgesehen werden. Mit Zustimmung der Verfahrensleitung sollten die inhaftierten Personen nach der Eintrittsphase im Gruppenvollzug untergebracht werden, wobei eine Zellenöffnung von 8 Stunden pro Tag anzustreben ist. Während dieser Zeit soll der Zugang zu den Duschen, zu frischer Luft sowie zu Sport- und Freizeitbereichen gewährleistet sein. Zudem sollen die inhaftierten Personen die Möglichkeit haben, Mahlzeiten gemeinsam einzunehmen und jeden Tag mindestens eine Stunde Zugang zu einem teilweise gedeckten Spazierhof haben.

Arbeit, Bildung und Freizeit

In allen Phasen der Untersuchungshaft sollen den inhaftierten Personen zur Erhaltung ihrer psychischen und physischen Gesundheit sinnvolle und abwechslungsreiche Beschäftigungs- oder Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ist in einer Haftanstalt nicht ausreichend Arbeit von externen Auftraggebern vorhanden, sollte ersatzweise für Beschäftigung, Bildungs- oder Freizeitaktivitäten gesorgt werden. Zudem sollen die inhaftierten Personen in ihrer Aus- und Weiterbildung unterstützt werden sowie über eine angemessene Auswahl von sinnvoll gestalteten Sport-, Bewegungs- und Freizeit-

geboten verfügen. Weiter sollen sie Zugang zu einem Grundangebot an Zeitungen und Zeitschriften sowie zu einer Bibliothek haben. Radio und TV gehören zur Grundausstattung der Zelle. Zudem kann der Zugang zu einem internen Mediennez (Intranet, allenfalls mit gesichertem Zugang zu ausgewählten Internetseiten) gewährt werden. Hingegen sollte der freie Zugang zum Internet in allen Haftphasen untersagt werden.

Kontakte zur Aussenwelt

Ein besonderes Augenmerk soll in allen Phasen der Untersuchungshaft der Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte geschenkt werden. Besonderer Stellenwert kommt dabei der Pflege des persönlichen Kontaktes mit den Kindern der inhaftierten Person zu. Bei der Erteilung der Besuchsbewilligung und der Bestimmung der Besuchsmodalitäten sind die Interessen zwischen Kindeswohl und Kinderschutz abzuwägen. Wenn immer möglich sollen Besuche ohne Trennscheibe stattfinden. Ferner soll die Anstalt die für Telefonate und wenn möglich auch die für Videotelefonate notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Medizinische Betreuung

Die medizinischen Fachkräfte haben namentlich die Pflicht, die körperliche und geistige Gesundheit der inhaftierten Personen zu schützen und Krankheiten ausschliesslich auf der Basis von klinischen und berufsethischen Grundsätzen zu verhüten und zu behandeln. Sie müssen zudem das Selbstbestimmungsrecht der inhaftierten Personen wahren und die Vertraulichkeit medizinischer Informationen gewährleisten. Alle medizinischen Leistungen entsprechen gemäss Äquivalenzprinzip dem schweizerischen Standard ausserhalb des Freiheitsentzugs. Jede Haftanstalt soll in einem Suizidpräventionskonzept festlegen, welche Risikofaktoren zu überwachen sind sowie in welcher Form und an wen entsprechende Beobachtungen weitergegeben werden sollen. Anzeichen für mögliche Gewaltanwendung oder Misshandlungen sollen vom Betreuungspersonal dokumentiert und der Aufsichtsstelle gemeldet werden.

Das Disziplinarwesen sowie die Schutz- und Sicherheitsmassnahmen sind durch das kantonale Recht geregelt. Gemäss Empfehlungen sollte der Arrest nur im Ausnahme-



fall und für einen fest umrissenen, möglichst kurzen Zeitraum verhängt werden. Dabei sollte eine Höchstdauer von 15 Tagen nicht überschritten werden. Schutz- und Sicherheitsmassnahmen (z.B. Isolierung in Einzelhaft in speziellen Beruhigungs- oder Überwachungszellen) dürfen gemäss Verhältnismässigkeitsprinzips nur so lange dauern, wie eine Gefahr von der inhaftierten Person ausgeht oder dieser ihrerseits Gefahr droht. (gal)

Nach der Eintrittsphase ist eine Zellenöffnung von 8 Stunden pro Tag anzustreben. Foto: Zelle in der JVA Grosshof (Peter Schulthess, 2023)

Link

Die Empfehlungen für die Untersuchungs- und Sicherheitshaft sind auf der Website der KKJPD (www.kkjp.ch) abrufbar.

Die interkantonale Zusammenarbeit stärken

Die beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate haben den Weg des kooperativen Föderalismus eingeschlagen

Die beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate Nordwest- und Innerschweiz (NWI) und Ostschweiz (OSK) verstärken ihre Zusammenarbeit. Die zuständigen Regierungsmitglieder der 19 Deutschschweizer Kantone haben Ende Oktober 2023 an den ge-

meinsam durchgeführten Herbstkonferenzen dem Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung zugestimmt. Namentlich soll das Platzangebot künftig über die Konkordatsgrenzen hinweg geplant, optimal genutzt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Mit der verstärkten Zusammenarbeit reagieren NWI und OSK auf die komplexen Herausforderungen im Justizvollzug, die gestiegenen Anforderungen an Sicherheit, Unterbringung und Betreuung von Gefangenen sowie den technologischen Wan-



Die beiden Strafvollzugskonkordate werden künftig gemeinsam das Angebot an Haftplätzen planen, optimal nutzen und weiterentwickeln.

Foto: Regionalgefängnis Thun (Peter Schulthess, 2019)

del, schreiben die beiden Strafvollzugskonkordate in einer Medienmitteilung. Die Zusammenarbeit basiert auf einer gemeinsam erarbeiteten Strategie mit übereinstimmenden Überzeugungen und Werten. Karin Kayser-Frutschi, Konkordatspräsidentin des Strafvollzugskonkordates NWI und Justiz- und Sicherheitsdirektorin des Kantons Nidwalden, beschreibt die beschlossene Zusammenarbeit so: «Wir werden das Platzangebot für den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die strafprozessuale und ausländerrechtliche Haft künftig gemeinsam planen. So können wir das Angebot auch qualitativ weiterentwickeln und über die Kantonsgrenzen hinaus optimal bewirtschaften und nutzen.»

Auch die Leistungen der Vollzugseinrichtungen und die für die Unterbringung der Gefangenen zu entrichtenden Kostgelder sollen möglichst aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsam weiterentwickeln wollen die Konkordate auch das System des Risikoorientierten Sanktionenvollzugs (ROS). Schliesslich sollen auch konkordatliche Erlasse

sowie Prozesse zur Qualitätssicherung und -entwicklung künftig gemeinsam erarbeitet und bestehende Regelungen schrittweise inhaltlich angeglichen werden. Die Grundlagen und gemeinsamen Arbeitsprozesse hierfür haben Mitarbeitende aus den verschiedenen Kantonen in den letzten drei Jahren in verschiedenen Teilprojekten entwickelt.

Konkordate bleiben bestehen

Die beiden Konkordate bleiben mit ihren Gremien und Entscheidungsbefugnissen bestehen. «Neu erarbeiten wir Entscheidungsgrundlagen gemeinsam und diskutieren sie in gemeinsamen Konferenzen. Damit fördern und stärken wir den kooperativen Föderalismus», sagt dazu Jacqueline Fehr, die Präsidentin des Ostschweizer Strafvollzugskonkordates und Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich. Das Zusammenrücken der beiden Konkordate erhöht die Innovationskraft und hilft, Doppelspurigkeiten abzubauen. Über die neu gebildete Justizvollzugskommission, eine ständige Kommission der Konferenz der

Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), wird die Zusammenarbeit bei Justizvollzugsfragen von gesamtschweizerischer Bedeutung mit dem lateinischen Konkordat und dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) sichergestellt.

Gemeinsame Geschäftsstelle

Ein sichtbares Ergebnis der verstärkten Zusammenarbeit ist die Zusammenführung der Konkordatssekretariate. Zum Leiter der gemeinsamen Geschäftsstelle wurde bereits im Sommer der erfahrene Vollzugsfachmann Stefan Weiss gewählt. Er tritt seine Stelle anfangs 2024 an. Stellvertretende Leiterin ist Tanja Zangger, die aktuell das Konkordatssekretariat des NWI leitet. Der langjährige Konkordatssekretär des OSK, Joe Keel, geht auf Ende Jahr in Pension. Er wirkte während rund 30 Jahren in verschiedenen Schlüsselpositionen im Justizvollzug und prägte dessen Entwicklung auf interkantonaler und nationaler Ebene in den vergangenen Jahren in hohem Mass mit. (Red.)

Medizinische Gleichbehandlung im Freiheitsentzug

Der Bundesrat will eine Versicherungspflicht für inhaftierte Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz einführen, um die medizinische Gleichbehandlung im Freiheitsentzug sicherzustellen. Dies sieht die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vor, die der Bundesrat am 22. November 2023 in die Vernehmlassung geschickt hat.

Schätzungsweise ein Drittel aller inhaftierten Personen in der Schweiz (rund 2000 Personen) sind nicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung versichert, weil sie sie über keinen Wohnsitz in der Schweiz verfügen und somit nicht versicherungspflichtig sind. Die Gesundheitskosten dieser Personen wurden bisher von den Kantonen getragen und durch die kantonalen Steuergelder

finanziert. Die Finanzierung der medizinischen Versorgung in den Gefängnissen ist in den Kantonen nicht einheitlich geregelt. Aktuell werden die Kosten von den Institutionen des Justizvollzugs, der Gesundheitsbehörden oder den kommunalen Sozialhilfebehörden getragen.

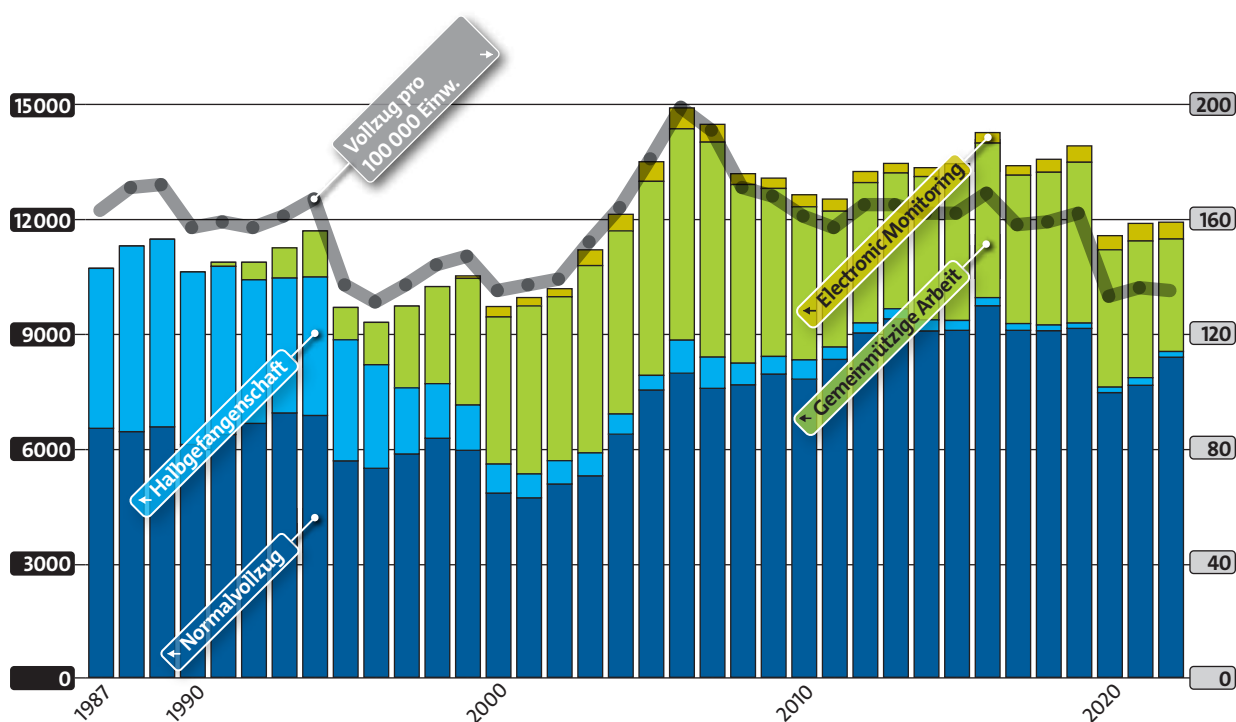
Dem Staat trägt eine umfassende Verantwortung für die Gesundheit von inhaftierten Personen zu. Diese Personen haben unabhängig von ihrem Aufenthaltsrecht oder ihrer Nationalität Anspruch auf eine gleichwertige medizinische Behandlung, wie sie Personen in Freiheit zusteht. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung sollen deshalb alle inhaftierten Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz künftig nach dem KVG krankenversichert

werden. Damit werden auch die Kosten für die Kantone besser berechenbar. Jede inhaftierte Person muss somit künftig obligatorisch krankenversichert sein. Die Prämie ist von der betroffenen Person selbst zu tragen. Die Kantone können die Prämien gegebenenfalls verbilligen.

Die Kantone sollen zudem inhaftierte Personen in der Schweiz neu in Rahmenverträgen versichern und dazu mit den Krankenversicherern besondere Versicherungsformen vereinbaren können. Weiter sollen die Kantone die Wahl der Versicherer sowie der Versicherungsform sämtlicher inhaftierten Personen unabhängig ihres Wohnsitzes einschränken können.

Mehr Einweisungen, rückläufige Dauer der Massnahmen

Statistik des Vollzugs von Sanktionen des BFS



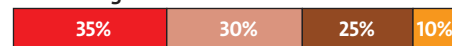
Im Jahr 2022 sind in der Schweiz an 11 927 Personen Strafen und Massnahmen vollzogen worden. Von diesen Personen wurden 71,6% in eine Justizvollzugseinrichtung eingewiesen (davon 1,7% in Halbgefängenschaft), womit der Anteil der Einweisungen im Vergleich zum Vorjahr um 5,6% zunahm. 24,7% verrichteten eine gemeinnützige Arbeit und 3,7% verbüsst ihre Strafe mit einer elektronischen Fussfessel, wie aus der Statistik des Vollzugs von Sanktionen des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht.

Ein **Langzeitvergleich** zeigt, dass heute weniger häufig besondere Vollzugsformen angeordnet werden. Im Jahr 2001 wurden etwa 54% der verurteilten Personen in eine Justizvollzugseinrichtung eingewiesen (davon 12% in Halbgefängenschaft), während 44% eine gemeinnützige Arbeit verrichteten und 2% ihre Strafe mit einer elektronischen

Fussfessel verbüsst. Unter den besonderen Vollzugsformen ist der Anteil der Halbgefängenschaft, die heute nur noch äusserst selten angeordnet wird, stark zugunsten des Anteils der gemeinnützigen Arbeit und des elektronisch überwachten Strafvollzugs zurückgegangen.

Bezogen auf 100 000 Personen der Wohnbevölkerung zeigt sich eine Fortsetzung des seit 2006 rückläufigen Sanktionenvollzugs (rechte Skala).

Strafvollzug:



Gemeinnützige Arbeit:



Elektronic Monitoring:

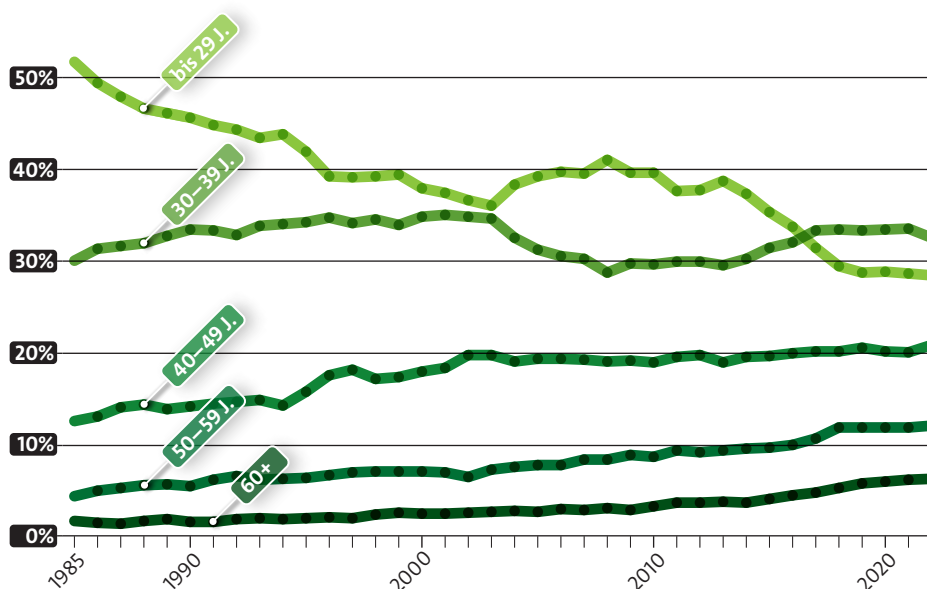
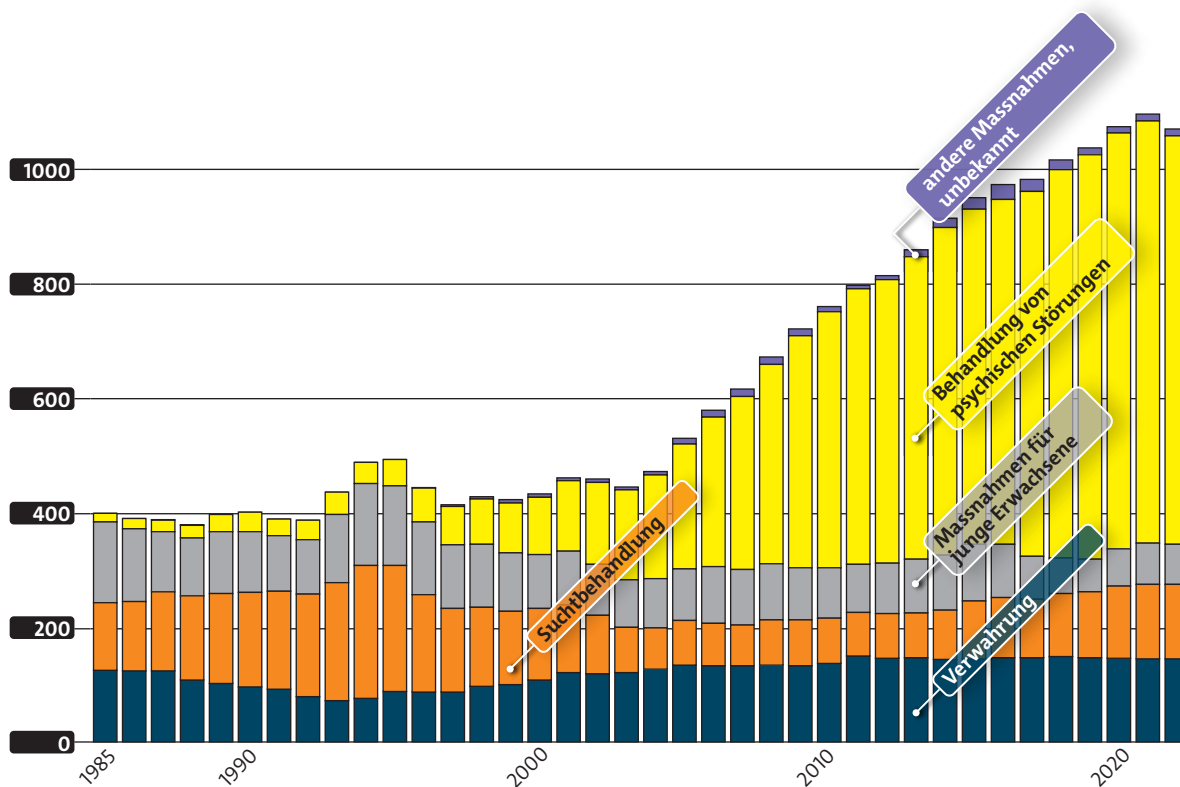


Vollzugsform nach Staatszugehörigkeit: Einweisungen und Einsätze 2022. Anteilmässig machten Schweizer Staatsangehörige 35% und ausländische Staatsangehörige 65% des mittleren Insassenbestandes aus. Der Anteil der Männer betrug 94%, jener der Frauen 6%.

Bei zwei Dritteln der insgesamt 1069 Personen, die sich im Jahr 2022 im **Massnahmenvollzug** befanden, war eine Behandlung wegen psychischen Störungen (Art. 59 StGB) angeordnet worden, bei 14% eine Verwahrung (Art. 64 StGB), bei 12% eine Suchtbehandlung (Art. 60 StGB) und bei 6% eine Massnahme für junge Erwachsene (Art. 61. StGB). Die starke

Zunahme des mittleren Bestandes von Personen im Vollzug einer Massnahme gemäss Art. 59 StGB ist namentlich auf die längere Dauer dieser Massnahme und die niedrige Rate von Entlassungen zurückzuführen. Während im Jahr 2011 die durchschnittliche Dauer 1477 Tage (4 Jahre) betrug, stieg sie kontinuierlich auf einen Höchststand von

3148 Tagen (8½ Jahre) im Jahr 2019 an und ging seither auf 2408 Tage (6½ Jahre) im Jahr 2022 zurück. Im gleichen Zeitraum betrug die Entlassungsrate 11% (jährlich durchschnittlich 68 Entlassungen bei einem mittleren Bestand von 621 Personen).



Der **mittlere Insassenbestand der über 60-jährigen Personen im Straf- und Massnahmenvollzug** ist seit 1985 von 55 auf 316 angestiegen. Mit einem Anteil von 6,2% bleiben sie zwar eine Randerscheinung. Da die Senioren im Vergleich zu den jüngeren Insassen aber häufiger ärztliche Behandlung benötigen und viele hilfs- und pflegebedürftig sind, gelangen die Vollzugseinrichtungen zunehmend an ihre Grenzen.

Ein kräftiger Digitalisierungsschub in der Bildung

Das SKJV hat flächendeckend Tablets eingeführt

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) hat in der Bildung im Strafvollzug (BiSt) sowie in der Grundausbildung der angehenden Fachleute Justizvollzug flächendeckend Tablets eingeführt. Damit sollen die digitalen Fähigkeiten der inhaftierten Personen gefördert und die Mitarbeitenden auf dem Weg der digitalen Transformation unterstützt und begleitet werden. Mit der Einführung der Tablets setzt das SKJV den mit dem Projekt NewLearning (siehe #prison-info 1/2022) eingeschlagenen Weg konsequent fort.

Die Bildung im Strafvollzug (BiSt) trage dazu bei, die Chancen einer erfolgreichen Wiedereingliederung der inhaftierten Personen in die Gesellschaft zu erhöhen, unterstreicht Florus Mulder, der Leiter der Bildungsbereiche des SKJV. Sie müsse die digitale Transformation der Gesellschaft berücksichtigen und sicherstellen, dass die inhaftierten Personen die erforderlichen digitalen Kompetenzen erwerben können. Er veranschaulicht diese Notwendigkeit anhand eines krasen Beispiels: «Wir können die Menschen im Zeitalter der Mobiltelefone nicht mit einer Telefonkarte in die Freiheit entlassen.» Gleichzeitig ermöglichen digitale Instrumente und Bildungsangebote, dass künftig mehr inhaftierte Personen an der Bildung teilhaben können.

BiSt-Lehrpersonen unterrichten in insgesamt 37 Justizvollzugsanstalten. Davon sind 28 an den zentralen BiSt-Server angeschlossen, der eine Schulung im Umgang mit neuen Technologien ermöglicht. Die inhaftierten Personen lernen, einfache Dokumente mit Hilfe von Office-Programmen zu erstellen,

erwerben Grundkenntnisse im Umgang mit dem Internet und vertiefen ihre Kompetenzen mit Hilfe von E-Learning Programmen. Bisher waren sie über einen Desktop-PC im Schulungsraum mit dem BiSt-Server verbunden. «Diese technische Lösung hat sich nicht mehr als zeitgemäss erwiesen», hält Florus Mulder fest. Deshalb sind die Desktop-PC ab letzten Sommer sukzessive bis Ende 2023 durch iPads ersetzt worden. Zuvor wurde die neue technische Lösung durch eine Sicherheitsfirma zuerst in der JVA Realta und anschliessend in der Strafanstalt La Brenaz auf Herz und Nieren geprüft. Beide Tests ergaben, dass sich die neue mobile technische Infrastruktur nicht mit anderen Netzwerken verbinden lässt und alle Sicherheitsanforderungen erfüllt.

Die Lehrperson wird vermehrt zum Lerncoach

Das SKJV hat die von ihm betriebenen Schulungsräume mit je sechs iPads für die inhaftierten Personen und einem iPad für die Lehrperson ausgerüstet, erläutert Barbara Schürch, die neue Leiterin der Fachstelle BiSt im SKJV. Das für die Lerngruppen konzipierte Package umfasst ein iPad mit Tastatur, ein Stift zum Zeichnen, Kommentieren von Dokumenten und für Notizen sowie einen Kopfhörer. Die iPads sind nicht personalisiert, d.h. es können mehrere Lernende mit dem gleichen Gerät arbeiten. «Sie können auch nach dem Unterricht im Schulungsraum individuell weiterarbeiten, was die Wirkung der Geräte multipliziert»,



Die Einführung der iPads hat ein positives Echo bei den BiSt-Lehrpersonen sowie bei den Verantwortlichen in den Anstalten ausgelöst: Fotos: Strafanstalt La Brenaz (Peter Schulthess, 2023)

Die Einführung der iPads hat ein positives Echo bei den BiSt-Lehrpersonen sowie bei den Verantwortlichen in den Anstalten ausgelöst: Fotos: Strafanstalt La Brenaz (Peter Schulthess, 2023)

betont Barbara Schürch. Der Einsatz der iPads verändert aber auch den Unterricht: «Wo es die Kompetenz der Kursteilnehmenden zulässt, rückt die Lehrperson etwas vom frontalen Präsenzunterricht ab. Sie kann besser auf die individuellen Bedürfnisse der Lernenden eingehen und neue Unterrichtsmethoden anwenden. Die Lehrperson begleitet und berät die inhaftierten Personen und wird zum Lerncoach.» Und selbstredend gilt: «Auch die Lehrperson muss digital fit sein».

Eine Reihe von Vorteilen

iPads bieten im Vergleich zu Desktop-Lösungen und Tablets mit anderen Betriebssystemen eine Reihe von Vorteilen, führt Florus Mulder aus. «Sie haben eine längere Lebensdauer und weisen bessere Sicherheitsstandards auf. Zudem sind sie für den Einsatz im Unterricht aufgrund des «Apple Schoolmanagementsystems» besonders geeignet, wie eine Marktanalyse in verschiedenen Schulen und im Ausland ergeben haben.» Insbesondere könnten die Lehrpersonen auf diesen Geräten individuelle



Digitalstrategie Justizvollzug 2030

Mit der Digitalstrategie Justizvollzug 2030 wollen die Kantone in der föderalen Welt des Justizvollzugs gemeinsam die Herausforderungen der Digitalisierung angehen. Ihre Ambition fassen sie in einem Satz zusammen: «Wir sind digital kompetent, durchgängig vernetzt und wir entwickeln unsere digitalen Instrumente gemeinsam zugunsten der Wiedereingliederung, der Sicherheit und der Effizienz im Schweizer Justizvollzug».

Diese Ambition wollen die Kantone in sechs Handlungsfeldern umsetzen, namentlich im Handlungsfeld «SmartPrison und Wiedereingliederung». «Die Förderung der digitalen Fähigkeiten der betreuten Personen im Justizvollzug ist in der zunehmend

digital vernetzten Welt ein zentrales Mittel zur erfolgreichen Wiedereingliederung», hält das Strategiepapier fest. Ein sinnvoll harmonisiertes digitales Leistungsangebot für Eingewiesene unterstütze diese Bestrebungen, entspreche dem Normalisierungsprinzip und ermögliche gleichzeitig den effizienten Ausbau der Einrichtungen zum digital befähigten SmartPrison.

Auch die Befähigung der Mitarbeitenden steht im Blickpunkt der Kantone: «Alle Mitarbeitenden haben die Bereitschaft und notwendigen Fähigkeiten, die Veränderungen und Entwicklungen der digitalen Transformation mitzugestalten», lautet das Ziel. Die Führungskräfte haben die Aufgabe, den Ausbau der

erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen zum erfolgreichen Vorantreiben des digitalen Wandels sicherstellen. Weitere Ziele sind die gemeinsame Weiterentwicklung und Nutzung von Innovationen, das papierlose Büro und medienbruchfreie Prozesse, die Vernetzung und Sicherheit in der digitalen Welt sowie die Harmonisierung von Systemen und Daten. Die Digitalstrategie Justizvollzug 2030 ist am 13. April 2023 von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) verabschiedet worden und auf der Website der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug (www.kkljv.ch) abrufbar.

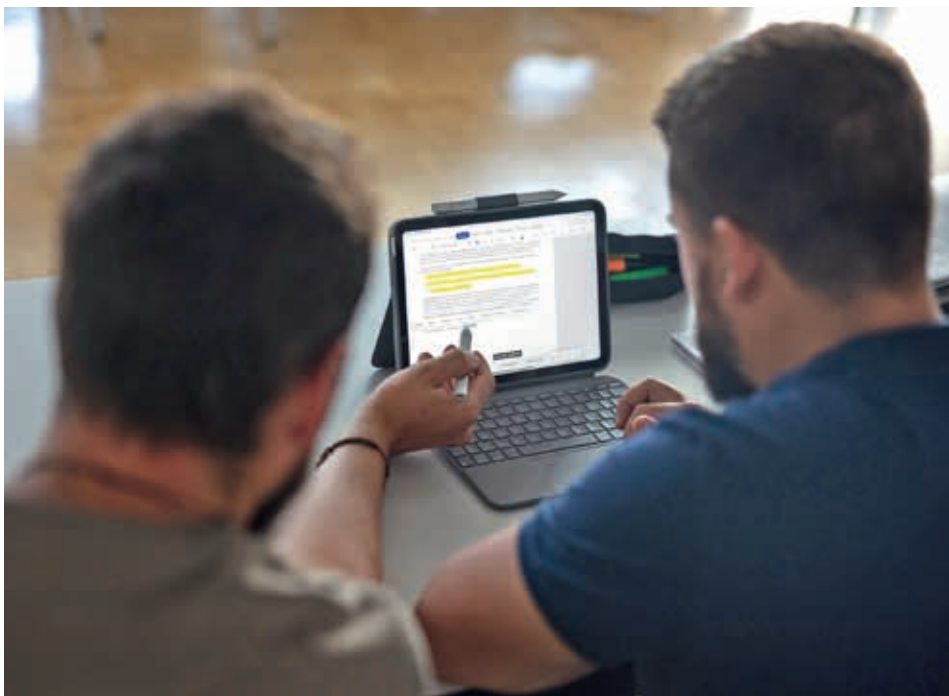
Lernprogramme freischalten. Ferner könne das SKJV die Bildungsangebote sicher und schnell laden und wieder entfernen sowie auf einfache Weise hohe Sicherheitsstandards umsetzen. Die mobile Infrastruktur sei überdies gut geeignet für die zum Teil engen Platzverhältnisse in den Schulungsräumen. Sie könne zudem rasch angepasst werden, wenn z.B. eine Lerngruppe auf acht Personen vergrössert werde. «Schliesslich eröffnet der Einsatz von mobilen Endgeräten die Möglichkeit, künftig einzelnen inhaftierten Personen in Absprache mit den Verantwortlichen der Anstalten iPads mit in die Zelle zum Lernen mit offline verfügbaren Apps zu geben.»

Die Einführung der iPads hat ein positives Echo bei den Lehrpersonen sowie bei den Verantwortlichen in den 28 Anstalten ausgelöst, berichten Florus Mulder und Barbara Schürch. Die Betroffenen schätzen die vielen Möglichkeiten dieser modernen mobilen technischen Infrastruktur, die einen Zuwachs an digitalen Kompetenzen der inhaftierten Personen ermöglicht – worauf die Digitalstrategie Justizvollzug 2030 abzielt (siehe Kästchen).

Auch in der Grundausbildung

Vom jüngsten Digitalisierungsschub profitieren nicht nur die inhaftierten Personen und die BiSt-Lehrpersonen. Mit dem Projekt NewLearning will das SKJV auch alle Vollzugsangestellten in der Grundausbildung auf dem Weg der digitalen Transformation unterstützen und begleiten. Seit letzten August rüstet deshalb das SKJV die Teilnehmenden mit einem iPad aus. Damit können sich die angehenden Fachleute für Justizvollzug während des zweijährigen Blockunterrichts «mit den digitalen Werkzeugen vertraut machen und ihre Kompetenzen dank moderner Technik weiterentwickeln».

Die Teilnehmenden haben mit ihrem iPad Zugang zu allen Ausbildungsunterlagen sowie zu allen webbasierten Lernangeboten und Quiz-Apps, die speziell für die Grundausbildung entwickelt worden sind. Dadurch wird das Lernen mit Kursunterlagen in Papierform stark reduziert: «Wir sparen 250 000 Blatt Papier ein», sagt Florus Mulder. Den Teilnehmenden stehen zudem weitere allgemeine Anwendungen wie Grundfunktionen und Webseiten zur Verfügung. Die iPads können auch ohne



Internetverbindung genutzt werden und sollen das flexible, ortsunabhängige Lernen im digitalen Zeitalter sowie die Vernetzung der über die ganze Schweiz verteilten Teilnehmenden fördern.

Das iPad kommt unter den 178 Teilnehmenden im Grossen und Ganzen gut an, weiss Florus Mulder aufgrund erster Rückmeldungen. Er macht unter ihnen drei Gruppen aus: die IT-affinen, die über das iPad erfreut sind, ferner jene, die in der Grundausbildung die Möglichkeiten des iPads entdecken, und schliesslich jene, die mit dem iPad überhaupt nicht vertraut sind und zunächst Unterstützung nötig haben, aber

Seit letzten August rüstet das SKJV die angehenden Fachleute für Justizvollzug mit einem iPad aus. Foto: SKJV

schon bald mit dem Gerät zufrieden sind. Eindrücklich sei für ihn die Solidarität und Hilfsbereitschaft in den Klassen.

Die Schweiz setzt als erstes Land im Justizvollzug flächendeckend iPads für den Unterricht mit inhaftierten Personen im Justizvollzug ein, hebt Florus Mulder hervor. «Das Potenzial ist enorm und eröffnet erweiterte Coaching-Möglichkeiten für den Unterricht.» (gal)

Ein zentraler Campus für den Justizvollzug

Die Aus- und Weiterbildung der Justizvollzugsangestellten in der Schweiz wird ab 2026 in einem zentralen Campus in Marly stattfinden. Im neuen Bildungsgebäude, das 15 Busminuten von Freiburg entfernt ist, führt das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) verschiedene Bildungsstandorte unter einem Dach zusammen. Auf dem Gelände des Marly Innovation Center (MIC) wird auch ein öffentliches Hotel gebaut, wo auch die Kursteilnehmenden übernachten werden. Der Campus SKJV wird den praxis- und handlungsorientierten Austausch zwischen den Vollzugsangestellten aus den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz sowie den interdisziplinären, überregionalen Austausch zwischen den Kursleitenden und Kursteilnehmenden, den Mitarbeitenden des SKJV und den Fachleuten fördern. Er wird zudem entsprechend der neuen Lernkultur den Bedarf an multifunktional und interdisziplinär nutzbaren Räumen abdecken. Ferner sollen die Büroflächen laut SKJV zugunsten flexibler Arbeits- und Lernmöglichkeiten reduziert und zu multifunktionalen Begegnungs- und Arbeitszonen umgenutzt werden.

Potenzial und Risiken

Die Privatisierung im Straf- und Massnahmenvollzug wird zunehmend zum Thema

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und privaten Unternehmen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs gewinnt zunehmend an Bedeutung. Während mögliche Kostenvorteile attraktiv erscheinen, werden die ethischen und rechtlichen Dimensionen dieses Ansatzes kontrovers diskutiert. Eine umfassende und kritische Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung ist daher unerlässlich.

Xaver Miethlich

In den letzten Jahrzehnten hat die Übertragung von Aufgaben des Strafvollzugs an privatisierte Einrichtungen und Anstalten in vielen Ländern an Bedeutung gewonnen. Die Vorstellung, dass private Unternehmen durch Marktorientierung und Flexibilität Kosten senken und die Qualität des Strafvollzugs verbessern können, ist verlockend. In Ländern wie den USA und Grossbritannien sind private Gefängnisse weit verbreitet. In der Schweiz hingegen bleibt der Straf- und Massnahmenvollzug primär in der Verantwortung der Kantone, wobei eine allfällige punktuelle Zusammenarbeit mit privaten Akteuren sorgfältig geprüft wird. Beispielsweise werden in jüngster Zeit private Sicherheitsunternehmen in Justizvollzugsanstalten eingesetzt, um dem akuten Personalmangel zu begegnen. Es stellt sich die Frage, wie ein Gleichgewicht zwischen staatlicher und pri-

vater Beteiligung aussehen könnte und welche Formen der Zusammenarbeit sich eignen.

Die Privatisierung überführt öffentliche Dienstleistungen und Institutionen in private Trägerschaften, sei es durch Verkauf, Ausgliederung oder öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnership PPP). Das Ziel ist dabei die Steigerung der Effizienz durch Wettbewerb. Befürworter betonen finanzielle Vorteile und Effizienz, Kritiker weisen hingegen auf mögliche Qualitäts- und Gerechtigkeitsdefizite hin. Trotz Effizienzpotenzialen bestehen soziale und ökonomische Risiken.

Erfahrungen aus dem Ausland

Die Erfahrungen mit der Privatisierung des Strafvollzugs sind international unterschiedlich. Besonders prominent ist die Debatte in den USA. Die Trump-Administration revidierte 2017 aus Sorge um das Strafvollzugssystem die Entscheidung Obamas von 2016, die Nutzung privater Gefängnisse zu beenden. Im Jahr 2021 setzte Biden die Bemühungen Obamas fort, die Nutzung privater Gefängnisse zu reduzieren, und schlug eine Gesetzesänderung vor, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht dieser Einrichtungen zu erhöhen. Aktuell sind in den USA 8,5 Prozent aller Inhaftierten in privaten Gefängnissen untergebracht.

Die Privatisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs ist ein komplexes Thema, das stark von länderspezifischen Kontexten beeinflusst wird. Die Qualität privater Gefängnisse wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Erfahrungen aus Südafrika sind positiv und weisen darauf hin, dass private Einrichtungen oft bessere Dienstleistungen anbieten können. Hinsichtlich der Kosteneffizienz sind die Ergebnisse gemischt. In Ländern wie Grossbritannien, der Tschechischen Republik und Südafrika hat die Privatisierung zu Effizienzgewinnen geführt, während in Belgien nach einigen Jahren erhebliche Bedenken hinsichtlich der Finanzierbarkeit privater Anstalten aufkamen. Oft sind private Einrichtungen teurer als staatliche.

Erhebliche Bedenken bestehen zudem in Bezug auf mögliche Menschenrechtsverlet-

zungen, die unzureichende Berücksichtigung ethischer Aspekte und die Effektivität der Wiedereingliederungsbemühungen (z.B. hohe Rückfallquoten). Ethische Bedenken bestehen vor allem dann, wenn Profitinteressen über das Gemeinwohl gestellt werden. In einigen Ländern, z.B. in den USA, wird daher sogar ein gesetzliches Verbot privater Strafvollzugsanstalten gefordert.

Situation in der Schweiz

Der Straf- und Massnahmenvollzug in der Schweiz befindet sich im Umbruch. Reformbestrebungen zielen darauf ab, die verschiedenen Haftregime zu vereinheitlichen und zeitgemässe Standards einzuführen. Zudem sind nicht in allen Regionen die notwendigen Haftkapazitäten für bestimmte Personengruppen oder Haftmodalitäten vorhanden. Die Anforderungen an die Justizvollzugsanstalten sind vielfältig. Um diesen gerecht zu werden, könnten die kantonalen Anstalten für bestimmte Bereiche spezialisierte private Institutionen beiziehen. Dadurch können die Abläufe optimiert, die personellen Ressourcen effizienter eingesetzt und die Bedürfnisse der verschiedenen Anspruchsgruppen besser berücksichtigt werden.

Die Privatisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs ist in der Schweiz erst in den letzten Jahren in Betracht gezogen worden. Die Bundesverfassung und internationale Menschenrechtsverträge setzen einer weitgehenden Privatisierung Grenzen. Die Privatisierung von Teilbereichen ist jedoch gestützt auf entsprechende gesetzliche Grundlagen möglich. Um die Qualität und die Einhaltung von Mindeststandards in privaten Vollzugseinrichtungen zu gewährleisten, ist in der Deutschschweiz ein neues Audit- und Anerkennungsverfahren entwickelt und 2021 eingeführt worden. Eine effektive und rechtskonforme Privatisierung bedarf einer klaren gesetzlichen Grundlage und muss in jedem Fall dem öffentlichen Interesse dienen. Zudem sind verfassungsrechtliche Grundsätze wie Rechtsgleichheit und Wettbewerbsneutralität zu beachten. Entscheidend ist, dass der



Xaver Miethlich hat von 2019 bis 2023 das Gefängnis Glarus geleitet und arbeitet seither für die di Gallo-Gruppe, eine Dachorganisation von Pflegeheimen, Altersresidenzen und Kliniken. Er hat in diesem Jahr seine Masterarbeit «Analyse geeigneter Kooperationsformen zwischen staatlichen und privaten Institutionen im Straf- und Massnahmenvollzug» in Public Management an der ZHAW abgeschlossen.

Staat trotz Privatisierung die Kontrolle und Verantwortung behält und sicherstellt, dass die privaten Anbieter ihre Aufgaben rechtskonform erfüllen.

Experten sehen Chancen ...

Die Rolle privater Institutionen im Straf- und Massnahmenvollzug wird in jüngster Zeit intensiv diskutiert. Die im Rahmen meiner Masterarbeit befragten Experten sind sich weitgehend einig, dass die Privatisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs neue Chancen bieten kann. Sie kann eine zusätzliche Schnittstelle im Straf- und Massnahmenvollzug schaffen, die das Angebotsspektrum erweitert und den Justizvollzug flexibilisiert. Private Anbieter könnten insbesondere dazu beitragen, Versorgungslücken zu schliessen und spezialisierte Angebote für bestimmte Gruppen wie ältere Menschen, Suchtkranke oder Menschen mit psychiatrischen Bedürfnissen zu schaffen.

... und Herausforderungen

Neben den potenziellen Vorteilen weist die Privatisierung nach Meinung der Experten auch Herausforderungen auf. Die Hauptsorge ist, dass private, gewinnorientierte Unternehmen Kosteneinsparungen zu Lasten der Qualität vornehmen könnten. Eine weitere Sorge betrifft die Auslagerung von Kernaufgaben des Staates, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Rechte der Inhaftierten. Einigkeit besteht darin, dass klare gesetzliche und vertragliche Regelungen sowie effektive Qualitätskontrollsysteme unabdingbar sind. In diesem Zusammenhang betonen die Experten die Rolle einer soliden Governance-Struktur, d.h. eines politischen Steuerungsrahmens. Die aktive Beteiligung des Staates an der Regulierung und Kontrolle privater Anbieter ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die Rechte der Inhaftierten gewahrt und der öffentliche Auftrag erfüllt werden. Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen sind dabei von entscheidender Bedeutung.

Weiter heben die Experten die Notwendigkeit gesellschaftlicher Akzeptanz hervor. Eine mögliche Skepsis gegenüber der Abgabe des Gewaltmonopols des Staates kann kritische Reaktionen in der Gesellschaft hervorrufen. Daher ist es von zentraler Bedeutung, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken und private Anbieter als legitime Akteure im Straf- und Massnahmenvollzug zu etablieren. Die Experten sind sich einig, dass eine Kombination von staatlichen und privaten Anbietern den



In jüngster Zeit werden in Schweizer Justizvollzugsanstalten private Sicherheitsunternehmen eingesetzt, um dem akuten Personalmangel zu begegnen. Bereits seit 2001 führt die Unternehmensgemeinschaft SBB/Securitas AG im Auftrag des Bundes und der Kantone interkantonale Transporte von inhaftierten Personen durch. Foto: Peter Schulthess, 2019

Straf- und Massnahmenvollzug in der Schweiz bereichern kann. Qualität, Sicherheit und die Wahrung der Rechte der inhaftierten Personen sollten dabei immer im Zentrum stehen. Eine sorgfältige Abwägung und eine starke staatliche Regulierung sind notwendig, um die Chancen der Privatisierung zu nutzen und gleichzeitig mögliche Risiken zu minimieren.

Keine Patentlösungen ...

Privatisierung im Straf- und Massnahmenvollzug ist ein Thema, das in jüngster Zeit sowohl in der Forschung als auch in der Praxis zunehmend an Bedeutung gewinnt. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass öffentlich-private Partnerschaften (PPP) als geeignetste Form der Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft angesehen werden können. Insbesondere bei spezialisierten Angeboten für spezifische Gruppen kann die Privatisierung zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion im Straf- und Massnahmenvollzug beitragen. Dabei wird von Experten und in der Literatur die zentrale Rolle einer starken staatlichen Regulierung und Kontrolle betont, um Qualität, Sicherheit und die Rechte der Inhaftierten zu gewährleisten.

Im Ausland ist die Akzeptanz und Umsetzung der Privatisierung im Straf- und Massnah-

menvollzug höher als in der Schweiz. Während im Ausland ethische und rechtliche Bedenken den Diskurs um die Privatisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs dominieren, stehen in der Schweiz die praktischen Herausforderungen und Potenziale der Privatisierung im Vordergrund. Die Erfahrungen aus dem Ausland bieten zwar wertvolle Erkenntnisse, aber keine Patentlösungen.

... aber verschiedene Erfolgsfaktoren

Für einen erfolgreichen Übergang zur Privatisierung lassen sich verschiedene kritische Erfolgsfaktoren identifizieren: eine starke staatliche Kontrolle, öffentliche Akzeptanz und Vertrauen sowie die sorgfältige Berücksichtigung rechtlicher, ethischer und sozialer Aspekte sind entscheidend. Daher sind ein schrittweises Vorgehen und ein regelmässiger Austausch mit den beteiligten Anspruchsgruppen bei der Privatisierung im Straf- und Massnahmenvollzug besonders wichtig, um möglichen Risiken angemessen zu begegnen.

Die Masterarbeit «Analyse geeigneter Kooperationsformen zwischen staatlichen und privaten Institutionen im Straf- und Massnahmenvollzug» ist unter <https://tinyurl.com/43rex83n> abrufbar.

Kurzinformationen

28 Besuche der NKVF

Die Nationale Kommission zur Verhütung der Folter (NKVF) hat im vergangenen Jahr insgesamt 28 Besuche in Einrichtungen durchgeführt und dabei ihre Aktivitäten in den Alters- und Pflegeheimen ausgebaut. Sie hat eine positive Bilanz gezogen, aber für alle Einrichtungen Handlungsbedarf formuliert, wie sie in ihrem Tätigkeitsbericht schreibt. So stellte sie in allen besuchten Einrichtungen fest, dass die Dokumentation von bewegungseinschränkenden Massnahmen – wozu mechanische und elektronische Vorkehrungen wie Bettgitter, Bodenbetten, Festhaltungen in Rollstühlen durch Gurte oder Tische sowie Klingelmatten, Sensoren und Alarmarmbänder gehören – verbessert werden müssen. Weitere Schwerpunkte der Kommissionstätigkeit waren die Überprüfung der Umsetzung ihrer früheren Empfehlungen zur Gesundheitsversorgung im Justizvollzug sowie grundrechtliche Fragen in der Polizeiarbeit.

Auf den 1. August 2023 hat der Bundesrat Myriam Heidelberger Kaufmann, Institutsleiterin ArWo Frutigland in Frutigen, und Jean-Sébastien Blanc, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der juristischen Fakultät der Universität Genf, in die NKVF gewählt. Die zwei neuen Mitglieder ersetzen Regula Mader, die während der laufenden Amtszeit zurückgetreten ist, sowie Leo Näf, der die maximale Amtsdauer von 12 Jahren erreicht hat.

Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022 ist auf der Website des NKVF (www.nkvf.admin.ch) abrufbar.

<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/80740.pdf>

Achter Bericht an den CAT

Der UN-Ausschuss gegen Folter (CAT) hat am 12. und 13. Juli 2023 in Genf den achten periodischen Bericht der Schweiz zur Umsetzung der Antifolter-Konvention der UNO überprüft. Seine offiziellen Schlussbemerkungen und Empfehlungen zum Bericht lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Der im Mai 2019 veröffentlichte achte periodische Staatenbericht der Schweiz gibt dem CAT einen umfassenden Überblick über die Umsetzung der Antifolter-Konvention durch den Bund und die Kantone. Im Rahmen der Überprüfung stellte eine Delegation der Schweiz dem CAT den Bericht vor und informierte ihn über die Entwicklungen seit seiner Veröffentlichung. Ein Meilenstein bei der Umsetzung der UNO-Anti-Folterkonvention war die Gründung der unabhängigen Schweizerischen Menschenrechtsinstitution (NMRI) im Mai 2023. Die Schweiz hat damit eine Empfehlung umgesetzt, die der CAT anlässlich der siebten Überprüfung abgegeben hatte. Weiter informierte die Delegation den Ausschuss über die Entwicklungen in den Bereichen Haft, Polizei und Asyl.

Die Antifolter-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, Folter zu verhindern und zu ahnden. Alle vier Jahre müssen die Staaten dem CAT einen Bericht über die ergriffenen Massnahmen zur Einhaltung des Übereinkommens vorlegen. Die Schweiz ist dem Übereinkommen am 2. Februar 1986 beigetreten.

GE: Neuer Direktor der Strafanstalt La Brenaz

Ibra Mbaye hat am 1. August 2023 die Leitung der Strafanstalt La Brenaz übernommen. Er folgte auf Hakim Mokhtar, der seit dem 1. Mai 2023 das Gefängnis von Champ-Dollon leitet.



Ibra Mbaye ist Inhaber eines Hochschuldiploms in Erziehungswissenschaften, eines Masters in Soziologie sowie von zwei CAS in Arbeitsintegration sowie in mitarbeiternahe Führung und Organisationscoaching. Er verfügt laut Medienmitteilung des Genfer Staatsrates über eine ausgewiesene Erfahrung im Justizvollzug und über ausgezeichnete operative Führungskompetenzen und zeichnet sich durch einen pragmatischen und humanistischen Geist aus. Er war Ressortleiter im Amt für Bewährungshilfe und Integration des Kantons Genf und anschliessend stellvertretender Direktor des Gefängnisses Bois-Mermet sowie Verantwortlicher der Anstalt Simplan in Lausanne. Ab 2022 war er zunächst als stellvertretender und dann als interimistischer Direktor der Strafanstalt La Brenaz tätig.

Erster Schritt zur Umsetzung der «Vision 2030»

Nach vierjähriger Bauzeit sind Ende August 2023 zwei neue Gebäude der Strafanstalt Crêtelongue in Granges VS in Betrieb genommen worden. Diese erste Etappe der Sanierung wurde unter Aufrechterhaltung des Betriebs der aus dem Jahr 1931 stammenden alten Einrichtung durchgeführt.



Das neue Hauptgebäude verfügt über 80 Zellen sowie über Werkstätten für Aufnahme, Küche, Bäckerei, Wäscherei und Beschäftigung. Diese Werkstätten bieten den Insassen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten unter der Aufsicht von Fachleuten der Anstalt. Das Nebengebäude mit 24 Plätzen ermöglicht die Unterbringung von Personen in Halbgefangenschaft, im Arbeitsexternat und im Vollzug von Kurzstrafen.

Mit der Inbetriebnahme der zwei neuen Gebäude wurde ein erster Schritt zur Umsetzung der Strafvollzugsstrategie «Vision 2030» des Kantons Wallis gemacht. Diese Strategie sieht eine Zusammenlegung aller Strafvollzugsregimes in Crêtelongue vor. Sie ermöglicht es, die gesetzlichen Anforderungen optimal zu erfüllen und gleichzeitig den Insassen bessere Chancen auf eine soziale und berufliche Wiedereingliederung zu bieten.

BS: Insourcing und erweiterte Betreuung

Die Sicherheit innerhalb der Gefängnisse soll künftig nur noch durch staatliche Mitarbeitende gewährleistet werden. Der Regierungsrat hat deshalb dem Grossen Rat laut Medienmitteilung vom 26. September 2023 beantragt, künftig auf den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten zu verzichten. Im Rahmen einer Neuorganisation des Justizvollzugs soll zudem die Betreuung in den Basler Justizvollzugsanstalten, unter anderem im Bereich des Sozialdienstes in den Gefängnissen und in der Untersuchungshaft, ausgebaut werden.

Private Sicherheitsdienste kommen heute in den Zentralen der Gefängnisse und als Aushilfspersonal in den Insassenstationen zum Einsatz. Mit dem Insourcing der betroffenen Stellen will der Regierungsrat dem staatlichen Gewaltmonopol im rechtsstaatlich sensiblen Bereich des Freiheitsentzugs verstärkt Rechnung tragen. Der Verzicht auf private Dienstleister und die damit verbundenen Begleitmassnahmen führen zu Mehrkosten von rund 2,8 Millionen Franken.

Mit der Neuorganisation soll auch die Betreuung in den Gefängnissen ausgebaut werden, namentlich in der Untersuchungshaft. Der Sozialdienst wird sich gezielt um die Eintretenden kümmern und während des Vollzugs begleiten, um Haftschäden bestmöglich entgegenzuwirken. Ausgebaut wird auch die Betreuung der vorläufig Festgenommenen durch das Gefängnispersonal in den Vorzellen des Untersuchungsgefängnisses. Die Umsetzung dieser zusätzlichen Betreuungsmassnahmen hat Mehrkosten von rund 0,8 Millionen Franken zur Folge.

Leiter der gemeinsamen Geschäftsstelle

Stefan Weiss tritt anfangs 2024 sein Amt als Leiter der neu geschaffenen gemeinsamen Geschäftsstelle der Strafvollzugskonkordate Ostschweiz sowie Nordwest- und Innerschweiz an. Die Zusammenführung der Konkordatssekretariate ist ein sichtbares Ergebnis der verstärkten Zusammenarbeit der beiden Strafvollzugskonkordate (siehe Seite 48).



Der promovierte Jurist Stefan Weiss war zunächst als Lehrer und Polizeibeamter und nach seinem Studium in verschiedenen Funktionen im Justizvollzug tätig. Er war von 2007 bis 2010 Dienststellenleiter Straf- und Massnahmenvollzug im Kanton Obwalden und anschliessend im Kanton Luzern von 2010 bis 2014 Leiter der Abteilung Vollzugs- und Bewährungsdienst und von 2014 bis 2022 Leiter Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug. Zuletzt war Stefan Weiss Gemeindeschreiber von Reiden LU.

Neben seiner grossen Erfahrung als Praktiker des Justizvollzugs hat das Wahlgremium laut Medienmitteilung der beiden Strafvollzugskonkordate auch Stefan Weiss' Persönlichkeit überzeugt. «Seine hohe Motivation und sein kooperativer Geist sind beste Voraussetzungen, um die beiden Konkordate operativ zu leiten und in ihrem Kooperationsprozess zu unterstützen», wird die Präsidentin des Ostschweizer Konkordats, die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr, zitiert.

ZH: Zwei neue Besetzungen

Roland Zurkirchen tritt am 1. April 2024 seine neue Funktion als Leitender Oberjugendanwalt und damit Chef der Jugendstrafrechtspflege an. Am 1. Mai 2024 übernimmt Nathalie Dorn seine Nachfolge als Direktorin der Untersuchungsgefängnisse des Kantons Zürich.



Nach einer Lehre als Speditionskaufmann sammelte Roland Zurkirchen als Jugendarbeiter, später als Fachperson für soziokulturelle Animation und dann als Leiter der Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich vielfältige Erfahrungen im Umgang mit Jugendlichen. 2013 übernahm er die Leitung des Gefängnisses Limmattal, das eine geschlossene Jugendabteilung führt. Seit 2017 trägt er als Direktor die Verantwortung für die Untersuchungsgefängnisse des Kantons Zürich. Für Roland Zurkirchen «schliesst sich mit der Rückkehr zur Arbeit mit Jugendlichen ein beruflicher Kreis».



Nathalie Dorn bringt ein Diplom in Sozialer Arbeit, eine Ausbildung zur Gewaltberaterin und einen Master in systemischer Beratung mit. Zudem wirkt sie als Dozentin an der ZHAW und am SKJV. Sie ist seit 2006 im Bereich der Justiz und des Justizvollzugs

tätig und hat in verschiedenen Einrichtungen wie dem Arxhof und bei der Jugendanwaltschaft des Kantons Solothurn praktische Erfahrungen gesammelt. Seit 2014 ist sie bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten des JuWe tätig, seit 2019 in leitender Funktion.

Neuer Leiter des Amtes für Justizvollzug

Simon Miethlich wird auf den 1. Mai 2024 Leiter des Amtes für Justizvollzug des Kantons Zug. Er tritt die Nachfolge von Anton Amrein an, der vorzeitig in Pension geht.

Der 39-jährige Miethlich absolvierte die Ausbildung zum Polizeibeamten und arbei-



tete viele Jahre bei der Stadtpolizei Zürich. Anschliessend war er Leiter Betreuung- und Sicherheitsdienst sowie Sicherheitsbeauftragter der Strafanstalt Saxerriet. Nach einem Studienlehrgang in forensischen Wissenschaften spezialisierte er sich mit einem EMBA in General Management zusätzlich in den Bereichen Betriebswirtschaft und Unternehmensführung. Seit 2018 leitet Simon Miethlich das Gefängnis Pfäffikon ZH, seit 2021 zusätzlich das Gefängnis Zürich und damit das grösste Untersuchungsgefängnis im Kanton Zürich. Zu Miethlichs Leistungen in dieser Funktion zählen die Professionalisierung der Sicherheitsabteilung, die Einführung von offenen Settings in der Untersuchungshaft sowie die ganzheitliche Reorganisation der beiden Gefängnisse.

Veranstaltung: Was ist die Strafjustiz wert?

Werte sind in der Strafjustiz allgegenwärtig: Als System verstanden, begründet und widerspiegelt die Strafjustiz gesellschaftliche Werte und Funktionen wie auch den jeweiligen Zeitgeist. Die Menschen, die die Strafjustiz täglich in Betrieb halten, vertreten ihrerseits unterschiedlichste Werte gegenüber Straftätern oder Opfern. Demgegenüber werden die Kosten der Strafjustiz kaum je reflektiert, weder im materiellen noch im symbolischen Sinne. Noch seltener sind Überlegungen zum Zusammenhang von immateriellen Werten und buchhalterischen Aufwänden der verschiedenen Institutionen der Strafjustiz: Wie werden die gesellschaftlichen und staatlichen Ressourcen verteilt, und welchen Platz nimmt dabei die Strafjustiz ein? Werden die symbolischen Werte der Strafjustiz mit den getätigten Ausgaben erreicht? In welchem Grad wiegen sie sich auf? Könnten sie mit geringerem Mitteleinsatz ebenso erreicht werden?

Der Kongress 2024 der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie behandelt makroökonomische Dimensionen der Strafjustiz, befasst sich mit ihren materiellen und symbolischen Kosten, setzt sich mit der Ökonomie der Sanktionen auseinander und wendet sich schliesslich den Kosten des Freiheitsentzugs zu.

Veranstalter: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie

Datum: 6. bis 8. März 2024

Ort: Congress Centre Kursaal Interlaken

Sprachen: Deutsch und Französisch

Weitere Informationen:

www.kriminologie.ch

Die Menschenwürde wahren

Rückblick auf mein bewegtes Berufsleben

Ich habe mich während meines Berufslebens vorwiegend mit Fragen des Strafens und des Strafvollzuges beschäftigt und mich dabei stets von den Grundrechten leiten lassen. Insbesondere die Wahrung der Menschenwürde hat mir als Kompass gedient. Da die allermeisten Straftäter und Straftäterinnen wieder in die Freiheit entlassen werden, ist es sinnvoll, sich auf die Verminderung der Rückfälligkeit zu fokussieren.

Leo Näf

Die Zeit meiner Studienjahre (ab 1969 Theologie und ab 1971 Rechtswissenschaft) an der Universität Freiburg war nebst dem noch spürbaren katholischen Kontext auch durch die Protestaktionen der 68er-Bewegung beeinflusst. Nach Abschluss des Studiums und einem Gerichtspraktikum erhielt ich die Chance, als stellvertretender Jugendstaatsanwalt im Kanton St. Gallen zu arbeiten. Diese Stelle erforderte die Zusammenarbeit mit den Fachgebieten Sozialarbeit, Pädagogik und Jugendpsychologie/-psychiatrie. Ich wurde auch mit der Heimkampagne konfrontiert, die düstere Kapitel der Heimerziehung ans Tageslicht brachte und unglaubliche Zustände aufdeckte. Die Kritik löste aber einen Erneuerungsschub aus: Kinder- und Jugendheime wurden baulich saniert und die pädagogische Heimarbeit professionalisiert,



Leo Näf arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaft zunächst in verschiedenen Funktionen mit straffälligen Jugendlichen und übernahm später die Leitung des Massnahmenzentrums Bitzi. Nach seiner Pensionierung wirkte er zwölf Jahre in der NKVF mit.

sodass Heimeinweisungen wieder verantwortet werden konnten.

Den Spielraum des Jugendstrafrechts genutzt

Besonders herausfordernd war die Zeiten, als Mitte der 1980er-Jahre Jugendliche harte Drogen zu konsumieren angingen. Das Elend, das der Konsum anrichtete, zeigte sich exemplarisch am Platzspitz in Zürich. Das Jugendstrafrecht liess viel Spielraum und individuelle Betreuung zu. Wir nutzten diesen und konnten deshalb viele erfreuliche Entwicklungen bewirken. Manchmal blieben aber trotz aller Anstrengungen Situationen schwierig. Ich engagierte mich in der Losterfer-Gruppe, die wesentlich dazu beitrug, die Zusammenarbeit zwischen Heimen und einweisenden Behörden zu verbessern. Zudem half ich als Gründungspräsident mit, in St. Gallen das Wohnheim Varnbuel für Jugendliche zu gründen und aufzubauen. Weitere Stationen auf meinem Berufsweg waren ab 1986 die Leitung der Schule für Sozialpädagogik in Rorschach und ab 1990 meine Tätigkeit als Jugendanwalt der Stadt St. Gallen.

Wechsel in den Erwachsenenvollzug

1996 wurde ich angefragt, ob ich die Stelle als Direktor der Strafanstalt Bitzi übernehmen könnte, um die Anstalt baulich und konzeptionell in ein Massnahmenzentrum für psychisch gestörte Straftäter für das Ostschweizer Strafvollzugskonkordat umzuwandeln. Der Entscheid fiel mir ausgesprochen schwer, da ich mein Amt als Jugendanwalt mit Leib und Seele ausübte. Doch das Neue reizte mich, und so nahm ich im Herbst 1996 die Tätigkeit in Mosnang auf. Die Anfangszeit war hart. Die Strafanstalt Bitzi war baulich in einem schlechten Zustand, und ich hatte andere Vorstellungen vom Strafvollzug. Die mangelnde personelle Ausstattung erforderte von mir viel persönlichen Einsatz für die Arbeit mit schwierigen Insassen.

Daneben galt es die Umwandlung voranzubringen. Genaue Vorstellungen, wie ein Massnahmenzentrum ausgestaltet sein

sollte, existierten damals nicht. Ich besuchte deshalb zahlreiche Institutionen im In- und Ausland. Zur Vorbereitung meiner neuen Tätigkeit half mir auch die Mitwirkung in der Kommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit, die Fortbildung zum forensischen Fachspezialisten Vollzug sowie die Lehrtätigkeit am damaligen Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ). Zudem stand mir Konkordatssekretär Joe Keel bei der Realisierung des Massnahmenzentrums Bitzi (MZB) stets hilfreich zur Seite.

Drei wesentliche Punkte

2007 wurde das MZ Bitzi eröffnet. Im Rückblick erweisen sich drei Punkte als wesentlich:

- Die Einführung des Vier-Säulen-Prinzips (Sozialpädagogik, Forensik, Arbeit und Sicherheit). Diese vier Säulen sind gleichwertig und arbeiten interdisziplinär für die Erreichung der Vollzugsziele zusammen. Bei Uneinigkeit entscheidet die Direktion.
- Vollzugspläne: Das Erstellen von Vollzugsplänen in Zusammenarbeit mit den Insassen ist zentral und ermöglicht individuelle Zielvorgaben und konkrete Schritte zu deren Erreichung (bezüglich Deliktarbeit und Therapie, Sicherheit, Arbeit, Kontakte zu Angehörigen/Drittpersonen, Opfern usw.), die der Täter erreichen muss, um eine Entlassung ins Auge fassen zu können.
- Schaffung eines therapeutischen Milieus/Anstaltsklimas: Viele Insassen, die wir von geschlossenen Anstalten übernahmen, kannten anfangs nur ein Thema: Wie trickse ich unbemerkt die Anstaltsregeln aus und bin dann für meine Mitinsassen der Grösste und Beste? Es war deshalb zentral, bei den Insassen auf einen Perspektivenwechsel hinzuarbeiten und sie zur Einsicht und Veränderung zu motivieren.

Mitwirkung in der NKVF

Als ich 2011 in den Ruhestand trat, war es für mich ein Glück, quasi von Beginn weg in der neu geschaffenen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) mitarbeiten zu dürfen. Mein

Die NKVF würdigte das Massnahmenzentrum Bitzi nach ihrem Besuch im Jahr 2013 als «ein für den Massnahmenvollzug gesamtschweizerisch vorbildliches Modell». Foto: Zelle in der offenen Abteilung (Peter Schulthess, 2017)

beruflicher Rucksack war mir bei dieser Aufgabe hilfreich. Zudem hatte ich mich schon während meines Studiums intensiv mit menschen- und grundrechtlichen Fragen auseinandergesetzt, und während meines Berufslebens hatte mir insbesondere die Wahrung der Menschenwürde stets als Kompass gedient. Es war allerdings eine nicht zu unterschätzende Umstellung, meinen ehemaligen Berufskollegen in einer anderen, kritisch hinterfragenden Funktion zu begegnen.

Konkrete Verbesserungsvorschläge

Von meiner zwölfjährigen Mitwirkung in der NKVF bleiben prägende Erinnerungen. Ich kann hier nur die wichtigsten aufzählen:

- Der Begriff Folter im Namen der Kommission gab immer wieder zu Diskussionen Anlass. Orientierung gab mir stets, dass die Aufgabe der NKVF zwar die Folterprävention umfasst, die NKVF aber auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Menschen im Freiheitsentzug zu machen hat.
- Ich kenne praktisch alle schweizerischen Institutionen des strafrechtlichen Freiheitsentzuges. Für mich ist es überraschend, wie viele wir wegen unzumutbaren baulichen und strukturellen Mängeln rügen mussten.
- Erfreulich war dagegen, einzelne Leitungspersönlichkeiten zu treffen, die trotz widriger Bedingungen den Vollzugsalltag optimierten und innovativen Geist an den Tag legten.
- Es ist erfreulich, dass sich die Ausbildung des Personals im Justizvollzug verbessert hat. Wir trafen zumeist auf Berufsleute, die ihre Arbeit engagiert und respektvoll ausübten.
- Das Recht, jederzeit die Institutionen unangemeldet zu besuchen, in alle Akten Einsicht nehmen und mit allen Personen vertraulich sprechen zu können, ist ein herausragendes Instrument der Überprüfung.
- Wozu braucht es Freiheitsstrafen, wie sollen sie ausgestaltet sein? Diese Fragen bleiben bestehen. Vergessen darf man dabei nicht, dass die meisten Straftäter und Straftäterinnen früher oder später wieder



in die Freiheit gelangen und daher alle Massnahmen zur Rückfallverhinderung sinnvoll sind.

- Herausfordernd, aber auch spannend waren die unterschiedlichen Bereiche, welche die Kommission überprüfte (Justizvollzugsanstalten, Einrichtungen der ausländerrechtlichen Administrativhaft, Polizeigefängnisse, Bundesasylzentren, Sonderflüge, psychiatrische Institutionen und geschlossene Pflegeheime).
- Erfreulicherweise wurden die Schwerpunktberichte und viele unserer Empfehlungen mit Interesse entgegengenommen und auch mehrheitlich umgesetzt.
- Die NKVF nimmt im Freiheitsentzug einen nicht mehr wegzudenkenden Platz ein.

Trotz allem Zuversicht

Trotz allem Schwierigen und teils Unfassbaren, mit dem ich in meiner Tätigkeit konfrontiert wurde, habe ich die Zuversicht und den Glauben an das Gute und das Veränderungspotenzial des Menschen nicht verloren. Unvergessen sind viele bereichernde, fröhliche und traurige Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen. Unvergessen sind auch der Austausch und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit zahllosen Fachleuten verschiedener Berufsrichtungen inner- und ausserhalb der NKVF. Ich bin ich dankbar, dass ich zur Verbesserung der Situation von Menschen im Freiheitsentzug beitragen konnte, und schaue mit Zufriedenheit auf meine Arbeit zurück.

«Der Zürcher Justizvollzug gilt schweizweit und in weiten Teilen Europas als vorbildlich. Wir hatten diesen einen Ausnahmefall, in dem einiges – auch bei uns – nicht korrekt gelaufen ist. Das muss jetzt der Ausgangspunkt einer eingehenden Überprüfung sein. Eine solche Eskalation darf es nie mehr geben.»

Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich (Neue Zürcher Zeitung, 16. November 2023)

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Redaktion: Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nicola Gattlen (nicola.gattlen@bj.admin.ch), Kaspar Meuli (kaspar.meuli@bj.admin.ch)

Redaktionelle Mitarbeit: Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Reto Liniger (reto.liniger@bj.admin.ch), Andrea Manna (andrea.manna@laregione.ch), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Übersetzung: Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration und Logistik: Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright / Abdruck: © Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

Titelbild: Besuchszimmer in der Strafanstalt Bellechasse, Foto: Peter Schulthess, 2016



Besuche hinter Trennscheiben sind in der Untersuchungshaft die Regel. Aber auch im Straf- und Massnahmenvollzug (Bild: JVA Lenzburg) werden in bestimmten Fällen Besuche von Angehörigen hinter Trennscheiben angeordnet, z.B. als Sanktion für Schmuggel oder auf Antrag von Besuchenden zu ihrem Schutz.

Foto: Peter Schulthess (2019)

#prison-info

Die letzte Seite

Blick in die Vergangenheit. Eine Viertelstunde Besuchszeit pro Monat: So lässt sich die Besuchsregelung von anno dazumal im Kanton Aargau zusammenfassen. Sie galt seit der Eröffnung der Strafanstalt Lenzburg (1864) und der Zwangserziehungsanstalt Aarburg (1893) bis zur Liberalisierung in den 1960er-Jahren. In den meisten Fällen wurde eine «wohltätige Wirkung» der Besuche wahrgenommen. In gewissen Fällen befürchtete man jedoch einen schlechten Einfluss der Familie: «Es kommt vor, dass Eltern ihren Sohn besuchen, welche man am liebsten sofort in eine Zelle stecken möchte». Foto: Familienbesuch für den Zögling mit kahlgeschorenem Kopf auf der Festung Aarburg in den 1920er-Jahren. Archiv Jugendheim Aarburg, Repro: Peter Schulthess



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

2/2023



Travail avec les proches

4 – 43

**Orientation concernant
la détention provisoire**

45

Fédéralisme coopératif

48



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ

Passage de témoin à la rédaction :
Nicola Gattlen et Kaspar Meuli
(assis de gauche à droite) succèdent à
Folco Galli (debout à gauche) ; Ronald
Gramigna, éditeur (à droite)



Il y a un peu plus de sept ans, je souhaitais ici la bienvenue à Folco Galli, alors chef de l'information de l'Office fédéral de la justice et qui devenait également le nouveau rédacteur en chef de ce qui était encore à l'époque le bulletin info. Il est malheureusement temps de le laisser tirer sa révérence et de faire une brève rétrospective. Les trois premières années, Folco Galli a exercé cette activité en parallèle de sa fonction de chef de l'information, puis il s'y est entièrement consacré les quatre dernières années, après son départ à la retraite. C'est à lui que l'on doit notamment le changement de nom de notre magazine, qui est entre-temps devenu #prison-info, mais aussi la nette amélioration de la qualité de son contenu et de son visuel. Folco Galli a réussi à proposer à chaque fois un numéro passionnant, en maintenant, ce qui est assez exceptionnel, le même niveau de qualité.

Folco Galli ne s'est toutefois pas contenté de s'intéresser à l'exécution des sanctions pénales et à l'aide à la jeunesse depuis son bureau, mais a toujours su se faire sa propre opinion sur le terrain, à l'occasion de ses nombreuses visites de prisons et d'institutions notamment, et a acquis de précieuses connaissances lors de ses entretiens avec des détenus et des membres du personnel, dont il a ensuite fait profiter notre magazine. En tant qu'ancien chef de l'information, il avait en outre le flair nécessaire lorsque les choses devenaient explosives sur le plan politique... Je le remercie pour son travail extrêmement compétent et précieux, lui souhaite une bonne continuation - et me réjouis qu'il écrive encore l'un ou l'autre article pour notre magazine en tant que collaborateur indépendant !

Je voudrais à présent souhaiter la bienvenue aux deux nouveaux rédacteurs en chef qui vont reprendre le flambeau : Kaspar Meuli et Nicola Gattlen. Ils possèdent tous deux une expérience riche et variée, ayant notamment travaillé pour la NZZ, la NZZ am Sonntag, le Tages-Anzeiger, la Handelszeitung, l'Office fédéral de l'environnement et l'Office fédéral de l'énergie. Je me réjouis de notre future collaboration et leur souhaite le meilleur pour leurs débuts !

Ronald Gramigna, éditeur de #prison-info

Version en ligne :



Sommaire

Coup de projecteur : Travail avec les proches

Il est important pour les enfants ayant un parent détenu de maintenir le contact avec ce dernier afin de continuer à entretenir des relations normales avec lui. Mais c'est souvent loin d'être simple, comme l'a révélé une étude de la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW). Ses recommandations ont fait bouger les lignes dans le domaine du travail avec les proches.

- 4 Faciliter et encourager les contacts entre les enfants et leur parent détenu
- 9 « J'aimerais qu'il y ait quoi, une sorte d'hôtel de nuit »
- 12 « Du jour au lendemain, j'ai tout dû assumer seule »
- 15 « Papa est en prison, mais il ne faut pas le dire »
- 20 Un coup de pouce pour la resocialisation et pour surmonter le traumatisme de la séparation
- 23 Prendre constamment en compte le point de vue des proches
- 27 Soulagement émotionnel et accès à des moyens de subsistance
- 30 Les autorités aussi s'intéressent de plus près au travail avec les proches
- 32 Cours aux pères de famille : Etablir une relation stable avec les enfants
- 35 Conférences familiales : Créer un espace de dialogue
- 38 Des contacts avec la famille malgré la détention provisoire
- 42 Echange et réflexion sur le travail avec les proches
- 44 Cinq questions à Hakim Mokhtar
- 45 Un régime de détention différencié pour permettre des allègements progressifs
- 48 Renforcer la collaboration intercantonale
- 50 Des incarcérations plus nombreuses, des mesures moins longues

Développer les compétences numériques

Le CSCSP a introduit des tablettes dans la formation dans l'exécution des peines (Fep) et dans la formation de base des aspirants au titre d'agent de détention. À travers cette mesure, il poursuit résolument le chemin emprunté dans le cadre du projet NewLearning.

- 52 Un puissant coup d'accélérateur à la numérisation de la formation
- 55 Potentiels et risques de la privatisation
- 57 Brèves
- 59 Manifestation
- 60 Carte blanche : Préserver la dignité humaine



Photo : Peter Schulthess



Photo : Peter Schulthess

Faciliter et encourager les contacts entre les enfants et leur parent détenu

Interview de Patrik Manzoni sur la vaste étude réalisée par la ZHAW



Patrik Manzoni est professeur à l'Institut pour la prévention de la délinquance et de la criminalité, qui est rattaché à la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW).

Il est important pour les enfants ayant un parent détenu de maintenir le contact avec ce dernier afin de continuer à entretenir des relations normales avec lui. Mais c'est souvent loin d'être simple, comme l'a révélé une vaste étude de la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW). Dans son rapport final, cette dernière formule plusieurs recommandations visant à faciliter et à encourager les contacts, lesquelles ont, selon le responsable du projet, Patrik Manzoni, trouvé un terrain fertile.

#prison-info : Quelle conséquence la détention d'un parent a-t-elle sur les enfants ?

Patrik Manzoni: L'arrestation – du père dans la grande majorité des cas – est déjà un choc pour les enfants, surtout si elle a lieu en leur présence. Ils souffrent énormément de la séparation et se font beaucoup de soucis, parfois aussi parce qu'ils ont des idées fausses sur le quotidien dans une prison. Ils s'imaginent par exemple que leur père croupit dans une petite cellule avec un lit rudimentaire et qu'il est au pain sec et à l'eau. Ils sentent en outre que leur mère souffre des conséquences émotionnelles, sociales et financières de l'incarcération. Et lorsqu'ils savent où se trouve leur père, ils doivent se poser la question de savoir s'ils doivent dire la vérité à leurs camarades d'école et à leurs amis, au risque d'être exclus ou de faire l'objet de moqueries.

Combien d'enfants vivent en Suisse séparés d'un parent détenu ?

Ces données n'ont encore jamais été collectées en Suisse. Nous savons cependant que, d'après des études menées à l'étranger, environ un tiers des personnes détenues ont des enfants, mais aussi que la Suisse compte actuellement plus de 6000 personnes incarcérées. Nous pouvons donc estimer grossièrement que plusieurs milliers d'enfants vivent dans notre pays séparés d'un parent détenu.

Votre rapport final recommande d'améliorer les données disponibles. Qu'apporteront des statistiques ?

Des statistiques permettront d'en savoir plus sur le nombre d'enfants concernés, ce qui pourra susciter une prise de conscience et contribuer à sensibiliser la population à cette problématique. En fonction de leur degré d'exhaustivité, les données collectées pourront également servir de base pour prendre des mesures visant à améliorer la situation de ces enfants.

La situation s'arrange-t-elle pour les enfants une fois leur parent libéré ou est-ce qu'ils restent marqués à vie par cette épreuve ?

De nombreux facteurs entrent ici en ligne de compte. Des études montrent que ces enfants présentent un risque plus élevé de connaître plus tard une évolution défavorable. Il peut s'agir d'une baisse de leurs résultats scolaires, mais aussi de troubles psychiques, de problèmes de dépendance ou d'un comportement criminel. Il est toutefois difficile de mettre uniquement en cause l'incarcération de leur parent, car les familles concernées rencontraient déjà des problèmes auparavant. De plus, tous les enfants ne réagissent pas de la même manière face aux épreuves, certains étant plus résilients que d'autres. En tout état de cause, il est important, lorsque la situation familiale est intacte, que la personne détenue puisse continuer d'exercer son rôle parental et d'avoir une place dans le quotidien de son enfant. Même lorsque la situation familiale est difficile, l'enfant devrait au moins pouvoir jouir de son droit de maintenir une relation avec son parent détenu s'il le souhaite.

« En tout état de cause, il est important, lorsque la situation familiale est intacte, que la personne détenue puisse continuer à exercer son rôle parental et à avoir une place dans le quotidien de son enfant. »



Parmi les possibilités de contact figurent notamment les visites ainsi que les appels téléphoniques et les visioconférences (photo : établissement pénitentiaire de Grosshof dans le canton de Lucerne), mais il existe des différences notables en termes de fréquence et de durée.

Photo : Peter Schulthess, 2023

« La grande majorité des établissements pénitentiaires voient les contacts entre les détenus et leurs enfants d'un bon œil. »

Dans quelle mesure les résultats des études menées à l'étranger peuvent-ils être extrapolés à la Suisse ? Quels sont les besoins de recherche dans notre pays ?

Il s'agit en majorité de résultats d'études menées aux Etats-Unis et en Grande-Bretagne, qui ne peuvent être extrapolés à la Suisse qu'avec la plus grande prudence, en raison notamment des différences entre les systèmes judiciaires. Il apparaît donc clairement que des travaux de recherche doivent être effectués dans ce domaine en Suisse. Il s'agit notamment de procéder à une étude différenciée des effets à long terme d'une incarcération, en examinant par exemple si c'est l'incarcération du père ou celle de la mère qui a une plus grave incidence et si l'âge des enfants ainsi que la durée de la peine ont une importance. Il convient également de mesurer l'impact du maintien des contacts pendant la durée de la détention.

Quelles sont les possibilités de contact entre les détenus et leurs enfants ?

Les possibilités de contact dépendent notamment du type de détention et du règlement applicable dans chaque établissement. En détention provisoire, les contacts entre les détenus et leurs enfants sont très limités, alors qu'en détention ordinaire, ils sont beaucoup plus nombreux. Ils prennent notamment la forme de visites et d'appels téléphoniques, des différences notables en termes de fréquence et de durée pouvant toutefois être observées. En outre, les détenus peuvent recevoir et envoyer un nombre illimité de lettres et de paquets. La visiophonie a connu un véritable essor pendant la pandémie, mais certains établissements n'y ont plus recours. Certaines institutions disposent en outre d'un parloir familial, dans lequel un détenu peut passer plusieurs heures avec toute sa famille.

Existe-t-il des offres spécifiques pour les enfants ?

En Suisse romande, la fondation Relais Enfants Parents Romands (REPR) organise dans plusieurs établissements pénitentiaires des après-midis parents-enfants dits « ateliers créatifs ». Des rencontres du même type sont proposées dans le canton du Tessin par le centre d'accueil Pollicino. Des offres comparables manquent cependant en Suisse alémanique. Les établissements ne disposent souvent que d'un petit espace pour les enfants avec de vieux jouets. Il existe tout de même des groupes de pères dans quelques établissements. Il ne s'agit certes pas d'une offre spécifique pour les enfants, mais ces groupes sont importants pour ces derniers. Ils permettent en effet aux détenus d'échanger entre eux sur la manière dont ils peuvent vivre leur paternité.

Quels sont, d'après les établissements pénitentiaires, les effets des contacts entre les détenus et leurs enfants ?

La grande majorité des établissements pénitentiaires voient ces contacts d'un bon œil. Ils estiment que de bonnes relations familiales peuvent avoir un effet positif sur les détenus et le quotidien carcéral. Ils sont conscients qu'une famille intacte est une ressource importante, qui peut contribuer à une réinsertion sociale réussie. Les enfants ne sont toutefois pas au centre de préoccupations des établissements pénitentiaires, qui ne disposent pas de ressources spécifiques pour le travail avec les proches et ne considèrent pas le maintien des contacts entre les parents et leurs enfants comme faisant partie intégrante de leur mission. De plus, la sécurité prime toujours sur le travail avec les proches. Ainsi, un congé est exclu s'il existe des éléments laissant craindre que la personne pourrait récidiver.

Un service d'accompagnement tel que celui proposé par la fondation REPR devrait être mis à la disposition des proches de personnes détenues en Suisse alémanique. Photo : Le Chalet REPR situé devant la prison de Champ-Dollon (Peter Schulthess, 2023)



Quelles sont les tâches des autorités d'exécution des peines ?

Les autorités cantonales d'exécution des peines sont responsables du placement des détenus et s'assurent – dans la limite des places disponibles – que le domicile des proches ne soit pas trop éloigné de l'établissement. Elles fixent par ailleurs les règles relatives aux possibilités de contact et délivrent les autorisations de congés mais parfois aussi de visites. La répartition des compétences entre les offices et les établissements pénitentiaires diffère en effet selon le canton. Les établissements appliquent en tout cas ces règles de différentes manières. Il semble que ce soit davantage à eux de décider si les besoins des enfants sont particulièrement pris en considération. Dans la mesure du possible, les autorités essaient de prendre en compte les intérêts des enfants, par exemple en accordant à un père détenu un congé pour qu'il puisse assister à l'anniversaire de son enfant ou à une fête de fin d'année scolaire. Certaines autorités reconnaissent toutefois que des améliorations sont ici nécessaires.

Quelles sont les autres autorités amenées à intervenir ?

Lors de l'arrestation, la police fait appel à des services spécialisés si des enfants sont présents. Pendant la détention provisoire, le ministère public autorise les contacts avec les proches. Les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) confient un mandat de curateur à des collaborateurs des services sociaux, qui mènent des entretiens avec les enfants et les deux parents et encadrent les visites dans les établissements pénitentiaires. Les APEA interviennent en outre dans le cas où le placement d'un enfant est requis, parce l'un de ses parents est arrêté ou commence à exécuter une peine privative de liberté et que l'autre parent n'est pas en mesure de s'en occuper ou que le parent détenu l'élève seul.

Quel rôle les organisations jouent-elles dans la facilitation et l'organisation des contacts ?

Les organisations privées que nous avons déjà mentionnées, à savoir la fondation REPR en Suisse romande et l'association Pollicino au Tessin, ont un rôle clé. Elles tiennent des permanences devant plusieurs établissements pénitentiaires afin de conseiller les proches et leur permettre d'échanger entre eux, organisent des après-midis parents-enfants et proposent des services de transport. REPR effectue en outre un travail de sensibilisation dans les écoles. En Suisse alémanique, il n'existe en revanche que quelques offres, proposées notamment par l'Armée du Salut, l'association Team72, l'Institut forensique de Suisse orientale (Forio) et l'association Perspective Proches et Prisons, qui a



mis en place une plate-forme d'information pour les proches des détenus.

Dans quels domaines des améliorations sont-elles nécessaires selon votre rapport final ?

La prise de conscience n'est pas encore suffisante. Des directives ou des listes de contrôle pourraient par exemple être élaborées afin que les responsables sachent à quoi ils doivent prêter attention lorsque des enfants sont concernés par une détention. Nous recommandons également de développer la formation continue des professionnels et d'améliorer la collaboration entre les différentes autorités.

Quelle importance ont pour les enfants les contacts avec leur parent détenu et comment les vivent-ils ?

Ces contacts sont primordiaux pour la plupart d'entre eux. Il n'y a que dans quelques rares cas où ils ne souhaitent pas maintenir le lien. Cependant, les visites dans les établissements s'accompagnent pour eux de sentiments ambivalents : d'un côté, ils sont heureux de revoir leur parent, mais de l'autre, ils ressentent un certain malaise, s'inquiètent ou s'ennuient lorsque les salles de visite ne sont pas aménagées pour eux.

De longs trajets jusqu'aux établissements pénitentiaires (photo : Bostadel à Menzingen dans le canton de Zoug) rendent les contacts avec le parent détenu difficiles. Photo : Peter Schulthess, 2016

« Les enfants souhaitent une plus grande flexibilité, notamment en ce qui concerne la fréquence et les heures des visites, mais aussi avoir davantage leur mot à dire. »

« J'ai bon espoir qu'au moins nos recommandations les plus importantes soient mises en œuvre. »

Quels obstacles rendent les contacts avec le parent détenu difficiles ?

Selon l'endroit où résident les proches, le trajet pour se rendre à l'établissement peut être long. Les contrôles à l'entrée sont souvent perçus comme fastidieux et parfois comme indignes. Les coûts et les restrictions de la durée des appels téléphoniques sont également vécus comme des obstacles.

Quels sont les souhaits des enfants en ce qui concerne l'organisation des contacts ?

Les enfants souhaitent une plus grande flexibilité, notamment en ce qui concerne la fréquence et les heures des visites, mais aussi avoir davantage leur mot à dire. Ils aimeraient par exemple pouvoir être seuls avec leur père et ne pas devoir passer tout leur temps dans la salle de visite. Ils voudraient également avoir plus d'intimité.

Comment le parent détenu vit-il sa situation ?

Le parent détenu – la plupart du temps le père – vit sa situation de différentes manières. La détention est, de manière générale, perçue comme un fardeau, car la distance rend le maintien d'une relation avec la partenaire et les enfants plus difficile et que les contacts deviennent plus superficiels. Elle peut toutefois aussi avoir des effets positifs : on apprend à apprécier la relation, ce qui génère des rapprochements. Le père peut aussi continuer à entretenir avec ses enfants une relation de bonne qualité, dans laquelle chacun s'investit. D'un côté comme de l'autre, la séparation provoque toutefois de la souffrance et un sentiment de manque. Les relations parents-enfants peuvent cependant parfois aussi être compliquées, notamment lorsque l'entente entre les deux parents est mauvaise.

Et comment l'autre parent vit-il la situation ?

L'autre parent – la plupart du temps la mère – ressent à la fois de la colère et de la tristesse. Elle se sent abandonnée à son sort avec ses enfants et se retrouve soudain à devoir gérer seule le quotidien. Elle s'inquiète à la fois pour son partenaire et pour ses enfants. A cela s'ajoutent des soucis financiers et la peur d'être stigmatisée. Elle vit de plus en plus

entre « deux mondes » et souffre de ne plus pouvoir vivre de moments en famille.

Vous avez déjà évoqué certaines recommandations de votre rapport final. Pouvez-vous nous parler en quelques mots des autres recommandations qui y sont formulées ?

Il est important de sensibiliser l'ensemble de la société, et d'effectuer notamment un travail dans les écoles, afin d'éviter que les enfants concernés soient stigmatisés. Les autorités impliquées devraient systématiquement prendre en compte le point de vue de l'enfant et élaborer des approches dans ce sens. Les établissements pénitentiaires devraient développer des possibilités de contact adaptées aux familles, par exemple en proposant des après-midis parents-enfants, en aménageant des parloirs familiaux, en créant des accès et des salles de visite adaptés aux enfants. Il faut pour ce faire accroître les ressources en personnel. En outre, un service d'accompagnement tel que celui proposé par la fondation REPR devrait être mis à la disposition des proches de personnes détenues en Suisse alémanique. Enfin, une mise en réseau de tous les acteurs est importante afin d'établir des espaces d'échange d'expériences et de connaissances.

Quelle est la probabilité que ces recommandations ne restent pas lettre morte, mais soient mises en œuvre ?

J'ai bon espoir qu'au moins nos recommandations les plus importantes soient mises en œuvre, car une forte dynamique s'est mise en place ces dernières années. L'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (JuWe) a par exemple créé un service spécialisé, qui a défini des normes minimales en matière de travail avec les proches. Par ailleurs, on expérimente actuellement dans les cantons de Zurich et de Berne, dans le cadre d'un projet pilote intitulé « Ressourcensorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft » (prise en charge et travail social axés sur les ressources en détention provisoire), des interventions reposant entre autres sur l'implication des proches, destinées à maintenir les ressources des personnes détenues. En outre, l'Office fédéral de la justice (OFJ) a élaboré un rapport contenant des éléments pour la mise en œuvre de nos recommandations, qui a été accueilli favorablement par les conférences cantonales concernées. Il souhaite par ailleurs lancer au printemps prochain un forum d'échange interdisciplinaire afin de donner une impulsion en vue de la constitution d'un réseau national dont la tâche sera d'améliorer le travail avec les proches de personnes détenues.

Propos recueillis par Folco Galli

Liens

Sur mandat de l'Office fédéral de la justice (OFJ), la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) a étudié, avec le concours de la Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL), la situation des enfants dont l'un des parents est détenu en Suisse. Le rapport final, rédigé par Patrik Manzoni, Dirk Baier, Samuel Keller, Maria Kamenowski, Nina Ruchti, Julia Rohrbach et Daniel Lambelet, est disponible sur le site Internet de l'OFJ (www.bj.admin.ch) et sur la bibliothèque numérique de la ZHAW (<https://digitalcollection.zhaw.ch/>).

« J'aimerais qu'il y ait quoi, une sorte d'hôtel de nuit »

Paroles aux enfants et aux jeunes directement concernés

A la Fondation Relais Enfants Parents Romands (REPR), un credo nous anime: «Nothing about me without me». Dans le cadre de notre travail au quotidien auprès des enfants et adolescents ayant un parent ou les parents en prison, nous sommes amenés à rencontrer plus de 350 enfants chaque année.

L'équipe REPR

Voici ici quelques paroles glanées au fur et à mesure des discussions en Suisse romande, des paroles sans filtres, qui donnent parfois à réfléchir. Pour les plus jeunes, des dessins permettent parfois mieux d'exprimer leur ressenti, c'est pourquoi nous avons choisi d'en montrer quelques-uns, avec leurs commentaires.

Dans ta vie de tous les jours, en lien avec la détention de ton Papa/ta Maman, qu'est-ce qui est particulièrement difficile pour toi ?

Qu'il sorte pas et qu'il me manque. » Leny, 6 ans
« C'est dur, que mon Papa soit en prison. C'est que mon papa soit en prison, de savoir qu'il y a eu beaucoup de choses dures. » Ana, 5 ans

Et qu'est-ce que ton ami, ton voisin ou encore la maîtresse pourrait faire pour améliorer cette situation ?

« Ça je sais pas. » Leny 6 ans
« Moi j'aimerais que quelqu'un sache, aussi que mon Papa est en prison, comme ça on n'est pas juste la famille tout seul à savoir. » Ana, 5 ans
« J'aimerais que la maîtresse comprenne pourquoi je suis pas là parfois le mercredi matin. C'est pas juste parce que je veux pas faire des tests, c'est parce que la prison de mon père est très loin. Pour être à l'heure, je dois partir avec ma mère à 10 heures de la maison. » Guillaume, 11 ans

Lorsque tu rends visite à ton Papa/ta Maman, qu'est-ce qui est vraiment bien ?

« Quand on fait des jeux, qu'on dessine. » Elio, 4 ans
« Être avec lui, et qu'il se sente bien. » Ana, 5 ans

Et qu'est-ce qui est vraiment nul ?

« Qu'on reste pas beaucoup de temps. »

« C'est que je voudrais qu'il parte avec moi. C'est nul qu'on le laisse là-bas. »

« Ce que j'aime pas pendant les visites, c'est de pas pouvoir lui faire de câlin quand je veux. » Gabin, 13 ans

Le soir, lorsque tu t'endors, tu penses à quoi ?

« A Papa qui sort de prison bientôt. »

« Que mon papa sortira juste le lendemain. » Ana, 5 ans

Comment ça se passe avant une visite ?

« Bahh, moi, pendant que j'y vais, je suis un peu stressée. J'ai hâte, je suis aussi un petit peu triste. J'ai beaucoup d'émotions à la fois. J'aime bien qu'il y a des personnes qui sachent qui m'accompagnent et j'ai vraiment hâte tout le long de la voiture que j'arrive directe à la prison. »

Le temps, il est plutôt long ou court ?

« Le temps ? C'est moyen. C'est bien d'avoir les personnes qui m'accompagnent. »

On devrait faire quoi, ou changer quoi, pour que les visites à ton Papa/ta Maman soient plus faciles pour toi ? Si tu pouvais donner un conseil au directeur/à la directrice de la prison pour améliorer les visites à ton Papa/ta Maman, tu lui dirais quoi ?

« Ben moi, j'aimerais qu'il y ait quoi, une sorte d'hôtel de nuit spécial, comme ça mon frère, ma sœur et moi, on pourrait rester dormir avec Maman. Comme ça on devrait pas toujours la laisser là, toute seule à la prison. » Lana, 4 ans

« Moi j'aimerais que quelqu'un sache, aussi que mon Papa est en prison, comme ça on n'est pas juste la famille tout seul à savoir. »



Dessins de Lana

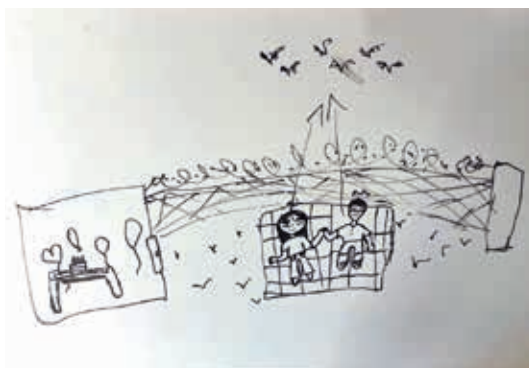
« J'suis d'accord, un hôtel de nuit avec une piscine aussi où je pourrais montrer à Maman que Grand-Papa m'a appris à nager même sans les manchons ! Mais un hôtel 5 étoiles !! » Dylan, 6 ans.



Dessin de Dylan

« Alors moi ce que j'aimerais c'est qu'on aille fêter mes 10 ans tous ensemble. »

« Alors moi ce que j'aimerais c'est qu'on aille fêter mes 10 ans tous ensemble. Parce que la semaine prochaine j'aurai 10 ans. Mais on va y aller voir Papa à la prison. Il peut pas venir à la maison. Mais on va manger un gâteau, et des ballons et de la musique. Sonia et Sarah [intervenantes REPR] elles ont dit qu'on pourra peut-être pas mettre des bougies pour de vrai. C'est dommage. Mais c'est la première fois qu'il y aura un gâteau. Il faudrait toujours des gâteaux d'anniversaire quand on a son anniversaire, tu crois pas ? » Léa, 9 ans (presque 10)



Dessin de Léa

« Je dirai au directeur d'être d'accord que mon Papa puisse venir à mon spectacle de danse. Il sera pas là. J'aimerais bien aussi aller à la place de jeu avec Papa, on pourrait en mettre une à la prison ? » Giovanna, 7 ans



Dessin de Giovanna (le spectacle de danse à droite et la place de jeu à gauche)

« J'écirai au directeur qu'il doit me laisser faire un tour en voiture avec Papa. Il conduit vite et c'est trop cool. J'aimerais aussi faire des entraînements de foot avec Papa. » Timéo, 7 ans



Dessin de Timéo

« Ce que je ferais autrement, c'est mettre un train pour que la police amène Maman en Suisse depuis la France et qu'elle vienne en prison en Suisse. Comme ça je serais avec les autres enfants de REPR ensemble. » Lenny, 6 ans



Dessin de Lenny (sa mère est actuellement en détention en France, il vit en Suisse romande)

« Si on pouvait, si c'était possible, le directeur il pourrait être d'accord pour que je visite la chambre où dort Maman. Je pourrais voir aussi où elle travaille, où elle fait la gym, ce qu'elle mange et où elle met mes dessins. » Bastien, 5 ans



Le montage de Bastien avec la prison, les enfants, la Maman en prison, les agents de détention et les équipiers REPR

Idées de changements ou d'améliorations

Et voici encore quelques idées de changements ou d'améliorations, lors d'une discussion entre huit enfants et jeunes, de 7 à 14 ans (Jeanne, Léandre, Kevin, Acelia, Maurice et Raphaël)

« Qu'on puisse manger des biscuits pendant la visite. Que Papa ce soit lui qui en amène des fois et des fois moi. »

« Moi j'aimerais aller me balader dans la cour avec lui. »

« Que mon papa puisse amener des jeux chouettes. »

« Moi, j'aimerais boire du thé froid. »

« J'aimerais que moi je puisse l'appeler quand je veux et lui aussi. Il appelle le soir au moment du repas. Je dois aller dans ma chambre parce qu'ils veulent pas que je reste au salon parce que ça fait trop de bruit. Là, j'aimerais que je puisse téléphoner avec mon téléphone, ou qu'il téléphone sur mon téléphone. »

« Moi aussi j'ai envie qu'il téléphone sur mon téléphone et que je puisse lui laisser des messages et des petits secrets. »

« Ce serait bien si on pouvait faire de la peinture, des dessins. »

« Ce que je dirais, c'est qu'il faut que ça aille un peu plus vite dans la salle d'attente. »

« Je pose la question : comment c'est dedans ? Je le demande à ma Maman d'accueil, mais elle dit qu'elle sait pas. J'aimerais savoir comment c'est la cour, où ils vont dormir, où ils habitent. J'ai déjà posé la question à papa si y'avait une télé. »

« J'aimerais aller voir dedans. Ce serait cool si on pouvait visiter là où il dort. »

« J'aimerais faire des trucs de sport, comme du foot, des sauts, du skate. »

« Si moi je peux prendre des jeux de société que j'ai à la maison comme Jungle speed, Master Mind, ça ce serait bien. »

« Ce qui serait bien, c'est de prendre les livres de la maison, de la bibliothèque et de lui présenter à Papa des livres, lui dire de quoi ça parle et de lire avec lui ou de lui lire à lui. »

« Ce que je dirais au directeur, c'est que je veux montrer mes devoirs, faire des photocopies des fiches de l'école et les donner à Papa. Je pourrais lui envoyer des photocopies de mon exposé sur les hérissons comme ça il apprend. »

« J'aurais voulu qu'on aille avec REPR dans la salle de visite ou y'a les plaques de cuisine et une télé [parloir familial]. »

« Qu'on puisse lui faire des cadeaux et lui aussi qu'il puisse nous faire des cadeaux. J'ai choisi une chaînette qui est pour lui, mais que j'ai pas pu lui donner. Peut-être quand il sortira. »

« Ce que j'aimerais, c'est que je puisse lui faire passer les bricolages que je prépare, comme la feuille avec tous les arbres et les marrons qu'on a fait avec la maîtresse. »

« J'aurais bien voulu qu'il soit à Sion parce que y'a une prison à Sion, et Sion c'est plus proche de chez moi. Alors j'aurais pas besoin de faire le long voyage pour aller le voir. »

« Ce que je demanderais au directeur, c'est de me dire d'accord pour que je puisse aller cuisiner avec mon Papa et pis qu'après on puisse regarder la télévision. »

« Moi j'aimerais que Maman puisse venir dormir à la maison, pour Noël et pour les anniversaires. »

« Des fois j'aimerais que les gardiens soient plus gentils avec nous quand on vient. »

« Ah non, je veux qu'ils soient plus gentils avec mon papa surtout. »

« Moi j'aimerais arroser les fleurs [qu'elle voit à l'extérieur de la prison de la Brenaz] avec Papa. »

« Je dirais bon courage à un autre ado qui a son parent qui vient d'être incarcéré. »

« Moi, je dirais ça va aller ! C'est plus facile si tu es entouré des autres personnes. »

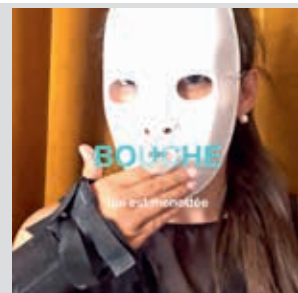
N'oublions jamais, ce n'est pas leur sentence, et pourtant c'est leur peine. Donnons ensemble une voix aux enfants de personnes détenues pour organiser au mieux leur quotidien et leur avenir.

« Si on pouvait, si c'était possible, le directeur il pourrait être d'accord pour que je visite la chambre où dort Maman. »

« Moi aussi j'ai envie qu'il téléphone sur mon téléphone et que je puisse lui laisser des messages et des petits secrets. »

Lien

L'équipe REPR a donné la parole aux adolescents dont un parent est en détention. Ils en ont fait un rap et le clip vidéo « c'est ma bouche qui est menottée » qui est disponible sur



« Du jour au lendemain, j'ai tout dû assumer seule »

Comment une mère gère la situation après la détention de son partenaire

La détention d'un des parents bouleverse radicalement la vie de toute la famille. Une jeune mère raconte les difficultés sans fin qu'elle doit affronter tout à coup, largement sans soutien.

« À cause d'une bêtise, tout recommence à zéro et reste en suspens. »

L'arrestation a eu lieu dix jours après une violente bagarre, un matin à 6 heures. Valérie (nom modifié par la rédaction), qui était alors enceinte de son deuxième enfant, n'avait rien vu venir. L'intervention des forces de l'ordre l'a terrifiée. « Six policiers ont fait irruption dans l'appartement après avoir frappé à la porte. Ils ont secoué mon partenaire et lui ont donné cinq minutes pour s'habiller et me dire au revoir, puis ils l'ont menotté. » Les policiers ont passé toutes les pièces au peigne fin ; ils cherchaient de la drogue et des armes. Ils ont cependant fait attention à ne pas réveiller la fille du couple. Ils ont cuisiné Valérie pendant des heures en revenant sur les moindres détails.

Son partenaire, qui avait déjà fait l'objet d'une condamnation, a été appréhendé à la suite d'une rixe ayant entraîné de graves lésions corporelles – des lésions involontaires, souligne la jeune femme. Dans la bagarre, un homme complètement ivre a fait une mauvaise chute et s'est perforé le tympan. Sans vouloir minimiser les faits, Valérie évoque l'enfance difficile du père de ses enfants, arrivé en Suisse il y a trente ans avec sa famille. Il a été battu, a perdu sa sœur durant la guerre et son frère dans un accident de voiture.

Une longue incertitude

L'arrestation a marqué le début d'une longue période d'incertitude. Au départ, tout le monde s'attendait à une détention provisoire de trois mois ; elle en a finalement duré près de six. « À la suite d'une expertise qui préconisait une mesure institutionnelle sur la base de l'article 59 du code pénal, mon partenaire a commencé à exécuter la mesure de manière anticipée », explique Valérie, qui a acquis une solide connaissance de la poursuite pénale et de l'exécution des sanctions au fil des expériences faites ces dernières années. Un an et demi plus tard, ce n'est cependant pas une mesure institutionnelle que le tribunal a ordonnée, mais une peine privative de liberté d'un peu

moins de cinq ans et une expulsion du territoire suisse de cinq ans également.

« Tout recommence à zéro »

Son partenaire aurait dû être libéré en automne de l'an prochain, mais « à cause d'une bêtise, tout recommence à zéro et reste en suspens ». L'homme s'était bien conduit en régime fermé, mais après son transfert en milieu ouvert, il s'est procuré un téléphone portable – dans le seul but de pouvoir parler plus longuement avec sa famille et d'échanger des photos, assure Valérie, en soulignant que l'analyse de l'appareil n'a révélé aucun élément permettant de conclure à un comportement punissable. Toujours est-il qu'une nouvelle expertise est en cours. Le tribunal se prononcera au plus tôt l'été prochain.

Des possibilités de contact variables

Les contacts avec son partenaire se sont révélés difficiles au début de sa détention en raison des mesures prises pour enrayer la pandémie. Ce n'est qu'après son transfert en milieu ouvert que les visites ont pu se faire sans vitre de séparation. La fréquence des appels téléphoniques varie d'un établissement à l'autre. Dans l'un d'eux, les coups de fil étaient possibles tous les jours, et son partenaire leur a consacré la majeure partie de son argent, alors qu'actuellement, il n'a droit qu'à 40 minutes par semaine. C'est tout simplement trop peu, déplore Valérie.

Les contrôles à l'entrée dépendent aussi de l'établissement. La jeune femme juge le personnel de sécurité excessivement strict et peu compréhensif dans l'ensemble. Elle rencontre par exemple souvent des problèmes lorsqu'elle veut emporter certains jouets ou de l'eau pour ses enfants. Dans la salle de visites, qu'il s'agisse d'une pièce individuelle ou d'un espace commun, Valérie et son partenaire discutent de façon superficielle de leur quotidien respectif. Les enfants sont au centre de

L'expulsion du territoire helvétique pour cinq ans, qui interdit l'entrée (photo : contrôle automatique des passeports à l'aéroport de Zurich) et le séjour en Suisse, « est un stress et une punition pour toute la famille ». Photo: Keystone



l'attention. « Nous ne partageons plus grand-chose dont nous pourrions parler en détail ; depuis qu'il est en prison, chacun mène sa vie. »

Un membre de la famille à part entière

Au début, son partenaire n'a entretenu aucune relation avec les deux enfants qu'ils ont eus ensemble ; il a uniquement vu des photos. C'est seulement après son passage en régime ouvert qu'il a pu construire petit à petit des liens avec eux. Durant les visites, il peut les prendre dans ses bras et jouer avec eux. Il considère qu'il fait partie intégrante de la famille, une vision que les enfants partagent. « Ils savent que c'est leur père et ils parlent beaucoup avec lui. Mais ils ignorent pourquoi il est en prison ; ils ne m'ont encore jamais posé de questions à ce sujet. Ils ne connaissent rien d'autre. » Valérie ne sait pas comment elle leur expliquera pourquoi leur papa n'est pas là lorsqu'ils entreront à l'école.

Pour les enfants, la jeune femme est la principale personne de référence et les liens qui les unissent tous les trois sont aussi étroits qu'intenses. Le fils est très attaché à son père. Il lui manque un modèle masculin, un manque que, heureusement, le grand-père comble en partie. Valérie accueille avec gratitude l'aide de ses parents, qui ont déménagé à proximité.

Un bouleversement radical

L'arrestation a bouleversé radicalement la vie de son partenaire, mais aussi la sienne : « Du jour au lendemain, j'ai tout dû assumer seule. ». Elle est heureuse que ses parents l'aient élevée en lui inculquant qu'une femme doit gagner sa vie elle-même. Elle travaille pratiquement à plein temps. Son emploi lui permet de subvenir aux besoins de la famille tout en lui apportant de la satisfaction et en lui offrant un changement bienvenu. Les conséquences financières de la détention n'ont cependant pas tardé à se faire sentir. Valérie ne touche pas de pension alimentaire, mais elle gagne trop pour pouvoir bénéficier de l'aide sociale. Elle reçoit uniquement des bons pour la crèche. Elle a dû s'adapter et emménager

dans un appartement plus petit pour s'en sortir financièrement.

Pour venir à bout du quotidien, Valérie se fixe des priorités qu'elle respecte scrupuleusement. Elle planifie soigneusement les tâches à effectuer et consacre son temps libre au ménage et à « toute la paperasse », qu'elle gère également pour son partenaire. Elle doit constamment obtenir des attestations des autorités. La jeune femme déploie une belle énergie pour faire face à cette immense charge sans le soutien du père de ses enfants.

Perte de nombreux amis

La détention a également de lourdes conséquences sur le plan social. « Depuis que mon partenaire est en prison, il passe pour un dangereux criminel ». Bon nombre d'amis lui ont tourné le dos, constate-t-elle, désabusée. L'expérience lui a appris qu'il vaut mieux ne pas parler ouvertement de sa situation. Quand on l'interroge sur sa vie privée, elle esquive. Son employeur ne sait rien. « Je mène une double vie : vu de l'extérieur, tout va bien, mais ma journée est minutée compte tenu des nombreuses obligations à assumer. Et le soir, c'est le stress pour liquider tout ce qu'il reste à faire. »

Pas de soutien ni d'aide

Elle a écrit à de nombreuses organisations qui défendent les droits de l'enfant, notamment celui d'entretenir régulièrement des relations personnelles et des contacts directs avec ses deux parents, mais aucune ne lui a apporté de soutien. Les contacts avec les autorités compétentes n'ont rien donné non plus : « Elles se focalisent sur l'auteur de l'acte punissable, pas sur la famille ». Elle trouve choquant qu'on lui conseille d'aller vivre dans le pays d'origine de son partenaire à sa libération. L'expulsion du territoire helvétique est d'ailleurs ce qui la préoccupe le plus. « C'est une punition et un stress pour la famille ». Mais à quelques exceptions près, personne ne s'intéresse à ce que les enfants subissent. « alors que tout ce qu'ils veulent, c'est avoir un père », souligne-t-elle. Elle a l'air posée, mais le léger tremblement dans sa voix trahit combien tout cela la touche. (gal)

« L'expulsion du territoire helvétique est une punition et un stress pour la famille. »

« Papa est en prison, mais il ne faut pas le dire »

REPR soutient l'enfant dans sa vie quotidienne, et il l'encadre dans les visites à son parent en détention

L'incarcération d'un papa ou d'une maman rompt instantanément la relation parent-enfant autant qu'elle affecte durablement le quotidien de l'enfant. La Fondation Relais Enfants Parents Romands relève le défi de faire respecter les droits de l'enfant dans les établissements qui détiennent des parents. De bonnes pratiques existent en Suisse romande, mais il y a encore beaucoup à faire.

De l'aveu même du Conseil fédéral, dans un communiqué de juin 2023 faisant suite au rapport final de la Haute école zurichoise des sciences appliquées (ZHAW) « la situation des enfants dont l'un des parents est détenu en Suisse a longtemps été négligée ». Mais il relève les initiatives d'entités privées actives en Suisse latine. Pour la Suisse romande, il salue le travail de la Fondation REPR qui propose son soutien aux proches de personnes privées de liberté, notamment aux enfants dont un parent (voire les deux) est incarcéré. D'abord à Genève sous le nom de Carrefour Prison, puis dans toute la Suisse romande sous le nom de Relais Enfants Parents Romands, la fondation est active depuis bientôt 30 ans. REPR soutient l'enfant dans sa vie quotidienne, et il l'encadre dans les visites à son parent en détention. Entretien avec Viviane Schekter, directrice de REPR.

#prison-info : Une arrestation fait disparaître un membre de la famille. Comment l'enfant est-il informé que son papa, respectivement sa maman, est en prison ?

Viviane Schekter : Différentes options entrent en ligne de compte. Il y a, par exemple, l'option du mensonge. Le parent hébergeant se persuade que la situation n'est que temporaire. Il dit alors à l'enfant : « maman ne dort pas à la maison ce soir, elle rentre demain ». Puis le mensonge est reformulé : « elle rentre la semaine prochaine », « elle rentrera bientôt ... ». Il y a aussi l'option du tabou, c'est-à-dire « on ne parle pas de ça ! ». Le parent hébergeant n'aborde pas ce sujet. Dans la famille du reste, personne n'a le droit d'aborder ce sujet. Du point de vue de l'enfant, son papa ou sa maman a disparu de sa vie ; il est tourmenté par un souci majeur, mais il n'a pas le droit d'en parler.

Mensonge ou mutisme, est-ce crédible ?

Souvent les enfants ne sont pas dupes. J'avais demandé à une fillette de 5 ans si elle savait où était son papa. Elle m'avait répondu « papa est en prison, mais il ne faut pas le dire ».

Que fait l'enfant à qui la réalité est cachée ou travestie ?

Il se pose des questions et il construit des réponses. Si on lui dit que son papa est parti en vacances, et qu'il s'aperçoit que la valise est toujours à la maison, il comprend qu'on lui cache quelque chose de grave. Il se demandera alors : « Est-ce que papa m'a quitté ? Est-ce qu'il est parti à cause de moi ? Est-ce que papa est mort ? ». Ce que les enfants imaginent est parfois pire que la réalité. Dans leur tête, le questionnement se heurte aux émotions. Dans leur tête, il y a un gros carambolage !

Quelles sont les questions que se pose l'enfant qui sait que le parent absent est en prison ?

Dans un premier temps, il se pose surtout des questions de base, comme : « Est-ce que mon papa dort sur un vrai lit ou par terre ? Est-ce qu'il mange dans une gamelle ? Est-ce qu'il est avec des méchants ? ». Et surtout, il se demande : « Quand est-ce que mon papa rentre à la maison ? ». Par la suite viennent les questions plus existentielles : « Si mon père est « monstrueux », est-ce que je suis « demi-monstrueux » ? Si ma mère est une criminelle, est-ce que je serai un criminel moi aussi ? ». Il y a également les questions par rapport au parent délinquant : « A-t-il pensé à moi quand il a fait ça ? ». Il y a encore les questions orientées vers la société : « Vous m'avez enlevé mon papa parce que vous voulez le punir. Et moi dans tout ça ?

« Du point de vue de l'enfant, son papa ou sa maman a disparu de sa vie ; il est tourmenté par un souci majeur, mais il n'a pas le droit d'en parler. »



« Vivre dans le secret est une souffrance. »

Dessin : Patrick Tondeux

Pourquoi est-ce que vous me punissez aussi ? Qui pense à moi ? ».

La mise en détention d'un parent est un « tsunami » pour la famille concernée. Quelles sont les conséquences pour l'enfant ?

La mise en détention d'une personne impacte son conjoint et leurs enfants à trois niveaux principalement : psychologiquement, économiquement et socialement. Au niveau psychologique, les membres de la famille sont en état de choc. Ils sont abattus, ils souffrent, ils sont inquiets et ils se sentent parfois abandonnés. Ils peuvent aussi connaître des phases de colère. Pour certaines familles, c'est aussi un soulagement de savoir un de leur proche en prison ; je pense notamment aux situations de violences intrafamiliales.

Au niveau économique, la situation se modifie rapidement. Un salaire disparaît. Il y a moins d'argent pour tout, notamment pour les loisirs. Donc pas de cinéma, pas de restaurant, pas de vêtement de marque. Le parent hébergeant doit trouver un travail ou augmenter son temps de travail. Le temps consacré à l'enfant en est réduit d'autant. Il faut trouver des systèmes de garde pour les enfants. Souvent, il faut déménager dans un appartement moins cher. La famille va peut-être sombrer dans une précarité à laquelle elle n'était pas habituée.

Et socialement, la mise à l'écart s'installe. L'« isolement choisi » est plutôt le fait des adultes. Le proche décide de ne plus voir personne ; soit parce qu'il ne sait pas quoi dire ; soit parce qu'il sait ce qu'il a à dire, mais il ne veut pas révéler son secret. Il peut aussi ne pas aller vers les autres pour s'éviter de devoir mentir. L'« isolement subi » est le sort de l'enfant délibérément mis de côté. Par exemple, il n'est pas invité aux goûters d'anniversaire « parce qu'on n'invite pas un enfant dont le papa est en prison ». A l'inverse, ses invitations sont repoussées. Les copains ne viennent plus chez lui, car les parents ne laissent pas leur enfant se rendre dans une famille où la mère vendait de la drogue : « quand même cette femme est en prison ! ». Vous savez, il ne fait jamais bon appartenir à la famille d'un détenu.

Ces enfants sont en quelque sorte condamnés à taire leur situation. C'est rude non ?

Vivre dans le secret est effectivement une souffrance. Tout enfant a un jardin secret, et c'est bien. Mais là, on ne parle plus de jardin. On parle d'un parc composé d'hectares de secrets, et ce n'est pas bien. L'enfant s'y perd et s'y sent très seul.

Pour aider l'enfant, il faut chercher à le comprendre, notamment en lui posant des questions. Mais encore faut-il poser les bonnes questions, n'est-ce pas ?

Absolument. Une enfant de 10 ans vivait chez sa grand-maman. Son papa ne pouvait pas s'occuper d'elle et sa maman était en prison. Quand j'ai demandé à cette fillette comment elle allait, elle m'a répondu « je vais bien ». Du reste, elle semblait aller bien. Dans le cadre de notre discussion, je lui ai demandé de me parler de sa meilleure copine. Elle m'a répondu « je n'ai pas de meilleure copine, parce que je n'ai pas de copine du tout ». Ne pas avoir de copines, c'était l'assurance de ne pas devoir leur parler de sa famille, de ne pas devoir leur dire la vérité ou des mensonges. Elle avait l'air d'aller bien. En réalité, cette petite fille n'allait pas bien du tout.

Les différents programmes d'accompagnement et de soutien de la Fondation REPR s'adressent au parent hébergeant, à la famille élargie, au parent en détention, ou encore aux professionnels des milieux pénaux. Le programme « Focus enfants » s'adresse à l'enfant spécifiquement. Dans quel but ?

« Focus enfant » soutient l'enfant dans ses relations avec son parent en détention. Les équipes REPR le soutiennent par le biais d'entretiens, de mails ou encore de téléphones. Elles l'aident dans la gestion de ses émotions et à donner du sens à ce qui lui arrive. Elles abordent la question de la culpabilité aussi, car beaucoup d'enfants pensent que « tout ça » est de leur faute. REPR entoure ces enfants pour les comprendre, les rassurer et pour développer leur potentiel. Ils ont beaucoup de ressources, mais il faut déterminer pour chacun

« La mise en détention d'une personne impacte son conjoint et leurs enfants à trois niveaux principalement : psychologiquement, économiquement et socialement. »

« En 2023, le courrier postal ne cadre pas avec le mode de communication de l'enfant. Celui-ci vit dans l'instantané, le bref, le réactif. »

lesquelles peuvent être mobilisées pour lui permettre d'aller de l'avant.

Aller de l'avant consiste notamment à entretenir des liens avec le parent en détention. Or, c'est compliqué. Pourquoi ?

Les visites en détention doivent uniquement avoir lieu, à notre avis, si et seulement si cela est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Sur un plateau de la balance, il y a les droits de l'enfant, et sur l'autre, les besoins sécuritaires. Déterminer de quel côté la balance doit pencher est un choix de société. Et la balance penche très lourdement du côté de la sécurité.

La mise en contact passe notamment par le courrier postal et l'appel téléphonique. S'agit-il de moyens appropriés ?

Clairement ? Non ! En 2023, le courrier postal ne cadre pas avec le mode de communication de l'enfant. Celui-ci vit dans l'instantané, le bref, le réactif. Écrire des lettres ? Ça ne lui parle pas. S'agissant du contact par téléphone, il faut savoir que l'appel provient toujours du parent incarcéré. L'enfant ignore quand le parent en prison appellera. De plus, si l'appel a lieu au moment où l'enfant, en particulier le jeune enfant, est concentré sur une autre activité, il ne sera pas réceptif. Ce qui manque cruellement à ces enfants, ce sont des possibilités d'entrer en contact avec leur parent en prison au moment où ils le choisissent.

Quid des nouvelles technologies ?

La période Covid a permis au numérique de faire une percée dans les établissements de détention romands ; ce que nous saluons. La famille et le proche détenu ont été en contact par Zoom ou par Skype. Toutefois, ces procédés n'ont pas perduré partout, ou ils n'ont perduré que de manière très restrictive. Uniquement pour les familles à l'étranger par exemple. Mais c'est en bonne voie ; les prisons travaillent à institutionaliser ces outils de communication. Toutefois, une visioconférence ne devra jamais remplacer une visite traditionnelle au parloir !

Alors justement, comment se passent les visites au parloir ?

Il n'y a pas de réponse unique. Les établissements de détention de Suisse romande proposent des situations différentes. Mais de manière générale, des bénévoles de REPR peuvent accueillir l'enfant et sa famille dès son arrivée devant la prison. Que ce soit une caravane, un mobile home ou un container, REPR a des lieux d'accueil devant douze prisons en Suisse romande. À l'intérieur de l'établissement de détention, l'enfant accompagné d'un adulte doit passer les contrôles de sécurité et les sas. Ça prend du temps, généralement 20 minutes. Il entre ensuite dans une salle qui fait office de parloir. Ensuite seulement, le proche détenu rejoint ses visites. Ils sont assis autour d'une table, ou – dans certains rares cas – séparés par une vitre.

De quelle manière, par exemple, peut-on tenir compte des besoins et des droits de l'enfant ?

Dans une prison, il y a beaucoup d'endroits où si on mesure moins de 1 mètre 20, on ne voit pas les visages. Les réceptionnistes sont, en effet, derrière de grands comptoirs surmontés de vitres. Or, il suffit d'installer une marchette sur laquelle l'enfant puisse monter pour lui permettre d'être à bonne hauteur pour voir les visages, dire bonjour et se faire saluer à son tour. Tout est question de savoir être et de ton approprié. Dans les sas, pour être à hauteur d'enfant, il suffit à l'agent de sécurité de se baisser, de demander gentiment à l'enfant de sortir ce qu'il a dans les poches et de lui expliquer pourquoi Doudou doit rester dans le casier le temps de la visite. Le respect de l'enfant et de ses droits ne passe pas par l'abolition des mesures de sécurité. Il faut simplement témoigner à l'enfant la considération à laquelle il a droit. L'enfant qui se rend auprès de son parent détenu n'est pas un enfant qui doit être puni !

Il faudrait tenir compte de la relation parent-enfant dès la construction d'un établissement de détention. De quoi faudrait-il tenir compte ?

Les lieux doivent permettre l'accueil à hauteur d'enfant. La réception et les sas doivent être adap-

tés, parfois une simple marchette peut suffire. Les lieux d'attente et de rencontre doivent mettre à disposition une table à langer, des jeux solides et en bon état. La prison ne doit pas être transformée en fête foraine. Les aménagements doivent être appropriés, propres et solides. S'il est confronté à du sale et du moche, le message que l'enfant perçoit est : « toi l'enfant de détenu, tu ne vaux pas mieux que des jouets sales et moches ».

Et à quoi devrait ressembler le lieu (le parloir) dans lequel a lieu la visite ?

Il faudrait également proposer du mobilier – des tables, des sièges – adaptés aux enfants ainsi que des jeux en bon état. Si l'enfant a fait une heure de trajet, vingt minutes dans les sas, qu'il doit rester assis 1 heure avec un puzzle auquel il manque des pièces, pensez-vous que ça se passera bien ?

C'est en quelque sorte pour permettre à la parentalité d'exister que REPR propose des Visites REPR. Comment le comprendre ?

Lorsque l'équipe REPR établit qu'il est dans l'intérêt supérieur d'un enfant de se rendre auprès de son parent en détention, cet enfant est intégré à une Visite REPR. Les établissements vaudois, fribourgeois et genevois nous permettent d'organiser cette activité dans leurs locaux. Ainsi, une fois par mois, un groupe d'enfants rencontre un groupe de parents détenus. La rencontre, encadrée par les professionnels de REPR, se tient dans le parloir, mais la salle est spécialement aménagée. Chacun est libre de jouer ballon, de faire du bruit ou de mettre de la musique. Il y a un vrai contact physique entre les parents détenus et le groupe d'enfants. Une guidance est offerte par les professionnels tout au long du parloir, et les enfants sont accompagnés avant et après leur visite.

Pourquoi avoir opté pour la formule du groupe ?

Le groupe est un espace très important pour les enfants. Rencontrer d'autres enfants qui vivent la même situation permet de lutter contre la stigmatisation dont ils souffrent souvent. Des amitiés fortes naissent entre les jeunes. De plus, en

détention, le parent perd le fil de la parentalité. Il ne sait parfois plus comment être un parent. Dans ces moments d'échanges, il peut s'inspirer du comportement d'un autre. Il peut observer, par exemple, comment un papa calme le jeu lorsque la tension monte entre des enfants. Les compétences parentales se diffusent dans le groupe, avec la guidance bien sûr des professionnels de REPR qui s'assurent du bien-être de l'enfant, je le répète, avant, pendant et après la visite.

Faut-il obliger un enfant à avoir des contacts avec son parent, si l'enfant ne le désire pas ?

Nous n'obligeons aucune visite, et n'en n'avons heureusement ni le pouvoir, ni l'autorité. Nous devons identifier les freins qui l'empêchent de voir son parent, et les ressources à disposition pour lui permettre, cas échéant, de le voir. Il ne faut pas que l'enfant soit seul à pouvoir décider ; ce serait une responsabilité bien trop grande. Mais ce qui guide toujours nos décisions, c'est l'intérêt supérieur de l'enfant. Et si cet intérêt supérieur commande qu'il voie son parent en détention, nous ferons en sorte que ce soit possible. Parfois, il vaut mieux pour l'enfant de voir son parent dans une situation non conforme – c'est-à-dire en prison – et lui donner les outils pour qu'il se sente bien dans cette situation, plutôt que de faire comme si le parent détenu n'existait plus. C'est un leurre de penser qu'on peut effacer le parent en détention de l'existence de l'enfant. C'est son parent pour cette vie-là et on doit aider l'enfant à faire avec ce parent tel qu'il est.

Propos recueillis par Patricia Meylan

« Rencontrer d'autres enfants qui vivent la même situation permet de lutter contre la stigmatisation dont ils souffrent souvent. »

Un coup de pouce pour la resocialisation et pour surmonter le traumatisme de la séparation

Pollicino – soit le Petit Poucet –, est « un excellent exemple de collaboration entre les secteurs public et privé »

Ce n'est pas un conte de fées, même si l'initiative, née de la synergie entre les secteurs privé et public, porte le nom, en italien, du petit protagoniste du célèbre conte de Charles Perrault. Non, Pollicino, au Tessin, existe bel et bien, c'est une réalité, remarquable et admirable.

Andrea Manna

« Il s'agit d'un projet lancé en 1995 – élaboré et promu par l'Oasi, l'Association pour la prévention et l'autonomie de la petite enfance, en collaboration avec notre Service d'aide à la réinsertion – qui permet aux parents purgeant une peine de prison ou en détention provisoire de rencontrer leurs enfants et, ainsi, de maintenir un lien avec leur famille. Et ce lien fait partie du processus de resocialisation du père ou de la mère », souligne Frida Andreotti, directrice de la Division de la justice du Département cantonal des institutions.

Un lieu où se rencontrer et parler

Pollicino, concrètement, qu'est-ce que c'est ? « C'est un local des Établissements pénitentiaires cantonaux, en l'occurrence une pièce aménagée à l'intérieur de l'établissement pénitentiaire de La Stampa de Lugano, et qui a été meublée – explique Andreotti – comme peut l'être la chambre d'un enfant. Grâce à ce lieu intra-muros, les mères ou les pères (ou les deux) incarcérés, en exécution de peine ou en détention provisoire, ont la possibilité de rencontrer leurs enfants et de dialoguer avec eux, qu'ils soient petits ou adolescents. Cela permet de maintenir la relation vivante. Il s'agit en fait d'éviter que l'incarcération du parent ne compromette la relation avec la famille, ou même qu'elle n'y mette fin, ce qui pourrait nuire à la réinsertion du parent à sa sortie de prison. » Les rendez-vous, poursuit la responsable de la Division de la justice, « ont toujours lieu en présence de deux

opérateurs ou opératrices d'Oasi, et généralement le mercredi après-midi, le samedi ou le dimanche, soit les jours de congé scolaire pour les enfants ».

Et non seulement : « Permettez-moi d'ajouter que ce projet fait appel à des professionnels et des professionnelles – en tant qu'opérateurs et opératrices accueil – du domaine des sciences sociales, de sorte que l'équipe d'accueil est composée de deux spécialistes au bénéfice d'une formation dans les domaines de la psychologie, de la psychothérapie, de la psychanalyse, de l'éducation – ajoute Mme Andreotti. Dans d'autres cantons, par contre – et je pense en particulier à la Suisse romande –, ce type d'initiative repose sur le bénévolat ». Pollicino, souligne la directrice de la Division de la justice, « est un excellent exemple de collaboration entre le public et le privé ». En l'occurrence, entre l'Association pour la prévention et l'autonomie de la petite enfance et le Service d'aide à la réinsertion, qui aide les détenus et les détenues d'une manière générale dans leur parcours de réinsertion dans la société.

Ces questions-là

« Ce projet – insiste la directrice – est à l'écoute des enfants, mais surtout des parents qui finissent en détention ». Autrement dit, toujours selon la responsable du Département, « il faut se mettre à la place du père ou de la mère qui se demande : « Comment vais-je expliquer à mes enfants la situation dans laquelle je me trouve ? Parviendrai-je à le faire ? Com-

« Il s'agit d'éviter que l'incarcération du parent ne compromette, ou même ne mette fin aux relations avec la famille. »

ment leur parler de telle sorte qu'ils ne souffrent pas davantage ? Que dois-je dire ? Quand et comment le dire ? » Ce sont souvent les premières questions qu'un parent se pose lorsqu'il est incarcéré. Comment faire ? À ce stade aussi, l'aide des opératrices et des opérateurs est précieuse. Si, en rencontrant l'enfant, le parent parvient à lui expliquer, spontanément ou en répondant à ses questions, les raisons pour lesquelles il est en prison, cette personne aura déjà fait un premier pas important vers la reconnaissance de ses responsabilités dans l'acte illicite commis et qui l'a conduit derrière les barreaux. C'est une prise de conscience qui permet de préserver ou de rétablir les liens familiaux. Ceux-ci, à leur tour, facilitent grandement la resocialisation de la mère ou du père ».

Les objectifs du projet Pollicino sont bien résumés dans une brochure publiée par le Département des institutions et l'Association pour la prévention et l'autonomie de la petite enfance. Les voici : « Préserver les relations de l'enfant avec ses parents, malgré la détention de l'un ou des deux ; soutenir le parent détenu dans la prise en charge

de sa fonction parentale envers l'enfant et favoriser son maintien ; faciliter les contacts et les rencontres entre l'enfant, le parent détenu et la famille ; soutenir l'enfant dans la possibilité de comprendre les raisons et les motifs qui le mettent en présence, malgré lui, d'une situation familiale marquée par la séparation ; soutenir le parent en détention (et le parent libre) dans la possibilité de donner à l'enfant une explication et un sens à la séparation forcée qui le concerne ; prévenir les conséquences et les malaises qui peuvent survenir chez l'enfant, en perturbant son développement psychique, affectif et relationnel, lorsqu'il est confronté à une séparation imposée d'avec ses parents. »

Au-delà des barreaux

Pollicino est actif tant à l'intérieur qu'à l'extérieur de la prison. À l'intérieur et à l'extérieur de l'établissement pénitentiaire cantonal – comme l'expliquent le Département des institutions et Oasi dans la brochure, « Pollicino organise des entretiens préliminaires avec l'enfant et les personnes qui s'en

« Pollicino est actif tant à l'intérieur qu'à l'extérieur de la prison. »



Grâce à Pollicino, les personnes en détention ont la possibilité de rencontrer leurs enfants et de dialoguer avec eux.

Photo: Peter Schulthess, 2018

occupent ; il met sur pied des rencontres-visites en prison entre les parents et les enfants, qui ont lieu dans les Établissements pénitentiaires cantonaux (Lugano-Cadro), tant dans les unités fermées que dans l'unité ouverte, afin de favoriser la « reprise » des liens parent-famille avec le parent incarcéré ; il prépare l'enfant et le soutient avant et pendant les rencontres-visites en prison : dans le travail d'écoute, une attention particulière est portée à l'enfant et à la parole, afin d'assurer sa transmission et sa circulation pour « libérer » l'enfant et les autres membres de la famille d'un non-dit qui concerne la détention de l'un des parents, ou des deux parents ».

En outre : « Il encourage et soutient, lorsque la situation l'exige, la possibilité de rencontres avec l'enfant, avec d'autres membres de la famille, la famille d'accueil ou d'autres structures d'accueil dans lesquelles il est placé à la suite de l'incarcération du ou des parents ». Et aussi : « Il favorise, pour les mères ou les pères qui bénéficient d'un congé pendant l'exécution de leur peine, la possibilité de rencontrer l'enfant placé sur décision de l'autorité compétente, ou d'exercer des droits-devoirs de visite « accompagnés » par les personnes chargées de l'accueil ; il favorise et promeut la collaboration avec d'autres services et instances présents sur le territoire qui interviennent dans le domaine de la protection de l'enfant et de la famille, en portant une attention particulière aux droits de l'enfant et aux droits-devoirs des parents ».

Un réseau

Un projet aux contenus multiples et qui, selon les besoins, implique plusieurs entités actives sur le territoire. Un projet qui prend également en compte les situations particulières. Comme celle où le parent n'a pas de famille au Tessin qui puisse s'occuper de ses enfants pendant sa détention. « Dans ces cas – affirme Frida Andreotti – l'Autorité régionale de protection intervient, ordonnant le placement de l'enfant ou des enfants. Il peut arriver qu'une jeune mère soit arrêtée et condamnée à une peine privative de liberté et qu'elle n'ait pas un compagnon, un époux ou de parents en Suisse pour s'occuper de son jeune enfant. Jusqu'à l'âge de trois ans, les enfants peuvent rester avec leurs mères, après quoi ils doivent vivre en dehors de la prison. Avec des membres de la famille, des familles d'accueil ou éventuellement des foyers pour mineurs, telles que la Casa di Pictor à Mendrisio. Pollicino, ainsi que les opérateurs sociaux et opératrices sociales du Service d'aide à la réinsertion, assurent ensuite – poursuit la directrice du Département de la justice – les meilleurs contacts pour maintenir les relations entre les enfants et la mère en prison. Sur demande, et si cela

est jugé nécessaire, les rencontres avec l'enfant en prison ont lieu en présence de Pollicino et la mère est soutenue dans son rôle parental ».

Réouverture de la section pour femmes

Par ailleurs, en juin de cette année, le Grand Conseil, en approuvant le crédit nécessaire proposé par le Département des institutions – a dit oui au rétablissement, dans l'établissement pénitentiaire de La Stampa, de la section pour femmes : il avait été fermé en 2006, pour cause de non-utilisation. La section comprendra onze places de cellule, avec une cellule pour détenues avec enfants – âgés au maximum de 3 ans –, un endroit où se promener et un laboratoire. Il est nécessaire de réactiver cette section, étant donné qu'en Suisse le nombre de femmes condamnées à une peine privative de liberté augmente. Au Tessin, elles sont aujourd'hui enfermées, pour les peines privatives de liberté de courte durée, dans la prison judiciaire de la Farera où elles sont ainsi soumises au même régime, et donc aux mêmes restrictions, que celles qui sont en détention provisoire. Si elles sont condamnées à de longues peines privatives de liberté, elles sont transférées dans des établissements pénitentiaires pour femmes au nord des Alpes, ce qui signifie pour elles l'éloignement du territoire où elles vivent et de leurs proches.

Le montant alloué s'élève à environ 3 millions de francs, dont 1,2 million est destiné à la réalisation de la section des femmes et à l'adaptation des espaces du pénitencier cantonal pour les détenus âgés et les personnes handicapées. Le 1,8 million restant (par an) est destiné au personnel pour le secteur correspondant : le personnel de surveillance, administratif et médical. Les travaux devraient durer une vingtaine de mois selon les estimations.

Vivre sans commettre d'infractions

Revenons-en à Pollicino, un projet qui a maintenant vingt-huit ans. « Une expérience incontestablement positive jusqu'à présent, comme l'a également certifié la Haute école zurichoise des sciences appliquées (ZHAW) », ajoute Frida Andreotti. Il est essentiel de maintenir, grâce à Pollicino, les relations avec ses enfants. Le lien avec la famille peut également avoir un effet dissuasif et réduire considérablement la récidive. Dans les plans d'exécution des peines, en effet, l'accent est également mis sur la famille de la personne détenue en tant qu'agent de resocialisation. Pollicino est ainsi conforme à l'objectif fixé par l'article 75 du Code pénal suisse, selon lequel « l'exécution de la peine privative de liberté doit améliorer le comportement social du détenu, en particulier son aptitude à vivre sans commettre d'infractions ».

« Un projet aux contenus multiples et qui, selon les besoins, implique plusieurs entités actives sur le territoire. Un projet qui prend également en compte les situations particulières. »

Prendre constamment en compte le point de vue des proches

Une association s'engage en faveur de la promotion et de la professionnalisation du travail avec les proches

Les proches d'une personne détenue ont droit à la continuité de leur vie familiale dans certaines conditions restrictives et les enfants ont droit au respect de leur intérêt supérieur. Lorsque ces droits sont susceptibles d'être affectés, les autorités d'exécution doivent en tenir compte dans leurs décisions. Le changement de paradigme visant à prendre constamment en compte le point de vue des proches est encore loin d'être généralisé.

Dominik Lehner

En 2018, le Conseil de l'Europe a émis une recommandation concernant les enfants de détenus (voir #prison-info 1/2018). La même année, l'association à but non lucratif « Perspective Proches et Prisons » a été fondée dans le but de promouvoir et de professionnaliser le travail avec les proches sur la base de cette recommandation (voir #prison-info 2/2020). En juin 2023, a été publiée la première étude suisse sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu, laquelle montre, en s'appuyant pour la première fois sur des données scientifiques, à quel point les familles sont durement éprouvées par l'incarcération d'un proche. Enfin, en juin 2023 a été diffusé à la télévision suisse le film documentaire très remarqué « Mitgefangen » d'Annina Furrer. On le voit, le travail avec les proches de personnes détenues suscite un vif intérêt. L'impact de la détention sur la famille est cependant encore trop souvent considéré comme un dommage collatéral inévitable. Il existe pourtant de nombreuses possibilités d'améliorer la situation des proches.

Droit au respect de la vie familiale

Le droit au respect de la vie familiale est un droit fondamental qui bénéficie d'un niveau de protection élevé, garanti par le droit international et constitutionnel. A titre d'exemple, on peut citer l'art. 10 du pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, selon lequel les Etats parties reconnaissent qu'« une protection et une assistance aussi larges que possible doivent être accordées à la famille, qui est l'élément naturel et fondamental de

la société, en particulier pour sa formation et aussi longtemps qu'elle a la responsabilité de l'entretien et de l'éducation d'enfants à charge. [...] » Mais que se passe-t-il concrètement lorsqu'un jeune père de famille se retrouve en prison ? A-t-il toujours droit à une protection aussi large que possible qui lui permette de rester avec sa famille et de continuer à subvenir à ses besoins ? Bien sûr que non, sa détention a pour effet de restreindre ce droit. Le code pénal (CP) règle la procédure relative au prononcé et à l'exécution des peines et des mesures et constitue la base légale qui fonde toute restriction des droits fondamentaux des auteurs d'infraction (il en va de même du code de procédure pénale [CPP] pour la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté). Une telle restriction peut aussi se justifier par un intérêt public ou le respect du principe de proportionnalité.

« Innocents » mais pourtant eux aussi touchés

Toute atteinte aux droits fondamentaux des membres de la famille d'une personne détenue est soumise aux mêmes conditions. Eux aussi ont droit à la protection de leur vie familiale. Ils subissent une atteinte importante à l'exercice de ce droit alors qu'ils n'ont eux-mêmes commis aucune infraction. Ils sont donc « innocents » aux yeux de la loi, mais pourtant eux aussi touchés par la détention, qui se traduit par une perte de revenus, l'absence d'une personne de référence importante et une stigmatisation réelle ou supposée. La souffrance des proches a longtemps été ignorée du grand public, si bien qu'ils sont souvent désignés comme les « victimes oubliées du système



Dominik Lehner est président de la commission concordataire pour l'évaluation de la dangerosité des délinquants de la Suisse centrale et du Nord-Ouest mais aussi de l'association « Perspective Proches et Prisons ».

judiciaire » dans la littérature. La responsabilité de leur détresse était imputée à l'auteur de l'infraction, qui aurait dû réfléchir avant aux conséquences de ses actes pour sa famille – un raisonnement dont on ne saurait sans conteste se satisfaire.

Atténuer les répercussions négatives de la détention

Selon la théorie allemande du « Sonderopfer » (principe dogmatique fondé sur le droit à l'égalité de traitement, qui a été développé par la jurisprudence dans des affaires portant sur des indemnités d'expropriation), on parle de « sacrifice spécial » lorsqu'un acte de puissance publique touche plus particulièrement un individu ou un groupe que d'autres. Il incombe alors à l'Etat de réparer cette inégalité. Or, il est évidemment inconcevable, dans le cas où une infraction est commise, que le passage à l'acte donne lieu, par un lien de cause à effet, à une compensation financière pour la famille de l'auteur, au motif que celle-ci se retrouve quasiment « expropriée » de l'un de ses membres. On est toutefois en droit d'attendre que les autres

répercussions négatives qu'entraîne l'exécution de la peine, notamment la déprivation que vivent les proches, soient prises en compte et, dans la mesure du possible, atténuées.

Le CP confère certes au détenu le droit de recevoir des visites et d'entretenir des relations avec le monde extérieur (art. 84 CP), mais c'est aux acteurs de terrain et, si nécessaire, aux tribunaux qu'il revient de décider des modalités, du lieu, de la fréquence et de la durée de ces visites. On peut se demander pourquoi les droits des membres de la famille concernés ne font pas l'objet de normes. Cette situation s'explique probablement par le fait que, pendant longtemps, le système judiciaire s'est concentré en premier lieu sur l'exécution de la peine elle-même et moins sur l'auteur de l'infraction ou, à plus forte raison, sur sa famille. Une pratique très répandue au Moyen-Âge, la « Sippenhaft » consistait, au contraire, à étendre la responsabilité d'un acte commis par une personne à toute sa famille ou à son clan. Aujourd'hui, se préoccuper des inquiétudes et de la détresse des proches de l'auteur d'une infraction n'est pas une démarche qui va de soi, ce qui

Les établissements d'exécution des peines et mesures devraient non seulement rendre les contacts entre les personnes détenues et leurs proches possibles, mais aussi les encourager activement, chaque fois que c'est possible. Photo : Salle polyvalente de l'établissement pénitentiaire de Witzwil, qui sert entre autres à l'accueil des visiteurs (Photo : Peter Schulthess, 2016)



n'est pas sans rappeler le développement de l'aide aux victimes, qui n'était pas considérée comme une tâche de l'Etat avant l'entrée en vigueur de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions en 1993.

En Suisse, on est encore très loin de réunir systématiquement des renseignements complets sur la situation familiale des personnes détenues à leur arrivée dans un établissement et d'en tenir compte dans les décisions ultérieures. Quelques institutions proposent des programmes parents-enfants et elles sont plusieurs à avoir déjà aménagé ou à être en train d'aménager des salles de visite plus adaptées aux enfants. On observe également des changements en ce qui concerne le choix des couleurs des murs, plus gaies, et les jeux mis à disposition ; c'est même devenu un critère de comparaison entre les établissements pénitentiaires. Toujours est-il qu'on peut aujourd'hui justifier le coût de ces mesures, qui sont souvent vues d'un mauvais œil car jugées trop bienveillantes à l'égard des délinquants et assimilées à une justice laxiste, en s'appuyant sur des bases légales largement reconnues telles que la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant, les règles de Bangkok ou la recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus. En outre, on peut s'appuyer sur les exemples de bonnes pratiques issus du système pénitentiaire des pays scandinaves, qui prend en compte les besoins des enfants de détenus depuis bien plus longtemps que le nôtre.

Une plate-forme Internet qui doit permettre d'éliminer les obstacles

Contrairement à la Suisse romande, la Suisse alémanique ne dispose pas encore de plate-forme Internet unique, où les proches peuvent retrouver en quelques clics toutes les informations concernant, par exemple, la localisation, les heures de visite et les offres de transports publics pour chacun des établissements d'exécution des peines et mesures. Trouver les informations nécessaires à l'organisation d'une visite peut relever du parcours du combattant pour la famille d'un détenu. Formant un groupe hétérogène dispersé qui se renouvelle continuellement, les proches concernés préfèrent se faire discrets car ils ont honte, ce qui explique que les groupes d'entraide sont rares. Le soutien, si tant est qu'il existe, provient d'organisations caritatives (Armée du Salut, églises, etc.). C'est pourquoi l'association « Perspective » s'est lancée comme défi de créer une plate-forme d'information pour toute la Suisse, inspirée du « Guide des Prisons » de la fondation Relais Enfants Parents Romands (REPR). Une version d'essai est actuellement disponible en interne. L'association n'a reçu pour ce faire aucun soutien financier de la part des pouvoirs publics.



Exemple concret de ce qui se fait dans le cadre du travail avec les proches : Tim et le mystère de la patte bleue est un livre destiné aux enfants dont l'un des parents est détenu. Il vise à aider les parents et les professionnels à parler avec les enfants concernés de ce qu'ils ressentent et de ce qui les préoccupe. Il permet, en s'appuyant sur l'expérience vécue par Tim lors des visites rendues à son père en prison, de préparer les visites avec eux et d'en faire ensuite le bilan. Les proches peuvent le commander gratuitement à l'adresse suivante : info@angehoerigenarbeit.ch.

Beaucoup de respect et de bonne volonté

L'association « Perspective » a réalisé en 2022, sur mandat de l'établissement pénitentiaire de Saxerriet, une enquête sur la qualité du travail avec les proches dans l'exécution des peines, en s'appuyant pour ce faire sur la recommandation émise par le Conseil de l'Europe. Elle a conclu à une situation globalement positive, empreinte de beaucoup de respect et de bonne volonté, et se félicite tout particulièrement de la mise en œuvre du programme père-enfant, qui est une spécificité de l'établissement. Elle estime qu'il faut poursuivre les efforts en vue de faciliter et d'encourager le maintien des contacts entre les personnes détenues et leurs proches (par exemple, en permettant des visites en extérieur pour les enfants et les familles et en développant les possibilités de communication numérique). Elle déplore cependant qu'on n'encourage pas suffisamment les détenus à assumer leurs responsabilités vis-à-vis de leur famille. L'association salue en revanche le fait que l'établissement pénitentiaire de Saxerriet prenne en compte les avis reçus et soit en train d'élaborer une approche en matière de travail avec les proches. Elle va très prochainement réaliser une nouvelle enquête sur le travail avec les proches, mandatée par un établissement pénitentiaire fermé.

Comme les débuts de l'assistance de probation

Le récent rapport sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu, qui a été pu-

« Trouver les informations nécessaires à l'organisation d'une visite peut relever du parcours du combattant pour la famille d'un détenu. »



L'association « Perspective Proches et Prisons » travaille actuellement à l'élaboration d'une plate-forme d'information pour toute la Suisse, inspirée du « Guide des prisons » de l'association Relais Enfants Parents Romands (REPR).

blié par la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) et qui est jusqu'à présent le seul rapport complet sur le sujet, souligne que les acteurs sont davantage sensibilisés à cette pratique depuis quelques années. Il révèle toutefois que des lacunes existent et qu'il reste encore beaucoup à faire. Il constate en outre que ce sont souvent des associations privées qui œuvrent à améliorer l'entretien des relations personnelles avec un parent détenu. Le fait qu'une très grande part d'initiative dans la « gestion » de ce sujet soit laissée aux organisations privées rappelle les débuts de l'assistance de probation. Fruit d'une initiative privée, cette dernière a vu le jour au milieu du 19^e siècle (Saint-Gall en 1838, Argovie en 1868) en tant qu'aide aux délinquants libérés

conditionnellement, et ce n'est qu'à partir du milieu du 20^e siècle qu'elle a commencé à être perçue de plus en plus comme faisant partie de la mission de resocialisation qui incombe à l'Etat et qu'elle est donc petit à petit passée aux mains de ce dernier. Aujourd'hui, l'assistance de probation, en tant que tâche de l'Etat, est devenue indispensable, ce qui est de bon augure pour le travail avec les proches !

Mettre en œuvre le mandat légal

Depuis la parution du rapport de la ZHAW, il est devenu évident qu'un travail approprié avec les proches de détenus ne doit pas être considéré comme un luxe, mais bien comme un mandat légal qui doit impérativement être mis en œuvre. Au sein du système pénitentiaire, quasiment personne ne met en doute le fait qu'impliquer les familles concernées n'est pas bénéfique uniquement pour ces dernières, mais que cela peut, la plupart du temps, largement contribuer à un travail efficace et durable avec le délinquant, créant ainsi une situation gagnant-gagnant. L'auteur continue, dans la mesure du possible, de faire partie de sa communauté sociale d'origine même pendant l'exécution de sa peine.

Percevoir l'individu dans son environnement

Il convient d'adopter une approche systémique qui prenne en compte les interactions de l'individu avec son environnement social. L'exécution des sanctions pénales restreint l'exercice du droit au respect de la vie familiale. Il faut donc vérifier si les conditions de restriction de ce droit fondamental des membres de la famille du détenu sont remplies. De l'examen de la proportionnalité découle l'obligation de choisir le moyen approprié le plus doux. Il faut en outre examiner si une forme d'exécution alternative permettant un maintien de la vie familiale, comme la semi-détention ou la surveillance électronique, est à même d'atteindre l'objectif de la peine.

Lorsque ce n'est pas le cas, les établissements pénitentiaires sont invités à prendre, dans le cadre de leur mandat, des mesures efficaces pour lutter contre les effets négatifs de la détention pour les membres de la famille, non seulement en rendant les contacts possibles, mais aussi en les encourageant activement, chaque fois que c'est possible. Les proches de détenus ont droit à la défense de leurs intérêts. Parallèlement, le travail avec les proches fait partie intégrante de la (re)socialisation, qui permet, dans la mesure du possible, au détenu de ne pas attendre sa libération pour assumer ses responsabilités envers ses proches, et en particulier ses enfants.

Liens

Vous trouverez de plus amples informations sur le travail avec les proches des auteurs d'infraction sur le site Internet de l'association « Perspective Proches et Prisons » (www.angehoerigenarbeit.ch). La recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus est disponible sur le site Internet du Conseil de l'Europe (www.coe.int). Le pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels (RS 0.103.1) figure dans le recueil systématique du droit fédéral (www.admin.ch). Les règles de Bangkok peuvent être consultées sur le site Internet des Nations Unies (www.unodc.org). Les règles Nelson Mandela (« ensemble de règles minima des Nations Unies pour le traitement des détenus ») peuvent être consultées sur le site Internet des Nations Unies (www.un.org). La Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant (RS 0.107) figure dans le recueil systématique du droit fédéral (www.admin.ch).

Soulagement émotionnel et accès à des moyens de subsistance

La Suisse alémanique doit rattraper son retard en matière de travail avec les proches

Pendant trop longtemps, la relation entre les détenus et leurs proches n'a pas constitué un sujet de préoccupation majeur pour le secteur de l'exécution des peines et mesures en Suisse. C'étaient surtout les enfants des détenus qui en souffraient, car ils sont en quelque sorte eux aussi punis. Si le travail avec les proches a pris de l'ampleur, c'est surtout grâce à des initiatives privées.

Kaspar Meuli

La détention d'un père ou d'une mère est un lourd fardeau pour les proches. L'absence prolongée d'un parent peut avoir de graves conséquences, en particulier sur le développement de l'enfant. C'est pourquoi la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant engage les Etats signataires à favoriser l'entretien régulier des relations personnelles avec le parent détenu. Le système pénitentiaire suisse n'a pendant longtemps pas fait figure de bon élève en la matière. Dans un rapport datant de 2015, le Comité des droits de l'enfant des Nations Unies a en effet relevé que la Suisse ne disposait pas de suffisamment de données en la matière.

« Ce sont souvent des associations privées qui œuvrent à améliorer l'entretien des relations personnelles avec un parent détenu », peut-on lire dans un communiqué de presse publié en juillet dernier par l'Office fédéral de la justice (OFJ) à propos d'une étude récemment menée sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu (voir interview p. 4). Parmi elles, on trouve la fondation « Relais Enfant Parents Romands » (REPR), qui offre, selon le communiqué, un soutien aux familles de personnes détenues, en particulier aux enfants, dans toute la Suisse romande (voir article p. 15). Au Tessin, c'est le centre d'accueil « Pollicino », au sein de l'établissement pénitentiaire de La Stampa, qui propose aux parents détenus et à leurs proches un endroit adapté pour les échanges (voir article p. 20). Des offres comparables manquent cependant en Suisse alémanique.

En fait, l'offre proposée aux proches en Suisse alémanique varie considérablement d'une région à l'autre, mais comme nous allons le voir ci-dessous,

il existe là aussi diverses organisations qui œuvrent dans ce domaine.

Trouver une oreille compréhensive et du courage

Lancé au printemps 2023 sous forme de projet pilote par les Eglises réformée et catholique du canton de Zurich, « Extramural » est le dernier centre de conseil à avoir vu le jour. A l'initiative de ce projet, des aumôniers de prison, qui ont constaté à plusieurs reprises, dans le cadre de leur activité, que les proches sont un sujet de préoccupation majeur pour tous les détenus et que les contacts avec eux jouent un rôle essentiel dans leur réinsertion. La directrice de ce nouveau centre, Ivana Mehr, décrit l'offre proposée de la manière suivante : « Les proches sont au cœur de notre travail. Dans notre centre, ils peuvent trouver une oreille compréhensive, du courage, des personnes confrontées à la même situation et du soutien. » Si les détenus font partie intégrante du cadre réglementaire régissant le système pénitentiaire, les proches restent quant à eux « dehors » (à l'extérieur des murs de la prison) et se retrouvent souvent seuls face à leurs soucis et à leur détresse émotionnelle, sociale et financière. Le centre « Extramural » entend les aider, en leur proposant non seulement un accompagnement personnalisé, mais aussi une messagerie instantanée de groupe et des groupes de parole.

L'association Team72 est un autre acteur du domaine du travail avec les proches : elle œuvre depuis 1972 à Zurich pour la resocialisation des personnes libérées après avoir fait l'objet d'une détention provi-

« Les proches sont au cœur de notre travail. Ici, ils peuvent trouver une oreille compréhensive, du courage, des personnes confrontées à la même situation et du soutien. »

soire ou avoir exécuté une peine privative de liberté. En 2022, l'association a en outre créé un centre d'information, qui propose pour les proches de détenus un service de conseil à bas seuil par téléphone, par mail ou lors d'entretiens personnels mais aussi un service d'intervention de crise. Elle conseille sur les questions suivantes :

- Comment contacter la personne détenue ?
- Que raconter à ses enfants, à ses proches, à ses voisins, à l'employeur ?

- Avec qui parler ouvertement et sincèrement de sa situation ?
- Comment payer ses factures ?
- Comment faire face aux difficultés financières ?
- Comment réorganiser la garde des enfants ?

Des proches qui sont eux aussi punis et stigmatisés

« Angehört » est le nom du bureau de conseil pour les proches de détenus qu'a créé l'Armée du Salut

Si les détenus font partie intégrante du cadre réglementaire régissant le système pénitentiaire, les proches restent quant à eux « dehors » (à l'extérieur des murs de la prison) et se retrouvent souvent seuls face à leurs soucis et à leur détresse émotionnelle, sociale et financière.
Photo : Peter Schulthess, 2016



à Berne en 2016. Son credo : conseiller, soutenir et accompagner. « Les proches de détenus sont souvent eux aussi punis et stigmatisés », explique Renate Grossenbacher, la responsable. « Je m'engage afin qu'ils aient une voix, qu'ils connaissent leurs droits et qu'ils les fassent valoir ». « Angehört » propose des services de consultation par e-mail, SMS, WhatsApp, téléphone ou lors d'entretiens personnels. Il met par ailleurs à disposition un forum de discussion en ligne, sur lequel les proches de personnes détenues peuvent échanger entre eux. Il a également mis en place un service de transport vers l'établissement pénitentiaire de Thorberg, qui est isolé et donc très difficilement accessible en transports publics, rendant les visites compliquées pour de nombreux proches.

À la question de savoir qui sont les personnes qui sollicitent le plus « Angehört », Renate Grossenbacher répond : « Ce sont surtout des femmes dont le partenaire est en détention provisoire qui prennent contact avec moi. » Ces derniers temps, les demandes de mères ayant un fils adulte en détention provisoire se sont toutefois aussi multipliées. Pour la responsable du bureau de conseil, trop de proches ne savent pas encore à qui ils peuvent faire part de leurs préoccupations. « À mon sens, il est impératif de créer un point de contact unique en Suisse alémanique pour les proches. » Cela fonctionnerait, selon elle, déjà très bien en Suisse romande avec la fondation REPR.

La responsable d'« Angehört » estime que pour garantir un travail avec les proches efficace, il faut notamment que les établissements pénitentiaires disposent de professionnels formés : « Le fait que les professionnels connaissent aussi bien la situation du détenu que celle de ses proches peut contribuer à une réinsertion plus réussie. » Pour Renate Grossenbacher, le travail avec les proches effectué dans de nombreux pays d'Europe du Nord est un exemple à suivre. « Là-bas, les parloirs familiaux spécialement aménagés pour les enfants sont monnaie courante. On trouve souvent aussi, dans l'enceinte des établissements, des chalets dans lesquels les détenus peuvent séjourner avec leur famille le temps d'un week-end. Et lorsqu'une personne est placée en détention, ses proches reçoivent systématiquement la visite d'un service spécialisé. »

Sentiment de culpabilité et de honte

Situé à Frauenfeld, l'institut forensique indépendant de Suisse orientale (forio) propose une large palette de services, dont des consultations pour les proches des auteurs d'infraction. Ces proches sont, selon forio, « confrontés à une charge émotionnelle et sociale exceptionnelle. Ils sont soumis

à toutes sortes de restrictions comme l'isolement social, le manque de soutien et l'épuisement. Ils se retrouvent livrés à eux-mêmes, avec tous leurs soucis, leurs peurs et leur sentiment de culpabilité et de honte, et ne savent souvent pas comment les choses doivent et peuvent continuer pour leur famille et pour eux-mêmes ».

L'association de défense des droits de l'homme humanrights.ch gère, elle aussi, depuis 2017 un centre de conseil juridique indépendant pour les personnes en détention et leurs proches. Elle donne également son point de vue sur le travail avec les proches dans des articles spécialisés. Elle a par exemple commenté le récent rapport du Département fédéral de justice et police sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu en Suisse, dans lequel les autorités « reconnaissent pour la première fois », selon elle, différents dysfonctionnements dans la situation de ces enfants.

En 1975, des juristes engagés ont fondé l'association « Neustart », dans le but d'offrir une assistance juridique gratuite aux auteurs d'infraction dans la région de Bâle. Depuis quelques années, l'association a élargi son offre à leurs proches, ce qui répond visiblement à un besoin. En 2022, une demande de consultation sur six provenait, en effet, de l'entourage personnel des délinquants, et la tendance est à la hausse. Dans le rapport annuel 2022 de l'association, on peut lire à propos de cette nouvelle offre : « Outre l'apport d'un soulagement émotionnel, il s'agit le plus souvent d'expliquer aux personnes le déroulement de la procédure et de les orienter vers des interlocuteurs qui les aident à trouver des moyens de subsistance. » Les consultations portent leurs fruits. Dans le rapport annuel de « Neustart », Bruno Schwer, le directeur, évoque un cas concret rencontré par l'association : « Après trois mois de consultation, Madame Paklic (nom modifié) a appris qu'elle pouvait rester dans son logement. Elle a un revenu qui lui permet de subvenir à ses besoins et voit régulièrement son mari incarcéré. Son fils a obtenu son baccalauréat et peut envisager son avenir professionnel sereinement. » (mek)

« Les proches des auteurs d'infraction sont confrontés à une charge émotionnelle et sociale exceptionnelle. »

Liens

Service « Extramural » des Eglises réformée et catholique du canton de Zurich : www.extramural.ch
Centre d'information de l'association team72 : www.team72.ch (avec de la documentation sur les congrès « resoz » consacrés à la resocialisation des auteurs d'infraction)
Bureau de conseil « Angehört » de l'Armée du Salut : www.heilsarmee.ch/angebot/angehoert
Centre de conseil de l'institut forio : www.forio.ch/behandlungen/beratung-fuer-angehoerige
Centre de conseil juridique de l'association humanrights.ch : Centre de consultation de l'association « Neustart » : www.neustart.ch

Les autorités aussi s'intéressent de plus près au travail avec les proches

De bonnes relations facilitent la réinsertion

Pendant longtemps, le travail avec les proches a surtout été l'œuvre d'organisations privées mais, aujourd'hui, les autorités d'exécution prennent de plus en plus l'initiative dans ce domaine. C'est surtout en Suisse alémanique que le retard à rattraper est considérable.

On peut voir à quel point cette thématique a gagné en importance dans l'exécution des peines et des mesures en parcourant, par exemple, le programme du congrès sur la resocialisation des auteurs d'infraction de cette année « resoz23 ». Lors de ce congrès, qui a réuni plus de 180 participants, les contacts entre les détenus et leur entourage ont fait l'objet de plusieurs présentations. La table ronde de clôture était entièrement consacrée aux offres en matière de travail avec les proches, et notamment au retard qui reste à combler en Suisse alémanique dans ce domaine.

S'agissant des initiatives des autorités dans le domaine du travail avec les proches, un canton, notamment, fait parler de lui, à savoir celui de Zurich, où l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion (JuWe) a fait de cette thématique l'une de ses priorités. Les choses bougent cependant aussi du côté des plus petits cantons.

Prendre contact avec les proches

Le canton de Saint-Gall propose depuis ce printemps de nouveaux programmes destinés aux proches, qui visent à « renforcer et à faciliter la réinsertion sociale des auteurs d'infraction », comme l'a fait savoir son office d'exécution des peines dans un communiqué de presse. Tous les établissements du canton disposent désormais d'espaces où les détenus peuvent recevoir leur famille, et les heures de visite ont été élargies. De plus, une offre père-enfant lancée il y a quelques années sous forme de projet pilote dans l'établissement pénitentiaire de Saxerriet a depuis été pérennisée : les détenus qui ont des enfants peuvent participer le dimanche à de petites sorties avec ces derniers et ainsi retrouver un peu de normalité ainsi qu'une vie de famille dans leur quotidien carcéral.

Le canton de Saint-Gall a par ailleurs mis en œuvre, en coopération avec le centre de consultation pour

les familles, un nouveau projet pilote, dans le cadre duquel les proches d'une personne placée en détention sont immédiatement contactés et conseillés. C'est l'Université de Saint-Gall qui est chargée du suivi scientifique du projet et qui devra examiner si cette offre de conseil a un impact sur la situation des proches.

L'établissement pénitentiaire de Soleure a, lui aussi, progressivement posé de nouveaux jalons. Depuis cinq ans, il organise régulièrement des rencontres pères-enfants et a récemment élargi son offre de manière décisive en proposant des cours aux détenus qui sont pères de famille, le but étant de leur donner les outils nécessaires pour établir une relation stable avec leurs enfants (voir article p. 32).

Chaque situation est unique

Peu de cantons alémaniques sont aussi actifs que celui de Zurich en matière de travail avec les proches. « Lorsqu'une personne est placée en détention, ses proches sont aussi concernés », peut-on lire sur le site Internet du JuWe. « Les liens familiaux peuvent en outre jouer un rôle important dans la capacité d'une personne ayant commis une infraction à se réinsérer dans la société. C'est pourquoi le canton œuvre à améliorer les modalités de contact pour les proches ». Toutefois, comme le fait remarquer Nadine Lumme, cheffe de projet communication au JuWe, « chaque situation est unique et doit être évaluée sur place ». Les contacts avec les proches n'ont pas la même importance pour les jeunes détenus et pour les détenus ayant des enfants. L'appréciation se veut également différente dans le cas de personnes placées en détention provisoire pour suspicion de violence domestique. « C'est pourquoi les différentes institutions du JuWe proposent des offres et des solutions adaptées aux besoins de chacun », explique Nadine Lumme.

« Les liens familiaux peuvent en outre jouer un rôle important dans la capacité d'une personne ayant commis une infraction à se réinsérer dans la société. »

Formation sur la manière de s'y prendre avec les enfants

L'un des objectifs du JuWe est de faire en sorte que les visites soient adaptées aux enfants. C'est la raison pour laquelle toutes les prisons préventives ont, par exemple, élargi leurs heures de visite. Il s'agit là d'une mesure visant à faciliter les choses pour les proches, en leur permettant par exemple de venir le week-end ou le mercredi après-midi. En outre, plusieurs établissements ont réaménagé leurs salles de visite, en y installant des jouets, du papier peint coloré et des balançoires pour que les enfants s'y sentent mieux. De plus, l'organisation de défense des droits de l'enfant « Save the Children » a mis au point des formations pour le JuWe afin de préparer correctement les collaborateurs aux visites des enfants. Prévue pour avril 2024, la première formation interne portera entre autres sur les aspects suivants : prise de contact adaptée aux enfants, locaux et infrastructure adaptés aux enfants et activités à bas seuil visant à favoriser la relation parent-enfant (p. ex., dans le cas de visites avec vitre de séparation).

Une autre préoccupation du JuWe est d'aider les jeunes détenus à prendre davantage conscience de leur rôle de père et à l'assumer. C'est ce qu'il fait par exemple au centre d'exécution des mesures d'Uitikon, qui prend en charge des jeunes hommes âgés de 16 à 30 ans, dont certains ont déjà des enfants. Fin 2021, un groupe de pères y a donc été créé afin de permettre aux participants d'engager une réflexion sur leur rôle de parent. Un groupe similaire a également été mis sur pied dans l'établissement pénitentiaire de Pöschwies.

Voici ce qu'écrit en résumé le JuWe dans son rapport annuel 2022 : « Notre position est claire : il faut accorder une plus grande attention au travail avec les proches. L'objectif est que ces derniers soient à l'avenir automatiquement pris en considération dans le programme thérapeutique et d'exécution de la peine, d'une part, pour ne pas qu'ils soient pénalisés par l'incarcération d'un membre de leur famille et que leurs besoins et leurs préoccupations soient pris au sérieux et, d'autre part, pour les impliquer davantage dans le processus de réinsertion, si cela est possible et judicieux. »

Professionnaliser le travail avec les proches

« Le canton de Berne reconnaît que la question est pressante », explique Olivier Aebischer, chef de la communication à l'Office de l'exécution judiciaire. C'est la raison pour laquelle un groupe de travail interne œuvre actuellement pour accélérer la professionnalisation du travail avec les proches dans l'exécution des peines. Ce groupe de travail, composé de professionnels des différents établissements pénitentiaires et de la Section de la probation et de l'exécution des sanctions pénales, a notamment défini des normes en matière de travail avec les proches pour le canton de



Berne, dont voici quelques exemples : « les intérêts et les droits des proches, la situation familiale et le point de vue des enfants doivent être pris en considération dans toutes les phases de l'exécution de la peine » ; « la normalisation des relations personnelles doit être favorisée par la création et la promotion de possibilités de contact » ou encore « la collaboration avec les services extra-muros qui s'engagent en faveur des proches des personnes détenues doit être encouragée ».

Les normes élaborées par le groupe de travail et les mesures qui en découlent devraient être mises en œuvre à partir de la mi-2024. Cependant, comme le précise Olivier Aebischer, elles ne pourront pas l'être de la même manière dans tous les établissements, car ces derniers diffèrent par leur mandat, par les régimes de détention qui y sont appliqués, par leurs ressources en personnel et par leur configuration architecturale.

Des solutions sur mesure

Malgré les efforts actuellement déployés pour mettre en place une offre en matière de travail avec les proches qui couvre toute la Suisse alémanique, il apparaît clairement que des solutions sur mesure sont souvent nécessaires pour tenir compte non seulement de la réalité du terrain dans les différents établissements pénitentiaires, mais aussi et surtout des besoins des détenus et de leurs proches. Sur le site Internet du JuWe, on peut lire à ce sujet : « Les groupes pères-enfants sont-ils par exemple bénéfiques – ou au contraire nuisibles dans certains cas – pour toutes les personnes concernées ? Souvent, les membres de la famille sont en effet aussi des victimes, comme dans les deux tiers des cas où les auteurs sont incarcérés pour des actes de violence ou des délits sexuels. Il faut donc se demander dans chaque situation pour qui les contacts sont bénéfiques, s'ils le sont uniquement pour le détenu ou s'ils le sont aussi pour sa famille ». (mek)

Plusieurs établissements pénitentiaires du canton de Zurich ont réaménagé leurs salles de visite afin que les enfants s'y sentent mieux. Photo : Salle de visite de la prison de Pfäffikon (JuWe)

« Les intérêts et les droits des proches, la situation familiale et le point de vue des enfants doivent être pris en considération dans toutes les phases de l'exécution de la peine. »

Etablir une relation stable avec les enfants

L'établissement pénitentiaire de Soleure proposent des cours aux pères de famille, qui sont très appréciés

Quel cadeau offrir à mon enfant pour son anniversaire ? Comment lui expliquer pourquoi je suis en prison ? Voilà le type de questions abordées dans des cours que l'établissement pénitentiaire de Soleure propose aux pères détenus, le but étant de leur montrer comment renforcer leur relation avec leurs enfants. Outre ces cours, l'établissement dispose d'une salle de visite spécialement aménagée pour les enfants et organise tous les deux mois une matinée pères-enfants. Par son engagement en faveur des enfants des détenus, l'établissement pénitentiaire de Soleure fait œuvre de pionnier en Suisse alémanique.

Reto Liniger

Situé à Deitingen, à l'abri des regards derrière un mur antibruit en bordure d'autoroute, l'établissement pénitentiaire de Soleure a acquis une importance suprarégionale grâce à son engagement en faveur des enfants des détenus. « On peut effectivement dire que nous sommes très mobilisés sur la question », déclare Christiane Kamradt, enseignante Fep (formation dans l'exécution des peines) depuis quatre ans. Elle donne ses cours dans une salle équipée d'un tableau à feuilles ainsi que de tables et de chaises et dans laquelle des livres mais aussi des ordinateurs sont mis à disposition. Elle fait apprendre les verbes anglais aux détenus, lit des articles de presse avec eux et parfois même Goethe. Depuis trois mois, elle remplit aussi un autre rôle : elle est l'une des deux responsables des enfants. Dans le cadre de cette fonction, elle travaille certes toujours avec les détenus, mais l'objectif est différent : il ne s'agit pas de leur permettre d'acquérir une formation, mais d'assurer le bien-être de leurs enfants. L'établissement pénitentiaire de Soleure fait d'ailleurs ici œuvre de pionnier ou, pour reprendre la formulation de Madame Kamradt, est « très mobilisé sur la question ».

Les établissements pénitentiaires – en particulier ceux de Suisse alémanique – se sont jusqu'à présent largement concentrés sur les détenus (à Soleure, il s'agit uniquement d'hommes), faisant prévaloir les considérations relatives à la sécurité ou au risque de fuite. Mais quid de leurs enfants qui, selon une convention internationale, devraient bénéficier d'une protection particulière ? La Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant, signée

par la Suisse en 1997, engage en effet ses Etats signataires à donner la priorité à l'intérêt supérieur de l'enfant dans toutes les décisions qui le concernent. Les scientifiques s'accordent depuis longtemps à dire que la prison n'a pas seulement des conséquences sur les détenus, mais qu'elle en a également sur les proches, et en particulier les enfants, qui se retrouvent tout à coup privés de leur père. Ces enfants innocents deviennent eux aussi des victimes, avec ce que cela peut impliquer : résultats scolaires en baisse, dépression, problèmes de dépendance ou maladies physiques. Malgré ces conséquences désastreuses, ils ne jouent qu'un rôle mineur dans la planification de l'exécution des sanctions pénales. C'est la conclusion à laquelle sont parvenus la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) et l'Office fédéral de la justice (OFJ) dans des rapports publiés récemment, mais aussi celle à laquelle était déjà parvenu le Comité des droits de l'enfant des Nations Unies en 2015.

Les cours destinés aux pères à la base du travail avec les proches

Depuis quelques années, l'établissement pénitentiaire de Soleure pose de nouveaux jalons en la matière. « L'enfant a le droit d'entretenir une relation avec son père, même si ce dernier est en prison », affirme Christiane Kamradt. « Nous voulons rendre cette relation possible et la renforcer. » Ici, les enfants rendent visite à leur père détenu dans une pièce spécialement aménagée à cet effet, où les murs sont recouverts de papiers peints colorés et où des jouets ainsi que des tables pour dessiner sont

« L'enfant a le droit d'entretenir une relation avec son père, même si ce dernier est en prison. Nous voulons rendre cette relation possible et la renforcer. »



Dans l'établissement pénitentiaire de Soleure, les enfants peuvent rendre visite à leur père détenu dans une pièce spécialement aménagée pour eux avec des papiers peints colorés, des jouets et des tables pour dessiner.

Photo : Etablissement pénitentiaire de Soleure

mis à disposition. Tous les deux mois, une matinée pères-enfants est par ailleurs organisée dans le gymnase. C'est l'occasion pour les familles de prendre le petit déjeuner, de jouer et de faire des activités manuelles ensemble, la durée réglementaire des visites ne s'appliquant pas dans ce cas. Ce sont toutefois les cours destinés aux détenus ayant des enfants qui sont à la base du travail avec les proches. Ces cours visent à leur donner les outils nécessaires pour établir une relation stable avec leurs enfants. Nombre

d'entre eux sont en effet dépassés par leur rôle de père, explique Christiane Kamradt. « Nous voulons les aider », en vertu du principe selon lequel ce qui aide le père aide aussi l'enfant.

De la créativité, du courage et des petites étapes

Il n'existait cependant pas à Soleure d'approche concernant la manière de s'y prendre avec les enfants des détenus. Les actions pionnières et les

« Il faut expliquer à l'enfant où se trouve son papa et lui dire qu'il va bien, compte tenu des circonstances ; c'est important pour l'un comme pour l'autre. »

« Avec ces cours, nous avons voulu créer un espace où les pères peuvent réfléchir à leurs sentiments et à leur situation. »

innovations ne sont jamais conçues sur le papier ; elles demandent de la créativité et du courage et voient le jour par petites étapes. L'idée est venue d'un responsable de section de l'unité d'exécution des mesures, dont l'objectif était « d'améliorer les conditions dans lesquelles se déroulent les visites des enfants à leur père incarcéré », raconte Charles Jakober, le directeur de l'établissement. Elle a trouvé une oreille attentive et « a dès le début reçu mon soutien et celui de la direction ».

L'engagement en faveur des enfants des détenus s'est développé progressivement : en 2018, des matinées pères-enfants ont commencé à être organisées tous les trois mois dans le gymnase. La pandémie a entraîné une interruption totale des visites ; par la suite, une atmosphère de renouveau s'est clairement fait sentir, explique le directeur. « Tous les détenus voulaient revoir leurs proches et nous avons voulu profiter de cet élan. » C'est ainsi qu'au printemps 2022 deux salles de visite ont été spécialement aménagées pour les enfants avec la pose de nouveaux papiers peints, la réalisation de travaux de peinture et l'achat de meubles. Pour ce faire, de nombreux collaborateurs ont apporté leurs conseils et leur aide. Leur objectif était d'offrir aux enfants un environnement convivial pour les rencontres difficiles avec leur père.

Comment expliquer à mon enfant où je me trouve ?

Pour que les rencontres avec les enfants se déroulent sans problème, une autre offre a été mise en place : les cours destinés aux pères. Ces derniers jettent les fondements de l'entretien des relations entre les pères détenus et leurs enfants, le but étant qu'ils soient préparés au mieux aux rencontres avec ces derniers. C'était une idée pleine de bon sens, qui a immédiatement rencontré un franc succès auprès des détenus. Certes, les cours ont lieu le soir et sont facultatifs mais, dans la grande majorité des cas, les pères sont reconnaissants qu'une telle offre leur soit proposée et y participent avec plaisir, explique Christiane Kamradt, qui dirige les cours avec un collègue.

Les sept modules de cours sont articulés autour de questions concrètes telles que : A quels jeux jouer avec mon enfant lorsqu'il me rend visite ? Comment le saluer ? Ou comment lui expliquer où je suis ? Pour y répondre, des livres pour enfants sont utilisés pendant les cours : un livre destiné aux enfants de 3 à 7 ans raconte ainsi que le papa a volé la réserve de noisettes de sa voisine et qu'il doit par conséquent purger une peine de prison. L'enfant apprend pourquoi son papa ne vit pas à la maison, mais se trouve en prison, explique Christiane Kamradt. « Il va mieux lorsqu'il découvre la vérité. » Les enfants

s'imaginent que leur papa est quelque part, allongé sur un banc en bois, et qu'il est nourri au pain sec et à l'eau – et cette incertitude leur pèse. « Il faut expliquer à l'enfant où se trouve son papa et lui dire qu'il va bien, compte tenu des circonstances ; c'est important pour l'un comme pour l'autre. »

Pendant les cours, Christiane Kamradt et son collègue aident également les détenus à écrire des lettres à leurs enfants. Ils lisent avec eux des histoires du soir, font des enregistrements qu'ils envoient ensuite à ces derniers. Ils fabriquent aussi des petits cadeaux. Monsieur Z. (30 ans), par exemple, a imprimé une photo sur un coussin et prévoit de l'offrir à sa fille lors d'une prochaine visite. Monsieur M. (35 ans) a, quant à lui, rédigé une lettre à chacun de ses trois enfants. Il a également réfléchi à ce qu'il pourrait leur offrir. Finalement, il a acheté du maquillage à ses filles et a emballé les cadeaux lui-même. « Faire plaisir à mes filles me fait du bien. »

Ils savent qui est leur père

Pour Christiane Kamradt, l'enfant figure bien entendu au centre des préoccupations : « Plus le père se sent bien, plus l'enfant se porte bien. » C'est pourquoi l'échange d'expériences entre les détenus revêt une grande importance : « Avec ces cours, nous avons voulu créer un espace où les pères peuvent réfléchir à leurs sentiments et à leur situation. » Monsieur F. (30 ans) a deux enfants (4 mois et 2 ans et demi), mais comme il est emprisonné depuis trois ans, il n'a pu assister ni à leur naissance ni aux premières années de leur vie. Il raconte que ses enfants appellent son beau-père « papa ». Ils savent pourtant très bien qui est leur père, selon lui. Les cours l'aident à faire face à la situation. « Peut-être qu'ils m'aident aussi à établir un contact plus étroit avec mes enfants. »

Avec son engagement en faveur des enfants des détenus, l'établissement pénitentiaire de Soleure montre qu'il est « très mobilisé sur la question », comme le dit Christiane Kamradt. Charles Jakober tire lui aussi un bilan positif : « Nos salles de visite adaptées aux enfants, les matinées pères-enfants et les cours destinés aux pères sont très appréciés et nous recevons d'excellents retours. » Le directeur et la responsable des enfants ne sont pas les seuls à être convaincus de l'impact positif de ces offres. Un détenu a ainsi laissé le commentaire suivant sur le tableau de la salle de cours : « Les cours sont malheureusement déjà terminés, nous avons beaucoup appris ». Un autre a écrit : « J'aimerais pouvoir continuer à suivre ces cours ; ils m'ont donné de la force, car je viens tout juste de reprendre contact avec ma fille ».

Créer un espace de dialogue

Dans le canton de Neuchâtel, des conférences familiales sont organisées en détention

Le Forum suisse de justice restaurative (Swiss RJ Forum) et le Service pénitentiaire neuchâtelois (SPNE) organisent, dans le cadre du programme « Dialoguer avec ses proches », des conférences familiales en détention. Ces rencontres donnent la possibilité aux détenus et à leurs proches de dialoguer, de restaurer leurs liens, si possible de réparer les dommages causés et d'envisager conjointement l'avenir.

Le programme « Dialoguer avec ses proches », qui est mis en œuvre dans l'établissement d'exécution des peines de Bellevue à Gorgier (NE) depuis le printemps 2022, s'inspire d'une initiative similaire développée aux Etats-Unis et dont les effets sur le bien-être et les parcours de sortie de délinquance des personnes judiciarisées ont été démontrés, comme le font savoir Aurélie Stoll, Claudia Campistol et Claudia Christen-Schneider dans un article publié dans la revue « Jusletter ». En particulier, cette initiative contribue à limiter l'isolement, à apaiser des sentiments préjudiciables, à se montrer plus optimiste par rapport à l'avenir et à favoriser le développement d'une meilleure perception de soi.

Selon une recommandation du Conseil de l'Europe, la justice restaurative en matière pénale « désigne les processus permettant aux personnes qui ont subi un préjudice résultant d'une infraction et aux responsables de ce préjudice de participer activement, s'ils y consentent librement, au règlement des problèmes résultant de l'infraction, avec l'aide d'un tiers qualifié et impartial ». Les conférences familiales constituent une des pratiques de la justice restaurative parmi d'autres qui englobent un ensemble de valeurs telles que le respect, la dignité, la solidarité, la justice et la vérité. Comme l'expliquent les auteures de l'article, elles ont pour point de départ le constat que les proches des personnes judiciarisées souffrent, eux aussi, des conséquences des transgressions et des sanctions pénales, en particulier des prononcés de privation de liberté. Il n'est pas rare que ces proches soient qualifiés de « victimes oubliées » en regard des conséquences matérielles, sociales ou émotionnelles de l'incarcération.

Répondre aux besoins

En détention, les contacts et rencontres avec le monde extérieur sont restreints. Les moments de visites, qui restent courts, ne garantissent pas d'intimité et n'apparaissent pas appropriés pour mener

des conversations profondes. En tant qu'espaces de dialogue entre les détenus et leurs proches, les conférences familiales se profilent comme une opportunité de répondre à quelques-uns de leurs besoins respectifs, indiquent les auteures de l'article. Pour les familles, elles sont une occasion spécifique et rare de rencontrer leur proche qui se trouve en détention et de formuler leur ressenti. Elles sont propices à pouvoir poser des questions et potentiellement, par l'obtention de certaines réponses, à aller de l'avant. Pour les personnes incarcérées, ces moments d'échanges leur permettent également de partager leur vécu et leur propre perception de la situation. « A l'appui de préoccupations partagées et parfois d'excuses formulées, les conférences familiales sont porteuses d'élans pour envisager conjointement l'avenir », soulignent les auteures. Dans une perspective de stabilisation d'une situation au moment de la libération et de sortie de délinquance, ces dynamiques relationnelles sont déterminantes.

Cercles préparatoires

Commençant par une séance d'information à laquelle sont conviés tous les détenus de l'établissement, le programme « Dialoguer avec ses proches » se déroule en quatre phases. Une première phase de « cercles préparatoires » réunit un groupe de six détenus maximum dans le but de leur permettre non seulement de faire connaissance, de définir ensemble les valeurs qui entourent les discussions du groupe et de partager attentes et motivations ainsi qu'interrogations et craintes sur le dispositif, mais aussi de questionner comment la commission d'une infraction, le prononcé et l'exécution d'une sanction privative de liberté affectent les personnes judiciarisées, leurs victimes, leurs proches et la société. Par ailleurs, les détenus explorent quels peuvent être les besoins et attentes de leurs proches à leur égard et étudient des pistes dans le but de remédier

« Les conférences familiales sont porteuses d'élans pour envisager conjointement l'avenir. »

aux préjudices causés et de restaurer des liens de qualité, mais aussi d'envisager comment pourrait se dérouler un cercle familial.

Entretiens individuels

Si les participants font part de leur souhait d'engager un dialogue avec leurs proches à l'issue des cercles préparatoires, les facilitateurs rencontrent, dans une deuxième phase dite d'« entretiens individuels », chaque détenu et chaque proche convié séparément. Ces entretiens individuels ont pour objectif de donner à toutes les parties impliquées

un même niveau d'information sur le programme, et de s'assurer de leur volonté de participer à une conférence familiale. Si c'est le cas, la rencontre est organisée concrètement en fonction des besoins, des souhaits mais aussi des appréhensions de chacun.

Cercles familiaux et cercle de suivi

La troisième phase dite des « cercles familiaux » consiste en les conférences familiales elles-mêmes, à savoir la rencontre entre le détenu et ses proches, qui est toujours encadrée par deux facilitateurs. La

Le programme « Dialoguer avec ses proches » est mis en œuvre dans l'établissement d'exécution des peines de Bellevue à Gorgier (NE) depuis le printemps 2022.
Photo : Peter Schulthess, 2017



quatrième et dernière phase, nommée « cercle de suivi », consiste en l'organisation d'une nouvelle conférence familiale quelques mois plus tard. Cette phase fait office de retour d'expérience et de bilan du chemin parcouru jusque-là, tout autant que du chemin qui reste à parcourir.

Trois trajectoires de participation

Le programme « Dialoguer avec ses proches » se veut flexible afin de pouvoir répondre aux besoins des détenus et de leurs proches. Les auteures de l'article ont consigné les premières expériences selon

la méthode de l'observation participante et pu distinguer trois trajectoires types. La première consiste à prendre part aux « cercles préparatoires » et à ne pas souhaiter à leur issue solliciter ses proches de quelque manière que ce soit. La deuxième consiste à participer aux « cercles préparatoires » puis aux « entretiens individuels », et à faire à ce moment le constat, avec le soutien des facilitateurs, que l'organisation de conférences familiales ne serait pas opportune parce que les conditions ne sont pas remplies pour que les parties puissent investir cet espace de dialogue de manière sécurisée et non préjudiciable. La troisième trajectoire type consiste à engager l'ensemble du processus jusqu'à la phase des « cercles familiaux » et du « cercle de suivi ».

Toutes les phases sont importantes

D'après les auteures de l'article, il ressort de l'analyse de ces trajectoires qu'« un intérêt à participer, puis un engagement dans un programme restauratif dénote [sic] déjà d'un changement en termes de postures et de positionnements individuels de chaque partie impliquée ». En filigrane se profile le constat qu'il est nécessaire de pouvoir un peu changer soi-même pour susciter un changement chez autrui, et par là envisager une transformation des relations entretenues. La participation aux « cercles préparatoires » souligne le besoin du détenu d'échanger sur ses perceptions et son vécu dans un espace protégé, confidentiel et sécurisé. La participation aux « entretiens individuels » relate quant à elle une volonté concrète d'entamer un échange. Selon les auteures, les phases des « cercles familiaux » et du « cercle de suivi » apparaissent moins comme la finalité du programme lui-même que comme le résultat de processus restauratifs enclenchés dans les phases des « cercles préparatoires » et des « entretiens individuels » et qui nécessitent également de leur porter attention.

Pour les auteures de l'article, il est particulièrement important que les valeurs et les principes véhiculés par l'approche restaurative soient reconnus et soutenus. Une compréhension adéquate de cette approche et de ses objectifs apparaît à leurs yeux comme une condition préalable à son bon déroulement et à une optimisation de ses apports potentiels. (gal)

« Le programme « Dialoguer avec ses proches » se veut flexible afin de pouvoir répondre aux besoins des détenus et de leurs proches. »



Lien

Aurélie Stoll / Claudia Campistol / Claudia Christen-Schneider: « Dialoguer avec ses proches » en détention, in : Jusletter, 4 septembre 2023.
<https://jusletter.weblaw.ch/fr/juslissues/2023/1165.html>

Des contacts avec la famille malgré la détention provisoire

L'implication des proches doit permettre de maintenir les ressources des prévenus

Les cantons de Zurich et de Berne ont lancé un projet pilote visant à rendre la détention provisoire plus humaine. Une attention particulière est ici accordée au travail avec les proches : la famille est une ressource importante dont dispose le prévenu et qui doit être préservée afin de faciliter sa réinsertion après sa libération.

Christine Brand

C'était ce qui semblait être une matinée ordinaire de mai 2023, mais alors que Martin B. (prénom modifié par la rédaction) est en train de travailler dans son bureau à Bienne, la porte s'ouvre soudainement et, en une fraction de seconde, sa vie bascule. Les policiers, qui se sont présentés sans prévenir sur son lieu de travail, l'arrêtent provisoirement. Ils confisquent son téléphone portable et son ordinateur et le conduisent à la prison régionale de Bienne. Après une arrestation provisoire, les enquêteurs ont 48 heures pour confirmer ou infirmer les soupçons. En fonction des résultats de l'enquête, la direction de la procédure peut demander le placement en détention provisoire de la personne concernée au tribunal des mesures de contrainte, qui dispose lui aussi de 48 heures pour statuer sur la demande.

La détention provisoire est généralement ordonnée lorsque de graves soupçons pèsent sur une personne et qu'il y a lieu de craindre qu'elle prenne la fuite, qu'elle s'entende avec d'autres personnes ou qu'elle altère des moyens de preuve, qu'elle commette d'autres infractions ou qu'elle passe à l'acte, autrement dit qu'elle commette l'infraction qu'elle avait planifiée. Si l'une de ces conditions est remplie, le suspect est placé en détention provisoire, mais il reste présumé innocent. Dans le cas de Martin B., on n'est pas arrivé jusque-là : le lendemain matin, soit moins de 24 heures après son arrestation et avant même que son éventuel placement en détention provisoire ne soit décidé, il était retrouvé mort dans sa cellule après s'être suicidé. Martin B. a laissé derrière lui plusieurs enfants.

Dépassé par la situation

C'est rare, mais il arrive qu'une personne mette fin à ses jours après son arrestation parce qu'elle est

dépassée par la situation. Bien que les autorités soient sensibilisées à ce que l'on appelle le « choc carcéral », il n'est pas toujours possible d'empêcher les suicides en prison. « Le choc carcéral est une réaction qui survient chez une personne détenue lorsqu'elle réalise qu'elle a tout à coup les mains liées et qu'elle a perdu toute autonomie et liberté d'action, alors que la vie suit son cours à l'extérieur », explique Stefan Tobler, responsable de projets au sein de la division principale Prisons préventives du canton de Zurich (UGZ). Tout semble s'écrouler autour de l'intéressé : comment doit-il l'annoncer à sa femme ? Comment va-t-il faire comprendre à ses enfants que leur père est en prison ? Qui va désormais payer les factures ? Va-t-il perdre son emploi, son logement ? Que va-t-il advenir de sa famille ? « Certains détenus développent des idées suicidaires ou des troubles psychotiques, d'autres font des crises de panique et d'angoisse, sont pris de vertiges ou souffrent d'autres symptômes physiques », raconte Stefan Tobler.

Une arrestation et le placement en détention provisoire qui s'ensuit sont des événements marquants et parfois traumatisants pour les personnes concernées, qu'elles soient soupçonnées à tort ou à raison. Bien que leur culpabilité n'ait pas encore été établie et qu'elles bénéficient donc de la présomption d'innocence, elles sont immédiatement confrontées à la forme de détention la plus rigoureuse : pour des raisons de sécurité ou liées à la tactique d'enquête, la détention provisoire est soumise à des conditions très restrictives afin que rien ne puisse venir compromettre l'enquête. Les conditions sont d'ailleurs si restrictives que la Suisse fait, depuis quelques années, l'objet de critiques au regard des droits humains et fondamentaux, notamment de la part de la Commission nationale de prévention de



Stefan Tobler : « Tout semble s'écrouler autour de l'intéressé. »

la torture. Les prévenus eux-mêmes, mais aussi leur environnement social, et en particulier leur famille, sont durement éprouvés par cette situation. Il faut dire en effet que le contact entre eux est totalement rompu pendant ce laps de temps.

Prévenir les effets néfastes de la détention

« J'aime à appeler la détention provisoire la «détention de l'incertitude» ; on ne connaît pas la durée de la procédure et la personne accusée n'a aucune idée de ce qui va se passer », déclare Katrin Röhm, responsable de l'unité Service social, qui est rattachée à l'UGZ. « D'un côté, on doit respecter la présomption d'innocence car aucun jugement n'a encore été rendu mais, de l'autre, la personne concernée est confrontée à la forme de détention la plus restrictive. » C'est la raison pour laquelle un changement de paradigme est en train de s'opérer dans le canton de Zurich, mais aussi dans celui de Berne. Ces deux cantons ont en effet lancé un projet pilote suivi scientifiquement, dans le cadre duquel leurs prisons préventives cherchent à trouver des moyens de mieux protéger les ressources des personnes détenues et de prévenir autant que possible les effets néfastes de la détention, aussi bien pour ces personnes, que pour leurs proches.

Premières améliorations

« Nous avons déjà pu apporter certaines améliorations dans le canton de Zurich avant le lancement du projet pilote », fait savoir Katrin Röhm. « Les personnes en détention provisoire ne pouvaient auparavant sortir de leur cellule qu'une heure par jour, contre jusqu'à huit heures aujourd'hui. » Selon elle, l'exécution en groupe permet aux prévenus d'organiser plus librement leur quotidien, la plupart d'entre eux pouvant même participer à des programmes d'occupation. « Nous avons par ailleurs élargi les heures de visite pour les personnes en détention provisoire ; avant, les visites n'étaient possibles que pendant la journée, désormais elles le sont aussi le soir et le week-end. » Il s'agit là d'une mesure particulièrement importante pour maintenir le contact avec les proches, selon Katrin Röhm. En parallèle, des espaces ont été spécialement aména-

gés pour les enfants dans les prisons préventives du canton de Zurich afin de faciliter les parloirs familiaux. Ces derniers ne sont toutefois possibles que si la direction de la procédure les autorise, reconnaît la responsable. « Nous avons déjà pu constater que le délai pouvait être très long avant que le premier parloir familial soit accordé ; le détenu s'était parfois déjà détaché de ses enfants à ce moment-là. »

Maintenir les ressources

Souvent, les conditions qui s'appliquent aux contacts et aux visites en détention provisoire ne permettent pas aux prévenus et à leurs proches de maintenir des relations familiales « de façon aussi normale que possible », comme le préconisent les règles pénitentiaires européennes. Ce sont surtout les relations de couple et parent-enfant qui en pâtissent et qui peuvent être détruites. Pourtant, la famille serait l'une des principales ressources qui permettrait de favoriser la réinsertion des détenus à leur sortie de prison. Alors que la réinsertion sociale du détenu est un sujet de préoccupation majeur pendant l'exécution d'une peine – c'est-à-dire pendant la détention qui fait suite à une condamnation –, on n'y accordait jusqu'à présent aucune importance pendant la détention provisoire, mais le projet pilote devrait changer la donne. « La détention est une épreuve marquante, qui cause de nombreux dommages sociaux », souligne Katrin Röhm. « Lorsque toutes les ressources dont disposent encore la personne sont détruites dans l'environnement très restrictif de la détention provisoire, il est très difficile de les restaurer pendant l'exécution de la peine. »

Selon Stefan Tobler, la moitié des personnes placées en détention provisoire sont libérées au bout de six à sept semaines et 70 % d'entre elles le sont au bout de trois mois. « C'est néanmoins suffisant pour causer des dommages considérables ; c'est là que nous devons intervenir et voir comment on peut leur permettre de maintenir le contact avec leur environnement social », explique M. Tobler. La relation avec la partenaire et celle avec les enfants sont particulièrement importantes, à condition que la personne détenue n'ait pas été arrêtée pour suspicion de violence domestique.



Katrin Röhm : « J'aime à appeler la détention provisoire la «détention de l'incertitude». »

« D'un côté, on doit respecter la présomption d'innocence, car aucun jugement n'a encore été rendu mais, de l'autre, la personne concernée est confrontée à la forme de détention la plus restrictive. »



Dans les prisons préventives du canton de Zurich, les heures de visite ont été étendues et des espaces ont été spécialement aménagés pour les enfants.

Photo: Prison de Dielsdorf (Peter Schulthess, 2022)

Aide proactive

Dans les cas où l'infraction n'est pas commise contre la famille, il est prévu, dans le cadre du projet pilote, que la personne détenue soit désormais directement contactée par le service social ; ce n'est plus à elle de demander de l'aide, comme c'était le cas jusqu'à présent. « Au troisième jour de la détention provisoire, nous proposons aux participants au projet pilote un entretien afin d'en connaître plus sur leur situation : le service social s'attache à savoir si la personne a des proches et, si oui, qui ils sont, si elle a des enfants et ce qu'il en est de sa situation professionnelle et en matière de logement », indique Stefan Tobler. « Nous examinons ensemble quelles sont les ressources mises en péril par son arrestation et celles qu'elle risque de perdre. » Il s'agit par exemple de savoir si elle pourrait conserver son emploi ou de trouver qui va payer le loyer. « Il arrive qu'une personne reste placée en détention provisoire pendant deux mois et qu'elle se retrouve sans logement à sa libération, ce qui aurait peut-être pu être évité si quelqu'un avait discuté avec le bailleur », explique M. Tobler à titre d'exemple.

Le projet pilote prévoit par ailleurs une formation complémentaire sur le travail avec les proches pour le personnel pénitentiaire. Il arrive, en effet, qu'un parloir familial n'ait pas lieu même si la direction de la procédure l'a autorisé. « Certains pères ont honte devant leurs enfants parce qu'ils sont en prison et refusent par conséquent de les voir, même s'ils en ont envie. » C'est pourquoi il faut les préparer, par un accompagnement concret, à la manière de s'entretenir avec leurs proches et de recevoir leurs enfants en prison. « L'objectif est que la première rencontre entre l'enfant et le parent détenu se passe bien, aussi bien pour l'un que pour l'autre », indique Stefan Tobler.

Des stratégies pour gérer le stress et les problèmes...

En outre, les détenus sélectionnés pour participer au projet pilote ont la possibilité de suivre le programme de gestion du stress en prison PRISMA, qui est fondé sur un programme de l'Organisation mondiale de la santé (OMS). « Il s'agit d'une offre d'intervention à bas seuil pour gérer le stress », fait savoir Stefan Tobler, qui précise : « Les détenus assimilent, en quatre séances de 60 minutes, différentes stratégies pour gérer leur stress et leurs problèmes. » Dans un premier temps, les participants effectuent différents exercices, consistant par exemple à appliquer une technique de respiration permettant de réduire le taux de cortisol, qui est l'hormone du stress. Dans un deuxième temps, ils apprennent à identifier les problèmes gérables, mais aussi à convertir comme tels ceux sur lesquels ils n'ont au-

cune emprise. « Le programme ne permet certes pas de prévenir le choc carcéral », déclare Stefan Tobler, « mais il entend aider les participants à trouver par eux-mêmes des solutions pour surmonter ce choc et le stress lié à leur incarcération ».

...et une meilleure gestion de la transition

Une autre mesure testée dans le cadre du projet pilote vise à améliorer la gestion de la transition : le processus de transition entre la détention provisoire et la liberté ou l'exécution de la peine doit ainsi faire l'objet d'un accompagnement plus étroit. Pour l'heure, on ne sait pas encore si le programme PRISMA et les autres mesures testées sont efficaces et, le cas échéant, dans quelle mesure ils le sont. « Nous sommes partis de l'hypothèse qu'ils auront une influence positive sur la santé mentale, psychique et somatique du détenu et qu'ils permettront de préserver des ressources importantes », explique M. Tobler. « Dans le cadre de l'étude, nous allons examiner scientifiquement si c'est bien le cas. » Le projet pilote doit dans un premier temps durer trois ans. Durant cette période, l'ETH et l'Université de Zurich collecteront des données dans les prisons en vue de les évaluer.

Beaucoup dépend de la direction de la procédure

Malgré tous les efforts déployés pour rendre la détention provisoire plus humaine et préserver les ressources importantes des détenus, Katrin Röhm relativise la marge de manœuvre des services sociaux présents au sein des prisons préventives. Elle considère qu'ils ne peuvent pas assumer l'ensemble du travail avec les proches, qui a aussi un rôle important à l'extérieur des murs de la prison, et souhaiterait que l'on désigne clairement des interlocuteurs auxquels les proches pourraient poser leurs questions. De plus, beaucoup continuera à l'avenir de dépendre de la direction de la procédure, notamment la pratique en matière de visites. « Je suis consciente que des investigations sensibles sont menées pendant la détention provisoire », déclare Katrin Röhm. « Je souhaite néanmoins que les directions de procédure fassent, dans la mesure du possible, preuve d'une certaine complaisance lorsqu'il s'agit de l'établissement de contacts et de l'entretien des relations avec les enfants. » Les demandes de visite sont souvent refusées de manière catégorique au motif qu'il existe un « risque de collusion », mais elles le sont parfois de manière trop catégorique à ses yeux, surtout lorsqu'il s'agit de jeunes enfants. Et Katrin Röhm d'ajouter : « J'espère qu'on accordera à l'avenir un peu plus d'attention aux besoins et aux droits des enfants. »

« Nous sommes partis de l'hypothèse que ces mesures auront une influence positive sur la santé mentale, psychique et somatique du détenu. »

« J'espère qu'on accordera à l'avenir un peu plus d'attention aux besoins et aux droits des enfants. »

Echange et réflexion sur le travail avec les proches

Le rôle clé des relations sociales est de plus en plus reconnu

L'étude réalisée par la ZHAW et les recommandations qu'elle a formulées ont fait bouger les lignes dans le domaine du travail avec les proches. La CCSPC a notamment engagé un processus de réflexion autour des domaines sur lesquels l'exécution des peines doit mettre l'accent. Le CCSPC a consacré le Forum de la détention et de la probation de cette année aux relations sociales. Par ailleurs, l'OFJ entend lancer un forum d'échange interdisciplinaire afin de donner une impulsion en vue de la constitution d'un réseau national pour le travail avec les proches.

Le rapport publié par le Département fédéral de justice et police (DFJP) le 2 juin 2023 se félicite du fait que divers acteurs ont déjà abordé la question du travail avec les proches à un niveau supérieur. Parmi ces acteurs, il cite notamment la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux (CCSPC) et certains cantons. La CCSPC était représentée au sein du groupe qui a discuté des recommandations formulées dans le cadre de l'étude réalisée par la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) au printemps 2022, explique sa directrice Katja Schnyder-Walser. Depuis, le comité de la CCSPC s'est penché sur le sujet. Katja Schnyder-Walser considère

l'assemblée plénière de mars 2023 comme un jalon important : « La CCSPC a établi que le travail avec les proches fait partie des thèmes relevant de l'exécution des sanctions pénales et qu'une réflexion doit avoir lieu à ce sujet au niveau national. » En effet, selon les principes régissant l'exécution des sanctions pénales inscrits dans le code pénal, l'exécution de la peine a notamment pour but de combattre les effets nocifs de la privation de liberté.

Enquête sur le travail avec les proches

Il reste encore à déterminer sous quelle forme la CCSPC traitera le sujet au niveau national. Elle a

Les enfants ont besoin de savoir comment vit leur parent détenu et où il travaille. C'est pourquoi la CCSPC souhaitait aussi, par le biais de son enquête, déterminer dans quelle mesure les cantons favorisent les possibilités de contact par des visites des cellules ou du lieu de travail.
Photo : cellule de l'établissement pénitentiaire de Bostadel (Peter Schulthess, 2016)



commencé par réaliser une enquête auprès de ses membres à l'automne, afin de dresser un état des lieux du travail avec les proches dans les différents cantons (les résultats de cette enquête n'étaient pas encore disponibles au moment de boucler ce numéro). Voici les principaux points sur lesquels portait cette enquête :

- Quels services ou établissements d'exécution des peines disposent d'un groupe de travail sur le travail avec les proches ?
- Comment les contacts entre les enfants ou les adolescents et leur parent détenu sont-ils soutenus ? On pense par exemple aux groupes de pères créés dans l'établissement pénitentiaire de Soleure et dans le centre d'exécution des mesures d'Uitikon, mais aussi au projet père-enfant de l'établissement pénitentiaire de Saxerriet ou au coaching pour pères proposé par l'établissement pénitentiaire de Pöschwies.
- Où les collaborateurs sont-ils sensibilisés aux droits des proches, comme l'ont fait par exemple les cantons de Zurich et de Berne en définissant des normes ?
- Où des données sur les proches sont-elles collectées (p. ex. lieu de résidence, souhait de contact avec la personne) ?
- Dans quelle mesure les cantons encouragent-ils les possibilités de contact (p. ex. parloirs familiaux, après-midi parents-enfants, visites de cellules et du lieu de travail, heures de visite en dehors des heures d'école et de bureau et visio-phonie) ?
- Dans quelle mesure les cantons collaborent-ils avec des tiers, comme par exemple la fondation Relais Enfants Parents Romands (REPR), ou délèguent-ils des tâches à des tiers ?
- Quelle est l'importance de la collaboration et de l'échange interdisciplinaire entre les autorités cantonales d'exécution des peines, d'une part, et la police, les ministères publics, les tribunaux, les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) et les autres autorités, d'autre part ?

Les résultats de l'enquête serviront de fondement à la discussion sur les domaines dans lesquels la CCSPC doit s'engager au niveau national. Parallèlement, Katja Schnyder-Walser est convaincue qu'un état des lieux du travail avec les proches permettra aux autorités d'exécution et aux établissements pénitentiaires de s'inspirer mutuellement. Enfin, l'enquête montrera dans quelle mesure les cantons ont besoin du soutien de la CCSPC ou d'autres organisations spécialisées.

Sur la base des recommandations relatives à la prise en compte de la situation familiale et du point de vue de l'enfant, la CCSPC examinera par

ailleurs si les différentes instances (police, ministère public, autorités d'exécution, etc.) disposent déjà de guides ou d'approches en la matière et, le cas échéant, dans quelle mesure ceux-ci pourraient être développés, harmonisés ou adaptés aux conditions régionales. Elle analysera en outre les recommandations relatives à la promotion de possibilités de contact adaptées aux enfants et à l'harmonisation des réglementations et formulera sur cette base une proposition concernant la suite des travaux.

Impliquer les proches

Le rapport du DFJP cite également, comme acteur faisant preuve d'initiative dans le domaine du travail avec les proches, le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP), qui a consacré le Forum de la détention et de la probation de cette année au rôle clé des relations sociales. « Nous devons garder à l'esprit le contexte dans son ensemble », souligne son directeur Patrick Cotti. « L'exécution des sanctions pénales doit – comme c'est déjà le cas depuis longtemps en psychiatrie par exemple – impliquer autant que possible les proches dans son travail. » En effet, les relations avec les proches jouent, selon lui, un rôle décisif dans la réinsertion sociale des personnes détenues. Patrick Cotti est convaincu, notamment au vu de la forte participation au Forum, que les cantons avancent dans cette direction.

Mise en réseau et échange

La discussion concernant les recommandations de la ZHAW qui a eu lieu dans le cadre d'un atelier d'échange interdisciplinaire au printemps 2022 a été jugée particulièrement fructueuse par les spécialistes des domaines de la poursuite pénale, de l'exécution des peines et de la protection de l'enfance ainsi que par les représentants d'associations privées qui y ont participé. C'est pourquoi l'Office fédéral de la justice (OFJ) souhaite organiser un forum d'échange interdisciplinaire le 1^{er} mars 2024 à Berne afin de donner une impulsion en vue de la constitution d'un réseau national pour le travail avec les proches. Initialement prévu cet automne, ce forum a dû être reporté en raison de chevauchements de dates afin que son caractère interdisciplinaire puisse être garanti.

Le futur réseau doit contribuer à mettre en lien les différentes initiatives, à éviter les doublons, à promouvoir la collaboration entre les différents acteurs et à clarifier les rôles et les responsabilités de chacun. La CCSPC examine les moyens d'institutionnaliser cet échange et cherche notamment à trouver qui sera responsable de l'organisation, de la préparation et du suivi des prochaines rencontres.

« La CCSPC a établi que le travail avec les proches fait partie des thèmes relevant de l'exécution des sanctions pénales. »

« Un état des lieux du travail avec les proches permettra aux autorités d'exécution et aux établissements pénitentiaires de s'inspirer mutuellement. »

Cinq questions à Hakim Mokhtar

« Nous devons anticiper l'accompagnement de demain, davantage encore qu'aujourd'hui axé sur la réinsertion. »

Depuis le 1^{er} mai 2023, Hakim Mokhtar est le nouveau directeur de la prison de Champ-Dollon. Agé de 38 ans, il connaît bien le monde carcéral genevois. En effet, il a précédemment été directeur de l'établissement de La Brenaz, après en avoir été le directeur adjoint et auparavant l'administrateur.



#prison-info: Diriger la prison de Champ-Dollon constitue un grand défi. L'ancien conseiller d'Etat Mauro Poggia a même parlé d'une « prise de risque ». Qu'est-ce qui vous a incité à postuler à ce poste ?

Hakim Mokhtar : Un défi risqué, c'est vrai – il n'est qu'à penser aux récents changements de direction successifs –, mais incontestablement passionnant ! L'opportunité de contribuer activement à l'amélioration de la prise en charge dans le domaine pénitentiaire se présente rarement, et il serait impensable de ne pas m'y investir pleinement, d'autant plus au sein d'une institution aussi renommée que Champ-Dollon. Aujourd'hui, grâce à l'appui des 350 collaborateurs compétents et professionnels de l'établissement, je ne peux qu'être conforté dans mon choix.

Vous êtes considéré comme « ferme mais aussi respectueux et à l'écoute de vos collaborateurs ». Cela résume-t-il bien votre style de management ?

Absolument. Mon approche en matière de gestion repose sur une base solide, caractérisée par la clarté et des attentes élevées en terme d'objectifs, ce qui peut parfois être interprété comme « ferme ». Cependant, je crois en l'importance de traiter chaque collaborateur avec respect et dignité. Cela implique la reconnaissance de leurs compétences, de leurs idées et de leurs contributions, ainsi que la possibilité de s'exprimer. Je suis également ouvert aux retours et aux suggestions, car je suis convaincu que cela renforce le res-

pect, ce qui favorise un environnement de travail plus efficient et harmonieux.

Comment concevez-vous les rapports avec les personnes détenues ?

Vous m'amenez sur un point crucial, tant en ce qui concerne le processus de réinsertion des personnes détenues, que la gestion efficace d'un établissement pénitentiaire ! Je tente d'adopter une approche équilibrée, en prenant en considération les besoins, les droits, mais aussi les devoirs de chaque personne incarcérée. Ma philosophie repose sur plusieurs principes fondamentaux, à savoir le respect de la dignité humaine, une communication transparente et un traitement équitable. Je mets également un fort accent sur la responsabilisation et l'autonomisation dans les démarches, lesquelles s'inscrivent bien entendu dans le cadre sécuritaire nécessaire.

Quelles mesures avez-vous pu réaliser depuis votre entrée en fonction et quelles autres mesures envisagez-vous ?

Mes premières actions ont consisté à dialoguer avec les collaborateurs afin de comprendre leurs besoins ; j'ai pu à cette occasion prendre toute la mesure de leur engagement et de leur motivation ! Sur cette base, nous avons poursuivi la réforme lancée par mon prédécesseur en novembre 2022. Concrètement, nous avons réintroduit les repas en commun sur les étages et installé des cabines téléphoniques supplémentaires pour les détenus condamnés. Nous avons égale-

ment mieux délimité la détention avant jugement de l'exécution de peine. A l'avenir, nous ambitionnons de mettre l'accent sur la formation opérationnelle des collaborateurs et d'améliorer la prise en charge des personnes vulnérables, en renforçant parallèlement la collaboration interdisciplinaire. Le tout dans un contexte de mise en œuvre de planification pénitentiaire...

Quel effet cela fait-il de réformer une prison qui sera détruite à moyen terme ?

Justement, quel effet cela fait-il de réformer une prison qui sera détruite à moyen terme ? L'intention n'est pas de réformer une prison, mais de redéfinir la prise en charge dans un régime de détention avant jugement. A mes yeux, la réflexion sur cette prise en charge doit être constante et évolutive et ne devrait pas être associée à une seule personne ou une infrastructure. Nous devons anticiper l'accompagnement de demain, davantage encore qu'aujourd'hui axé sur la réinsertion. En effet, pour la plupart des individus, l'expérience de l'incarcération peut être traumatisante. Il relève donc de notre responsabilité d'atténuer cet impact tout en préservant les aspects fondamentaux de la détention avant jugement. Or Champ-Dollon, construite selon les standards des années 70, ne répond plus aux attentes du moment. Et, a fortiori, de demain !

Un régime de détention différencié pour permettre des allègements progressifs

La CCDJP adopte des orientations pour la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté

À travers son orientation concernant la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) entend soutenir et promouvoir une exécution harmonisée de la détention dans le respect des droits fondamentaux et des droits humains. Un régime de détention différencié en fonction de l'avancement de l'instruction vise

notamment à permettre des allègements progressifs.

L'exécution de la détention provisoire et de la détention pour des motifs de sûreté en Suisse a fait l'objet de critiques répétées par le passé. Les reproches formulés portaient notamment sur le placement régulier à l'isolement et les longues périodes de confinement en cellule, l'interdiction stricte d'en-

tretenir des contacts sociaux avec d'autres détenus comme avec le monde extérieur, le manque d'occupation ou de travail, ainsi

Les recommandations visent à orienter les cantons, notamment lors de la planification et de la réalisation de projets de transformation ou de construction.

Photo : Construction de la prison centrale de Lenzbourg (Peter Schulthess, 2012)



que les différences parfois notables d'un canton à l'autre en matière d'exécution. La CCDJP a répondu à ces critiques en procédant à une analyse approfondie de la problématique et en mettant en place un groupe de travail composé de praticiens pour élaborer des recommandations.

Les recommandations adoptées par la CCDJP le 17 novembre mettent en évidence les conditions-cadres nécessaires à une détention provisoire (ce terme englobe la détention pour des motifs de sûreté dans cet article) conforme aux prescriptions en matière de droits fondamentaux et de droits humains. Elles définissent en outre des standards pour protéger le mieux possible les détenus des effets nocifs de cette forme particulièrement dure de privation de liberté sur le plan social et psychique. Les conditions préalables à la mise en œuvre des recommandations sont, selon la CCDJP « d'une part l'existence d'un nombre suffisant de places de détention, et d'autre part la présence d'effectifs nécessaires à l'encadrement et à la surveillance des personnes détenues ». Concrètement, il faut viser un rapport de 1 collaborateur pour 2,3 détenus. Les recommandations servent à orienter les cantons, notamment lors de la planification et de la réalisation de projets de transformation ou de construction. Dans les établissements existants, elles peuvent en outre servir de guide pour le développement futur du régime de détention.

Un régime de détention différencié

« La détention provisoire doit être aussi souple que possible et aussi restrictive que nécessaire. Si elle ne doit pas compliquer voire empêcher la poursuite pénale, elle ne doit pas non plus porter atteinte de manière disproportionnée aux droits fondamentaux des personnes concernées », peut-on lire dans les recommandations. La CCDJP estime qu'un régime de détention différencié selon la phase d'exécution est approprié.

Détention provisoire, régime d'admission (phase 1) : Une fois la détention provisoire prononcée, la personne est admise dans l'établissement de détention. Durant cette phase d'admission caractérisée par un régime d'isolement, il s'agit de la familiariser avec les règles et les processus en vigueur au sein de l'établissement, ainsi que de déterminer le danger qu'elle peut présenter pour elle-même ou pour autrui et son aptitude à

vivre en groupe. Selon les résultats de cette évaluation et s'il existe un risque de collusion, on peut, durant cette phase, recourir à un régime de détention restrictif, renoncer à une exécution en groupe et limiter les contacts avec l'extérieur. La phase d'admission ne devrait normalement pas durer plus de 30 jours.

Détention provisoire, régime standard (phase 2) : Dans le cadre du régime standard, caractérisé par des périodes d'ouverture de cellule plus longues, la direction de l'établissement de détention autorise la personne détenue à exécuter sa détention en groupe, sauf si la direction de la procédure a ordonné de continuer à restreindre les contacts avec les codétenus ou les relations avec le monde extérieur en raison d'un risque de collusion. Les autres motifs de détention (risque de fuite, de récidive ou de passage à l'acte) ne requièrent en général aucune restriction de la part de la direction de la procédure. La direction de l'établissement est responsable de la sécurité et du bon fonctionnement de l'établissement, qui relèvent de sa compétence. Le cas échéant, elle ordonne les restrictions requises à cet effet.

Régime de détention avec allègements supplémentaires (phase 3) : Dès que l'état de l'instruction le permet, la personne détenue doit pouvoir passer à un régime de détention assorti d'allègements supplémentaires au sein de l'établissement de détention. Ce changement est associé à un changement d'unité ou d'établissement. Durant cette phase, le régime de détention est basé sur l'exécution en groupe et la personne détenue peut entretenir des contacts sociaux avec l'extérieur dans le cadre du règlement en vigueur au sein de l'établissement. La direction de l'établissement n'ordonne des restrictions que si celles-ci apparaissent nécessaires pour des raisons de sécurité ou pour garantir le bon fonctionnement de l'établissement (p. ex. incapacité à vivre en groupe, comportement violent ou menaçant).

Principes de base

L'orientation concernant la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté repose sur toute une série de principes de base. Il y a en particulier lieu de respecter la dignité humaine de la personne détenue, qui bénéficie de la présomption d'innocence. Sa liberté ne peut être restreinte que dans la mesure requise par le but de la détention et

par le respect de l'ordre et de la sécurité dans l'établissement. L'exécution de la détention doit pallier les effets nocifs de la privation de liberté et être conçue de manière à préserver autant que possible l'autonomie et la responsabilité personnelle de la personne détenue. Les établissements de détention, les directions des procédures ainsi que les services médicaux et sociaux doivent collaborer étroitement pour garantir une gestion optimale de la transition entre les trois phases de détention ainsi qu'entre la détention provisoire et l'exécution des sanctions ou la mise en liberté.

Admission et placement

Lors de l'admission dans l'établissement de détention, un entretien d'admission doit être mené dès que possible pour informer la personne détenue de la vie quotidienne en prison et de ses droits comme de ses obligations dans le cadre de sa détention provisoire. La direction de la procédure est chargée de lui fournir les informations sur les procédures judiciaires et les possibilités de recours. Le personnel médical devrait réaliser un examen initial structuré dans les 24 premières heures pour déterminer l'état de santé de la personne détenue.

Dans la mesure du possible, les détenus devraient être placés dans des cellules individuelles. En cas de nouvelle construction ou de travaux d'agrandissement, les cellules individuelles devraient être la norme. Avec l'accord de la direction de la procédure, les personnes détenues devraient pouvoir accéder à une exécution en groupe après la phase d'admission et les cellules devraient, dans l'idéal, être ouvertes huit heures par jour. Durant l'ouverture des cellules, l'accès aux douches, à l'air frais et à des espaces sportifs et de loisirs doit être garanti. Les personnes détenues doivent avoir la possibilité de prendre leurs repas en commun et avoir accès à une cour de promenade partiellement couverte pendant au moins une heure chaque jour.

Travail, formation et loisirs

Durant toutes les phases de la détention provisoire, les personnes détenues doivent bénéficier de possibilités de travail et d'activité pertinentes et variées afin de préserver leur santé physique et mentale. Lorsqu'un établissement de détention ne se voit pas

fournir suffisamment de travail de la part de donneurs d'ordres externes, il doit proposer à défaut des occupations et des activités de formation ou de loisirs. Les personnes détenues doivent en outre être soutenues dans leur formation initiale et continue et une sélection adaptée d'offres de loisirs et d'activités physiques et sportives doit être mise à leur disposition. Elles doivent avoir accès à une offre basique de journaux et magazines et à une bibliothèque. L'équipement de base de la cellule doit inclure une radio et une télévision. L'accès à un réseau de médias interne (intranet, le cas échéant avec un accès sécurisé à certaines pages internet) peut être octroyé. Le libre accès à internet devrait en revanche être interdit durant toutes les phases de la détention.

Contacts avec le monde extérieur

Il convient de porter une attention particulière au maintien des contacts sociaux durant toutes les phases de la détention. À cet égard, les contacts personnels du détenu avec ses enfants revêtent une importance particulière. Au moment d'évaluer l'octroi de l'autorisation de visite et de définir les modalités de visite, il y a lieu d'arbitrer les intérêts entre bien-être et protection de l'enfant. Dans la mesure du possible, les visites doivent se dérouler sans vitre de séparation. En outre, l'établissement doit mettre à disposition l'infrastructure requise pour les appels téléphoniques et, si possible, les appels vidéo.

Prise en charge médicale

Les professionnels de la santé ont notamment l'obligation de protéger la santé mentale et physique des personnes détenues et de prévenir et traiter les maladies sur la base de principes cliniques et déontologiques. Ils doivent respecter le droit à l'autodétermination des personnes détenues et garantir la confidentialité des informations médicales. Conformément au principe d'équivalence, toutes les prestations médicales répondent au standard suisse à l'extérieur de la prison. Tout établissement de privation de liberté doit disposer d'un guide de prévention du suicide qui expose les facteurs de risque à surveiller et précise sous quelle forme et à qui les observations correspondantes doivent être transmises. Si le personnel médical constate des signes de torture ou de mauvais traitements, il est tenu de docu-



menter les cas en question et de les signaler à l'organe de surveillance.

Les aspects réglementaires et les mesures de protection et de sécurité sont réglés par le droit cantonal. Selon les recommandations, les arrêts ne doivent être décrétés que dans des cas exceptionnels et pour une durée définie, la plus brève possible, qui ne doit pas excéder 15 jours au maximum. Les mesures de sécurité et de protection (p. ex. isolement en cellules d'isolement ou de surveillance spéciales) ne doivent, en vertu du principe de proportionnalité, durer qu'aussi longtemps qu'un danger émane de la personne détenue ou vise celle-ci. (gal)

Après la phase d'admission, les cellules devraient, dans l'idéal, être ouvertes huit heures par jour.
Photo : Cellule dans l'établissement pénitentiaire de Grosshof (Peter Schulthess, 2023)

Lien

L'orientation concernant la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté est disponible sur le site de la CCDJP (www.kkjp.ch).

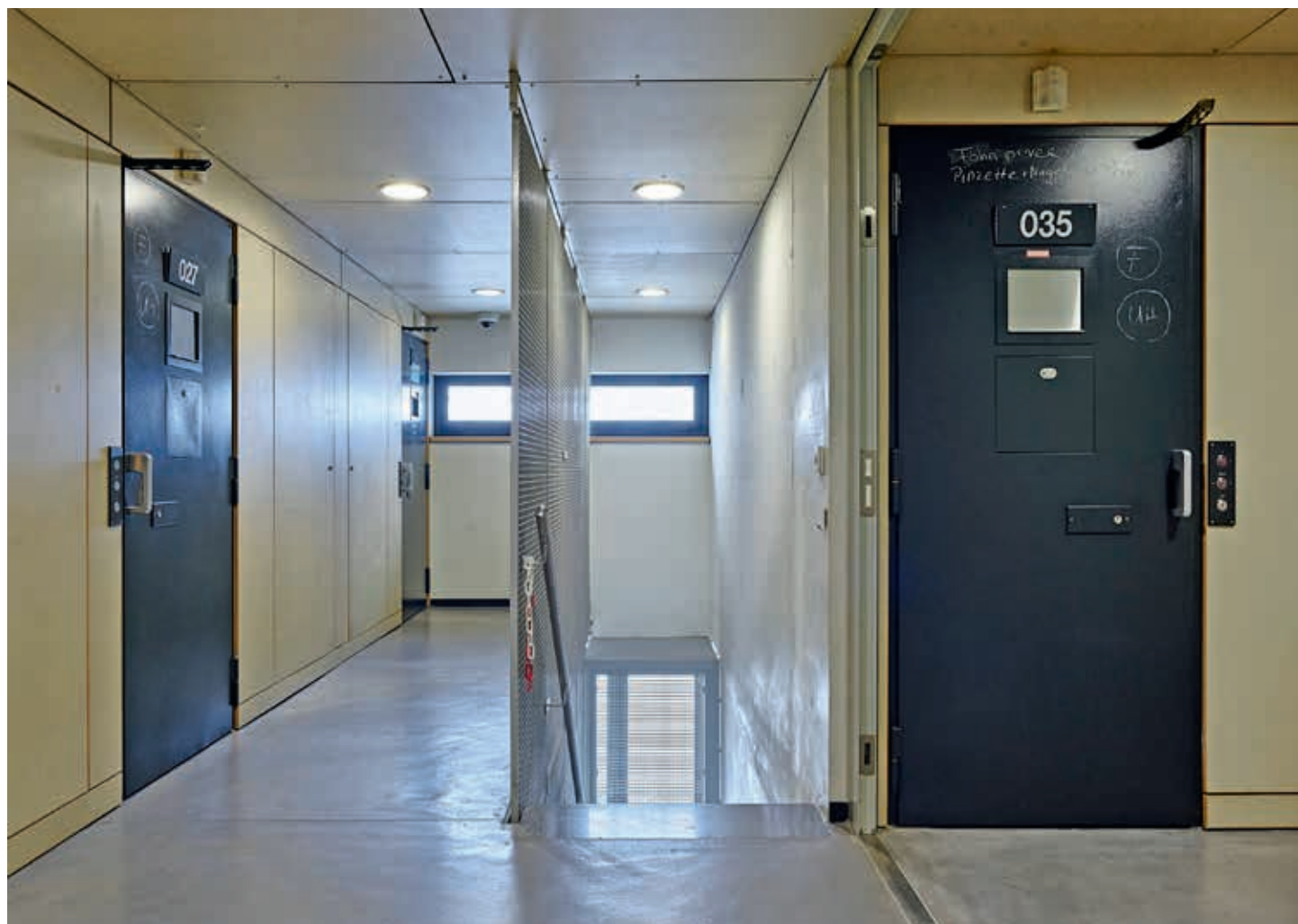
Renforcer la collaboration intercantonale

Les deux concordats alémaniques d'exécution des peines et mesures ont choisi la voie du fédéralisme coopératif

Le concordat d'exécution des peines et mesures de la Suisse centrale et du Nord-Ouest et celui de la Suisse orientale renforcent leur collaboration. Les membres compétents des gouvernements des 19 cantons alémaniques ont approuvé, fin octobre 2023, lors de leurs conférences

d'automne organisées conjointement, la conclusion d'une convention de collaboration. Il s'agira à l'avenir notamment de planifier l'offre de places au-delà des limites du concordat, de l'utiliser de manière optimale et de la développer de manière conjointe.

En renforçant leur collaboration, les deux concordats alémaniques réagissent aux défis complexes posés par l'exécution des sanctions pénales, mais aussi aux exigences accrues en matière de sécurité, d'hébergement et d'encadrement des détenus ainsi qu'aux changements technologiques, peut-



A l'avenir, les deux concordats alémaniques d'exécution des peines et mesures travailleront main dans la main pour planifier l'offre de places de détention, l'utiliser de façon optimale et la développer. Photo : Prison régionale de Thoun (Peter Schulthess, 2019)

on lire dans un communiqué de presse publié conjointement. Cette collaboration est fondée sur une stratégie commune, construite autour de convictions et de valeurs partagées. Karin Kayser-Frutschi, présidente du concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest et ministre de la justice et de la sécurité du canton de Nidwald, décrit ainsi la collaboration mise en place : « A l'avenir, nous planifierons ensemble l'offre de places destinées à l'exécution des peines et des mesures, ainsi qu'à la détention avant jugement et à la détention ordonnée en vertu du droit des étrangers. Nous pourrions ainsi améliorer l'offre proposée, mais aussi la gérer et l'utiliser de manière optimale au-delà des frontières cantonales. »

Les prestations des établissements pénitentiaires et les prix de pension des détenus seront, dans la mesure du possible, eux aussi harmonisés. Les concordats veulent également continuer à développer ensemble le système d'exécution des sanctions orientée vers les risques (ROS). Enfin, ils devraient à l'avenir également élaborer conjointement les actes concordataires ainsi que les procédures en matière d'assurance et de dé-

veloppement de la qualité, et uniformiser progressivement le contenu des réglementations existantes. Les fondements et les processus de travail communs requis pour ce faire ont été développés par des collaborateurs des différents cantons au cours des trois dernières années dans le cadre de plusieurs projets partiels.

Les concordats continuent d'exister

Les deux concordats continuent d'exister avec leurs propres organes et pouvoir de décision. « Nous élaborons désormais les bases de décision ensemble et en discutons lors de conférences communes. Nous encourageons et renforçons ainsi le fédéralisme coopératif », déclare à ce sujet Jacqueline Fehr, présidente du concordat de la Suisse orientale et cheffe du Département de la justice et de l'intérieur du canton de Zurich. Le rapprochement des deux concordats permet d'accroître la capacité d'innovation et de supprimer les doublons. La création de la Commission pour l'exécution des sanctions pénales en tant que nouvelle commission permanente de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

(CCDJP) permettra de garantir la collaboration avec le concordat latin et le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) sur les questions en lien avec l'exécution des peines et des mesures d'importance nationale.

Un secrétariat commun

L'un des résultats visibles du renforcement de cette collaboration est la fusion des deux secrétariats. Stefan Weiss, spécialiste expérimenté de l'exécution des peines, a déjà été nommé cet été à la tête du secrétariat commun. Il prendra ses fonctions au début de l'année 2024. La directrice adjointe sera Tanja Zangger, qui dirige actuellement le secrétariat du concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest. Joe Keel, qui exerce de longue date la fonction de secrétaire du concordat de la Suisse orientale, prendra sa retraite à la fin de l'année. Il a occupé pendant une trentaine d'années plusieurs fonctions clés dans le secteur de l'exécution des sanctions pénales, dont il a largement contribué au développement au niveau intercantonal et national au cours des dernières années. (Red.)

Égalité de traitement médical dans le cadre de la privation de liberté

Le Conseil fédéral veut introduire l'obligation de s'assurer pour les personnes détenues qui ne sont pas domiciliées en Suisse afin de garantir l'égalité de traitement médical dans le cadre de la privation de liberté. À cet effet, il a mis en consultation une modification de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LAMal) le 22 novembre 2023.

Selon les estimations, un tiers des personnes détenues en Suisse, soit environ 2000 personnes, ne sont pas assurées au titre de l'assurance obligatoire des soins, car elles ne sont pas domiciliées dans notre pays et ne sont donc pas tenues de s'assurer. Actuellement, les frais de santé occasionnés par ces personnes sont pris en charge par les cantons et financés par

les impôts cantonaux. Le financement des soins médicaux dans les établissements pénitentiaires n'est cependant pas réglé de manière uniforme entre les cantons. Les coûts sont couverts par les institutions de justice ou d'exécution des peines, par les autorités sanitaires ou par les autorités communales chargées de l'aide sociale.

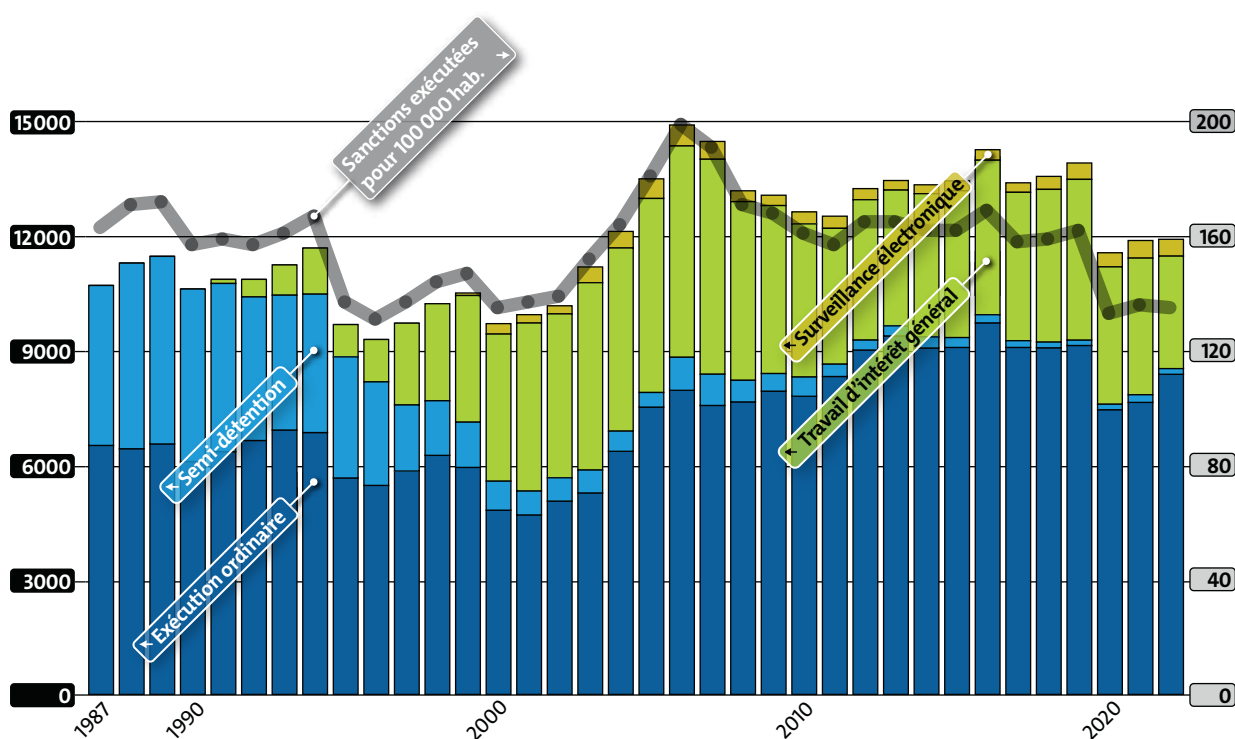
L'État assume une responsabilité étendue en ce qui concerne la santé des personnes détenues. Indépendamment de leur autorisation de séjour ou de leur nationalité, ces personnes ont droit à une prise en charge médicale équivalente à celle des personnes en liberté. Avec la modification proposée de la LAMal, les personnes détenues non domiciliées

en Suisse seront assurées contre la maladie à l'avenir. Ainsi, les coûts occasionnés seront plus faciles à calculer pour les cantons. Les personnes placées en détention auront donc toutes l'obligation de s'assurer contre la maladie et devront s'acquitter elles-mêmes des primes d'assurance. Les cantons pourront réduire ces primes le cas échéant.

En outre, les cantons devront assurer les personnes détenues en Suisse par le biais de contrats-cadres ; à cet effet, ils devront pouvoir convenir avec les assureurs-maladie de formes d'assurance particulières. Il est prévu qu'ils puissent restreindre le choix de l'assureur et de la forme d'assurance des personnes détenues, indépendamment de leur domicile.

Des incarcérations plus nombreuses, des mesures moins longues

Statistique de l'OFS sur l'exécution des sanctions



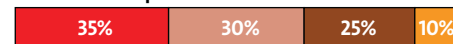
En 2022, 11 927 peines et mesures ont été exécutées en Suisse. ■ 71,6 % l'ont été dans un établissement pénitencier (■ dont 1,7 % en semi-détention), soit une hausse de 5,6 % par rapport à l'année précédente, ■ 24,7 % sous la forme d'un travail d'intérêt général et ■ 3,7 % sous surveillance électronique. C'est ce que révèle la statistique de l'exécution des sanctions publiée par l'Office fédéral de la statistique (OFS).

Une **comparaison à long terme** montre qu'on ordonne moins fréquemment aujourd'hui des formes particulières d'exécution des peines. En 2001, environ 54 % des personnes condamnées ont été incarcérées dans un établissement pénitencier (dont 12 % en semi-détention), tandis que 44 % ont effectué un travail d'intérêt général et 2 % ont exécuté leur peine au moyen d'un bracelet électronique. Parmi les formes particulières

d'exécution, la part de la semi-détention, qui n'est plus que très rarement ordonnée aujourd'hui, a fortement diminué au profit du travail d'intérêt général et de l'exécution des peines sous surveillance électronique.

Si l'on considère le nombre de peines ou de mesures exécutées pour 100 000 habitants, on constate qu'il ne cesse de diminuer depuis 2006 (▼ échelle de droite).

Exécution des peines :



Travail d'intérêt général :



Surveillance électronique :

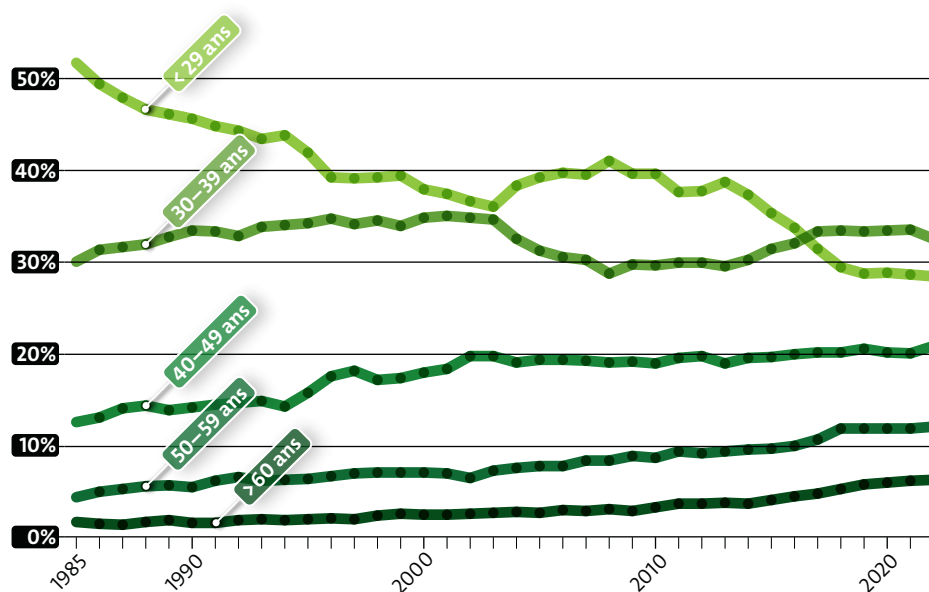
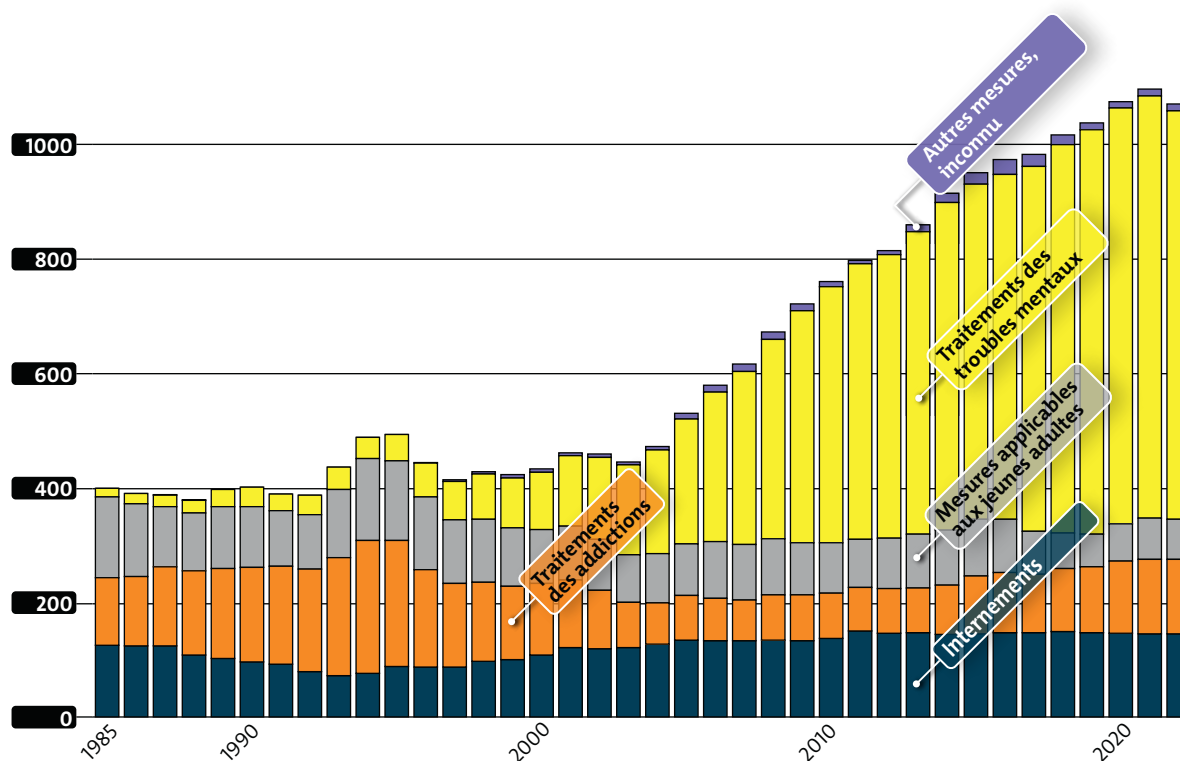


Forme de l'exécution selon la nationalité : Incarcérations et travaux engagés. Proportionnellement, les personnes de nationalité suisse représentaient 35 % de l'effectif moyen et les personnes de nationalité étrangère 65 %. La part des hommes s'élevait à 94 %, celle des femmes à 6 %.

Parmi les 1069 personnes qui étaient **en exécution de mesure** en 2022, deux tiers faisaient l'objet d'une mesure de traitement des troubles mentaux (art. 59 CP), 14 % d'un internement (art. 64 CP), 12 % d'une mesure de traitement des addictions (art. 60 CP) et 6 % d'une mesure applicable aux jeunes adultes

(art. 61 CP). La forte augmentation de l'effectif moyen des personnes exécutant une mesure au sens de l'art. 59 CP s'explique notamment par la durée de plus en plus longue de cette mesure et par le faible taux de libérations. Alors qu'en 2011, sa durée moyenne était de 1477 jours (4 ans), elle a augmenté continuel-

lement pour atteindre un pic de 3148 jours (8 ½ ans) en 2019. Elle a ensuite diminué et s'établissait à 2408 jours (6 ½ ans) en 2022. Sur cette période, le taux de libérations était de 11 % (68 libérations en moyenne par an pour un effectif moyen de 621 personnes).



L'effectif moyen des personnes de plus de 60 ans en exécution de peine ou de mesure ▼ est passé de 55 en 1985 à 316. Avec une proportion de 6,2 %, les détenus âgés continuent certes de représenter une part marginale de la population carcérale. Cependant, comme ils souffrent, par rapport à leurs cadets, plus fréquemment de problèmes de santé et qu'ils sont plus nombreux à suivre un traitement médical du fait de maladies, les établissements d'exécution des peines atteignent de plus en plus leurs limites.

Un puissant coup d'accélérateur à la numérisation de la formation

Le CSCSP introduit des iPads à grande échelle

Le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) a introduit des tablettes dans la formation dans l'exécution des peines (Fep) et dans la formation de base des aspirants au titre d'agent de détention. Objectif : développer les compétences numériques des détenus et soutenir et accompagner le personnel pénitentiaire sur la voie de la transformation numérique. À travers cette mesure, le CSCSP poursuit résolument le chemin emprunté dans le cadre du projet NewLearning (voir #prison-info 1/2022).

La formation dans l'exécution des peines (Fep) contribue à augmenter les chances de réinsertion des détenus dans la société, souligne Florus Mulder, responsable du domaine Formations au CSCSP. Elle doit tenir compte de la transformation numérique à l'œuvre dans la société et garantir que les détenus puissent acquérir les compétences requises dans ce domaine. Il illustre cette nécessité par un exemple éloquent : « À l'ère du téléphone portable, on ne peut pas relâcher les détenus avec une carte téléphonique. » En même temps, les instruments et les offres numériques visent à permettre à davantage de détenus d'accéder à la formation à l'avenir.

Les enseignants Fep dispensent des cours dans 37 établissements pénitentiaires au total. 28 sont raccordés au serveur central Fep, qui permet de se former à l'emploi des nouvelles technologies. Les détenus apprennent à établir des documents simples à l'aide de programmes Office, acquièrent des connaissances de base dans la navigation sur internet et approfondissent leurs compétences au moyen de programmes d'apprentissage

en ligne. Jusqu'ici, ils étaient reliés au serveur Fep par le biais d'un ordinateur de bureau dans la salle de formation. « Cette solution technique était dépassée », relève Florus Mulder. Depuis l'été dernier, les ordinateurs de bureau sont donc remplacés progressivement par des iPads ; toutes les salles de cours devraient être équipées d'ici la fin 2023. Une entreprise de sécurité a procédé au préalable à des tests approfondis, d'abord dans l'établissement pénitentiaire de Realta, puis dans celui de La Brenaz. Les vérifications effectuées ont montré qu'il n'est pas possible de se connecter à d'autres réseaux avec la nouvelle infrastructure mobile, qui satisfait à toutes les exigences requises en matière de sécurité.

Du rôle d'enseignant à celui de coach

Le CSCSP a équipé les salles de formation qu'il gère d'un iPad pour l'enseignant et de six autres pour les détenus, explique Barbara Schürch, la nouvelle responsable du service spécialisé Fep au CSCSP. Le matériel conçu pour les groupes de formation comprend un iPad avec un clavier, un stylet pour dessiner, commenter des documents et prendre des notes et des écouteurs. Les iPads ne sont pas personnalisés ; autrement dit, plusieurs apprenants peuvent travailler avec le même appareil. « Ils peuvent aussi continuer leur apprentissage individuellement dans la salle de classe après le cours, ce qui permet une meilleure utilisation des appareils », souligne Barbara Schürch. L'emploi des iPads a



L'introduction des iPads a été accueillie favorablement par les enseignants Fep et par les responsables des établissements. Photo : établissement pénitentiaire de la Brenaz (Peter Schulthess, 2023).

L'introduction des iPads a été accueillie favorablement par les enseignants Fep et par les responsables des établissements.
Photo : établissement pénitentiaire de la Brenaz (Peter Schulthess, 2023).

également pour effet de transformer l'enseignement. « Lorsque les compétences des participants le permettent, l'enseignant se détache quelque peu de l'enseignement frontal. Il peut mieux tenir compte des besoins individuels des participants et appliquer de nouvelles méthodes pédagogiques. Il accompagne et conseille les détenus et assume donc ainsi de plus en plus un rôle de coach ». Il va sans dire que, pour cela, « l'enseignant doit lui aussi maîtriser les outils numériques ».

Toute une série d'avantages

Par rapport aux ordinateurs de bureau et aux tablettes fonctionnant sous d'autres systèmes d'exploitation, les iPads présentent toute une série d'avantages, ajoute Florus Mulder. « Ils ont une plus longue durée de vie et sont plus sûrs. En outre, ils sont particulièrement adaptés à l'enseignement grâce au système « Apple School Manager », comme l'a montré une analyse de marché effectuée dans différentes écoles et à l'étranger. » Les enseignants peuvent notamment activer



Stratégie numérique ESP 2030

Avec la stratégie numérique 2030 dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales (ESP), les cantons entendent relever ensemble les défis de la numérisation dans le monde fédéral de l'exécution des sanctions pénales. Ils résument cette ambition en une phrase : « Nous sommes compétents en matière numérique, nous travaillons en réseau de manière continue et nous développons ensemble nos outils numériques au profit de la réinsertion, de la sécurité et de l'efficacité dans le secteur pénitentiaire suisse ». Les cantons concrétisent cette ambition à travers six champs d'action, dont celui de « SmartPrison et réinsertion ». « Dans un monde de plus en plus interconnecté et numérisé, le développement des compétences numériques des personnes prises

en charge dans l'exécution des sanctions pénales est un outil essentiel au succès de la réinsertion », peut-on lire dans la stratégie. Une offre judicieusement harmonisée de services numériques pour les personnes détenues soutient ces efforts, répond au principe de normalisation et permet en même temps un aménagement efficace des établissements dans le cadre de la mise en œuvre du concept numérique Smart Prison.

Le renforcement des compétences du personnel est également au centre de l'attention : « Tous les collaborateurs disposent de la motivation et des compétences nécessaires pour contribuer aux changements et aux développements de la transformation numérique », est-il mentionné comme objectif. Les

cadres assurent l'amélioration des compétences et l'élargissement des ressources nécessaires pour faire avancer la transformation numérique. D'autres objectifs sont le développement et l'utilisation des innovations en commun, le bureau sans papier et les processus sans rupture de support, la mise en réseau et la sécurité dans le monde numérique ainsi que l'harmonisation des systèmes et des données. La stratégie numérique ESP 2030 a été adoptée le 13 avril 2023 par la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP). Elle peut être consultée sur le site internet de la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux (www.ccspe.ch).

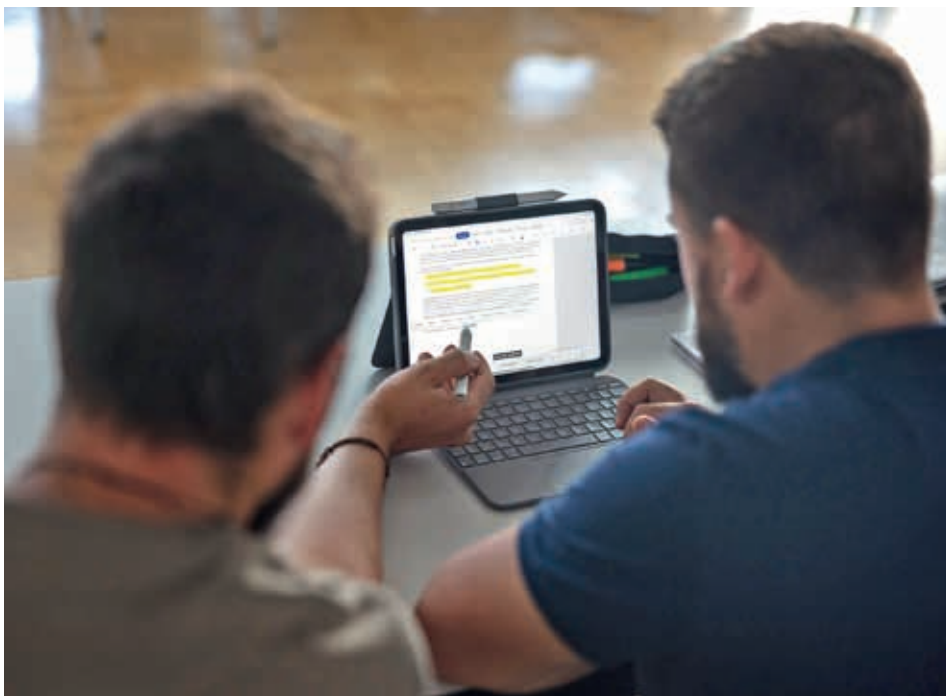
des programmes d'apprentissage individuels sur ces appareils. Par ailleurs, le CSCSP peut charger et supprimer les offres de formation de façon sûre et rapide et appliquer très simplement des normes de sécurité élevées. L'infrastructure mobile est idéale pour les salles de formation, où l'espace est souvent limité. En outre, elle peut être adaptée rapidement, par exemple quand un groupe de formation s'agrandit et passe à huit personnes. « Enfin, l'emploi de terminaux mobiles offre la possibilité de fournir à l'avenir à certains détenus, après discussion avec les responsables des établissements, des iPads en cellule pour qu'ils puissent poursuivre leur apprentissage avec des applications disponibles hors ligne. »

L'introduction des iPads a été accueillie favorablement par les enseignants et par les responsables des 28 établissements, rapportent Florus Mulder et Barbara Schürch. Les personnes concernées apprécient les multiples possibilités offertes par cette infrastructure technique mobile moderne, qui permet d'améliorer les compétences numériques des détenus — un des objectifs de la stratégie numérique d'exécution des sanctions pénales 2030 (voir encadré).

Des iPads aussi dans la formation de base

Les détenus et les enseignants Fep ne sont pas les seuls à profiter du coup d'accélérateur donné récemment à la numérisation. À travers le projet NewLearning, le CSCSP entend soutenir et accompagner l'ensemble des collaborateurs du domaine de l'exécution des sanctions pénales sur la voie de la transformation numérique. Depuis le mois d'août dernier, les participants aux cours reçoivent un iPad. À l'aide de ces tablettes, les futurs agents de détention se familiarisent, durant l'enseignement de deux ans dispensé en plusieurs blocs, « avec les outils numériques et perfectionnent leurs compétences grâce à une technologie moderne ».

Avec leur iPad, les participants ont accès à l'ensemble des documents de formation et des offres d'apprentissage et applications de quiz en ligne spécifiquement développées pour la formation de base. L'emploi de documents de cours imprimés est nettement réduit : « Nous économisons 250 000 feuilles de papier », déclare Florus Mulder. Les participants disposent en outre d'une palette d'autres applications générales, telles que des fonctions de base et des sites web. Les



iPads peuvent également être utilisés sans connexion internet et visent à permettre un apprentissage flexible adapté à l'ère du numérique, sans contrainte de lieu, ainsi que la mise en réseau des participants disséminés à travers toute la Suisse.

Dans l'ensemble, les 178 participants apprécient ces nouveaux outils, déclare Florus Mulder en s'appuyant sur les premiers retours. Il distingue trois groupes : les participants qui maîtrisent les technologies de l'information et qui sont heureux d'avoir un iPad, ceux qui découvrent les possibilités de l'iPad dans le cadre de la formation de base, et enfin ceux qui ne connaissent pas cet outil

Depuis le mois d'août dernier, le CSCSP équipe les futurs agents de détention d'un iPad.
Photo : CSCSP.

et qui ont besoin de soutien dans un premier temps, mais qui en sont rapidement satisfaits. Il est impressionné par la solidarité et l'entraide dans les classes.

La Suisse est le premier pays à introduire des iPads à grande échelle pour la formation des détenus en exécution de peine, souligne Florus Mulder. « Le potentiel est énorme et ouvre de nouvelles possibilités de coaching dans l'enseignement. » (gal)

Un campus centralisé pour la formation du personnel pénitentiaire

À partir de 2026, la formation initiale et la formation continue du personnel pénitentiaire en Suisse se dérouleront sur un campus centralisé. Dans le bâtiment dédié à la formation qui verra le jour sur le site du Marly Innovation Center (MIC), à 15 minutes de bus de Fribourg, le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) réunit sous un même toit plusieurs lieux de formation. Le MIC accueillera également un hôtel qui pourra loger les participants aux formations.

Le campus du CSCSP facilitera les échanges axés sur la pratique entre les membres du personnel des différentes régions linguistiques du pays, de même que les échanges interdisciplinaires et suprarégionaux entre les responsables des formations et les participants, les collaborateurs du CSCSP et les experts. Il répond en outre au besoin d'espaces multifonctionnels et interdisciplinaires requis par la nouvelle culture d'apprentissage. Les surfaces de bureau seront, selon le CSCSP, réduites au profit de possibilités d'apprentissage et de travail plus flexibles ainsi que d'espaces de rencontre et de travail multifonctionnels.

Potentiels et risques

Il est de plus en plus question de la privatisation de l'exécution des peines et des mesures

La collaboration entre l'Etat et les entreprises privées dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures prend de plus en plus d'importance. Si les avantages qu'elle peut offrir en termes de coûts ont de quoi séduire, les dimensions éthique et juridique de cette approche font l'objet de controverses. Une réflexion globale et critique sur cette évolution est donc indispensable.

Xaver Miethlich

Ces dernières décennies, on a pu observer dans de nombreux pays une tendance de plus en plus marquée à l'externalisation des tâches relevant de l'exécution des peines et des mesures à des structures privées. L'idée que des entreprises privées puissent réduire les coûts de l'exécution des peines et en améliorer la qualité en se focalisant sur les impératifs du marché et en faisant preuve de flexibilité a de quoi séduire. Dans des pays comme les Etats-Unis et la Grande-Bretagne, les structures pénitentiaires privées sont très répandues. En Suisse, en revanche, l'exécution des sanctions pénales relève en premier lieu de la compétence des cantons, et lorsqu'une collaboration ponc-

tuelle avec des acteurs privés est envisagée, elle est examinée avec beaucoup de soin. Par exemple, les établissements pénitentiaires font depuis peu appel à des entreprises de sécurité privées pour faire face à la forte pénurie de personnel. La question se pose de savoir quel pourrait être l'équilibre entre la participation de l'Etat et celle du secteur privé et quelles formes de coopération pourraient convenir.

La privatisation est le processus consistant à transférer des services ou des institutions du secteur public au secteur privé, que ce soit par la vente, l'externalisation ou un partenariat public-privé (PPP). Elle vise à accroître l'efficacité en faisant jouer la concurrence. Ses partisans mettent en avant les avantages financiers et le gain d'efficacité qui en résultent, tandis que ses détracteurs attirent l'attention sur les possibles problèmes de détérioration de la qualité et d'équité. Malgré le possible gain d'efficacité, il existe des risques sociaux et économiques.

Expériences à l'étranger

Les expériences en matière de privatisation de l'exécution des peines varient au niveau international. Le sujet fait particulièrement débat aux Etats-Unis. En 2017, l'administration Trump, inquiète pour le système pénitentiaire, a annulé une décision de Barack Obama datant de 2016 visant à mettre fin à l'utilisation des prisons privées. Souhaitant poursuivre l'action d'Obama, Joe Biden a proposé en 2021 une modification de loi visant à accroître la transparence et la responsabilité de ces établissements. A l'heure actuelle, 8,5% des détenus sont incarcérés dans des prisons privées aux Etats-Unis.

La privatisation de l'exécution des peines et des mesures est une question complexe, qui s'inscrit dans un contexte national spécifique. La qualité des prisons privées est diversement appréciée dans la littérature. Les expériences faites en Afrique du Sud sont positives et montrent que ces établissements sont souvent en mesure d'offrir de meilleurs

services. En ce qui concerne le rapport coût-efficacité, les résultats sont mitigés. Dans des pays comme la Grande-Bretagne, la République tchèque et l'Afrique du Sud, la privatisation a permis un gain d'efficacité, tandis qu'en Belgique de vives inquiétudes se sont fait jour au bout de quelques années concernant la viabilité financière des établissements privés. En effet, ces derniers ont souvent un coût plus élevé que les établissements publics.

De sérieuses préoccupations portent par ailleurs sur les possibles violations des droits de l'homme, la prise en compte insuffisante des aspects éthiques et le caractère effectif des efforts de réinsertion (p. ex. taux de récidive élevé). Des questions éthiques se posent notamment lorsque la recherche du profit l'emporte sur l'intérêt général. C'est pourquoi dans certains pays, comme les Etats-Unis, une interdiction légale des établissements pénitentiaires privés est même demandée.

Situation en Suisse

Le système suisse d'exécution des peines et des mesures est en pleine mutation. Les efforts de réforme entrepris visent à uniformiser les différents régimes de détention et à établir des normes adaptées à notre époque. En outre, toutes les régions ne disposent pas des capacités d'accueil requises pour prendre en charge certaines catégories de personnes ou faire appliquer certains régimes de détention. Les exigences posées aux établissements pénitentiaires sont multiples. Afin d'y répondre, les établissements cantonaux pourraient, pour certaines tâches, faire appel à des institutions spécialisées du secteur privé, ce qui permettrait d'optimiser les processus, d'utiliser plus efficacement les ressources en personnel et de mieux prendre en compte les besoins des différents acteurs concernés.

La question de la privatisation de l'exécution des peines et des mesures ne s'est posée en Suisse qu'au cours des dernières années. La Constitution fédérale et les traités internationaux relatifs aux droits de l'homme posent des limites à une privatisation à grande échelle.



Après avoir été directeur de la prison de Glaris de 2019 à 2023, Xaver Miethlich travaille aujourd'hui pour le groupe di Gallo, une organisation faîtière d'établissements médico-sociaux, de résidences pour personnes âgées et de cliniques. Il a obtenu cette année un master en Public Management délivré par la ZHAW avec un travail de mémoire intitulé « Analyse geeigneter Kooperationsformen zwischen staatlichen und privaten Institutionen im Straf- und Massnahmenvollzug ».

La loi autorise toutefois la privatisation de certaines tâches. Afin de garantir la qualité et le respect de normes minimales dans les structures pénitentiaires privées, une nouvelle procédure d'audit et de reconnaissance a été élaborée et est mise en œuvre depuis 2021 en Suisse alémanique. Pour être efficace et conforme au droit, une privatisation doit reposer sur une base légale claire et toujours revêtir un caractère d'intérêt public. Elle doit par ailleurs respecter certains principes constitutionnels tels que l'égalité de droit et la neutralité concurrentielle. Il est essentiel que l'État conserve le contrôle et la responsabilité malgré la privatisation et qu'il veille à ce que les prestataires privés accomplissent leurs tâches en se conformant au droit.

Les experts y voient des opportunités ...

Le rôle des institutions privées dans le secteur de l'exécution des peines et des mesures fait depuis quelque temps l'objet de vives discussions. Les experts interrogés dans le cadre de mon mémoire de master s'accordent largement à dire que la privatisation de ce secteur peut offrir de nouvelles opportunités. Elle peut effectivement permettre d'élargir l'éventail des offres et rendre le système pénitentiaire plus flexible. Les prestataires privés pourraient notamment contribuer à combler les lacunes en matière de soins et à créer des offres spécialisées pour certains groupes comme les personnes âgées, les toxicomanes ou les personnes ayant besoin d'un suivi psychiatrique.

... et des défis

Les experts considèrent que, si la privatisation peut offrir certains avantages, elle comporte aussi des défis. Leur principale crainte est que des entreprises privées à but lucratif cherchent à réaliser des économies au détriment de la qualité. Une autre préoccupation concerne l'externalisation de tâches essentielles de l'État, notamment dans le domaine de la sécurité et des droits des détenus. Les avis sont largement unanimes pour admettre que des dispositions légales et contractuelles claires ainsi que des mécanismes efficaces de contrôle de la qualité sont indispensables. Dans ce contexte, les experts soulignent l'importance d'un cadre solide de gouvernance politique. La participation active de l'État à la réglementation et au contrôle des prestataires privés est impérative pour garantir que les droits des détenus soient respectés



Depuis peu, les établissements pénitentiaires suisses font appel à des entreprises de sécurité privées pour faire face à la forte pénurie de personnel. Depuis 2001 déjà, une communauté de travail regroupant les CFF et Securitas SA effectue des transports intercantonaux de détenus sur mandat de la Confédération et des cantons. Photo : Peter Schulthess, 2019

et que la mission de service public soit remplie. La transparence, l'obligation de rendre des comptes et le respect du cadre juridique sont à cet égard essentiels.

Les experts soulignent par ailleurs la nécessité d'une acceptation sociale. Le scepticisme vis-à-vis d'une possible délégation du monopole de la puissance publique détenu par l'État peut susciter des réactions critiques au sein de la société. C'est pourquoi il est capital de renforcer la confiance du public et de reconnaître la légitimité des prestataires privés dans le secteur de l'exécution des peines et des mesures. Les experts sont d'accord sur le fait que la coexistence de prestataires publics et privés peut enrichir le système pénitentiaire suisse. La qualité, la sécurité et le respect des droits des personnes détenues doivent cependant rester au centre des préoccupations. Une mise en balance circonstanciée des intérêts en jeu et une réglementation étatique forte sont nécessaires pour saisir les opportunités offertes par la privatisation tout en minimisant les risques éventuels.

Pas de solution toute faite ...

La privatisation des tâches relevant de l'exécution des sanctions pénales est un sujet qui revêt une importance croissante ces derniers temps, aussi bien dans la recherche que sur le terrain. Les expériences faites à l'étranger montrent que les PPP peuvent être considérés comme la forme la plus appropriée de coopération entre l'État et le secteur privé. La privatisation peut entraîner un gain d'efficacité, notamment dans le cas des offres spécialisées destinées à des groupes particuliers, et contribuer à réduire les coûts de l'exécution des peines et des mesures. Dans ce contexte, les experts et les auteurs de doctrine soulignent le rôle essentiel d'une réglementation et d'un contrôle étatiques stricts afin de garantir la qualité, la sécurité et les droits des détenus.

À l'étranger, la privatisation des tâches relevant de l'exécution des peines et des mesures est mieux acceptée et à un stade plus avancé qu'en Suisse. Alors qu'à l'étranger les préoccupations d'ordre éthique et juridique sont au cœur du débat, en Suisse, ce sont les défis pratiques et le potentiel de la privatisation qui sont au premier plan. Les expériences faites dans les autres pays livrent certes des enseignements précieux, mais pas de solution toute faite.

... mais plusieurs facteurs de succès identifiés

On peut identifier plusieurs facteurs critiques de succès qui sont essentiels pour la réussite d'une opération de privatisation : un contrôle étatique important, l'acceptation et la confiance du public ainsi que la prise en compte scrupuleuse des aspects juridiques, éthiques et sociaux. C'est pourquoi une approche progressive et des échanges réguliers avec les parties prenantes sont particulièrement importants lors de la privatisation de tâches relevant du secteur de l'exécution des peines et des mesures, afin de lutter efficacement contre les risques éventuels.

Le travail de mémoire intitulé « Analyse geeigneter Kooperationsformen zwischen staatlichen und privaten Institutionen im Straf- und Massnahmenvollzug » (« Analyse des formes appropriées de coopération entre les institutions publiques et privées dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales ») est disponible sur <https://tinyurl.com/43rex83n>.

Brèves

CNPT : 28 visites

L'an dernier, la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a effectué 28 visites, en étendant ses activités aux établissements médico-sociaux (EMS). Même si elle tire un bilan positif, elle relève, dans son rapport d'activité, des points qui mériteraient d'être améliorés dans tous les établissements, notamment en ce qui concerne la documentation des mesures de nature mécanique et électronique qui limitent la liberté de mouvement telles que barrières de lit, lits bas, maintien dans les fauteuils roulants au moyen de sangles ou de tablettes, capteurs, tapis et bracelets d'alarme. D'autres priorités de la Commission ont été le contrôle de la mise en œuvre de ses précédentes recommandations concernant la prise en charge médicale dans les lieux de détention et la question du respect des droits fondamentaux par la police dans son travail.

Le Conseil fédéral a nommé deux nouveaux membres au sein de la CNPT. Myriam Heidelberger Kaufmann, directrice de l'institut ArWo Frutigland à Frutigen, et Jean-Sébastien Blanc, collaborateur scientifique à la faculté de droit de l'Université de Genève, ont pris leurs fonctions le 1er août 2023. Ils succèdent à Regula Mader, qui a quitté la CNPT en cours de mandat, et à Leo Näf, qui a atteint la durée de fonction maximale de douze ans.

Le rapport d'activité 2022 est disponible sur le site internet de la CNPT (www.nkvf.admin.ch).

<https://www.nkvf.admin.ch/nkvf/fr/home/publikationen/mm.msg-id-96530.html>

Examen du 8^e rapport de la Suisse par le CAT

Les 12 et 13 juillet 2023, le Comité des Nations Unies contre la torture (CAT) réuni à Genève a examiné le huitième rapport périodique de la Suisse relatif à la mise en œuvre de la convention contre la torture de l'ONU. À l'heure où nous bouclons ce numéro, ses observations finales et ses recommandations n'étaient pas encore disponibles.

Le huitième rapport périodique de la Suisse, publié en mai 2019, offre au CAT une vue d'ensemble de la mise en œuvre de la Convention contre la torture par la Confédération et les cantons. Une délégation suisse a présenté le rapport au CAT et l'a informé des développements intervenus depuis sa parution. Une étape importante dans la mise en œuvre de la convention contre la torture a été franchie en mai 2023 avec la création d'une institution nationale des droits de l'homme (INDH). La Suisse applique ainsi une recommandation formulée par le CAT lors de l'examen du septième rapport. Les évolutions dans les domaines de la détention, de la police et de l'asile ont également été exposées au comité.

Les États parties à la convention contre la torture ont l'obligation d'empêcher et de réprimer la torture. Ils sont tenus de soumettre tous les quatre ans au CAT un rapport sur les mesures prises pour remplir leurs obligations découlant de la convention. La Suisse a ratifié celle-ci le 2 décembre 1986.

<https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/aktuell/mm.msg-id-96689.html>

GE : Nouveau directeur à La Brenaz

Ibra Mbaye a pris la direction de l'établissement fermé de la Brenaz le 1er août 2023. Il succède à Hakim Mokhtar, nommé à la tête de la prison de Champ-Dollon le 1er mai dernier.



Ibra Mbaye est titulaire d'un diplôme d'études approfondies en sciences de l'éducation, d'une maîtrise en sociologie et de deux CAS, l'un en insertion professionnelle, l'autre en management de proximité et coaching d'organisation. Selon le communiqué de presse du Conseil d'État genevois, il est au bénéfice d'une solide expérience dans le domaine carcéral. Il a acquis d'excellentes compétences sur le plan du leadership opérationnel et fait montre d'un esprit pragmatique et humaniste. Ibra Mbaye a été chef d'un secteur du service genevois de probation et d'insertion, puis directeur adjoint de la prison du Bois-Mermet et responsable de l'établissement du Simplon à Lausanne. Il était directeur adjoint de la Brenaz depuis 2022, puis directeur ad interim.

<https://www.ge.ch/document/nouveau-directeur-etablissement-ferme-brenaz>

Premier pas vers la mise en œuvre de « Vision 2030 »

Après quatre ans de travaux, deux nouveaux bâtiments cellulaires ont été mis en exploitation sur le site de l'établissement pénitentiaire de Crêtelongue (EPCL) à Granges (VS). Cette première étape de l'assainissement de l'EPCL a été réalisée sans interruption des activités dans l'ancien bâtiment datant de 1931.



Le nouveau bâtiment principal compte 80 cellules, auxquelles s'ajoutent des ateliers d'admission, cuisine, boulangerie, blanchisserie et occupation. Ces ateliers offrent du travail et des possibilités de formation aux détenus, sous la supervision de professionnels de l'établissement. Le bâtiment annexe de 24 places est destiné à l'accueil des personnes en régimes de semi-détention, de travail externe et de courtes peines.

La mise en exploitation des nouveaux bâtiments permet de franchir un premier pas vers la mise en œuvre de la stratégie pénitentiaire « Vision 2030 » du canton du Valais. Celle-ci prévoit un regroupement de tous les régimes de l'exécution de peines sur le site de Crêtelongue. Elle permet de répondre de façon optimale aux exigences légales, tout en offrant aux détenus de meilleures chances de réinsertion sociale et professionnelle.

www.vs.ch

Bâle-Ville : internalisation de la sécurité et développement de la prise en charge

La sécurité à l'intérieur des prisons sera dorénavant assurée uniquement par du personnel assermenté par l'État. Selon le communiqué de presse publié le 26 septembre 2023, le Conseil d'État a invité le Grand Conseil à renoncer aux services de sociétés de sécurité privées. Dans le cadre de la réorganisation du domaine carcéral, la prise en charge sera par ailleurs développée dans les établissements pénitentiaires ; les activités du service social seront notamment étoffées dans les prisons et dans la détention provisoire.

Actuellement, des sociétés de sécurité privées sont employées dans les centrales des prisons et comme auxiliaires dans la surveillance et la prise en charge des détenus. En internalisant les postes concernés, le gouvernement bâlois entend renforcer le monopole de la puissance publique détenu par l'État dans le domaine sensible de la privation de liberté. L'abandon des prestataires privés et les mesures qui en découlent entraîneront des surcoûts de 2,8 millions de francs environ.

La réorganisation prévoit également le développement de la prise en charge dans les prisons, notamment dans la détention provisoire. Le service social s'occupera spécifiquement des admissions et accompagnera les personnes concernées durant l'exécution pour pallier au mieux les effets nocifs de la détention. La prise en charge par le personnel pénitentiaire des personnes ayant fait l'objet d'une arrestation provisoire sera elle aussi améliorée dans les cellules de la prison préventive. La mise en œuvre de ces mesures entraînera des coûts supplémentaires de l'ordre de 0,8 million de francs.

Directeur du secrétariat commun

Stefan Weiss deviendra, début 2024, le directeur du nouveau secrétariat commun des concordats d'exécution des peines et mesures de la Suisse orientale et de la Suisse centrale et du Nord-Ouest. La fusion des deux secrétariats est un résultat visible du renforcement de la collaboration entre ces deux concordats (voir p. 48)



Stefan Weiss a d'abord été enseignant et officier de police, avant d'obtenir un doctorat en droit et d'occuper différentes fonctions dans le secteur de l'exécution des peines et des mesures. Il a ainsi été chef du service de l'exécution judiciaire du canton d'Obwald de 2007 à 2010, puis a dirigé la section de la probation et de l'exécution des sanctions pénales du canton de Lucerne de 2010 à 2014 avant de prendre la tête du service des affaires militaires, de la protection civile et de l'exécution des peines de ce même canton de 2014 à 2022. Sa dernière activité était celle de secrétaire de commune à Reiden (LU).

Selon le communiqué de presse publié par les deux concordats, ce sont non seulement sa vaste expérience en tant que praticien de l'exécution des peines, mais aussi sa personnalité, qui ont convaincu le comité chargé de le nommer. « Sa grande motivation et son esprit de coopération font de lui la personne la mieux placée pour assurer la direction opérationnelle des deux concordats et soutenir ces derniers dans leur processus de coopération », indique la présidente du concordat de la Suisse orientale et conseillère d'Etat zurichoise Jacqueline Fehr.

ZH : Deux nouvelles nominations

Roland Zurkirchen prendra ses nouvelles fonctions de chef du ministère public des mineurs et du droit pénal des mineurs le 1er avril 2024. Nathalie Dorn lui succédera à la tête des prisons préventives du canton de Zurich à compter du 1er mai.



Après un apprentissage de spécialiste en expédition et logistique, Roland Zurkirchen a accumulé des expériences variées dans le travail auprès des jeunes en tant qu'animateur jeunesse, animateur socioculturel, puis responsable du service de prévention de la violence de la ville de Zurich. En 2013, il a pris la direction de la prison du Limmattal, qui dispose d'une section fermée pour mineurs. Depuis 2017, il est responsable des prisons préventives du canton de Zurich. Pour Roland Zurkirchen, « la boucle est bouclée avec son retour au travail avec des jeunes ».



Diplômée en travail social, Nathalie Dorn a suivi une formation de conseillère en matière de violence et est titulaire d'un master en conseil systémique. Elle est également chargée de cours à la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) et au CSCSP. Elle officie dans le domaine de la justice et de l'exécution des peines depuis 2006 et a

accumulé de l'expérience dans divers établissements, comme le centre de mesures pour jeunes adultes Arxhof ainsi qu'auprès du ministère public des mineurs du canton de Soleure. Depuis 2014, elle travaille aux services de probation et d'exécution de l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (JuWe), où elle occupe une fonction dirigeante depuis 2019.

ZG : Nouveau directeur de l'Office de l'exécution judiciaire

Simon Miethlich dirigera l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Zoug à compter du 1er mai 2024. Il succédera à Anton Amrein, qui prend une retraite anticipée.



Âgé de 39 ans, Simon Miethlich a suivi une formation de policier. Il a travaillé de nombreuses années à la police municipale zurichoise avant de prendre la direction du service d'encadrement et de sécurité et d'officier comme responsable de la sécurité à l'établissement pénitentiaire de Saxerriet. Après un cursus en sciences forensiques, il s'est spécialisé en économie et en gestion d'entreprise et a obtenu un EMBA en management général. Il dirige la prison de Pfäffikon depuis 2018 et également celle de Zurich — la plus grande prison préventive du canton — depuis 2021. On lui doit la professionnalisation de l'unité de sécurité, l'assouplissement du régime de la détention provisoire et la réorganisation complète des deux prisons

Manifestation: Que vaut la justice pénale ?

Les valeurs sont omniprésentes dans la justice pénale. Considérée comme un système, la justice pénale établit et reflète des valeurs et des fonctions sociales et aussi l'air du temps. De leur côté, les personnes qui font fonctionner ce système au quotidien ont des valeurs différentes envers les auteurs d'infraction ou les victimes. En revanche, les coûts de la justice pénale ne font presque jamais l'objet de réflexions, ni au sens matériel ni au sens symbolique. Le lien entre valeurs immatérielles et dépenses comptables des diverses institutions de la justice pénale est encore plus rarement pris en considération : comment se répartissent les ressources sociales et étatiques et quelle place y occupe la justice pénale ? Les valeurs symboliques de la justice pénale sont-elles atteintes avec les dépenses engagées ? Dans quelle mesure se compensent-elles ? Pourrait-on y parvenir avec un engagement de ressources moindre ?

Le Congrès 2024 du Groupe suisse de criminologie abordera les dimensions macro-économiques de la justice pénale, ses coûts matériels et symboliques, l'économie des sanctions et enfin les dépenses pour la privation de liberté

Organisation : Groupe suisse de criminologie

Date : 6 au 8 mars 2024

Lieu : Congress Centre Kursaal Interlaken

Langues : français et allemand

Informations complémentaires :

www.kriminologie.ch

Préserver la dignité humaine

Retour sur un parcours professionnel bien rempli

Dans le cadre de mon travail, je me suis principalement occupé de questions en lien avec la punition et l'exécution des sanctions pénales. Les droits fondamentaux et la préservation de la dignité humaine en particulier m'ont toujours servi de boussole. Étant donné que la grande majorité des délinquants seront relâchés un jour, il convient de mettre l'accent sur la réduction du risque de récidive.

Leo Näf

Mes années d'études (théologie à partir de 1969 et droit dès 1971) à l'Université de Fribourg ont été marquées par le catholicisme, dont l'influence était encore perceptible, et par les manifestations de mai 68. Au terme de mon cursus, j'ai eu la chance, après un stage au tribunal, de pouvoir officier comme procureur des mineurs adjoint dans le canton de Saint-Gall, un poste qui m'a amené à collaborer avec les services spécialisés dans le travail social, la pédagogie ainsi que la psychologie et la psychiatrie de l'adolescent. Au cours de cette période, j'ai également fait face à la « Heimkampagne », un mouvement de protestation qui a mis au jour un chapitre sombre de l'histoire des établissements d'éducation, avec des situations inimaginables. Les critiques émises ont fait souffler un vent nouveau : les bâtiments qui accueillaient les enfants et les adolescents ont été rénovés et le travail pédagogique a été profes-

sionnalisé, tant et si bien qu'il a à nouveau été possible d'envisager les placements en foyer.

Une marge de manœuvre largement exploitée

Le milieu des années 1980 a été particulièrement difficile, avec l'émergence de la consommation de drogues dures chez les jeunes. Le Platzspitz, à Zurich, illustre de façon éloquentes les ravages qui en ont résulté. Le droit pénal des mineurs laissait une marge de manœuvre importante et permettait une prise en charge individuelle. Nous en avons profité, et nous avons ainsi pu assister à bon nombre d'évolutions réjouissantes, même si nos efforts n'ont pas toujours abouti. Je me suis engagé au sein du « groupe de Lostorf », qui a joué un rôle essentiel dans l'amélioration de la collaboration entre les foyers d'éducation et les autorités de placement. J'ai également participé à la création et à l'organisation de l'établissement pour mineurs de Varnbühl en tant que président fondateur. Parmi les autres étapes de mon parcours professionnel, j'ai dirigé, à partir de 1986, l'école d'éducateurs sociaux de Rorschach et j'ai occupé le poste de procureur des mineurs de la ville de Saint-Gall dès 1990.

Des mineurs aux adultes

En 1996, on m'a demandé de prendre la direction de l'établissement pénitentiaire de Bitzi pour en faire un centre d'exécution des mesures pour les délinquants souffrant de troubles psychiques pour le concordat de Suisse orientale. J'ai beaucoup hésité, car mon travail de procureur des mineurs me tenait à cœur. Mais l'attrait de la nouveauté l'a emporté, et en automne 1996, j'ai pris mes fonctions à Mosnang. Les débuts n'ont pas été simples. Le bâtiment était en mauvais état, et je me faisais une autre idée de l'exécution des sanctions pénales. Le manque de personnel m'a obligé à m'investir moi-même énormément dans la prise en charge des détenus difficiles.

À côté de cela, il a fallu avancer dans la transformation de l'établissement. À l'époque, on ne savait pas exactement comment devait se présenter un centre d'exécution des me-

sures. J'ai donc visité un grand nombre d'institutions en Suisse et à l'étranger. Mon implication au sein de la commission d'évaluation de la dangerosité, ma formation complémentaire en forensique et mon activité d'enseignant à l'ancien Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP) m'ont également aidé à me préparer à mes nouvelles tâches. Le secrétaire du concordat, Joe Keel, m'a aussi toujours épaulé dans la réalisation du centre de mesures de Bitzi.

Trois points essentiels

Le centre d'exécution des mesures de Bitzi a ouvert en 2007. Rétrospectivement, trois éléments se sont révélés essentiels :

- L'introduction du principe des quatre piliers (insertion sociale, thérapie forensique, insertion professionnelle et sécurité). Ces quatre piliers sont d'égale importance ; les responsables collaborent dans le cadre d'échanges interdisciplinaires pour atteindre les buts de l'exécution ; en l'absence de consensus, c'est la direction qui tranche.
- L'établissement de plans d'exécution : les plans d'exécution élaborés avec les détenus jouent un rôle fondamental et permettent de définir des objectifs individuels ainsi que des mesures concrètes pour les atteindre (réflexion sur le délit et thérapie, sécurité, travail, relations avec les proches et les tiers, les victimes, etc.) afin de pouvoir envisager une libération.
- L'instauration d'un milieu thérapeutique/une culture d'établissement : bon nombre de détenus venant d'établissements fermés n'avaient qu'une seule idée en tête au départ : contourner les règles de l'établissement sans que le personnel s'en aperçoive pour s'assurer l'admiration des autres détenus. Il était par conséquent essentiel de les amener à voir les choses différemment et de susciter une prise de conscience et un changement.

Membre de la CNPT

Quand j'ai pris ma retraite en 2011, j'ai eu la chance de pouvoir m'impliquer au sein de



Au terme de ses études de droit, Leo Näf a occupé différentes fonctions auprès de délinquants mineurs. Par la suite, il a pris la direction du centre d'exécution des mesures de Bitzi. Après son départ à la retraite, il a œuvré pendant douze ans au sein de la CNPT.

Aux yeux de la CNPT, qui a inspecté l'établissement en 2013, le centre de mesures de Bitzi est un « modèle exemplaire en Suisse en matière d'exécution des mesures ». Photo : Cellule en section ouverte (Peter Schulthess, 2017)

la Commission de prévention de la torture (CNPT) nouvellement créée pratiquement dès ses débuts. Mon bagage professionnel m'a été utile pour m'acquitter de ma mission, de même que le vif intérêt que j'avais porté aux questions relatives aux droits humains et aux droits fondamentaux durant mes études déjà. La préservation de la dignité humaine en particulier m'a servi de boussole tout au long de mon parcours professionnel. Rencontrer mes anciens collègues de travail en endossant un autre rôle, critique cette fois-ci, a néanmoins constitué un changement qu'il ne faut pas sous-estimer.

Propositions concrètes d'amélioration

Je garde des souvenirs marquants des douze années passées à la CNPT. Je ne peux que mentionner les principaux ici :

- Le terme de torture dans le nom de la commission a régulièrement donné lieu à des discussions. Le fait que la CNPT a pour mission de prévenir la torture, certes, mais aussi de formuler des propositions concrètes en vue d'améliorer la situation des personnes privées de liberté m'a toujours servi de repère.
- Je connais pratiquement tous les établissements suisses qui accueillent des personnes privées de liberté sur la base du droit pénal. Je suis surpris de voir combien nous avons dû en reprendre pour des manquements inacceptables sur le plan architectural et structurel.
- J'ai en revanche eu le plaisir de rencontrer des directeurs qui, malgré les difficultés inhérentes au quotidien carcéral, ont manifesté la volonté d'améliorer les choses et d'innover.
- Les progrès réalisés dans la formation du personnel pénitentiaire sont réjouissants. Nous avons rencontré pour l'essentiel des professionnels qui accomplissent leur travail en s'investissant et en faisant preuve de respect.
- Le droit de visiter les établissements en tout temps sans notification préalable, de consulter tous les dossiers et de parler avec tout le monde de façon confidentielle est un instrument de contrôle fantastique.
- Pourquoi des peines privatives de liberté sont-elles nécessaires ? Comment doivent-elles être aménagées ? Ces questions subsistent. Il ne faut pas oublier, en s'efforçant d'y répondre, que la plupart des délinquants devront tôt ou tard être remis en liberté et que toutes les mesures en vue d'éviter la récidive sont donc judicieuses.
- La diversité des domaines contrôlés par la commission (établissements pénitentiaires, institutions de détention administrative en application du droit des étrangers, dépôts de police, centres fédéraux pour requérants d'asile, vols spéciaux, établissements psychiatriques et EMS avec une unité fermée) a constitué un défi redoutable, mais passionnant.
- Il est réjouissant de constater que les rapports thématiques et bon nombre de nos recommandations ont été accueillis avec intérêt et mis en œuvre pour l'essentiel.

- La CNPT joue désormais un rôle irremplaçable dans le domaine de la privation de liberté.

Confiance malgré tout

Malgré toutes les difficultés et les situations parfois inconcevables auxquelles j'ai dû faire face dans le cadre de mon activité, j'ai toujours gardé foi dans la bonté humaine et je n'ai jamais perdu confiance dans le potentiel de changement de l'individu. Les nombreuses rencontres enrichissantes, gaies ou tristes, avec des personnes très différentes resteront gravées dans ma mémoire, tout comme les échanges et la collaboration empreinte de confiance avec d'innombrables spécialistes d'horizons professionnels variés au sein de la CNPT comme à l'extérieur. Je suis heureux d'avoir pu contribuer à améliorer la situation des personnes privées de liberté, et c'est avec satisfaction que je regarde le travail accompli.



« Le système zurichois d'exécution des peines et des mesures fait figure de modèle en Suisse et dans une grande partie de l'Europe. Nous étions face à un cas exceptionnel, dans lequel certaines choses – y compris chez nous – ne se sont pas déroulées correctement. Il faut maintenant s'en servir de point de départ pour procéder à un examen approfondi. Une telle escalade ne doit plus jamais se reproduire. »

Jacqueline Fehr, conseillère d'Etat et cheffe du Département de la justice et de l'intérieur du canton de Zurich (Neue Zürcher Zeitung, 16 novembre 2023)

Impressum

Editeur : Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Rédaction : Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch) ; Nicola Gattlen (nicola.gattlen@bj.admin.ch) ; Kaspar Meuli (kaspar.meuli@bj.admin.ch)

Collaboration rédactionnelle : Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Reto Liniger (reto.liniger@bj.admin.ch), Andrea Manna (andrea.manna@laregione.ch), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Traduction : Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration et logistique : Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution : Production Office fédéral des constructions et de la logistique OFCL

Commandes, questions et changements d'adresse sur papier :

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Version Internet : www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction : © Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

Photo de couverture : Parloir de l'Etablissement pénitentiaire de Bellechasse; Photo: Peter Schulthess, 2016



Les visites avec vitre de séparation sont la norme pour les personnes en détention provisoire, mais il arrive qu'on ordonne aussi un tel dispositif dans le cas de personnes en exécution de peines et de mesures (photo : établissement pénitentiaire de Lenzbourg), par exemple pour les sanctionner d'avoir fait de la contrebande ou parce que les visiteurs en ont fait la demande pour leur propre protection.

Photo : Peter Schulthess (2019)

#prison-info

Dernière page

Regard sur le passé. Un quart d'heure de visite par mois : voilà à quoi se résumait à l'époque la réglementation concernant les visites dans le canton d'Argovie. Cette réglementation s'est appliquée de l'ouverture du pénitencier de Lenzbourg (1864) et de la maison de correction d'Aarburg (1893) jusqu'à la libéralisation dans les années 1960. La plupart du temps, on percevait l'« effet bénéfique » des visites. Dans certains cas, cependant, on craignait une mauvaise influence de la famille : « Il arrive qu'un garçon reçoive la visite de ses parents, que l'on préférerait immédiatement mettre derrière les barreaux. » Photo : Visite rendue au pensionnaire au crâne rasé par sa famille à la forteresse d'Aarburg dans les années 1920. Archives du foyer d'éducation d'Aarburg, Reproduction : Peter Schulthess

